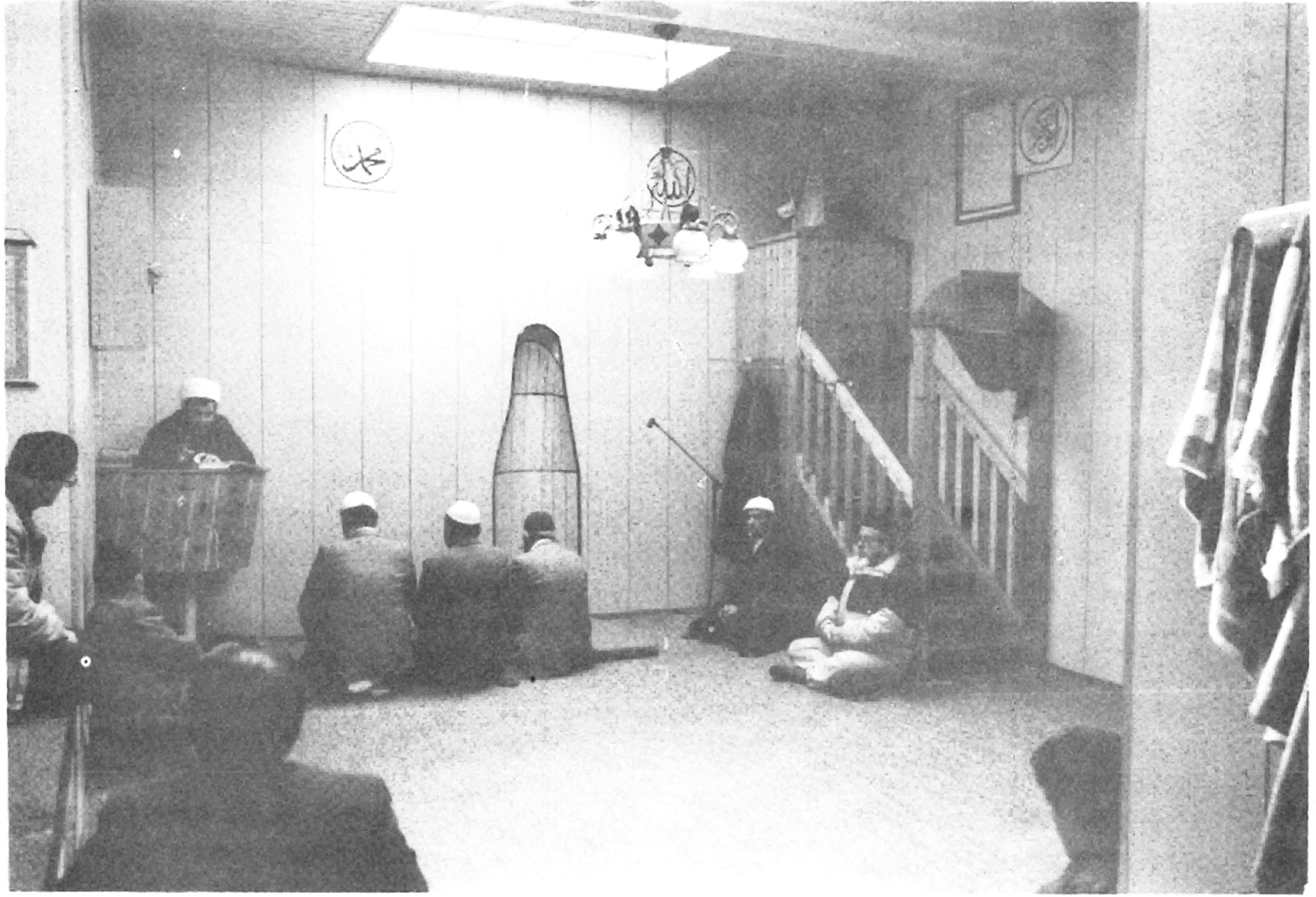


Sonderberichte

des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen
Stadt Freiburg im Breisgau

Stadtforschung

Ausländer
in Freiburg i. Br.



September

1988

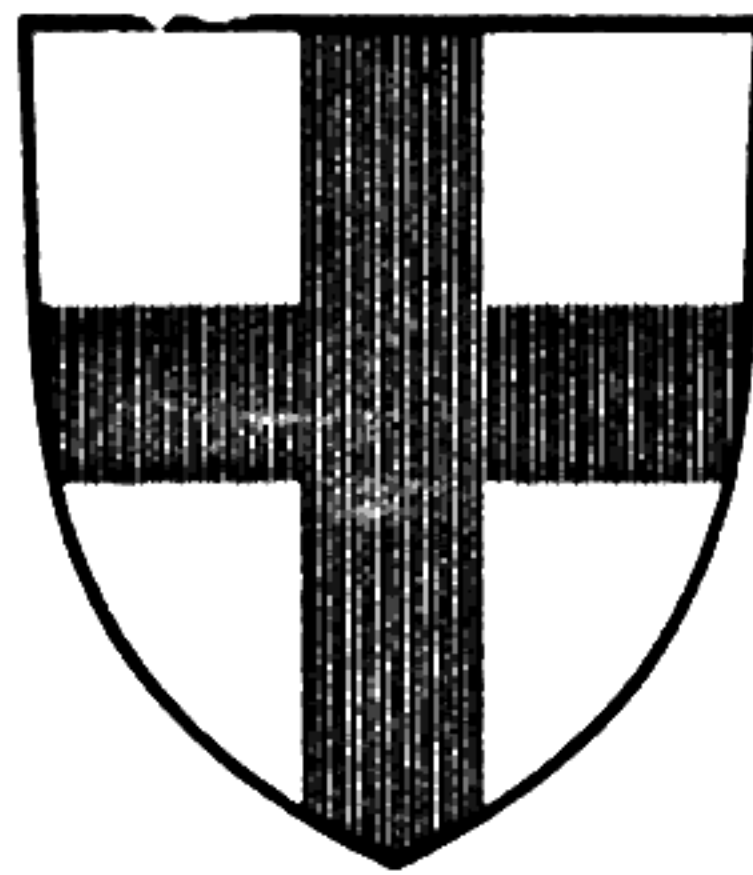
Herausgeber:

Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg im Breisgau

– Stadtforschung –

Ausländer in Freiburg i. Br.

September 1988



INHALT

	Seite
Vorwort	5
Zum Verständnis dieses Heftes von R. Tressel und C. Kurras-Wasmuth	6
Wie ich die Bundesrepublik erlebte – Bericht eines jungen Türken –	10
Die ausländische Wohnbevölkerung in Freiburg i. Br. – Demographische und sozialstrukturelle Aspekte – von R. Tressel	26
Ausländische Erwerbstätige in Freiburg i. Br. von R. Tressel	38
Gesundheitszustand ausländischer Kinder und ihre medizinische Versorgung in der Universitätskinderklinik Freiburg von E. Zimmermann	48
Straffällige junge Ausländer in Freiburg i. Br. – Zur Kriminalitätsbelastung (1981 – 1983) sowie Aspekte sozialer Bedingungen – von A. Oppermann	65
Ein Brückenschlag – Kulturelle Aktivitäten ausländischer Freiburger – von C. Kurras-Wasmuth	81
“Vom Koordinierungsausschuß ausländischer Arbeitnehmer” zum Arbeitskreis “Ausländerarbeit in Freiburg i. Br.” – Ein ermutigender, kritischer Rückblick – von H.-P. Mehl und S. Mayer	94
Sprachförderung ausländischer Kinder in Freiburger Kindergärten von M. Liebsch	107
Zur Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher in Freiburg i. Br. von C. Beck	115
Erste Wahl der ausländischen Mitglieder des Ausländerbeirates der Stadt Freiburg i. Br. am 12. Oktober 1986 von H. Kappus	125
Ausländerbeirat der Stadt Freiburg i. Br. von R. Alborino	133
Asylbewerber in Freiburg i. Br. von S. Leder	137
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	142

Anhang: Gliederung des Stadtgebietes (Plan mit Statistischen Grenzen)

Veröffentlichungen des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen

V o r w o r t

Die Ausländerpolitik der Stadt Freiburg ist von der Maxime geleitet, den Ausländern - Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen - das Einleben in einer neuen, fremden Gesellschaft zu erleichtern, ihnen das Gefühl zu vermitteln, voll akzeptierte Bürger der Stadt zu sein. In dieser Zielsetzung sieht sich die Stadt in Übereinstimmung mit den Verbänden und Vereinen in Freiburg, die sich für Ausländer einsetzen.

Die Wahl eines direkt gewählten Ausländerbeirates war ein weiterer wichtiger Schritt zur stärkeren Beteiligung am öffentlichen Leben. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die vom Gemeinderat unterstützte Resolution des Ausländerbeirates zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer zu sehen.

Die vielfältigen Hilfestellungen, die zum Teil auch in diesem Heft beschrieben sind, setzen voraus, daß die Schwierigkeiten, mit denen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland im allgemeinen zu kämpfen haben, deutlich aufgezeigt werden. Genau hierzu möchte diese Schrift beitragen. Der Wert - der vom Amt für Statistik und Einwohnerwesen vorgelegten Schrift - liegt in der Vielseitigkeit der Beiträge und der fachlichen Kompetenz der Autoren. Es ist bisher einmalig, daß eine Stadt zu diesem Thema eine größere Zahl von Autoren aus den verschiedensten Institutionen und Fachrichtungen zu einem solchen gemeinsamen Projekt gewinnen konnte. Mein besonderer Dank gilt daher allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Heftes, die mit viel Sachkenntnis und Engagement zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Mein Dank gilt aber auch allen Verbänden, Vereinen und Institutionen, die sich mit vielen Haupt- und ehrenamtlichen Kräften für die Ausländer in dieser Stadt einsetzen und damit zu einem besseren Zusammenleben beitragen.



(Seeh)
Bürgermeister

Zum Verständnis dieses Heftes

von R. Tressel und C. Kurras-Wasmuth

Freiburg hat mit seinen 7,9 % einen geringen Ausländeranteil. Geht man durch die Straßen, so kann in unserer Stadt - im Gegensatz zu anderen Städten, wie z. B. Berlin, Frankfurt, München... - nicht davon geredet werden, daß sie von Ausländern spürbar geprägt sei. Ausländische Menschen in Freiburg fallen wenig auf, vielleicht nur in einigen Stadtteilen, wie Haslach/Weingarten oder Stühlinger-Beurbarung. Haben sie deshalb keine Probleme, nehmen wir sie überhaupt wahr? Manche behaupten, es gäbe keine Probleme, manche sagen das Gegenteil. Und daß es so widersprüchliche Aussagen dazu gibt, verweist auf unterschiedliche Wahrnehmungen. Probleme müssen sich nicht nur in offen formulierter Ablehnung, direkten Ausbrüchen von Ausländerfeindschaft artikulieren, sie können sich auch in Ignoranz und Verschlossenheit äußern.

Es muß eben nicht AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT sein, es kann einfach alltägliche UNFREUNDLICHKEIT gegenüber ausländischen Menschen sein. Auch Nichtbeachtung stellt eine Form von Verletzung dar.

Diejenigen, die hier in Freiburg in der Ausländerarbeit tätig sind, hören fast täglich von Sorgen und Nöten, sei es von ablehnenden Vermietern, sei es ein unfreundlicher Beamter, sei es eine Bedienung in der Gaststätte, sei es die Stichelei gegenüber einer Kopftuchträgerin. Dabei handelt es sich um die kleinen Alltagsverletzungen, die nie in die Presse kommen, die von den ausländischen Mitmenschen schon fast als "normal" empfunden werden.

Vielleicht ließe sich davon einiges vermeiden, wenn sich mehr Einheimische über die ausländischen Freiburger informieren würden, z. B. wie und wo sie leben, arbeiten, was sie in ihrer Freizeit machen, welche Probleme sie mit ihrem Leben hier haben.

Einen kleinen Beitrag dazu möchte diese Veröffentlichung leisten.

Die Beiträge in diesem Heft stammen aus der Feder verschiedener Autorinnen und Autoren, die entweder beruflich mit Ausländern zu tun haben oder sich im Rahmen wissenschaftlicher Studien mit dem Leben ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien in Freiburg beschäftigen.

Besonders eindringlich, da aus erster Hand, ist der Lebensbericht eines jungen Freiburger Türken, der aus eigenen Erleben die Probleme, Konflikte und Leiden der Arbeitsimmigranten und ihrer Familien schildert. Dieser Aufsatz soll den Anfang dieser Reihe bilden. Er ist zugleich die Klammer für alle anderen, der Leitfaden, der sich durch das gesamte Heft zieht.

Der Bericht schildert wie der Vater und Ehemann - wie viele seiner Landsleute vor und nach ihm - alleine nach Deutschland geht. Er kommt hier-

her, weil er in der Bundesrepublik als Arbeitskraft gebraucht wird und weil er zu Hause keine Arbeit findet, die ein regelmäßiges ausreichendes Einkommen garantiert.

Er wird für eine Gießerei angeworben, für eine Arbeit, für die es nicht genug Deutsche gibt, da sie hart, wenig angesehen und schlecht bezahlt ist. Aus den wenigen Jahren, die er ursprünglich hierbleiben möchte, werden immer mehr und zum Schluß läßt er Frau und Kinder nachkommen und läßt sich hier häußlich nieder.

So und ähnlich erging es vielen, die aus den armen Regionen Südeuropas in die Bundesrepublik kamen. Sie kamen zunächst alleine, meist als junge Männer, fanden Arbeit in Wirtschaftsbereichen, die keine besondere Qualifikation erforderten, blieben länger als ursprünglich vorgesehen und ließen dann häufig die Familie nachkommen.

Andere allerdings haben die Bundesrepublik längst wieder verlassen. Vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Rezession und Arbeitslosigkeit gab es jeweils größere Rückwanderungsschübe. Ausländer wurden vielfach in der Funktion als Konjunkturpuffer gesehen, die man je nach Wirtschaftslage ins Land holen oder wieder zurückschicken konnte.

Seitdem aber die Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland eingestellt, die Wiedereinreisebedingungen in die Bundesrepublik Deutschland verschärft und die restlichen Familienmitglieder mehr und mehr nachgezogen sind, kehren die Ausländer immer weniger zurück, selbst wenn sie arbeitslos sind. Sie sind in der Bundesrepublik Deutschland seßhafter geworden und haben sich in ihrer Struktur zusehends der deutschen Bevölkerung angenähert.

Zwei Aufsätze dieses Heftes mit den Titeln "Die ausländische Wohnbevölkerung in Freiburg i. Br." und "Ausländische Erwerbstätige in Freiburg i. Br." greifen diesen Themenbereich auf.

Der Nachzug von Frauen und Kindern, der vor allem verstärkt nach 1973 (Anwerbestop) zu beobachten war und der zur Verfestigung des Aufenthalts beigetragen hat, war für viele nicht unproblematisch. Die neue Umgebung mit ihren total anderen Lebens- und Umgangsformen und die fremde Sprache forderten den Neuankömmlingen ungeheure Anpassungsleistungen ab. Insbesondere die Kinder hatten große Schwierigkeiten, in der Schule mit dem Lehrstoff, der Sprache und mit ihren deutschen Mitschülern zurechtzukommen.

Auch für den türkischen Autor des Lebensberichts ist die Schulzeit in der Erinnerung eine Zeit des Leidens, die geprägt war durch den Prozeß der Anpassung an die neue Umgebung und der Selbstfindung.

Es ist nur zu verständlich, daß Kinder, die aufgrund ihrer Sprache, ihres Aussehens und ihres Verhaltens gemieden werden, alles tun, um nicht aufzufallen und um akzeptiert zu werden. Sie wollen so sein wie ihre deutschen Mitschüler. Die Ausländerkinder übernehmen unmerklich, vor allem in der Schule - aber auch durch Freunde, Fernsehen etc. -, kulturelle Werte, Ansichten, Einstellungen, die mit denen des Elternhauses oft in Widerspruch geraten. Da die Eltern, die in der Regel

ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik nur als vorübergehend ansehen, den Traditionen ihrer Heimat verbunden bleiben, ja im Gegenteil, diese in der Fremde eher noch kultivieren, sind deshalb Konflikte zwischen Eltern und Kindern fast unausweichlich. In dem vorliegenden Lebensbericht spielt dieser Konflikt zwischen Kind und Eltern, der sich bei den Türken hauptsächlich als Konflikt zwischen Vater und Sohn darstellt, eine wesentliche Rolle.

Der allmählichen Distanzierung von vielen kulturellen Werten der Eltern folgt die Entfremdung vom Herkunftsland (es wird immer weniger als Heimat betrachtet) und schließlich die besonders schmerzliche Entfremdung von den Eltern. Auch wenn dieser Prozeß nicht immer gleich abläuft, so leiden doch viele ausländische Kinder und Jugendliche unter dem Gefühl, nirgendwo richtig hinzuzugehören und akzeptiert zu sein. Viele fühlen sich verunsichert und innerlich zerrissen. Verhaltensstörungen, aber auch regelrechte psychische und organische Krankheiten, die hierauf zurückzuführen sind, sind relativ häufig. Bei anderen wiederum äußert sich der psychische Druck eher nach außen, in Form von Aggressionen oder auch in Form von Übertretungen und strafbaren Handlungen. Über diesen ganzen Komplex wird in dieser Aufsatzsammlung detailliert in zwei Beiträgen berichtet. Über das Thema psychische und organische Erkrankungen referiert Dr. Zimmermann, über das Thema straffällige junge Ausländer in Freiburg die Sozialpädagogin Oppermann. In dem letztgenannten Beitrag wird allerdings die Straffälligkeit junger Ausländer keineswegs einseitig, als Folge kultureller und familiärer Konflikte angesehen.

Die besonders intensive Pflege der heimatlichen Kultur und Tradition durch die Erwachsenen und zum Teil der älteren Jugendlichen, wie sie in dem Lebensbericht des jungen Türken geschildert wird und wie man sie selbst immer wieder beobachten kann, erklärt sich aus der besonderen Rolle der Ausländer als Fremde und Minderheit. Die eigene Kultur, häufig glorifiziert, dient der Sicherung und Bestätigung der eigenen Identität und stellt gleichzeitig einen Schutzwall gegen die Fremdeinflüsse dar. Viele Türken zum Beispiel besinnen sich in der Fremde wieder auf den Islam, richten ihr Leben nach dem Koran aus und versammeln sich regelmäßig in der Moschee. Andere Ausländer wiederum entdecken den Tanz und die Musik ihrer Heimat, pflegen die traditionellen Kochkünste usw.

Ein Bild von diesen Bemühungen, ein Stück Heimat auch in der Fremde zu erhalten und zu pflegen, vermittelt der Beitrag "Ein Brückenschlag - Kulturelle Aktivitäten ausländischer Freiburger" von C. Kurras-Wasmuth. Neben den vielen Musik-, Gesangs- und Tanzgruppen gibt es in Freiburg verschiedene Vereine, die fast ausnahmslos über entsprechende Veranstaltungen und Angebote den Zusammenhalt der Landsleute untereinander fördern wollen, daneben aber auch Informationen und Hilfe geben, um sich in dem fremden Land zurechtzufinden. Diese Art praktischer Lebenshilfe ist jedoch zwangsläufig beschränkt und es bleibt in erster Linie deutschen Verbänden und Organisationen vorbehalten, in größerem Umfang Integrationshilfen zu geben. Was im einzelnen in Freiburg für Ausländer getan wird, kommt in verschiedenen Beiträgen dieses Heftes zum Ausdruck. Der Beitrag Mehl/Meyer "Vom Koordinierungsausschuß ausländischer Arbeitnehmer zum Arbeitskreis Ausländerarbeit in Freiburg i. Br." schildert die Bemühungen der Stadt und der Verbände, die Hilfen aufeinander

abzustimmen, zu erweitern und immer wieder zu verbessern. Was im Kindergarten und Schulbereich angeboten wird, schildern die beiden Aufsätze "Sprachförderung ausländischer Kinder in Freiburger Kindergärten" von M. Liebsch und "Zur Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher in Freiburg i. Br." von C. Beck.

Ein Beitrag zur politischen Integration der Ausländer in Freiburg wird durch die Wahl des Ausländerbeirats geleistet, die erstmals im Oktober 1986 stattfand. Hintergründe, Ablauf und Ergebnisse der Wahl werden von H. Kappus dargestellt, die Funktionsweise und Aufgabenstellung des Ausländerbeirats durch R. Alborino.

Zwar befaßt sich dieses Heft in erster Linie mit der Lebenssituation von Ausländern aus den ehemaligen Anwerbeländern, doch gilt die Aufmerksamkeit noch einer weiteren Ausländergruppe, die in Freiburg vertreten ist. Das ist die Gruppe der Asylsuchenden und -berechtigten, die zwar zahlenmäßig gering, dafür aber durch ihre schwierige Lebenslage zukünftig ein besonderes Gewicht erlangen wird. Die Situation der Asylanten in Freiburg wird in dem Beitrag von S. Leder beschrieben.

Wie ich die Bundesrepublik Deutschland erlebte

- Bericht eines jungen Türken -

1. Mein Vater geht nach Deutschland

Im Jahre 1961 wurde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei der Vertrag über die Anwerbung türkischer Arbeitskräfte für die bundesdeutsche Industrie geschlossen. Das "Wirtschaftswunder" lockte - und mehr und mehr Menschen aus der Türkei folgten diesem Ruf und bewarben sich für einen Arbeitsplatz in der Bundesrepublik. Keiner von ihnen konnte damals wissen, was da auf sie zukommen sollte. Die Armut, das soziale Elend bewegte immer mehr Menschen Anatoliens zu jenem Schritt. Alamanya (Deutschland) - das verhieß Entkommen aus dem Teufelskreis der Armut, Hoffnung auf ein besseres, menschenwürdigeres Leben.

Die Bewerbung für einen Arbeitsplatz in der Bundesrepublik Deutschland lief über die türkischen Arbeitsvermittlungsstellen, die sich in den Bezirkshauptstädten befinden. Man mußte sich dort melden und darauf warten, daß man von einer deutschen Firma angefordert wurde. Mein Vater, der in Zentralanatolien beheimatet war, wartete zwei Jahre. Im Frühjahr 1965, als er zufällig wieder einmal in der Stadt zu tun hatte, fragte er auf dem Vermittlungsamt nach seiner Bewerbung: Er war tatsächlich angeworben worden! Wenn er sich nicht selbst erkundigt hätte, hätte er vielleicht nie davon erfahren.

Bis zur Abreise vergingen noch einige Monate der Vorbereitung. Die Arbeitsplatzkandidaten mußten zunächst einen Tauglichkeitstest bestehen. Ein eigens dafür aus der Bundesrepublik Deutschland eingereistes Team aus Ärzten und Vertretern der anwerbenden Firmen untersuchte die Anwärter und stellte fest, ob sie jung, gesund und kräftig genug seien für die zu verrichtende Arbeit. Nur die Besten wurden genommen. Selbst ein schlechtes Gebiß konnte zur Ablehnung führen. Verlieh der Test positiv, mußte sodann ein Reisepaß besorgt werden. In der Türkei eine anstrengende und langwierige Sache, es sei denn, man hat die nötigen Beziehungen und das nötige Kleingeld, um den Beamten zu schmieren. Mein Vater mußte einen Ochsen, Getreide und einige Dinge aus dem Hausrat verkaufen, um sich so das nötige Geld für den Paß, die Reise sowie für einen neuen Anzug zu beschaffen.

Im Sommer desselben Jahres (1965), ich war zu der Zeit etwas mehr als vier Jahre alt, verließ mein Vater das Dorf. Er hatte sich vorgenommen, längstens fünf Jahre in der Fremde zu bleiben und in diesem Zeitraum genügend Geld für eine neue Existenz zu verdienen.

Die Reise meines Vaters endete in einer Kleinstadt mit ca. 5000 Einwohnern im südlichen Schwarzwald. Dort befand sich nämlich der Betrieb, der ihn angeworben hatte. Es war eine Gießerei. Mit zwei ande-

ren Landsleuten, die mit ihm zusammen eingereist waren, nahm er die Arbeit auf. Sie erhielten einen befristeten Arbeitsvertrag für die Dauer von zwei Jahren. Die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis waren an diesen Arbeitsvertrag mit dem Arbeitgeber gekoppelt. Dies hatte zur Folge, daß der angeworbene Arbeiter auf Veranlassung des Arbeitgebers ausgewiesen werden konnte, wenn er sich nicht an den Vertrag hielt, wenn er zum Beispiel vorzeitig den Arbeitsplatz zu wechseln beabsichtigte. Erst nach vollständigem Ablauf der Vertragsfrist wurde dem ausländischen Arbeiter eine gewisse Freizügigkeit gewährt.

Wir - meine Mutter, die ein Kind erwartete, meine Schwester und ich - blieben bei der Großfamilie im Dorf zurück. Zur Abreise meines Vaters hatte die Erntezeit bereits begonnen. Mein Großvater und meine beiden Onkel führten die Arbeit fort. Die Frauen und wir Kinder mußten natürlich mithelfen. Das dörfliche Leben ging für uns wie gewohnt weiter, nur ohne meinen Vater. Im Frühjahr und Sommer waren wir mit Feld- und Gartenarbeit beschäftigt. Im Winter hatten die Männer kaum Arbeit in der Landwirtschaft. Sie verbrachten die meiste Zeit in den Cafes. Daran hat sich eigentlich bis heute nicht viel geändert. Nur die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten hat etwas abgenommen. Viele Frauen knüpften im Winter neben der Hausarbeit Teppiche. Viel Geld gab es dafür aber nicht.

Mein Vater verbrachte drei Jahre alleine in der Bundesrepublik Deutschland. Wir vermißten ihn. Und bei der Landwirtschaft fehlte seine Arbeitskraft. Während jener Zeit überwies er uns, das heißt der Großfamilie, von Zeit zu Zeit etwas Geld, allzuviel nicht. Die Familie erfuhr keine spürbare wirtschaftliche Erleichterung, die Landwirtschaft bildete weiterhin die Grundlage für den Lebensunterhalt. Meine Mutter gebar ein Mädchen. Es erkrankte bald und starb noch im Säuglingsalter von sieben Monaten. Woran es starb, wissen wir nicht, denn es wurde nie von einem Arzt untersucht - mangels Geldes. Vermutlich war Unterernährung oder eine relativ harmlose Krankheit, die hätte behandelt werden können, der Grund für seinen Tod - wie in Tausenden anderen Fällen in Entwicklungsländern. Jahre zuvor war uns bereits ein erstes Mädchen erkrankt und gestorben, ohne jemals beim Arzt gewesen zu sein.

Natürlich erhielten wir in jenen Jahren, auch Briefe von meinem Vater anfangs an meinen Großvater adressiert. Lesen konnten allerdings nur zwei meiner Cousins in der gesamten Großfamilie, die aus fünfzehn Mitgliedern bestand. Im dritten Jahr seiner Abwesenheit wurde ich eingeschult, und als ich lesen und schreiben gelernt hatte, adressierte er einige Briefe auch direkt an mich, nie aber an meine Mutter. Ich las sie ihr vor und sie diktierte mir die Antworten. Einmal schickte er ein Paket aus Deutschland mit warmen Sachen für den Winter.

An seinen ersten Urlaub kann ich mich gut erinnern. Er kam in einem schicken Anzug mit Krawatte und Hut, Mantel und Lederkoffer an der Hand. Für die Familie und die nähere Verwandten sowie einige Freunde hatte er Geschenke mitgebracht. Im Koffer befand sich auch ein Fotoapparat. Die halbe Nachbarschaft wollte fotografiert werden.

Im Sommer 1968 kam er zum drittenmal auf Urlaub, diesmal mit einem PKW. Wir Kinder scharten uns gleich ums Auto und waren neugierig auf

die Marke: ein Opel, kein Chevrolet! Wir Kinder kannten nur die amerikanischen Schlitten, denn damals gab es kaum andere Automarken in der Türkei. Der Vater teilte uns mit, daß er meine Mutter und uns Kinder bei der Rückfahrt mit nach Deutschland nehmen wolle. Die Nachricht war eine Überraschung, denn in seinen Briefen hatte er dergleichen nicht angekündigt.

Die Aussicht, nach Deutschland zu gehen, versetzte mich in Euphorie. Ich lief gleich aus dem Haus, um es meinen Freunden zu erzählen. Die Kinder versammelten sich um mich, freuten sich mit mir, und sie beneideten mich. Deutschland war das Paradies, wo Milch und Honig flossen. Und nur ganz wenige hatten das Glück, dort hinzukommen. Ich mußte meinen Freunden versprechen, ihnen zu schreiben und Zigaretten und andere Dinge zu schicken.

2. Meine Mutter und wir Kinder ziehen ebenfalls in die Bundesrepublik Deutschland

Die Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland verlief nicht ohne Zwischenfälle. In Istanbul, wo wir bei Verwandten Zwischenstation machten, wurde uns eine Tasche mit all unseren Papieren (Pässe, Führerschein etc.) aus dem Auto gestohlen. Es dauerte fast einen Monat, bis mein Vater alles wieder zusammen hatte und wir endlich weiterfahren konnten.

Unser erster Aufenthaltsort in Deutschland war ein kleines Dorf in der Nähe der Kleinstadt, wo mein Vater arbeitete. Die Gemeinde hatte ca. 500 Einwohner. Eine Wohnung hatte mein Vater schon gemietet. Die winzige Zweizimmerwohnung befand sich in einem kleinen, älteren Gebäude. Sie war in einem sehr schlechten Zustand, die Tapeten hingen teilweise herunter. Es gab kein Bad, kein warmes Wasser, auch kein Spülklo. Die Miete war günstig. Wir lebten zweieinhalb Jahre dort.

Wir waren damals in jenem kleinen, katholischen Dorf die einzige Ausländerfamilie, und ich vermute, auch die erste. In der nahegelegenen Kleinstadt wohnten mehr Türken, darunter auch zwei Familien mit Kindern. Dort lebten wesentlich mehr Ausländer. Die Italiener bildeten die größte Gruppe. In der Region gab es relativ viel Industrie: Textil- und Metallwerke, Bau und sogar ein Bergwerk. Die ausländischen Arbeiter waren bis auf wenige Ausnahmen in Wohnheimen untergebracht, die häufig von den Firmen gestellt wurden. Die meisten hatten ja ihre Familie noch in der Heimat. Sonntags besuchten wir manchmal die türkischen Familien oder mein Vater nahm mich mit, wenn er türkische Freunde in den Wohnheimen besuchte. Zu deutschen Familien hatten wir keinen Kontakt.

Die Eingewöhnung in dem Dorf fiel uns sehr schwer. Alles erschien uns fremd und so verschieden von dem Leben in der Türkei: die Häuser, die Straßen, die Menschen, ja selbst das Essen. Obst und Gemüse, Brot, Milch und Butter - all die Sachen rochen und schmeckten anders. Auch das tägliche Einkaufen kannten wir nicht, in der Türkei hatten wir ja

fast alles selbst hergestellt. Meiner Mutter fiel es am schwersten, sich an das neue Leben zu gewöhnen. So konnte sie zum Beispiel viele Lebensmittel lange Zeit nicht essen.

Meine ersten Gehversuche im Dorf waren spärlich und wenig erfolgreich. Die Kinder hänselten und ärgerten mich, so daß ich wieder schnell nach Hause lief. Die Erwachsenen beobachteten und sprachen offensichtlich über mich, was mich verunsicherte. Sodann traute ich mich kaum mehr alleine auf die Straße. Notgedrungen verbrachte ich die meiste Tageszeit mit meiner Mutter und den Geschwistern in der Wohnung, während Vater arbeitete. Dies ging lange Zeit so weiter. Ich tat mich sehr schwer. Wir waren immer und überall sofort als Ausländer erkennbar. Haut- und Haarfarbe, der Haarschnitt und selbst die Art, uns zu kleiden, unterschied uns von den Deutschen. Meine Mutter trug stets ein Kopftuch - dies tut sie heute noch - und wenn wir unterwegs waren, hielt sie meinen einjährigen Bruder auf dem Arm. Wir besaßen keinen Kinderwagen. Wenn wir durch die Straßen gingen, richteten sich die Blicke der Deutschen auf uns. Es war sehr unangenehm. Ich war deshalb immer froh, wenn wir wieder zu Hause ankamen.

Von uns allen hatte Mutter das schwerste Los. Sie hatte kaum Kontakt zur Außenwelt. Die wenigen gegenseitigen Besuche mit den anderen türkischen Familien waren unzureichend und nur auf das Wochenende beschränkt. So kam sie werktags praktisch kaum aus dem Haus, während ich doch die Schule und Vater die Arbeitsstelle hatten. Sie war nur mit uns Kindern und dem Haushalt beschäftigt, nicht einmal einkaufen ging sie, denn sie lernte kein Deutsch. Wie auch! Acht Monate nach unserer Ankunft erlitt sie - inzwischen zum sechsten Male schwanger - einen weiteren Rückschlag: durch einen tragischen Autounfall verloren wir meine Schwester, die verbliebene dritte Tochter, im Alter von fünf Jahren. Ein halbes Jahr nach diesem Ereignis brachte sie ein weiteres Mädchen auf die Welt. Eine Veränderung ihrer Isolation trat erst im Jahre 1970 ein, als sie eine Beschäftigung fand. Dafür mußte sie fortan aber eine dreifache Belastung hinnehmen: Haushalt/Kinder, acht Stunden Fabrikarbeit und ihr Leben als Ausländerin. Mein Vater entlastete sie kaum im Haushalt. Während meine Eltern arbeiteten, mußte ich die beiden Geschwister hüten. Dies tat ich, bis sie groß wurden.

In der Zeit, bevor meine Mutter mitverdiente, war es finanziell sehr knapp. Zumal wir das Auto noch hatten, mußten wir sehr bescheiden leben. Obst und Fleisch gab es vielleicht einmal in der Woche. Kühlschrank, Waschmaschine, Fernsehgerät und dergleichen kannten wir nicht. Erst als der Lohn der Mutter hinzukam, konnten wir uns einige Dinge, die in deutschen Haushalten selbstverständlich waren, leisten. 1971 kam ein Fernseher in die Wohnung. Später ein Kühlschrank. Lange Zeit mußte meine Mutter die Wäsche von Hand machen, obwohl sie täglich acht Stunden arbeitete, bis endlich eine gebrauchte Waschmaschine gekauft wurde.

3. Ich besuche die Schule

Einige Tage nach unserer Ankunft meldete mich mein Vater in der Grundschule der Gemeinde an. Die Schule war sehr klein. Alle vier Grundschulklassen waren in einem Klassenzimmer untergebracht und wurden von einem einzigen Lehrer unterrichtet.

An meinem ersten Schultag brachte mich mein Vater in die Schule. Er sprach noch kurz mit dem Lehrer und ging. Der Lehrer setzte mich in eine der vorderen Bänke. Ich verstand kein Wort Deutsch. Die Schüler waren sehr neugierig und musterten mich. Ich glaube, die meisten hatten nie zuvor ein ausländisches Kind gesehen. Sie sprachen über mich, einige versuchten mir etwas zu sagen. Aber ich verstand ja nichts! Ich wurde verlegen, unsicher. Plötzlich zog einer der Jungen eine Grimasse und ein anderer schlug mich auf den Arm. Ich versuchte sofort zurückzuschlagen, traf ihn aber nicht. Auf einmal fingen alle an zu lachen, sie fanden dieses Spiel sehr lustig - scheinbar so lustig, daß auch andere dieses Spiel mit mir wiederholten. Der Lehrer war bemüht, Ruhe in die Reihen zu bringen und mit dem Unterricht fortzufahren. Fortan wiederholte sich dieses Spiel regelmäßig in den Pausen. Die Kinder scharten sich um mich, zupften, zogen, schlugen mich, warfen Gegenstände nach mir und lachten darüber, wie ich mich verzweifelt zu wehren versuchte. Ich kam mir vor wie ein Tier, das man zur Weißglut trieb, um sich darüber zu amüsieren. Meine Hefte und Schul-sachen wurden häufig vom Tisch heruntergefegt. Ich reagierte zusehends aggressiver und verbissener und prügelte mich ständig mit den Kindern. Sehr bald war ich als Schläger abgestempelt. Wenn ich jemandem wirklich wehgetan hatte, dann ging derjenige sofort zum Lehrer und beschwerte sich. So wurde ich obendrein auch noch vom Lehrer gerügt und bestraft. Ich konnte mich natürlich nicht verteidigen, ich konnte nicht erklären, wer angefangen hatte und warum ich zurück-schlug.

In der Hofpause war ich sehr einsam. Der Schulhof war eigentlich klein, doch mir kam er damals riesengroß vor. Wagte ich mich hinaus auf den Hof, konnte ich mich vor Hänseleien und Schikanen kaum retten. So wurde die Treppe, die zum Hof hinunterführte, zu meinem Stammplatz, während die anderen Kinder draußen spielten. Dies blieb sie auch dann weiterhin, als sich nach einigen Monaten die Aufmerksamkeit etwas von mir abwandte und die Hänseleien langsam nachzulassen begannen. So verbrachte ich mindestens ein Jahr lang Tag für Tag die Hofpause auf jener Treppe, mit dem Rücken zur Wand, bückte mich manchmal hinunter, um den anderen Kindern zuzuschauen.

In den ersten Monaten lief ich nach der Schule eilig nach Hause, meist noch verfolgt von einigen Jungs. Der Heimweg war kurz. Nachmittags wagte ich mich selten auf die Straße und ging ungern einkaufen. Ich befürchtete, einer Gruppe von Kindern zu begegnen und erneuten Schikanen und Demütigungen ausgesetzt zu sein.

Sprachunterricht habe ich nie erhalten. Auch der Lehrer konnte sich nicht besonders um mich kümmern, da er vier Klassen zu betreuen hatte. Die deutsche Sprache, oder besser gesagt das "Alemannisch", mußte

ich mir selbst aneignen. Dies fand anfangs fast ausschließlich in der Schule statt. Im Laufe der Zeit schnappte ich da ein Wort, dort einen Satzteil auf und begann das durch Hören Erlernte selbst zu verwenden und mich auf diese Weise zu artikulieren. Ich habe nie systematisch mit einem Wörter- oder Lehrbuch gearbeitet, sondern durch das Vermuten und Erschließen aus dem Kontext die deutsche Sprache gelernt.

Je besser meine Sprachkenntnisse wurden, je mehr die offenen Aggressionen und Schikanen nachließen, um so deutlicher wurde mir meine Außenseiterrolle in ihren anderen Formen und Ausprägungen. Wenn der Lehrer meinen vollen Namen sagte, brach immer noch ein Gelächter los. Ebenso, wenn ich mich im Unterricht meldete und etwas sagte und dabei Sprachfehler machte. Niemand wollte gern mein Banknachbar sein. Niemand mochte mein Übungspartner im Turnunterricht sein. Keiner faßte freiwillig meine Hand, wenn wir einen Kreis bilden sollten. Außenseiter war ich nicht nur aufgrund meines Äußeren, sondern auch wegen meiner Verhaltensweise und meiner kulturellen Herkunft. Da die Gemeinde streng katholisch war, wurde in der Schule jeden Tag kurz gebetet, zur Weihnachtszeit Kerzen angezündet, Lieder gesungen und Heiligengeschichten erzählt, Nikolaus und St. Martin wurden gefeiert. Ich stand da und konnte nicht mitmachen.

All die anfänglichen Erlebnisse und Eindrücke hatten zur Folge, daß ich eine ungeheure Angst vor der Schule bekam, sie wurde mir alsbald zur Qual. Meinen Eltern erzählte ich von alledem nichts. Sie hatten auch genügend eigene Sorgen.

Da ich in der Türkei schon lesen und schreiben gelernt hatte, kam ich mit dem Lehrstoff in wenigen Monaten gut zurecht - der Lehrer hatte mich nämlich in die erste Klasse aufgenommen. Eine lange Zeit wußte ich gar nicht, in welche Klasse ich ging. Ich erfuhr es erst, als ich nach dem ersten Schulhalbjahr in die zweite Klasse versetzt wurde. So ging mir im Endergebnis kein Jahr verloren.

Nach Ablauf des ersten Jahres wandte sich meine Situation allmählich zum Besseren. Die anfänglichen Schwierigkeiten waren größtenteils überwunden. Meine Sprachkenntnisse waren einigermaßen vorangeschritten. Die Schikanen gegen mich waren auf ein Minimum zurückgegangen. Doch dies lag wohl zu einem Teil daran, daß inzwischen ein italienisches Mädchen die Schule besuchte und selbst nun zur Zielscheibe von Hänseleien wurde. Eine Zeitlang hatte ich meine Entlastung seiner Anwesenheit zu verdanken. Mein Verhältnis zu den deutschen Mitschülern besserte sich. Ich gewann sogar einige Freunde. Die Angst vor der Schule schwand, wenn auch niemals vollständig. Doch das erste Jahr "Deutschland" blieb mir als die schlechteste Zeit meiner Erinnerung. In diesem einen Jahr entstanden starke Ängste, Hemmungen und Minderwertigkeitsgefühle in mir, die mich noch lange danach begleiten sollten.

Ende 1970, nach zweieinhalb Jahren Dorfleben, zogen wir in die Kleinstadt, wo mein Vater und mittlerweile auch meine Mutter arbeiteten. Dort besuchten erheblich mehr Ausländer die Schule. Natürlich waren wir Ausländer auch hier Außenseiter, aber ich empfand diese Rolle nicht so kraß wie im Dorf, denn wir waren hier mehrere. Ich hat-

te auch Kontakte zu deutschen Mitschülern. Meine Leistungen waren gut, so daß die Lehrerin empfahl, mich auf das Gymnasium zu schicken. Mein Vater stimmte zu. Er wünschte, daß ich später einmal Arzt oder "Ingenieur" würde.

Auf dem Gymnasium war ich wieder der einzige Türke und der einzige durch sein Äußeres identifizierbare Ausländer. Somit war meine Außenseiterrolle auch hier bereits vorbestimmt. Es war oft schwierig für mich. Die Leistungen waren zwar gut, aber meine Komplexe holten mich häufig ein. Ich hatte Angst vor der Schule, vor den Schülern, die mich auslachten, wenn ich einen Sprachfehler machte. Folglich fürchtete ich mich davor, sprechen zu müssen. Ich hatte Angst, vor versammelter Klasse etwas sagen oder meinen Namen aussprechen zu müssen, denn er klang so anders als all die anderen. Es war einfach die Furcht davor, aufzufallen und als Ausländer erkannt zu werden, als minderwertig angesehen zu werden und zu versagen. Freunde hatte ich, gewiß, aber richtig integriert fühlte ich mich dennoch nie. Im Unterricht und auf Klassenfahrten saß ich so manches Mal alleine. Jedesmal, wenn die Sommerferien dem Ende zuneigten und das neue Schuljahr immer näherrückte, drängte sich mir die gleiche Frage auf: Finde ich einen Banknachbarn?

Ab dem 16. Lebensjahr bekam ich derartige Probleme immer besser in den Griff. Wollte ich mich ehemals immer verstecken, vor meiner Rolle fliehen, hatte ich mir früher manchmal gewünscht, kein Türke zu sein und nicht diesen Namen zu haben, so stellte ich mich nunmehr meiner Identität und den daraus erwachsenden Konsequenzen. Ich bezog eigene Position gegenüber den Mitschülern als auch gegenüber den Lehrern und gewann an Selbstvertrauen. Es machte mir nichts mehr aus, alleine zu sitzen.

4. Entwicklung der Ausländerpopulation

In den sechziger und zu Beginn der siebziger Jahren bildeten die Italiener die größte Ausländergruppe in der Region. Dann folgten Türken, Jugoslawen, Spanier und Portugiesen. In den Jahren 1969 bis 1971 wurde die letzte ganz große Anwerbeaktion aus der Türkei durchgeführt. Eine hohe Zahl türkischer Arbeitskräfte - allein in der Kleinstadt, wo wir wohnten, waren es bis zu 50, darunter auch Frauen - wurden in die Industrie geholt, insbesondere in die Textilindustrie. Auch mein Vater wechselte zu einer dieser Textilfirmen über. Die türkischen Arbeitskräfte kamen selbstverständlich ohne Familie. Nach zwei bis drei Jahren holten die ersten ihre Familien nach.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre stieg die Anzahl der nachgezogenen Frauen (in einigen Fällen auch Männer) und Kinder rascher. Gegen Ende des Jahrzehnts hatte sich das Zahlenverhältnis zwischen Italienern und Türken umgekehrt: Die türkischen Arbeiter und ihre Familien waren zur größten Ausländergruppe aufgestiegen. Besonders deutlich wurde diese Entwicklung an der Zahl der türkischen Kinder und Jugendlichen.

Von den türkischen Jugendlichen - bei den anderen Nationalitäten ist es nicht wesentlich besser - machte kaum einer eine Berufsausbildung, geschweige denn eine höhere Schulausbildung. Die wenigsten erreichten überhaupt den Hauptschulabschluß. Für sie blieb, soweit Arbeitsplätze vorhanden, nur der Gang in die Fabrik übrig. Eine der Hauptursachen dieser katastrophalen Lage ist der Mangel an intensiven Vorbereitungs- und Integrationsförderungsprogrammen, wie zum Beispiel Sprachförderung, Betreuung neben der Schule, gezielte Berufsausbildungsförderung etc. Hinzu kommen allgemeiner Lehrstellenmangel und die Schwierigkeiten, als Ausländer eine Lehrstelle zu bekommen.

Viele Kinder wurden aus der Schule in der Türkei herausgerissen und ohne irgendwelche Vorbereitung in eine deutsche Schule gesteckt. Daß sie nicht einmal einen Hauptschulabschluß erreichten, ist kein Wunder. Die Situation sieht bei den Kindern, die von klein auf hier aufgewachsen sind, keineswegs viel besser aus. Zwar schafft hier und da ein Kind den Sprung in eine höhere Schule, aber es sind die Ausnahmen. Die Kinder, die zweisprachig aufwachsen, beherrschen später weder die eine noch die andere Sprache perfekt, wobei in der Regel ihr Deutsch besser ist als ihre Muttersprache. (Auch die Förderung der Muttersprache ist vonnöten!) Die anderen mir bekannten Kinder, die in meinem Alter und zur selben Zeit wie ich aus der Türkei in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelten, lernten die deutsche Sprache nicht so schnell und so gut wie ich. Dies lag zum Teil auch daran, daß alle zusammen in eine Klasse gingen. Somit waren sie sowohl in der Schule als auch nachmittags zusammen, konnten immer türkisch miteinander sprechen und waren nicht in dem Maße wie ich gezwungen, die für sie so fremde Sprache zu lernen. Einer von ihnen machte später eine Berufsausbildung als Schlosser, die anderen fingen nach der Hauptschule als Hilfsarbeiter in der Gießerei an.

5. Wohnsituation

In der Kleinstadt bezogen wir eine Dreizimmerwohnung. Wir erhielten sie von der Firma meines Vaters, über den "freien Markt" hatten wir keine Chance. Sie befand sich in einem schlechten Zustand und hatte weder Warmwasser noch Bad, geheizt wurde mit Öl. Aber die Miete war für uns erschwinglich. Die Wohnung war Teil einer Arbeitersiedlung. In der Kleinstadt gab es mehrere solcher Arbeitersiedlungen der hiesigen Industriewerke. In diesen Siedlungen und in den städtischen Altbaubereichen wohnen heute fast nur noch Ausländer, die Deutschen sind nach und nach in bessere Wohnungen gezogen. Auf diese Art sind die "Ausländer-Ghettos" entstanden, mit durchweg schlechten Wohnungen.

Meine Familie lebt in diesem Wohngebiet, weil meine Eltern keine andere Wohnung bekamen und sowieso keine höhere Miete bezahlen konnten. Ich habe des öfteren mit ihnen über eine bessere Wohnung gesprochen, denn ich sah, wie meine Mitschüler auf dem Gymnasium wohnten. Die Antwort lautete stets, daß wir uns keine andere Wohnung leisten könnten. Meine Mutter fügte hinzu: "Wir werden sowieso bald in die Heimat

zurückkehren, warum sollten wir noch in eine andere Wohnung ziehen!" Meine Familie lebt nunmehr seit sechzehn Jahren dort. Die Wohnung ist 59 qm groß und kostet heute rund 350 DM Miete. Sie war nach den ausländerrechtlichen Bestimmungen des Landes Baden-Württemberg für uns einen Quadratmeter zu klein. Eine fünfköpfige Familie benötigt nämlich 60 qm = 12 qm pro Person. Die Ausländerbehörde machte ausnahmsweise kein großes Aufheben.

6. Die Moschee und die Kultivierung religiös-traditioneller Werte

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erfolgten verstärkt Moschee- und religiöse Vereinsgründungen überall dort, wo größere Gruppen von Türken lebten. Auch in unserer Kleinstadt kam es zur Gründung eines islamischen Vereins und zur Einrichtung einer Moschee. Beschlossen wurde dies von den türkischen Männern. Die Frauen hatten da nichts zu sagen. Man ließ auch einen Vorbeter, den Hoca, kommen.

Der Verein sollte hauptsächlich die Ziele haben, die Gemeinschaft unter den in der Stadt lebenden Türken zu fördern und Notleidenden Hilfe zu leisten sowie islamische Werte und Traditionen zu pflegen. In der Praxis beschränkte sich die Vereinstätigkeit aber ausschließlich auf den religiösen Teil seiner Funktion. Das traditionelle Freitagsgebet wurde eingeführt. An Wochenenden trafen die Männer und Jugendlichen fortan regelmäßig in der Moschee zusammen. An religiösen Feiertagen und im Fastenmonat Ramadan wurde jeden Tag gebetet. Außer meinem Bruder und mir fasteten alle bei uns in der Familie. Von Zeit zu Zeit führte der Verein Großveranstaltungen durch, auf denen Redner aus Großstädten oder gar aus der Türkei sprachen.

Für die Kinder und Jugendlichen wurden Korankurse eingerichtet, nach Jungen und Mädchen getrennt. Ab fünf Jahren schon wurden die Kinder dahin geschickt, die Eltern bestanden darauf. In den Kursen wurde aus dem Koran gelesen und gelehrt, die Kinder mußten Teile des Koran (Suren) auswendig lernen. Zugleich wurden konservative, nationalistische und streng moralische Regeln einer islamischen Erziehung vermittelt. Man versuchte, die Kinder vom Fernsehen und dem Genuß von Video-Filmen abzuhalten, da darin nackte Frauenkörper oder gar Liebesszenen gezeigt werden könnten. Auch den Erwachsenen riet man von solchen Filmen ab, wohl wissend, daß jede Familie ein Videogerät besaß. Den Jungen wurde verboten, das Schwimmbad zu besuchen. Die Mädchen durften nicht am gemeinsamen Turnunterricht in der Schule teilnehmen. Bereits ab sieben Jahren sollten sie Kopftuch und langes Kleid tragen.

Natürlich wurden diese Regeln nicht von allen eingehalten, nur von den Strengsten. Meine Geschwister mußten regelmäßig den Korankurs besuchen, ich dagegen habe niemals eine Moschee von innen gesehen. Mit meinem Vater bekam ich deshalb ernsthaft Ärger, er konnte mich nicht verstehen. Ich war für ihn kein richtiger Türke und Moslem mehr. Bei meinem Vater vollzog sich in jener Zeit eine Rückbesinnung und Rückorientierung auf seine heimatliche, religiös-traditionelle Kultur. Mehr als bis dahin fühlte er sich seiner Heimat und Herkunft verbun-

den, pflegte traditionelle Werte und richtete sein Leben nach islamischen Glaubens- und Verhaltensregeln aus. Er trank keinen Alkohol mehr, verzichtete auf Schweinefleisch, besuchte regelmäßig die Moschee.

Als mögliche Erklärung des Erstarkens religiöser Tendenzen und Vereinstätigkeiten unter den Türken in der Bundesrepublik Deutschland sei hier genannt: ein Zusammentreffen und sich Ergänzen interner und externer Faktoren. Der interne Faktor besteht zunächst in dem schlichten Bedürfnis, traditionelle Werte und religiöse Gepflogenheiten, die man in der Heimat erfahren und gelebt hat, hier einfach weiterzuführen. Dieses gewöhnliche Bedürfnis, das man aus der Türkei mitgebracht hat, wird nun durch die spezifische Lage des türkischen Arbeiters in der Bundesrepublik Deutschland, nämlich der des Ausländers, zusehends verstärkt. Als solcher ist er nämlich konfrontiert mit einer Reihe von Problemen und Bedrohungen: Angst vor dem Verlust der eigenen Identität und traditionellen Werten, vor der Entfremdung der eigenen Kinder; Isolation und Ausgestoßensein; Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit usw. In dieser Situation klammert sich der türkische Arbeiter an seine Identität als Türke und Muslime, an die heimatlich-herkömmlichen Werte und Vorstellungen, an den Glauben und an die islamische und nationale Gemeinschaft. Die verstärkte Rückbesinnung auf Tradition und Religion kann also zum Teil als eine Form der Reaktion auf die spezifische sozio-kulturelle Lage, die sich als Bedrängung und Zerreibung darstellt, gedeutet werden.

Daß jene Reaktion in religiöse und nationalistisch-traditionelle Bahnen kanalisiert wird, dafür tun türkische Regierung und Tagespresse und andere Organe ihr übriges, indem sie ständig an religiöse und nationale Gefühle appellieren und sie wachhalten. Damit wären wir beim externen Teil der Erklärung: Die Rückbesinnung und Rückorientierung ist vor allem ein Erfolg von Propaganda und Demagogie, die hier auf fruchtbaren Boden stößt. Hierbei muß die innenpolitische Entwicklung in der Türkei besondere Beachtung finden, denn von dort sprang der Funke über auf die Bundesrepublik, oder besser gesagt: wurde transformiert. In den siebziger Jahren fand in der Türkei eine zunehmende Politisierung der Bevölkerung nach links und rechts statt. Neben der konservativen Rechten entwickelte sich eine religiös-fundamentalistische Rechte, die eine islamische Staatsordnung verfißt. Außerdem erstarkte die faschistische Organisation der Grauen Wölfe, die sich in ihrer Demagogie teilweise ebenfalls des Islams bediente. Diese Entwicklung fand in der Bundesrepublik Deutschland ihre Fortführung. Als Übertragungsmittel diente vor allem die in der Bundesrepublik Deutschland erscheinende türkische Presse. Als weitere wichtige Transformationsmedien wurden in der Bundesrepublik Deutschland Ableger der in der Türkei tätigen politischen Organisationen gegründet. Diese Ableger sind Dachorganisationen, die die einzelnen örtlichen Vereine zusammenfassen sollen. Die faschistische "Türk-Föderation" (Graue Wölfe) und der islamisch-fundamentalistische "Milli Görüs" (Islamische Union) sowie die "Süleymancilar" (Islamische Kulturzentren) sind die größten rechten Dachverbände. In ihnen vereinigen sich die meisten Moscheen und türkisch-islamischen Kulturvereine. Diese Organisationen versuchen, die türkischen Arbeiter zu beeinflussen und in ihrem Sinn zu lenken, indem sie durch geschickte Propaganda und

Demagogie, durch gezielte Ausnutzung der religiösen, traditionellen und nationalen Gefühle der Menschen fanatisch-religiöse und faschistische Ideologien verbreiten. Die Vereine tragen dazu bei, diese Politik vor Ort umzusetzen.

7. Urlaubsreisen

Wie vermutlich die meisten türkischen Familien verbrachten auch wir jeden zweiten bis dritten Sommerurlaub in der Türkei. Wir wohnten dann bei Verwandten. Die Mehrzahl der Urlauber fährt mit dem eigenen Auto. So eine Fahrt ist anstrengend und nicht ungefährlich, aber ein Auto ist eben praktischer und kostengünstiger.

Viele Deutsche fragen sich bestimmt, warum die Türken ihre PKWs bis oben hin vollpacken, wenn sie in den Urlaub fahren. Nun, dies läßt sich kaum vermeiden: Bei einer größeren Familie kommt viel an persönlichen Dingen, Kleidung etc. zusammen. Einen wichtigen Teil des Gepäcks machen die Geschenke und Bestellungen für die Verwandten und Bekannten aus. Und deren Zahl ist nicht klein. Begehrt ist eigentlich alles, was aus der Bundesrepublik Deutschland kommt: Kleidung, Elektroartikel, Zigaretten, Kosmetik usw. Derzeit sind Videogeräte der Renner. Ein Besuch in der Türkei kann ganz schön teuer werden. Es ist finanziell kaum möglich, jeden Sommer dorthin zu fahren.

Anfangs fuhr ich immer mit. Die Bindungen an das heimatliche Dorf, an die Verwandten und Freunde waren noch stark. Die Erinnerung an Erlebnisse im Dorf holte mich immer wieder ein. Jedoch mit zunehmender Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik Deutschland verlor ich mehr und mehr den engen Bezug zur Türkei. Einmal ließ ich ganze vier Jahre verstreichen, bis ich wieder mit in die Heimat fuhr. Nach so langer Zeit war ich richtig neugierig geworden auf die Veränderungen in der Türkei und freute mich auf den Urlaub. Es wurde wie immer ein schöner Urlaub. Mittlerweile ein sechzehnjähriger Jugendlicher, mußte ich aber feststellen, daß ich mich geistig und kulturell anders entwickelt hatte, daß ich mich entfernt, ja entfremdet hatte von meiner Heimat. Ich hörte am liebsten westeuropäischen Pop und Rock, trug gern Jeans und lange Haare. Was noch schwerer wog war, daß die bestehenden Sitten und Bräuche, die traditionellen Normen und Zwänge der türkischen Gesellschaft mir fremd erschienen und mich einschränkten. Einst ein Teil der dörflichen Gemeinschaft, wurde mir nunmehr bewußt, daß ich trotz gewisser gebliebener Bindungen nur noch Urlauber, Tourist war.

Meine Eltern blühten im Urlaub richtig auf. Ihre Bindung zur Heimat ist nach wie vor stark, die Beziehungen zu den Verwandten eng geblieben. Sie können sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Türkei, den Traditionen und Normen identifizieren. Auch meinen Geschwistern machte der Urlaub in der Türkei stets Spaß. Mein Bruder, der inzwischen 19 Jahre alt ist, empfindet heute ähnlich wie ich.

Eine andere Sache noch wurde mir bei meinen letzten Besuchen immer bewußter: Der Urlaub ist schön, aber wie rückständig ist doch die Türkei in ökonomischer und sozialer Hinsicht geblieben! Der direkte Vergleich mit der höchstentwickelten Bundesrepublik drängte sich mir geradezu auf. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt am Existenzminimum, ein Teil sogar darunter. Die Preise sind hoch, die Einkommen niedrig, die Arbeitslosigkeit ist erheblich. Viele Dörfer haben immer noch keinen Strom und kein fließendes Wasser in den Häusern. Es mangelt an Schulen und Lehrern, an Ärzten und Krankenhäusern etc. etc. So wundert es mich überhaupt nicht, daß in den siebziger Jahren der politische Widerstand gegen das System ständig wuchs. Er war eine folgerichtige Reaktion der Menschen auf ihre unerträglichen Lebensbedingungen. Andererseits terrorisierten faschistische Banden der Grauen Wölfe die Städte, schürten Haß und Gewalt, mordeten. Während ich im Urlaub war, warnten mich Verwandte häufig davor, alleine in die Stadt zu fahren.

8. Rückkehrabsichten

Sobald meine Geschwister ihre Schul- bzw. Berufsausbildung abgeschlossen haben, möchten meine Eltern für immer in die Heimat zurückkehren. Dies wird in zwei bis drei Jahren der Fall sein. Mein Vater, der inzwischen über 20 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland lebt, wird dann sein 56. Lebensjahr erreichen, meine Mutter ihr 52. Mein Vater möchte in der Bundesrepublik Deutschland nicht Rentner werden. Lieber läßt er sich seine Rentenbeiträge, die er hier geleistet hat, auszahlen, um sie dann in das türkische Rentenversicherungssystem einzuzahlen. Er wird dann von der türkischen Rentenversicherungsanstalt Rente beziehen. In der Türkei muß ein Arbeiter in der Regel 25 Jahre Beiträge gezahlt haben, um Rentner zu werden, unabhängig von seinem Alter. Fehlende Beitragsjahre kann man nachträglich einbezahlen. Mein Vater muß pro Jahr, das er in der Bundesrepublik Deutschland verbracht hat, 1000 DM bezahlen. Auf diese Art holt sich der türkische Staat nebenbei Devisen von den im Ausland lebenden Arbeitern.

Die Renten in der Türkei sind sehr niedrig, reichen kaum zum Leben aus. Im Vergleich dazu wäre die Rente aus der bundesrepublikanischen Rentenversicherungsanstalt wesentlich höher. Obwohl meinem Vater nur wenige Jahre bis zum Rentenanspruch in der Bundesrepublik Deutschland fehlen würden, lehnt er es ab, so lange noch hierzubleiben. "Ich habe genug von Deutschland", meint er. Meine Eltern leiden unter dem Fremdsein, den Anfeindungen und darunter, daß sie hier nie akzeptiert worden sind". Die Deutschen wollen uns nicht mehr hier haben, sie brauchen uns nicht mehr. Gehen wir, bevor man uns letztendlich rauswirft." klagen sie. Ich argumentiere, daß nicht alle Deutschen ausländerfeindlich seien, daß die türkischen Arbeitskräfte sehr wohl noch gebraucht würden und daß die Ausländer sich nicht einfach alles gefallen lassen dürften, daß sie sich wehren müßten. Aber sie winken ab. Das jahrelange, alltägliche Arbeiten in der Fabrik, Streß, Sorgen

und Nöte, Beschimpfungen und Diskriminierung, die Furcht vor dem Arbeitsplatzverlust, das Fremdsein - all das zusammen hat Spuren hinterlassen, die nicht mehr zu verwischen sind. "Ich habe die besten Jahre meines Lebens und meine Gesundheit in der Fremde verbraucht, was habe ich erreicht?" fragt mein Vater. Ich weiß keine Antwort darauf. Er hat recht, denn außer einer Wohnung in der Türkei haben sie keine Reichtümer. Das gemeinsame Einkommen meiner Eltern reichte gerade für den Lebensunterhalt in der Bundesrepublik Deutschland.

Viele Türken der ersten Generation, die ich kenne, denken so wie meine Eltern. Sie beabsichtigen eine Rückkehr, sobald die Kinder versorgt und die Rentenansprüche in der Türkei erreicht worden sind. Einige Familien, die ich kenne, sind tatsächlich zurückgekehrt. Aber die Jahre vergehen und vergehen, ohne daß viele ihre Rückkehrabsichten verwirklichen können. Meist liegt es am Finanziellen. Es ist nicht einfach, nach 10 oder 20 Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland alles abzubrechen und in der Türkei noch einmal von ganz vorne anzufangen.

Eins der größten Probleme für die Rückkehr sind die Kinder. Diese wachsen nicht nur zwischen zwei Sprachen, sondern auch zwischen zwei Kulturen auf, manche wissen nicht mehr, wo sie hingehören: "Morgens Deutschland, abends Türkei." Viele möchten nicht mehr zurück, weil sie sich ein Leben in der Türkei nicht mehr vorstellen können. Für die Eltern sicherlich eine große Enttäuschung. Nicht selten weiß die Presse von Kindern zu berichten, die vor der Rückkehr von zu Hause ausreißen, insbesondere Mädchen. Auch meine Eltern würden gerne uns alle mit zurücknehmen, doch dies wird nicht mehr möglich sein. Bei mir haben sie diese Hoffnung inzwischen aufgegeben. Meine Schwester dagegen wird wohl mit zurückkehren. Problematisch wird der Fall meines Bruders. Meine Eltern beharren darauf, ihn mitzunehmen, während er lieber in der Bundesrepublik Deutschland bleiben möchte. Voller Wehmut und Verbitterung klagt mein Vater, daß Deutschland ihm nun auch die Kinder wegnehme, seine Familie auseinanderreiße.

Ich selbst bin momentan weit davon entfernt, an eine endgültige Rückkehr in die Türkei zu denken. Zwar ist die Türkei meine ursprüngliche Heimat, und ich besitze weiterhin die türkische Nationalität, aber ich habe einen großen Teil meiner Kindheit und meine gesamte Jugendphase - mitunter die wichtigsten Phasen der Sozialisierung eines Menschen - in der Bundesrepublik Deutschland gelebt. Über zwei Drittel meiner bisherigen Lebensjahre verbringe ich nunmehr hier. In der Heimat bin ich nun in gewisser Weise ein Fremder, auf der anderen Seite kann ich auch die Bundesrepublik Deutschland als Heimat weder empfinden noch bezeichnen. Hinzu kommt, daß die ökonomischen bzw. beruflichen Aussichten in der Türkei noch schlechter sind als hier.

9. Kulturelle Konflikte - Entfremdung

Gewiß habe ich traditionell-islamische Werte und Normen überwunden und neue Lebensvorstellungen entwickelt, ohne daß ich mich als einge-

deutsch oder assimiliert sehe. Dies möchte ich auch gar nicht werden. Meine Vorstellungen möchte ich nicht einfach als typisch "deutsch" verstanden wissen, sondern als einer entwickelten, fortschrittlichen und gerechten Gesellschaft entsprechend. So ist jedenfalls mein Anspruch an mich selbst. Selbstverständlich bin ich nicht mit allen Verhältnissen, mit allen Werten und Verhaltensformen der bundesrepublikanischen Gesellschaft einverstanden.

Ich möchte meine kulturelle Herkunft und Identität bewahren, auch wenn ich für immer hier seßhaft werde. Ich habe in den vergangenen Jahren meine Liebe für die türkische Volksmusik, für türkische Dichtung und Literatur entdeckt. Mein Interesse für die Geschichte der Türkei, für die Probleme der Völker in der Türkei ist viel größer als noch zu meiner Schulzeit. Ich verfolge mit großer Anteilnahme die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen, das Verlangen nach Demokratie und Menschenrechten in der Türkei.

So selbstverständlich meine Eltern an ihrer Heimat festhalten, so selbstverständlich werden von ihnen auch türkische Sitten und Bräuche, Denk- und Verhaltensformen gepflegt und eingehalten. Dasselbe läßt sich für nahezu die gesamte erste Generation sagen. Auch die Kinder werden in diesem Sinne erzogen. Eltern, Verwandte und Bekannte wachen darüber, daß dies gelingt und daß die Kinder und Jugendlichen sich so verhalten, wie es sich für einen Türken oder eine Türkin gehört. Die Korankurse und Moscheen spielen eine nicht geringe Rolle bei dieser Erziehung. Die soziale Kontrolle unter den Türken in der Bundesrepublik Deutschland ist sehr stark. Die Eltern achten streng darauf, daß sie nicht ins Gerede kommen, daß ihr Ruf und ihr Ansehen nicht geschädigt wird, indem etwa die Tochter in Diskotheken gesehen wird oder gar sich mit einem jungen Mann trifft.

Die große Mehrzahl der jungen Türkinnen und Türken wächst denn auch so auf, wie es im Elternhaus und von der türkischen Gemeinschaft vorgelebt bzw. kraft der elterlichen Autorität ihnen nahegebracht wird. Ihre Bindung an die Familie und an die türkische Tradition ist ungebrochen. Sie bleiben in islamisch-traditionellen Verhaltensformen und Familienstrukturen eingeschlossen. Sie respektieren die absolute Autorität des Vaters innerhalb der Familie, die Vormachtstellung des Mannes in und außerhalb der Familie. Es wird früh geheiratet. Die jungen Männer lehnen den Gedanken einer Ehe mit einer deutschen Frau kategorisch ab, weil sie sie für zu offen und zu frei und dem Manne nicht unterwürfig genug halten. Gegen eine Freundschaft wird allerdings nichts eingewandt. Den türkischen Mädchen ist eine Beziehung mit einem Mann vor der Ehe strengstens verboten, sie muß bis zu ihrer Vermählung ihre Jungfräulichkeit bewahren. Geschieht dies nicht, so ist dies eine große Schande in den Augen der Türken, die Ehre und das Ansehen der Familie wird beschmutzt. Deshalb sind die Eltern gerade bei den Töchtern äußerst wachsam und unnachgiebig.

Zugleich werden die türkischen Kinder und Jugendlichen aber unumgänglich - sei es in der Schule, am Arbeitsplatz, im Bekannten- und Freundeskreis, sei es durch die Nachbarschaft oder auch etwa durchs Fernsehen - auch mit fremden Einflüssen konfrontiert. Sie sehen sich Verhaltens- und Umgangsformen, Konsum- und Freizeitgewohnheiten ge-

genüber, die ganz anders sind als die, die sie von zu Hause gewohnt sind. Diese Eindrücke und Einflüsse bleiben nicht ohne Wirkung. Manche Gewohnheiten, manche Verhaltens- und Denkweise wird übernommen, wobei im allgemeinen die Übernahme um so intensiver ist, je jünger man war, als man hierher kam, je länger man hier lebt und je intensiver der Kontakt mit Deutschen war. Die Zahl derer, die die elterliche Lebensweise hinter sich lassen und neue Lebens- und Denkstrukturen suchen, steigt. Die Zahl der deutsch-türkischen Mischehen zeigt ebenfalls eine steigende Tendenz. Berichte von türkischen Jugendlichen, ganz besonders Mädchen, die aufgrund von Konflikten mit den Eltern von zu Hause ausreißen, vor dem Druck der Eltern fliehen möchten, sind gelegentlich zu vernehmen. In jenen Fällen wird der gewöhnlich stattfindende Generationenkonflikt zwischen Eltern und Kind überlagert.

Meine persönliche geistig-kulturelle Entwicklung entsprach immer weniger dem Verlaufsbild, das sich meine Eltern von mir wünschten. Die Einflüsse außerhalb des Elternhauses, besonders des Gymnasiums, zeigten ihre Wirkung. Ich trug als Gymnasiast stets langes Haar, lehnte mich gegen die Religion auf, besuchte nicht die Moschee, habe nicht mit 20 Jahren die Kusine in der Türkei geheiratet, die mein Vater für mich ausgesucht hatte. Meine Kleidung war in den Augen meines Vaters ungepflegt, denn ich trug zumeist verwaschene Jeans und einen Parka und nicht die Anzüge und Krawatten, die er sich für mich immer wünschte und die heute noch unbenutzt im Schrank hängen. Ich verstand mich immer weniger mit ihm und noch während meiner Schulzeit sprachen wir manchmal monatelang nicht miteinander. Für meinen Vater war ich weit davon entfernt, ein richtiger Türke und ein folgsamer Sohn zu sein. Er gab mich innerlich auf, ich wurde sein untreuer, verlorener Sohn.

Ich lebe seit einigen Jahren mit meiner deutschen Freundin zusammen, was zunächst auf großes Unverständnis stieß. Inzwischen ist sie aber von meinen Eltern anerkannt. Wir haben ein gemeinsames Kind. Meine Eltern wünschen sich unsere Heirat, gerade wegen des Kindes. Türkische Eltern sehen es als Teil ihres elterlichen Glücks sowie als ihre Pflicht, Söhne zu verheiraten.

Meine Schwester ist hier geboren und nunmehr 17 Jahre alt. Sie macht eine Berufsausbildung, nachdem sie die Realschule sehr erfolgreich abgeschlossen hat. Eigentlich hätten ihre Leistungen von Anfang an den Besuch des Gymnasiums gestattet, aber mein Vater war strikt dagegen. Der Grund war, daß in unserem Wohnort kein Gymnasium existierte und meine Schwester täglich eine kurze Fahrt mit der Bahn hätte unternehmen müssen, um zur nächsten Schule zu gelangen. Mädchen sollten möglichst immer in der Nähe der Familie bleiben, um nicht auf Abwege zu geraten und ihre Ehre und die der Familie zu gefährden. Meine Schwester geht abends nicht aus und verhält sich auch sonst so, wie es meine Eltern von ihr erwarten. Sie versteht sich gut mit den Eltern, sie fühlt sich glücklich im Elternhaus. Sie pflegt Kontakte zu türkischen und deutschen Mädchen aus der Schule und der Nachbarschaft. Die Ausbildungsstelle meiner Schwester befindet sich zufällig genau in jener Stadt, wo sich auch das Gymnasium befindet. Und die Schule, die sie nebenher besuchen muß, liegt sogar noch weiter ent-

fernt. Meine Schwester fährt täglich mit der Bahn. Mein Vater muß seine frühere Einstellung wohl etwas geändert haben.

Mein Bruder wird demnächst das Gymnasium beenden. Danach möchte er in der Bundesrepublik Deutschland studieren. Meine Eltern dagegen wollen, daß er dann mit in die Türkei zurückkehrt und dort studiert. Mein Bruder stand vom Kindesalter an unter größerem Druck im Elternhaus. Denn nachdem mein Vater erleben mußte, wie sein erster Sohn seinem Einfluß entschwand und eigene Wege ging, ihm also kein richtiger Sohn geworden war, sollte es ihm mit dem zweiten nicht ebenso ergehen. Er schenkte dem Jüngeren also mehr Aufmerksamkeit, aber im Sinne von mehr Kontrolle und mehr Überwachung. Schon sehr früh mußte mein Bruder, ebenso meine Schwester, die Koranschule besuchen und den Vater in die Moschee begleiten. Anfangs ging er noch gerne dahin, aber später nicht mehr. Mit 15 Jahren erst konnte er sich von der Koranschule freimachen, dabei kam ihm gelegen, daß die Schule wegen Streitigkeiten unter den Vereinsmitgliedern eine Weile in den Hintergrund trat. Abends durfte er nicht allzulange wegbleiben, während ich in seinem Alter ging und kam, wann ich wollte. Mein Vater versuchte, ihn auch von sonstigen unerwünschten Einflüssen fernzuhalten. Er hat meinem Bruder sogar verboten, mich, den eigenen Bruder, zu besuchen, weil er der Meinung ist, ich würde ihn politisch beeinflussen und ihn dazu überreden, nicht in die Türkei zurückzukehren. Das stimmt natürlich nicht, mein Bruder ist alt genug, um selbst zu entscheiden, wo er leben möchte. Es ist nur die Furcht meines Vaters, den jüngeren Sohn auch zu verlieren.

Mein Verhältnis zu meinen Geschwistern, die beide jünger sind als ich, war immer sehr eng. Als ich noch - bis vor fünf Jahren - in der elterlichen Wohnung lebte, hatte ich einen gewissen Einfluß auf sie. Sie waren damals noch Kinder. Ich war nicht nur der Älteste, sondern hatte auch einen wichtigen Erfahrungsvorsprung. Schon frühzeitig fühlte ich mich für meine Geschwister mitverantwortlich, da ich mich um sie kümmern mußte, wenn beide Eltern arbeiteten. Ich wollte auf keinen Fall, daß sie die gleichen schlechten Erfahrungen wie ich durchleben sollten. Ich kümmerte mich um ihre Schule, half ihnen bei den Hausaufgaben und bestand darauf, daß sie immer rechtzeitig erledigt wurden. Wenn es irgendwelche Schwierigkeiten betreffs der Schule gab, sprach ich mit dem Klassenlehrer. Auch an Elternabenden nahm ich ein oder zweimal teil, weil sonst niemand diese Aufgabe wahrnahm. Meine Mutter schied mit ihren wenigen Deutschkenntnissen für diese Aufgabe von vornherein aus. Mein Vater fühlte sich als Arbeiter und Ausländer, zumal er auch nur mäßiges Deutsch sprach, bei diesen Abenden doppelt unsicher und deplaziert. Diese Erfahrung hatte er gemacht, als er an einem Elternabend meiner Klasse auf dem Gymnasium teilnahm. Seither hat er solche Abende nie mehr besucht.

Die ausländische Wohnbevölkerung in Freiburg i. Br.

- Demographische und sozialstrukturelle Aspekte -

von R. Tressel

1. Besonderheiten der ausländischen Wohnbevölkerung in Freiburg

Die Ausländer in Freiburg (wie auch anderswo) bilden keine einheitliche homogene Gruppe, sondern sie unterscheiden sich nach ihrer Nationalität und, was noch bemerkenswerter ist, nach ihrem Status. Vereinfacht kann man zwischen drei Hauptgruppen differenzieren:

- Ausländische Arbeitnehmer aus den sechs ehemaligen Anwerbeländern
- Asylbewerber und Asylberechtigte
- Sonstige Ausländer (Studenten, Arbeitnehmer aus Nichtanwerbeländern, Angehörige der französischen Streitkräfte)

Die Unterschiede zwischen diesen Gruppen sind beträchtlich. Sie betreffen nicht nur demographische Merkmale wie Alter, Geschlecht, Familienstand, sondern vor allem die Lebensbedingungen, d. h. die soziale Anerkennung durch die Deutschen (Akzeptanz), den arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Status, die materielle Situation, die Wohnverhältnisse usw.

Wenn man sich die ausländische Wohnbevölkerung in Freiburg (ohne Streitkräfte) im Vergleich zu der anderer Städte in der Bundesrepublik Deutschland ansieht, so fallen zwei Dinge besonders auf:

- der im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten außerordentlich geringe Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung¹⁾ und
- der relativ geringe Anteil der Arbeitnehmer aus den ehemaligen Anwerbeländern, aber hohe Anteil der sonstigen Ausländer.

Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Die wichtigsten sind:

- eine vergleichsweise geringe Zahl industrieller Arbeitsplätze und dabei wiederum das Fehlen typischer Ausländerbranchen,
- die herausragende Bedeutung der Freiburger Hochschulen.

¹⁾ Trotzdem lebten in Freiburg i. Br. am 1.1.1988 rund 14.000 Ausländer (8,0 %).

Da sich dieses Heft in erster Linie mit der Lebenssituation der Ausländer aus den ehemaligen Anwerbeländern auseinandersetzt, gilt dieser Gruppe auch in diesem Beitrag das Hauptaugenmerk. Dabei werden vor allem die Entwicklung der Ausländerzahlen, die Ursachen für diese Entwicklung und die demographische und soziologische Zusammensetzung dieser Bevölkerungsgruppe dargestellt.

2. Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Ausländerbevölkerung

Will man die Entwicklung der Ausländerbevölkerung in Freiburg verstehen, muß man sich zunächst die übergeordneten politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vergegenwärtigen.

Die jüngste Geschichte der Arbeitsimmigranten in der Bundesrepublik beginnt vor rund dreißig Jahren mit dem Anwerben der ersten Italiener. Dies geschah, obwohl es zu jener Zeit in der Bundesrepublik über eine Million Arbeitslose gab; doch schon damals gab es besonders beschwerliche und unangenehme Arbeiten, die von Deutschen nicht mehr akzeptiert wurden.

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ("Wirtschaftswunder") wurden immer mehr ausländische Arbeitskräfte benötigt, zumal der Mauerbau in Berlin (1961) den Zustrom von DDR-Flüchtlingen abrupt stoppte. Deshalb wurden in den sechziger Jahren weitere Anwerbeverträge, insbesondere mit Spanien und Griechenland (1960), Türkei (1961), Portugal (1964) und Jugoslawien (1969), geschlossen.

Die Zuwanderung der ausländischen Arbeitnehmer hielt an, solange die Wirtschaft florierte. Im Jahre 1967 gab es eine erste leichte wirtschaftliche Rezession und einen entsprechenden Rückgang der Ausländerzahlen, der aber nur kurz anhielt. Schon 1968/69 brachte das anschließende Konjunkturhoch neue Zuwanderungsrekorde.

Bis zu diesem Zeitpunkt (Anfang 1970) verlief die Zuwanderung der Ausländer im Rhythmus der Konjunktur; der Arbeitsmarkt bestimmte die Zu- und Abwanderung.

Dies entsprach auch der politischen Zielsetzung. Ausländer sollten sich jeweils nur kurzfristig im Bundesgebiet aufhalten; die Bundesrepublik sah und sieht sich bis heute nicht als Einwanderungsland, sondern als ein Aufenthaltsland auf Zeit. Diese Einschätzung entsprach zu jener Zeit auch weitgehend den Einstellungen der Ausländer, so daß (politischer) Anspruch und Wirklichkeit im großen und ganzen übereinstimmten.

Der ausländische Arbeitnehmer sah sich selbst nur als Arbeitskraft auf Zeit. Er wollte in der Regel nur kurz hierbleiben, viel Geld sparen, um z. B. in der Heimat eine Existenz als Taxiunternehmer, Kneipenbesitzer, Händler aufzubauen oder Haus und Grund zu erwerben.

Der typische Gastarbeiter von damals war zwischen 20 und 30 Jahre alt und männlich. Er lebte ohne Frau und Kind in der Bundesrepublik, häufig in Firmen- und Sammelunterkünften oder mit Landsleuten zusammen in einfachen Zimmern und Wohnungen. Für die deutsche Bevölkerung war der Ausländer, dessen Leben sich weitgehend zwischen Wohnung und Arbeitsplatz abspielte, kaum sichtbar. Das änderte sich Anfang der siebziger Jahre; vor allem das Jahr 1973 ist als eine Zäsur anzusehen.

Nach 1968 nahm die Ausländerbevölkerung in nie bekanntem Ausmaß zu. Zwischen 1968 und 1971 verdoppelte sich die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen (1971 = 2,2 Mio.) und die ausländische Wohnbevölkerung lag 1973 nahe bei 4 Mio. Einwohnern. Die Zuwanderung hielt unvermindert an, auch als die deutsche Wirtschaft 1972/1973 als Folge der weltweit wirkenden Ölkrise in schwere Bedrängnis geriet und viele Arbeitsplätze verlorengingen. Die Bundesregierung verhängte daraufhin 1973 einen Anwerbestopp.¹⁾

Hatten sich die Ausländer bis dahin jeweils dem konjunkturellen Hoch und Tief durch ihr Verhalten angepaßt, so verhielten sie sich jetzt ganz anders. Sie kehrten nicht in die Heimat zurück, sondern ließen ihre Frauen und Kinder nachkommen oder gründeten hier Familien. Die ausländische Bevölkerung ging dadurch nicht wie gewünscht zurück, sondern nahm zu und erreichte 1981 bundesweit das bisherige Maximum von 4,6 Mio. Im Jahre 1986 wurden rund 4,5 Mio. gezählt.

Wie ist es zu erklären, daß die meisten Ausländer sich für das Verbleiben in der Bundesrepublik entschieden, obwohl sich die Arbeitsbedingungen zusehends verschlechterten und ihnen in verstärktem Maße Ressentiments und Aggressionen entgegenschlugen?

Der Hauptgrund war, daß sich die Wirtschaftssituation in den Heimatländern nicht wie ursprünglich angenommen weiter verbesserte, sondern sich im Gegenteil im Sog der Weltwirtschaftskrise drastisch verschlechterte und der Unterschied zur Bundesrepublik eher größer wurde. Damit war die Sicherheit der Existenz im Heimatland als wesentliche Voraussetzung der Rückwanderung nicht mehr gegeben und nur auf gut Glück wollten die meisten auch nicht in ihre Heimatländer zurückkehren, denn wenn sie gescheitert wären, hätten sie nach einer Frist von sechs Monaten nicht mehr erneut in die Bundesrepublik als Arbeitskräfte einreisen dürfen.²⁾ Außerdem gab es auch schon eine ganze Reihe von Ausländern, die schon längere Zeit mit der Familie in der Bundesrepublik lebten und sich häuslich niedergelassen hatten. So brachten die 70er Jahre vor allem eine Strukturveränderung in der Ausländerbevölkerung. Durch den Zuzug

¹⁾Nur noch Ausländer aus den EG-Staaten und Frauen und minderjährige Kinder der hier wohnenden Ausländer können seither einreisen. ²⁾Diese Regelung wurde nach Verhängung des Anwerbestopps eingeführt.

von Frauen und Kindern wurde die Ausländerbevölkerung in der Bundesrepublik immer gemischter und näherte sich in ihrer Zusammensetzung mehr und mehr der deutschen Bevölkerung an. Es gab deutliche Verschiebungen zugunsten der Frauen und Kinder. Dennoch bestehen zwischen der deutschen und ausländischen Bevölkerung immer noch Unterschiede. Die ausländische Bevölkerung hat einen höheren Kinder- und Männeranteil und einen wesentlich geringeren Anteil an älteren Menschen als die deutsche Bevölkerung.

Mit dem Zuzug der Familien wurden die kurzfristigen Rückkehrpläne im allgemeinen aufgegeben. Die Ausländer richteten sich auf längere Zeit, wenn nicht auf Dauer ein. Sie wurden zu einer festen Größe innerhalb der Wohnbevölkerung mit den entsprechenden Bedürfnissen, Wünschen und Forderungen. Die Kinder benötigten Kindergärten und Schulplätze und eine Pädagogik, die auf ihre besondere Situation zugeschnitten war. Die Familien wünschten sich bessere Wohnungen als die alleinstehenden Männer - die erste Immigrantengeneration, die sich noch mit einfachen Unterkünften abgefunden hatte - und die Arbeitswilligen hofften auf sichere und gutgezahlte Arbeitsplätze. Die deutsche Öffentlichkeit war darauf kaum vorbereitet. Es gab und gibt auch heute noch Versorgungs- und Integrationsprobleme im Wohn-, Schul- und Arbeitsbereich.

3. Die Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung in Freiburg

Leider fehlen uns die Daten, um die Entwicklung der Ausländerbevölkerung in Freiburg seit dem Beginn der Anwerbeverträge lückenlos nachzuvollziehen. Die vergangenen 23 Jahre zeigen jedoch deutlich, daß die Entwicklung der Ausländerzahlen ungefähr im selben Rhythmus verläuft wie in der Bundesrepublik.

Seit 1962 hat sich die ausländische Wohnbevölkerung in Freiburg verdreifacht (1962 = 4 628 Ausländer; 1988 = 13 971 Ausländer). Die Entwicklung verlief dabei allerdings nicht gleichmäßig. Bis 1973 gab es jährlich einen stetigen Zuwachs, der besonders stark war zwischen 1968 und 1973 (dem Jahr, als der Anwerbestopp eingeführt wurde). Der kurzfristige Rückgang nach 1973 ist durch die verschlechterte Arbeitsmarktlage, die finanziellen Anreize für die Rückkehr und das für Ausländer ungünstige soziale und politische Klima zu erklären. Schon 1977 gab es erneut eine Trendwende. 1988 wurde mit 13 971 Ausländern der bisherige Höchststand erreicht. Wenn die Entwicklung in den letzten drei Jahren in Freiburg und in der Bundesrepublik nicht mehr synchron verlief, dann nur deshalb, weil in Freiburg die Ausländerbevölkerung ganz anders zusammengesetzt ist wie in der Bundesrepublik.

Die Ausländerbevölkerung in Freiburg besteht nur zur Hälfte aus Angehörigen der ehemaligen Anwerbeländer, die andere Hälfte setzt sich aus Personen aller Herren Länder zusammen und diese Gruppe hat sich in den letzten Jahren ständig vergrößert. Hierzu zählen vor allem Studenten, Akademiker und Asylanten aus afrikanischen, osteuropäischen und asiatischen Staaten. (In der Bundesrepublik beträgt der Anteil der Zuwanderer aus den ehemaligen Anwerbeländern 70 % und in Baden-Württemberg rd. 80 %.)

Jahr	Ausländer aus Anwerbeländern		Sonstige Ausländer		Ausländer insgesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1972	6372	57,3	4747	42,7	11119	100,0
1976	6695	58,1	4835	41,9	11530	100,0
1980	6630	55,7	5279	44,3	11909	100,0
1988 (1.1.)	6562	47,0	7409	53,0	13971	100,0

Sieht man sich lediglich die Ausländer aus Anwerbeländern an, so erkennt man, daß diese Gruppe in Freiburg wie in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ebenfalls seit einigen Jahren rückläufig ist.

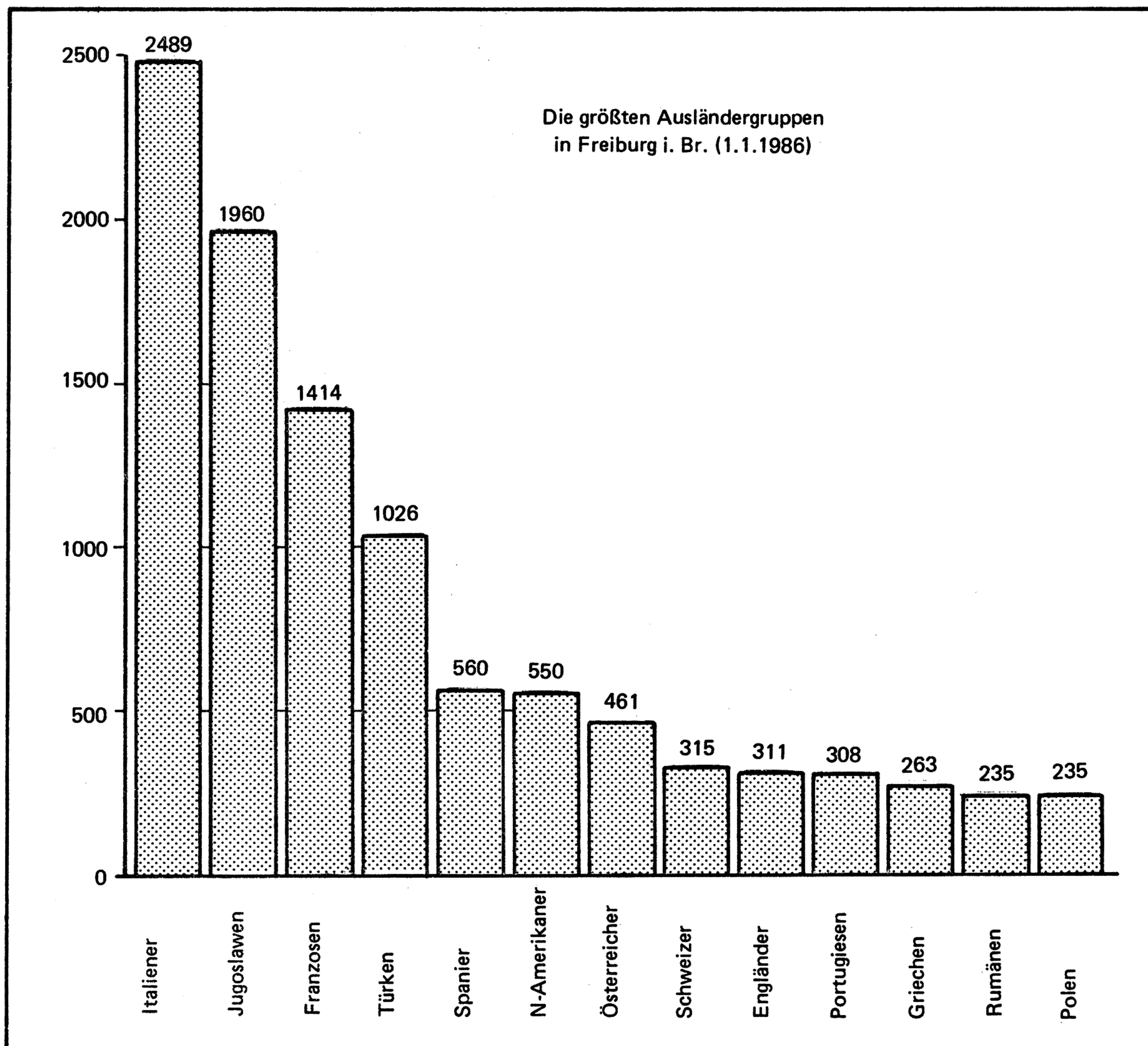
4. Die nationale Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung in Freiburg

Die Arbeitsimmigranten aus den Mittelmeerländern, die in Freiburg leben, unterscheiden sich in ihrer nationalen Zusammensetzung von denen in der Bundesrepublik. In Freiburg dominieren seit jeher die Italiener vor den Jugoslawen. Türken, die in der Bundesrepublik zahlenmäßig deutlich an der Spitze stehen (1986 ca. 1,4 Mio.), nehmen in Freiburg nur den dritten Platz ein. In den letzten Jahren beruhte der Zuwachs der Ausländerbevölkerung in Freiburg auf der türkischen Bevölkerungsgruppe. Während Italiener und Griechen ebenfalls (leichtere) Zuwachsraten hatten, ging die Zahl der übrigen Nationalitätengruppen seit 1972 zurück.

Die Entwicklung der Ausländer nach ausgewählten Nationalitäten 1972 bis 1988 in Freiburg i. Br.

Jahr	Griechen		Italiener		Jugoslawen		Portugiesen		Spanier		Türken		Anwerbeländer	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1972	250	3,9	2263	35,5	2033	31,9	396	6,2	790	12,4	640	10,1	6372	100
1976	257	3,8	2282	34,1	2066	30,9	537	8,0	752	11,2	801	12,0	6695	100
1980	234	3,5	2363	35,6	1918	28,9	509	7,7	609	9,2	997	15,1	6630	100
1986	263	4,0	2489	37,7	1960	29,7	308	4,6	560	8,5	1026	15,5	6606	100
1988	252	3,8	2465	37,6	1895	28,9	318	4,8	573	8,7	1059	16,1	6562	100
Veränderung 1972 - 1988														
abs.	+ 2		+ 202		- 138		- 78		- 217		+ 419		+ 190	
%	+ 0,8		+ 8,9		- 6,8		- 19,7		- 27,5		+ 78,0		+ 3,0	

Engt man den Blick nicht nur auf den Arbeitnehmer aus den Anwerbeländern ein, sondern berücksichtigt man alle Nationalitätengruppen, die in Freiburg gemeldet sind, so zeigt sich, daß zwar Italiener und Jugoslawen weiterhin die stärksten nationalen Gruppen bilden, daß es aber mehr Franzosen als Türken und mehr Amerikaner, Österreicher, Schweizer und Engländer als Portugiesen und Griechen gibt.¹⁾

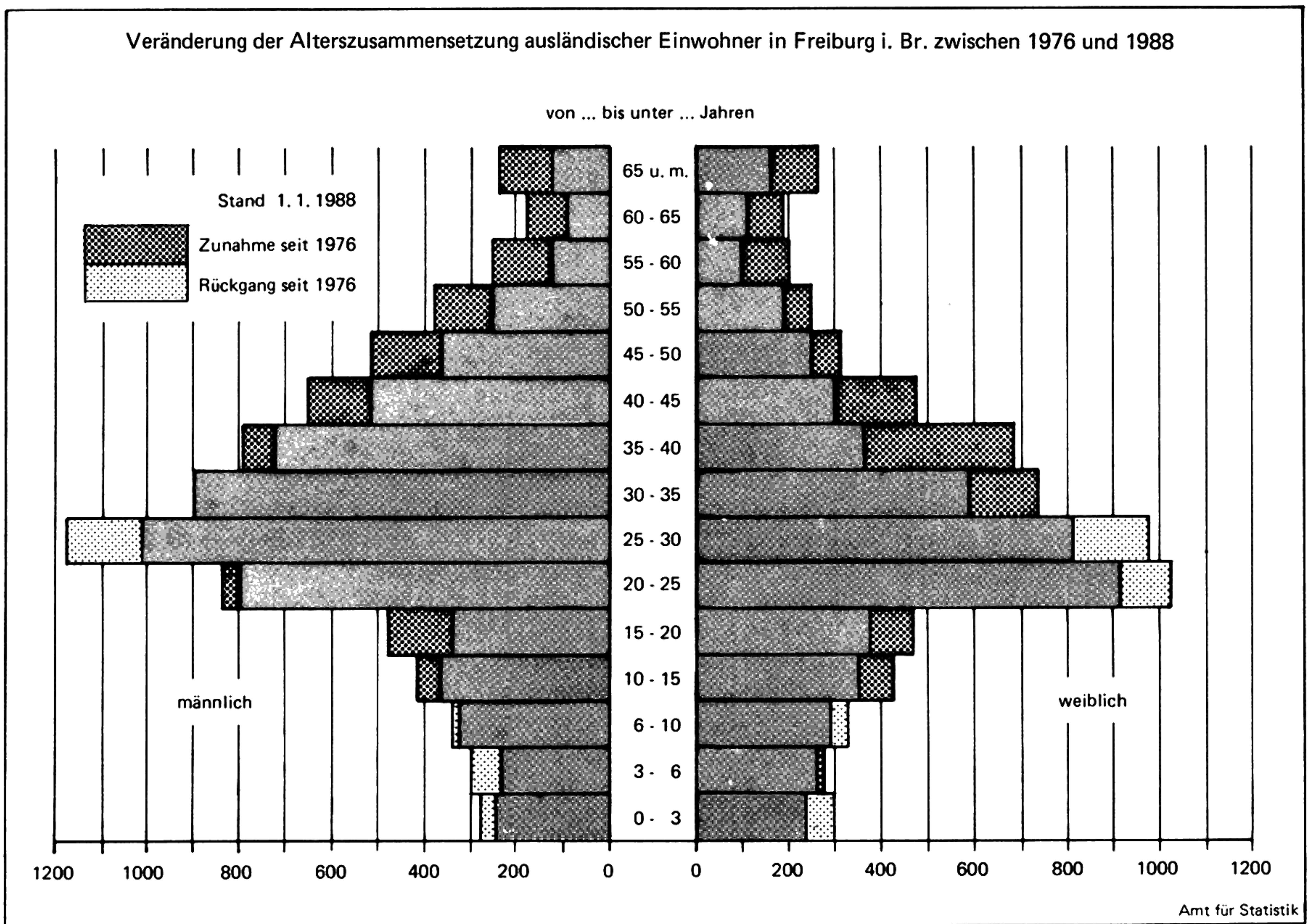


¹⁾Diese Aussage gilt für das Jahr 1986. Neuere Daten stehen leider nicht zur Verfügung. Es dürfte sich allerdings seither kaum Wesentliches geändert haben.

5. Strukturelle Veränderung der ausländischen Wohnbevölkerung in Freiburg i. Br.

Die Ausländer werden in ihrer demographischen Struktur der deutschen immer ähnlicher. Es dominiert nicht mehr so eindeutig, wie in den 50er und 60er Jahren, der typische Gastarbeiter, der männlich, 20 bis 35 Jahre alt und unverheiratet war bzw. ohne Familie hier lebte, sondern wie andernorts hat in Freiburg die Zahl der Frauen und Kinder stark zugenommen.

Auch wenn für das Jahr des Anwerbestopps (1973/74) keine Vergleichszahlen vorliegen und auch ein längerfristiger Vergleich nur zwischen der gesamten Ausländerbevölkerung möglich ist, offenbart die Grafik doch einige charakteristische Veränderungen.

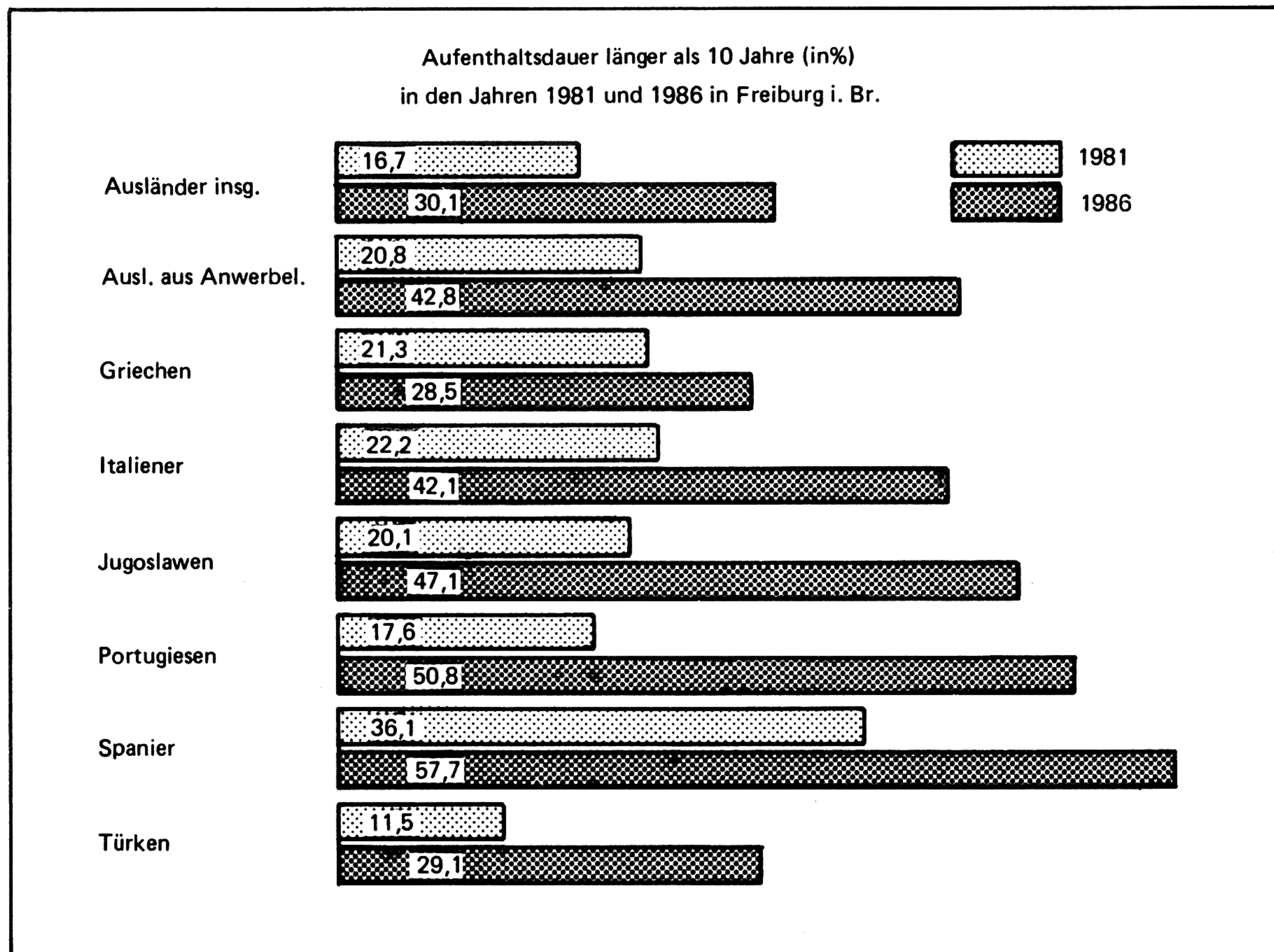


1. Die Zahl der Kinder in den ersten Altersgruppen (bis 10 Jahre) ist seit 1976 deutlich zurückgegangen. Dies läßt den Schluß zu, daß der Nachzug der Jüngsten inzwischen merklich nachgelassen hat. Hinzu kommt noch, daß die Zahl der von Ausländerinnen geborenen Kinder seit Jahren rückläufig ist.
2. Zugenommen hat hingegen die Gruppe der 10- bis 25jährigen. Es sind dies jene, die vor 10 bis 15 Jahren als Kleinkind in die Bundesrepublik kamen bzw. hier geboren wurden und mittlerweile das Jugendlichen- bzw. Erwachsenenalter erreicht haben. Im Unterschied zu den

25jährigen Erwachsenen haben die Jüngeren ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis zwischen Jungen und Mädchen bzw. Männern und Frauen: Indiz einer natürlichen Bevölkerungsentwicklung.

3. Bei den 25- bis 35jährigen, die bis Anfang 1970 die klassische Gastarbeiterbevölkerung repräsentierten, läßt sich ein Rückgang feststellen. Diese Gruppe ist vom Anwerbestopp und den ihn begleitenden Maßnahmen besonders betroffen. (Ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Ländern sind seit dem Anwerbestopp praktisch von der Zuwanderung ausgeschlossen.)
4. Die Zahl der über 35jährigen wiederum hat durchweg zugenommen; einschließlich jener, die schon im Rentenalter sind und von denen man erwartet hatte, daß sie spätestens mit der Pensionierung in ihre Heimat zurückkehren. In der allmählichen Alterung der Ausländerbevölkerung kommt zum Ausdruck, daß die Ausländer immer seltener und immer später die Bundesrepublik verlassen. Die Dauer des Aufenthalts hat stetig zugenommen.

Vor fünf Jahren wohnten lediglich 20 % der Ausländer aus den ehemaligen Anwerbeländern zehn und mehr Jahre hier, heute sind es über 40 %. Bei den Spaniern und Portugiesen lebt sogar schon jeder zweite länger als zehn Jahre in Freiburg.



Aufenthaltsdauer der Ausländer in Freiburg i. Br. (1986)

Von ... bis unter ... Jahre	Ausländer insg.		Ausländer aus Anwerbe- ländern		Griechen		Italiener		Jugoslawen		Portugiesen		Spanier		Türken	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
unter 1	2595	19,5	621	9,4	49	18,6	276	11,1	131	6,7	8	2,6	40	7,1	117	11,4
1 – 3	2255	17,0	752	11,4	52	19,8	338	13,6	182	9,3	25	8,1	46	8,2	109	10,6
3 – 5	1436	10,8	605	9,2	44	16,7	241	9,7	152	7,8	21	6,8	24	4,3	123	12,0
5 – 7	1316	9,9	724	11,0	22	8,4	269	10,8	186	9,5	32	10,4	48	8,6	167	16,3
7 – 10	1683	12,7	1074	16,2	21	8,0	316	12,7	382	19,5	65	21,1	79	14,1	211	20,6
10 – 15	2004	15,1	1547	23,4	31	11,8	505	20,3	559	28,4	118	38,3	144	25,7	190	18,5
15 – 20	1086	8,2	828	12,5	34	12,9	274	11,0	297	15,2	27	8,8	114	20,4	82	8,0
über 20	907	6,8	455	6,9	10	3,8	270	10,8	71	3,6	12	3,9	65	11,6	27	2,6
insg.	13282	100,0	6606	100,0	263	100,0	2489	100,0	1960	100,0	308	100,0	560	100,0	1026	100,0

6. Familienverhältnisse der ausländischen Arbeitnehmer

Wie sehr sich das Bild vom alleinstehenden jungen Gastarbeiter, der nach wenigen Jahren wieder in seine Heimat zurückkehrte, gewandelt hat, läßt sich auch an den Familienverhältnissen ablesen. Von den 6 606 Ausländern aus den ehemaligen Anwerbeländern waren am 1.1.1986 insgesamt 3 006 ledig (= 45,5 %), 3 325 verheiratet (= 50,3 %), 98 (= 1,5 %) verwitwet und 177 (= 2,7 %) geschieden. Von den Verheirateten, die in der Mehrheit sind, leben wiederum über 90 % mit dem Ehegatten zusammen, lediglich 8,2 % leben getrennt. Das heißt, der Mann oder die Frau, der oder die verheiratet ist und alleine in der Bundesrepublik lebt, ist die Ausnahme. Nur bei Jugoslawen und den Türken kommt es häufiger vor.

Von den verheirateten Ausländern aus den ehemaligen
Anwerbeländern leben zusammen bzw. getrennt (1986)

	Ausländer aus Anwerbe- ländern		Griechen		Italiener		Jugoslawen		Portugiesen		Spanier		Türken	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
verheiratet – zusammenlebend	2730	41,3	95	92,5	1060	88,0	768	72,5	146	93,0	248	88,6	413	79,6
verheiratet – nicht zusammen- lebend	595	9,0	10	7,5	145	12,0	291	27,5	11	7,0	32	11,4	106	20,4

Aber nicht nur die Ehepartner leben immer häufiger zusammen in Freiburg, sondern auch die Kinder bei den Eltern. Die Bereitschaft, die Kinder aus der Heimat nachkommen zu lassen, hat sich in den letzten Jahren weiter verstärkt. Dabei ist diese Entscheidung für die Eltern (und auch für die

Kinder) mit Sicherheit nicht einfach, denn aufgrund der Sprachschwierigkeiten und der Kultur- und Mentalitätsunterschiede sind Konflikte und Probleme in der Schule und im Elternhaus fast schon vorprogrammiert. Außerdem verlagert sich dadurch der Lebensschwerpunkt zunehmend vom Herkunftsland in die Bundesrepublik.

Vor sieben Jahren (1.1.1981) hatten noch 33 % der hier lebenden ausländischen Haushaltsvorstände aus den ehemaligen Anwerbeländern Kinder in der Heimat, 1986 waren es nur noch ca. 23 % oder, wenn man es auf die Kinder bezieht: 1981 lebten rund 36 % der Kinder von in Freiburg ansässigen Eltern bzw. Elternteilen in der Heimat, 1986 waren es ca. 25 %.

Von den Kindern ausländischer Eltern (aus Anwerbeländern)
leben in Freiburg bzw. im Heimatland 1981 und 1986

	Ausländer aus Anwerbeländern		Griechen		Italiener		Jugoslawen		Portugiesen		Spanier		Türken	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
<u>1981</u>														
In Freiburg	2247	63,9	55	84,6	933	83,2	527	48,4	163	60,9	207	79,6	362	48,0
Im Heimatland	1271	36,1	10	15,4	188	16,8	561	51,6	67	29,1	53	20,4	392	52,0
<u>1986</u>														
In Freiburg	2095	74,7	42	85,7	847	93,1	569	59,7	106	84,8	153	85,0	378	64,3
Im Heimatland	710	25,3	7	14,3	63	6,9	384	40,3	19	15,2	27	15,0	210	35,7

Die Tabelle zeigt zwei Sachverhalte besonders deutlich:

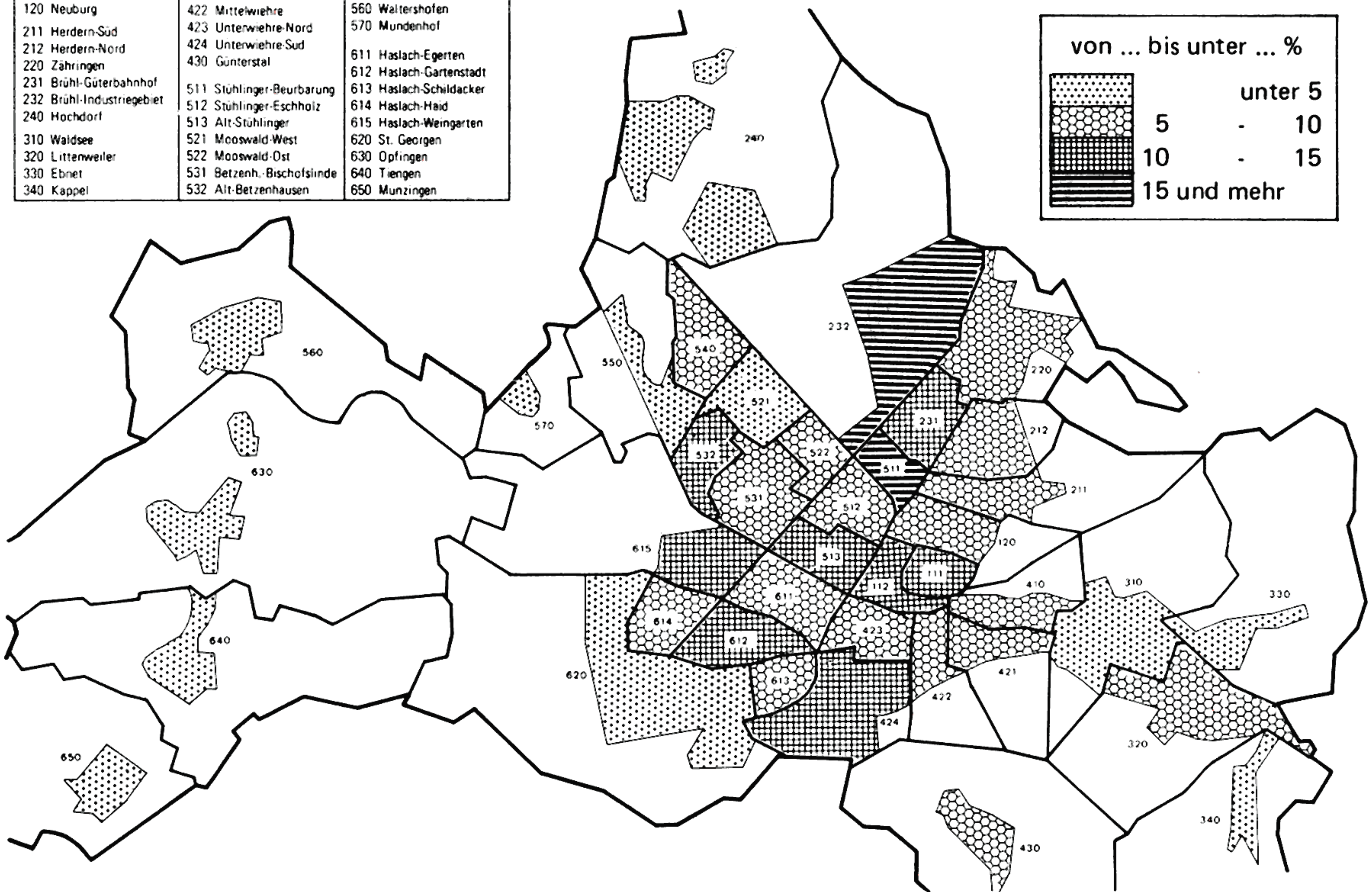
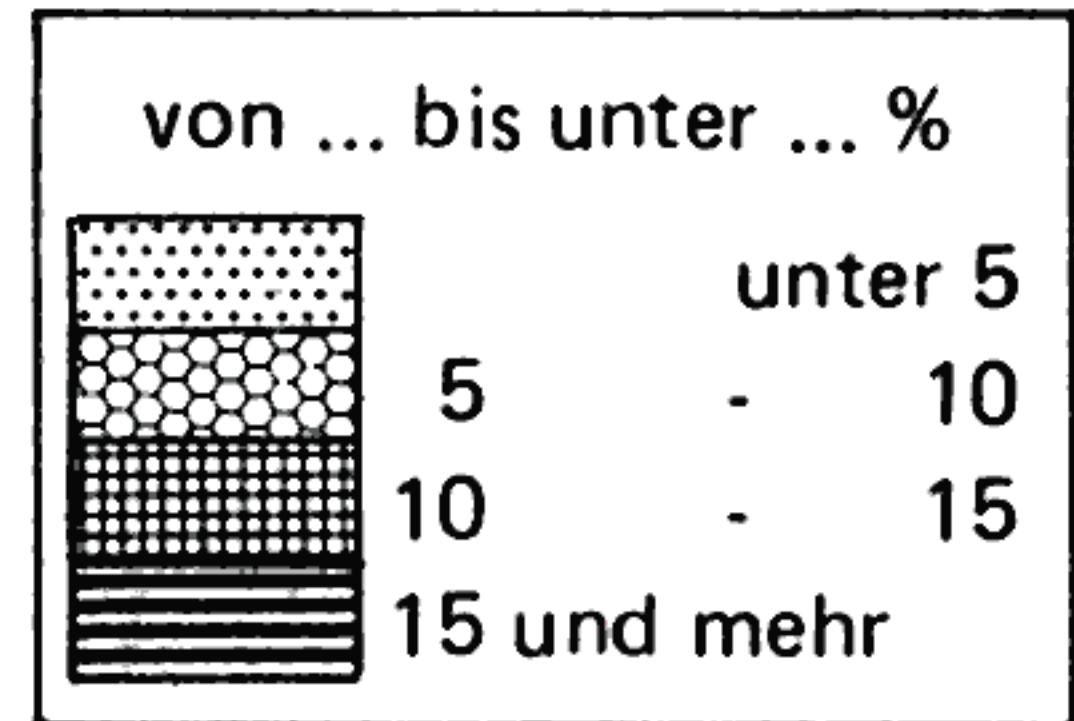
1. Bei allen Ausländergruppen ist die Bereitschaft weiter gewachsen, die Kinder nachkommen zu lassen.
2. Italiener und, in etwas schwächerem Maße, Griechen, Spanier und Portugiesen haben viel häufiger ihre Kinder bei sich als die Türken und Jugoslawen (vier von zehn jugoslawischen Kindern leben nicht in Freiburg).

Ausländer nach Staatsangehörigkeit am 1. 1. 1988 in Freiburg i. Br.

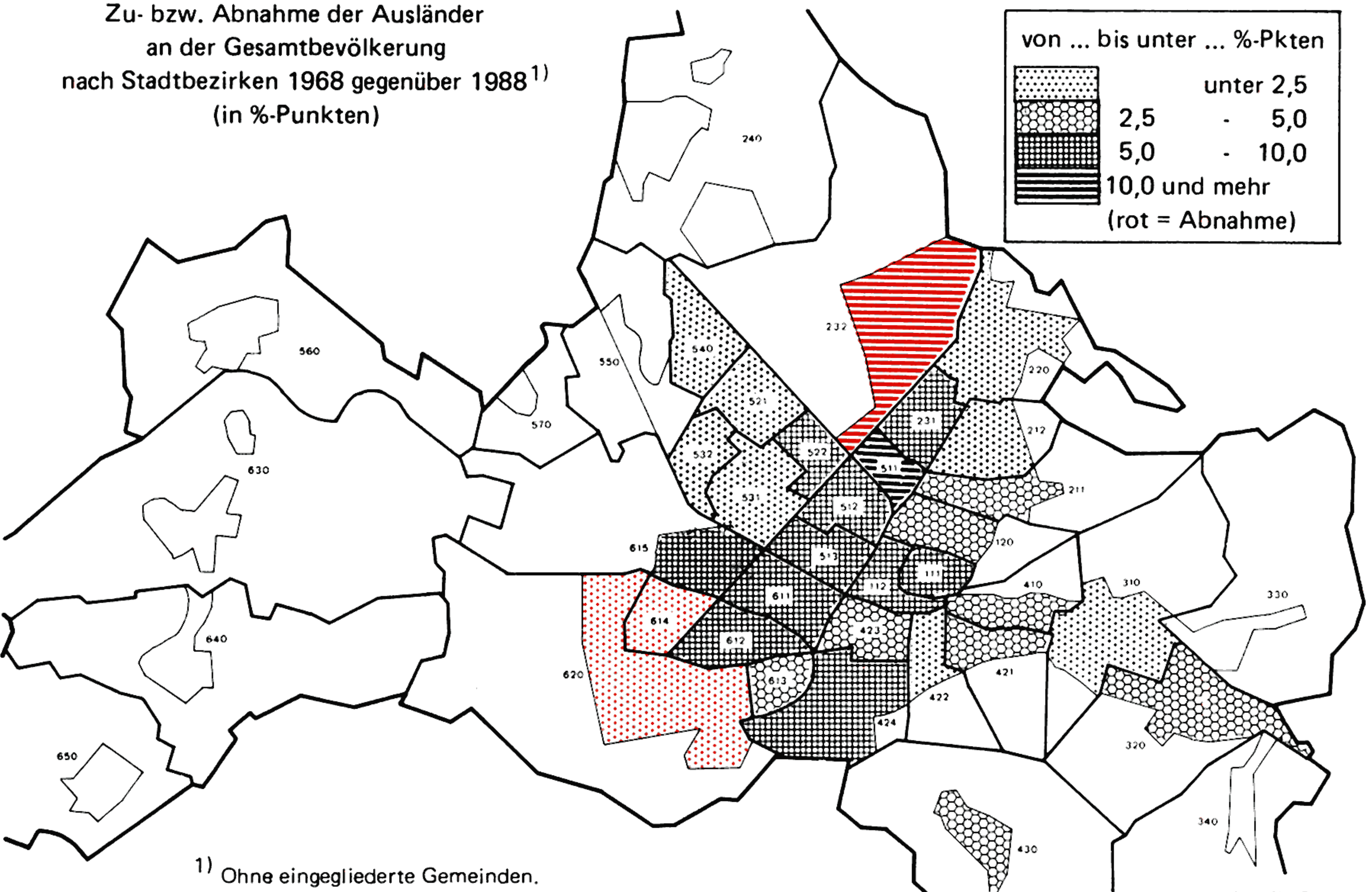
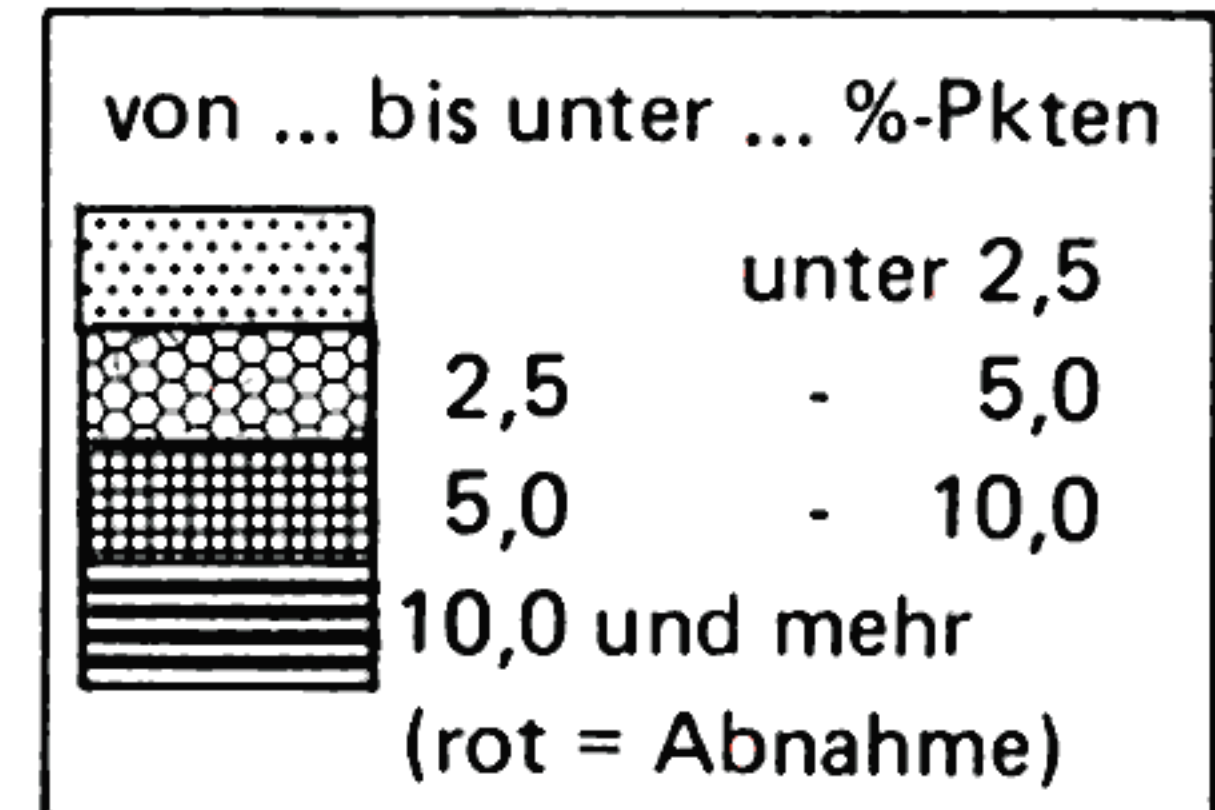
Stadt- bezirk	Ausländer nach Staatsangehörigkeit									
	Ita- lien	Jugo- slav.	Tür- kei	Spa- nien	Por- tugal	Grie- chen	Frank- reich	USA	Öster- reich	Son- stige
111	88	40	16	36	5	18	38	23	15	140
112	50	31	19	24	1	10	34	20	4	106
120	30	34	7	4	1	1	76	14	14	87
211	41	89	13	29	6	10	35	11	24	112
212	23	35	8	15	16	3	27	26	12	124
220	42	56	10	14	51	5	43	14	28	166
231	93	121	26	29	37	9	33	3	16	165
232	16	27	1	3	9	0	12	0	3	10
240	19	5	1	10	5	0	10	0	7	41
310	37	12	2	3	1	0	27	9	9	86
320	19	18	12	15	5	8	26	26	10	313
330	0	0	2	1	0	4	4	10	6	37
340	3	0	1	0	0	1	8	7	1	34
410	36	28	22	30	19	12	96	25	25	185
421	58	27	17	33	15	2	45	53	17	148
422	41	18	5	13	6	4	25	12	10	115
423	54	41	38	30	2	16	23	21	17	117
424	62	27	13	22	3	16	148	28	27	348
430	14	5	0	1	0	9	61	1	8	27
511	116	136	114	23	13	11	15	1	3	54
512	61	101	23	32	23	18	66	17	12	216
513	202	99	64	29	27	17	77	12	17	338
521	14	38	19	8	1	1	14	7	4	33
522	138	121	60	9	10	12	22	1	1	89
531	44	33	55	6	0	17	35	117	20	379
532	30	14	8	2	4	1	28	5	11	117
540	80	49	26	24	13	12	54	6	13	233
550	5	7	2	3	4	2	8	10	0	37
560	10	4	2	2	3	0	5	5	3	14
570	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
611	138	112	80	24	2	12	40	7	19	112
612	267	196	115	19	17	5	80	11	12	88
613	11	11	6	2	0	1	2	0	1	25
614	66	17	10	7	0	1	35	0	10	74
615	416	243	182	40	15	6	105	10	19	533
620	52	67	38	24	3	6	50	16	37	190
630	37	27	10	2	0	0	15	2	3	46
640	45	5	4	1	1	2	12	3	3	42
650	7	1	28	4	0	0	7	1	0	12
Insges.	2465	1895	1059	573	318	252	1441	534	441	4993
%	17.6	13.6	7.6	4.1	2.3	1.8	10.3	3.8	3.2	35.7

Gliederung des Stadtgebiets		
Stadtbezirk	Stadtbezirk	Stadtbezirk
111 Altstadt-Mitte	410 Oberau	540 Landwasser
112 Altstadt-Ring	421 Oberwiehre	550 Lehen
120 Neuburg	422 Mittelwiehre	560 Waltershofen
211 Herdern-Süd	423 Unterwiehre-Nord	570 Mundenhof
212 Herdern-Nord	424 Unterwiehre-Süd	611 Haslach-Egerten
220 Zähringen	430 Günterstal	612 Haslach-Gartenstadt
231 Brühl-Güterbahnhof	511 Stühlinger-Beurbarung	613 Haslach-Schildacker
232 Brühl-Industriegebiet	512 Stühlinger-Eschholz	614 Haslach-Haid
240 Hochdorf	513 Alt-Stühlinger	615 Haslach-Weingarten
310 Waldsee	521 Mooswald-West	620 St. Georgen
320 Littenweiler	522 Mooswald-Ost	630 Opfingen
330 Ebnet	531 Betzenh.-Bischofslande	640 Tiengen
340 Kappel	532 Alt-Betzenhausen	650 Munzingen

Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung nach Stadtbezirken am 1.1.1988 (in %)



Zu- bzw. Abnahme der Ausländer an der Gesamtbevölkerung nach Stadtbezirken 1968 gegenüber 1988¹⁾ (in %-Punkten)



1) Ohne eingegliederte Gemeinden.

Ausländische Erwerbstätige in Freiburg i. Br.

von R. Tressel

1. Die Tätigkeit in Freiburger Betrieben

Antonio A. ist Portugiese und seit 1969 in der Bundesrepublik und seither bei der Rhodia AG in Freiburg beschäftigt. Er wurde zusammen mit anderen Kollegen in Portugal von der Rhodia angeworben. Antonio A. stammt aus der Gegend von Porto und hatte, als er sein Land verließ, eine feste Stellung in einer Textilfabrik.

Er hat lange überlegt, bis es sich entschloß, seine Heimat zu verlassen. Immerhin war er damals schon 41 Jahre alt und hatte eine Familie mit drei Kindern. Aber die Aussicht, mehr Geld zu verdienen und sich seinen Lebenstraum - ein Haus zu bauen - zu verwirklichen, hat damals den Ausschlag gegeben.

Für viele seiner ausländischen Kollegen in der Rhodia war diese Entscheidung, die Heimat zu verlassen, kein Problem. Die meisten waren, als sie sich dazu entschlossen, jung, ungebunden und ohne gesicherten Arbeitsplatz. Ob Portugiesen, Italiener, Griechen, Spanier usw., fast alle stammen sie aus den armen Regionen ihrer Länder, wo es wenig Industrie, wenig Arbeit, nur wenig zu verdienen gab. Wenn sie in ihrer Heimat beschäftigt waren, dann fast immer nur als Gelegenheitsarbeiter und nur für kurze Zeit.

Antonio A. kam zunächst ohne Familie nach Freiburg. Er erinnert sich noch genau an die ersten Wochen und Monate. Es war eine sehr schwere Zeit, wo er viel Heimweh hatte und sich nach seiner Familie und seiner Heimat sehnte. Er lebte in der ersten Zeit mit vielen Landsleuten und anderen Ausländern zusammen in einer der drei Firmenbaracken der Rhodia¹⁾. Obwohl er wenig Miete bezahlen mußte und viel sparen konnte, suchte er sich nach einem Jahr eine kleine Wohnung in Zähringen. Er ließ zunächst seine Frau nachkommen; zwei Jahre später zogen dann auch die Kinder in die Wohnung ein.

Antonio A. ist wie fast alle seine ausländischen Kollegen ohne gelerten Beruf. Er arbeitet bei der Rhodia als Schichtarbeiter, wodurch er DM 400,-- bis DM 600,-- zusätzlich verdient, die er voll und ganz in sein Haus steckt. Er arbeitet an einer großen Maschine. Seine Arbeit ist körperlich nicht besonders anstrengend, aber mitunter doch recht einseitig und monoton.

In wenigen Jahren hat er seine Pensionsgrenze erreicht, dann wird er zusammen mit seiner Frau in seine Heimat zurückkehren und dort im eigenen Haus seinen Lebensabend verbringen. Die beiden "Alten" werden wohl

¹⁾ Zeitweise lebten über 100 Ausländer in den Baracken. Inzwischen hat die Rhodia die Baracken aufgegeben.

alleine zurückkehren. Seine drei Kinder werden - wie Antonio A. mit Be-
dauern feststellt - wohl hier in Deutschland bleiben. Obwohl noch keines
der Kinder verheiratet ist, sind sie hier relativ stark verwurzelt.
Vierzehn Jahre in Freiburg ist für Kinder und Heranwachsende eine lange
Zeit und da sie alle deutsche Schulen besuchten, sprechen sie wesentlich
besser Deutsch als Portugiesisch. Zwei der Kinder sind ebenfalls bei der
Rhodia beschäftigt (eines als Lehrling) und eines arbeitet bei der MEZ
AG in Freiburg.

Fast alle Ausländer bei der Rhodia sind Arbeiter und bis auf wenige Aus-
nahmen haben auch alle relativ einfache Anlern Tätigkeiten, zu denen
keine besondere Qualifikation notwendig ist. Obwohl die Firma die Wei-
terbildung und die Qualifizierung der Arbeiter unterstützt, schaffen es
wenige. Mangelnde Sprachkenntnisse und lückenhafte Schulkenntnisse sind
große, kaum zu überwindende Hürden. Allerdings versuchen es auch die
wenigsten, sich fachlich weiterzubilden. Zwischen den deutschen und aus-
ländischen Arbeitern besteht daher im ganzen gesehen ein Gefälle hin-
sichtlich der Qualifikation, der konkreten Arbeit und des Prestiges.
Ausländer sind häufiger als die Deutschen in der Schichtarbeit einge-
setzt und sie sind auch eher bereit, belastende und unangenehme Arbeits-
bedingungen in Kauf zu nehmen als die Deutschen. Allerdings hat sich
dies in der letzten Zeit etwas geändert, viele Deutsche sind heute be-
reit Arbeiten zu übernehmen, die bisher nur von Ausländern angenommen
wurden.

Sieht man sich die Ausländerbeschäftigung bei der Rhodia an, so ist zwar
die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer sehr stark zurückgegangen, der
Anteil der Ausländer liegt jedoch fast unverändert bei 10 %.

Im Jahr 1973 - dem Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung - hatte die
Rhodia bei einer Belegschaft von ca. 4 300 Beschäftigten rund 500 Aus-
länder unter Vertrag. Im Jahr 1986 arbeiteten noch 219 Ausländer bei
insgesamt 2 100 Beschäftigten. Das Hauptkontingent stellten dabei die
Portugiesen (60 Beschäftigte), Italiener (52), Jugoslawen (36),
Spanier (24), Griechen (13), Türken (3), Nord-Afrikaner (11) und Fran-
zosen (9). Der Rest stammte aus allen Teilen der Welt.

Die Rhodia ist aber nur einer von mehreren größeren Arbeitgebern für
Ausländer in Freiburg. Mehr Ausländer waren 1986 bei Intermetall (565
Personen, davon allerdings 320 Einpendler aus dem Elsaß), den Universi-
tätskliniken (501 Ausländer) und - zählt man sie noch zum Einzugsgebiet
Freiburg - bei der Peguform in Bötzingen (360 Ausländer, davon 203 Tür-
ken) beschäftigt. Die MEZ AG mit 47 und das Studentenwerk mit 46 Aus-
ländern sind weitere wichtige Arbeitgeber.

Die Universität und die Kliniken haben hauptsächlich Frauen im Putz- und
Küchendienst beschäftigt; bei MEZ, Intermetall, Peguform - Betriebe der
Textil-, Metall- und Kunststoffverarbeitenden Industrie - sind in erster
Linie Männer in weitgehend automatisierten Produktionsbereichen tätig,
in denen die Anforderungen an das fachliche Können relativ gering sind.
Auch in diesen Betrieben sind die Ausländer in erster Linie als Anlern-
kräfte in den unteren Lohngruppen beschäftigt, und zwar in Positionen,
die wenig Ansehen genießen, häufig sehr belastend sind und von deutschen

Arbeitern weniger beansprucht werden. Auch wenn die Deutschen in den nächsten Jahren weniger anspruchsvoll sind und eher bereit, bisher gemiedene Arbeiten zu übernehmen, was sich auch in der abnehmenden Ausländerbeschäftigung niederschlägt, gibt es nach wie vor immer noch genügend Arbeitsplätze in der Küche oder der Putzkolonne, in der Wäscherei oder im schweren Schichtbetrieb, wo Ausländer nach wie vor unersetzlich sind.

Es gibt daher typische Ausländerbranchen, wie zum Beispiel Gießereien, Ziehereien, Herstellung von Eisen, Blech und Metall, Textilverarbeitung, Bergbau, Fischerei, Straßenfahrzeugbau, Kunststoffverarbeitung und nicht zuletzt aus dem Dienstleistungsbereich das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe. Diese Branchen sind mit wenigen Ausnahmen in Freiburg relativ schwach vertreten. Dies erklärt auch, warum es in Freiburg relativ wenig ausländische Arbeitnehmer aus den ehemaligen Anwerbeländern gibt, und daß die ausländischen Arbeitnehmer in etwas anderen Branchen beschäftigt sind als in Baden-Württemberg oder dem Bundesgebiet.

2. In welchen Branchen sind die Ausländer in Freiburg beschäftigt?

Doch auch in Freiburg gibt es ganz typische Schwerpunkte der Ausländerbeschäftigung. Dies sind das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und der Bereich Dienstleistungen soweit nicht anders genannt, worunter sich in erster Linie das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie die Reinigungsberufe verbergen. In diesen Bereichen sind 75 % der beschäftigten Ausländer, aber nur die Hälfte der beschäftigten Deutschen tätig.

Noch deutlicher werden die Schwerpunkte der Ausländerbeschäftigung, wenn man nicht nur die groben Wirtschaftssektoren, sondern die viel kleineren und feingegliederten Wirtschaftsbranchen betrachtet. Diese Betrachtungsweise hat allerdings den Nachteil, daß die Zahlen hierfür nur für den Hauptamtsbezirk des Arbeitsamtes Freiburg vorliegen¹⁾.

Der Frage nach den wichtigsten und typischsten "Ausländerbranchen" kann man sich auf unterschiedliche Art und Weise nähern. Nimmt man die absolute Zahl der Beschäftigten zum Maßstab, so wird damit die Bedeutung der Branche für die Ausländerbeschäftigung beschrieben, das heißt, die Sicht des Ausländers als Arbeitssuchender steht im Vordergrund. Wird hingegen der Ausländeranteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten in den einzelnen Branchen betrachtet, so kommt eher zum Ausdruck, wie stark die jeweilige Branche auf die Erwerbstätigkeit der Ausländer angewiesen ist. Im Umkehrschluß könnte man sagen, je höher die Ausländerquote, desto unattraktiver sind die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen für die Deutschen.

¹⁾ Dieses Gebiet umfaßt neben Freiburg 32 Gemeinden des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald und ist gemessen an den Beschäftigten ca. 30 - 40 % größer als das Stadtgebiet Freiburg.

Die wichtigsten "Ausländerbranchen" im Hauptamtsbezirk des Arbeitsamtes Freiburg waren am 30. September 1986¹⁾ nach den absoluten Zahlen:

1. Im Verarbeitenden Gewerbe

- Elektronik (957 beschäftigte Ausländer)
- Kunststoffverarbeitung (524 beschäftigte Ausländer)
- Chemische Industrie (299 beschäftigte Ausländer)

2. Im Baugewerbe (1040 beschäftigte Ausländer)

3. Im Dienstleistungsbereich

- Gesundheitswesen (Krankenhäuser) (698 beschäftigte Ausländer)
- Handel (629 beschäftigte Ausländer)
- Gaststätten, Beherbergungsgewerbe (429 beschäftigte Ausländer)
- Gebietskörperschaften (422 beschäftigte Ausländer)

In diesen Branchen sind 67,0 % der Ausländer, aber auch 53,6 % der Deutschen beschäftigt, so daß der branchenspezifische Konzentrationsgrad der Ausländer aus dieser Sicht nicht sehr hoch ist.

Anders die Reihenfolge der Branchen nach der Höhe der Ausländeranteile:

- | | |
|--------------------------|--------------------------|
| - Bekleidungsindustrie | (Ausländeranteil 31,0 %) |
| - Kunststoffverarbeitung | (Ausländeranteil 20,7 %) |
| - Textilverarbeitung | (Ausländeranteil 18,3 %) |
| - Papierverarbeitung | (Ausländeranteil 17,4 %) |
| - Eisen-, Stahlerzeugung | (Ausländeranteil 16,7 %) |
| - Bauhauptgewerbe | (Ausländeranteil 16,6 %) |

In diesen Branchen arbeiten 8,6 % der Gesamtbeschäftigten, aber 24,1 % der ausländischen Arbeitnehmer.

Während die ausländischen Männer überwiegend im Baugewerbe und in der Industrie beschäftigt sind, dominieren die Ausländerinnen im Dienstleistungsbereich. Sie sind vor allem als Putz- und Hilfskräfte in Hotels, Gaststätten und im Universitäts- und Krankenhausbereich angestellt.

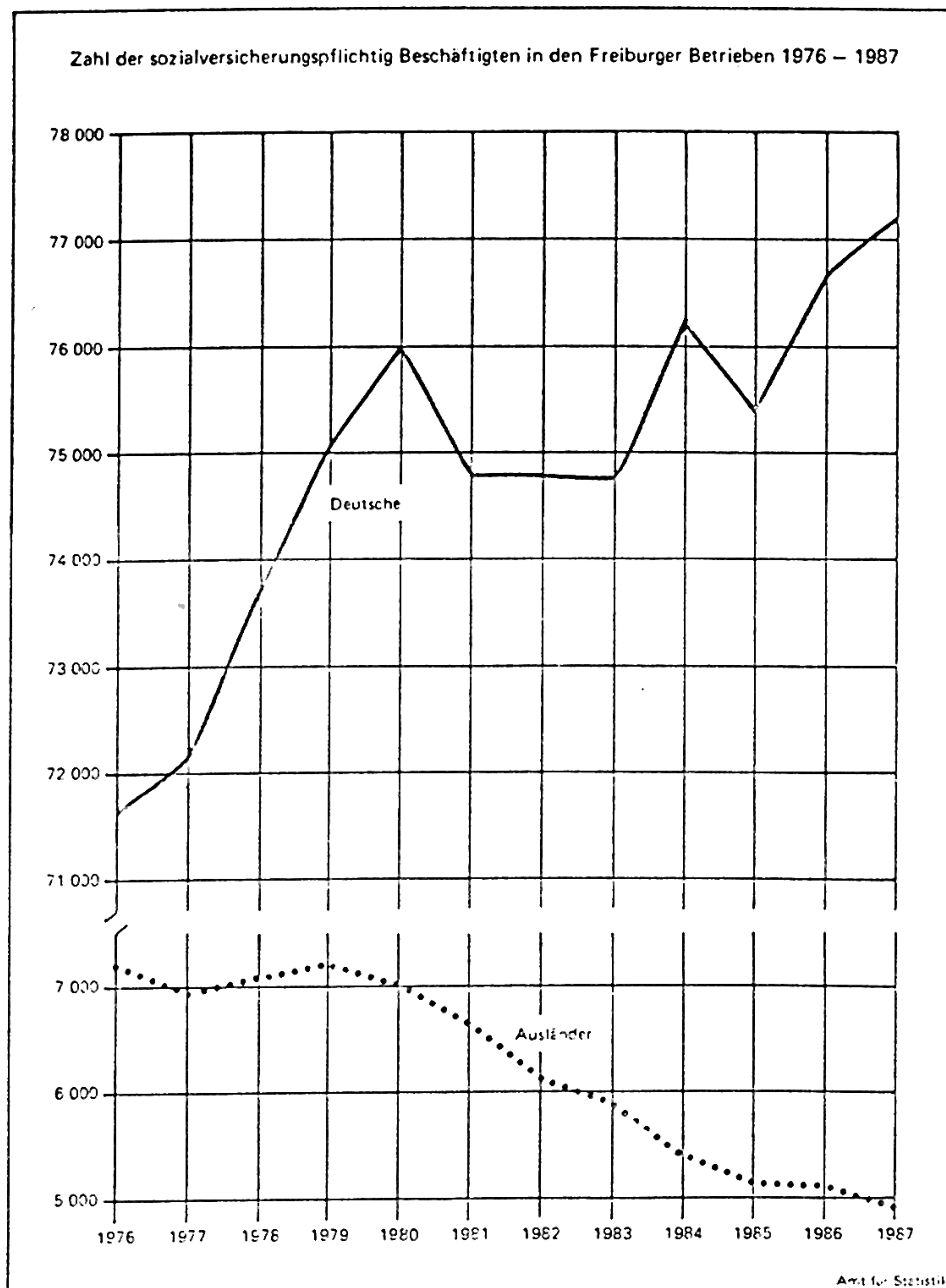
Für viele Berufe, vor allem auch im Dienstleistungsbereich, fehlt es den Ausländern an den notwendigen fachlichen und sprachlichen Kenntnissen, sowie im staatlichen Bereich - an den erforderlichen Eintrittsvoraussetzungen. Bei der Bundesbahn und Bundespost, bei Banken und Versicherungen und bei Justizbehörden und Anwaltsbüros findet man deshalb kaum Ausländer.

¹⁾ Beschäftigte Arbeitnehmer nach ausgewählten Wirtschaftszweigen am 30.09.1986: Arbeitsamt Freiburg

Die Ausländer sind nicht nur in Positionen tätig, in denen sie besonders leicht und häufig durch Maschinen und Automaten zu ersetzen sind, sondern sie konzentrieren sich außerdem auf Branchen, die kaum wachsen oder gar, wie die Baubranche, in der Krise stecken. Ausländer sind deshalb von der in den letzten Jahren vorherrschenden Wachstumsschwäche und der Rationalisierungswelle besonders betroffen. Außerdem wurde auch inzwischen mancher typische 'Ausländerarbeitsplatz' durch arbeitssuchende Deutsche besetzt.

3. Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in Freiburg

Die Zahl der Ausländer, die in Freiburger Betrieben beschäftigt sind, ist seit Jahren rückläufig. Innerhalb von knapp zwölf Jahren (Dezember 1976 bis Juni 1987) verloren über 30 % der Ausländer ihren Arbeitsplatz (wählt man den Zeitraum 1974 bis 1985 sind es knapp 40 %). Die Zahl der beschäftigten Ausländer ging zwischen 1976 und 1987 von 7 151 auf 4 960 zurück. Dies ist um so bemerkenswerter, als zur gleichen Zeit die Zahl der beschäftigten Deutschen um ca. 5 500 Personen (+ 7,7 %) zunahm und damit die Gesamtzahl der Beschäftigten seit 1976 leicht anstieg (+ 4,3 %).



Wie sehr die negative Arbeitsplatzentwicklung in erster Linie die Ausländer trifft, zeigt sich auch an der Entwicklung einzelner Wirtschaftsbereiche. In der Industrie und im Baugewerbe, dem Haupterwerbszweig der Ausländer, verloren diese im Zeitraum 1976 bis 1985 von 3684 insgesamt 1259 Arbeitsplätze (= 34 %), während bei den Deutschen von 21 436 Arbeitsplätzen lediglich 635 (= 3,0 %) abgebaut wurden. Noch deutlicher ist der Unterschied im anderen großen Ausländerbereich, den Dienstleistungen, soweit nicht anders genannt. Während knapp 500 Ausländer (überwiegend Frauen) ihren Arbeitsplatz verloren, wurden zur selben Zeit über 3500 Deutsche neu eingestellt. Dies ist symptomatisch für den gesamten Dienstleistungssektor. Während die Deutschen voll am allgemeinen Aufschwung in diesem Bereich partizipierten, hatten die Ausländer, salopp formuliert, das Nachsehen. In einigen wichtigen Wachstumsbranchen waren sie von vornherein so gut wie ausgeschlossen, in anderen, wie z. B. dem Handel und den schon erwähnten Dienstleistungen, soweit nicht anders genannt, wurden Ausländerarbeitsplätze eingespart bzw. durch Deutsche neu besetzt.

Die Chancen für die Ausländer stehen noch schlechter als die der Deutschen. Wer einen Arbeitsplatz hat, versucht ihn deshalb zu behalten, was häufig genug mißlingt. Jüngere ausländische Erwerbstätige haben es auf dem Arbeitsmarkt schwer, was sich in einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen niederschlägt. Der starke Austausch, der bis zum Anwerbestopp 1973 gut funktionierte und der die Gruppe der Arbeitnehmer bisher immer wieder verjüngte, ist merklich zurückgegangen. Der typischen ausländische Arbeitnehmer ist deshalb nicht mehr wie vor 15 bis 20 Jahren ledig bzw. ohne Familie in Deutschland, männlich 20 bis 30 Jahre alt und mit einer relativ kurzen Aufenthaltsperspektive, sondern heute sind die Hälfte der ausländischen Arbeitnehmer zwischen 30 und 40 und weitere 25 % sogar über 40 Jahre alt. Vier von zehn Arbeitnehmern sind Frauen, die Mehrzahl ist verheiratet und schon länger als zehn Jahre in der Bundesrepublik. Damit gleichen sich die ausländischen Arbeitnehmer, die hier leben, immer mehr der einheimischen Bevölkerung an.

4. Die Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit der Ausländer ist höher als die der Deutschen. Sie liegt seit Jahren um ungefähr 3 Prozentpunkte höher und beträgt im Arbeitsamtsbezirk Freiburg zur Zeit ca. 11 %. Diese Quote wäre mit Sicherheit noch höher, wären nicht viele Ausländer bei Verlust des Arbeitsplatzes in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Außerdem gibt es noch eine erhebliche Dunkelziffer von Arbeitswilligen bzw. Arbeitssuchenden, die nicht als arbeitslos gemeldet sind, weil sie

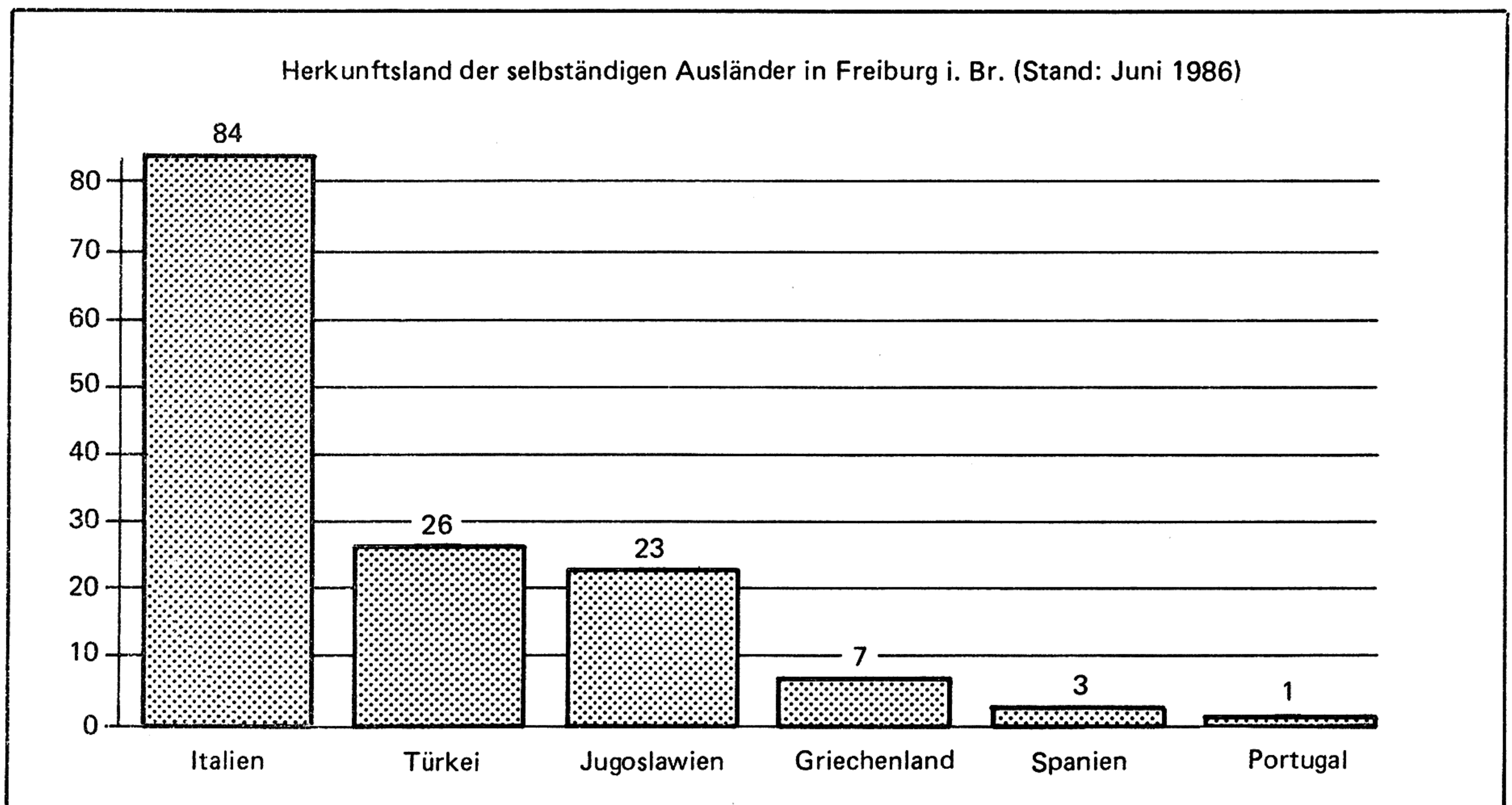
- sich öfter schon vergeblich um einen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz bemüht haben,
- einen berufsvorbereitenden Umschulungs- und Förderungslehrgang besuchen,

- sich als Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz nicht um eine Arbeitsstelle bemühen oder
- kein Arbeitserlaubnisrecht haben.

5. Selbständige Ausländer

Eine Möglichkeit, sich Arbeit zu verschaffen, ist der Schritt zur Selbständigkeit. Tatsächlich sind viele Deutsche in den letzten Jahren diesen Weg gegangen und es liegt nahe, daß sich auch die Ausländer in zunehmendem Maße eine wirtschaftliche Existenz in Form einer Gaststätte, eines kleinen Geschäftes oder in anderer Form geschaffen haben, zumal die rechtlichen Zugangsbedingungen einigermaßen offen sind.¹⁾

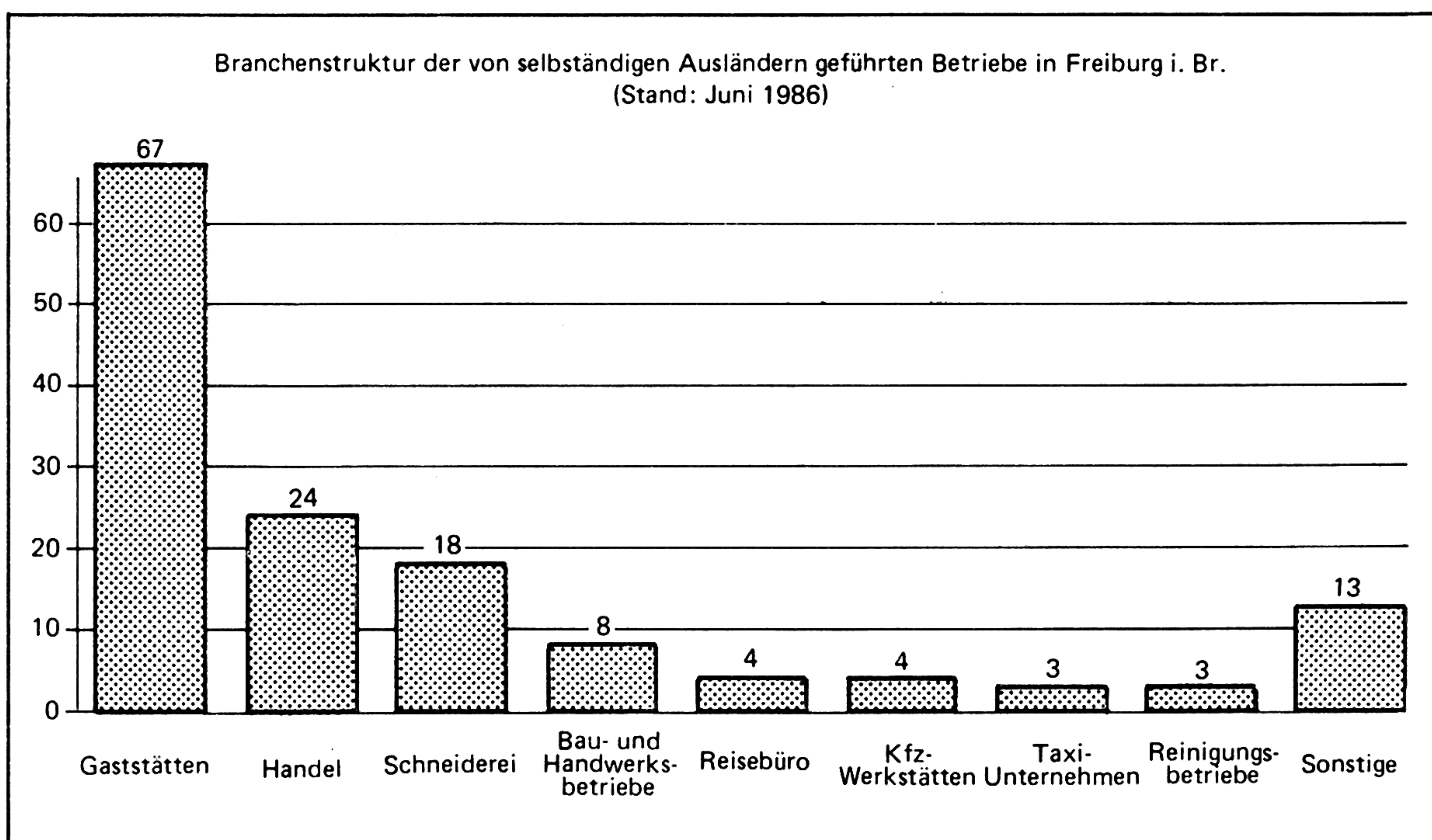
Tatsächlich wurden 1986 (Juni) in Freiburg 144 selbständige Ausländer aus den ehemaligen Anwerbeländern (auf diese allein bezog sich der Auswertung) gezählt. Knapp 60 % (84 Personen) sind Italiener, 18 % (26 Personen) Türken und 16 % (23 Personen) Jugoslawen. Daß die Italiener so dominierend sind, ist einfach zu erklären. Sie stellen das größte Ausländerkontingent, sind am längsten in der Bundesrepublik, genießen durch die EG-Zugehörigkeit schon lange völlige Niederlassungsfreiheit und betreiben vorwiegend gastronomische Betriebe, die bei der deutschen Bevölkerung gut ankommen.



¹⁾ EG-Ausländer, dies sind von den ehemaligen Anwerbeländer mittlerweile Italiener, Spanier, Griechen, und Portugiesen, haben freien Zugang zur Erwerbstätigkeit als Selbständige und Arbeitnehmer. Die übrigen Ausländer aus den Anwerbeländern - Türkei und Jugoslawien - können sich ebenfalls ohne Schwierigkeiten selbständig machen, wenn sie im Besitz einer Aufenthaltsberechtigung sind bzw. mit einem deutschen Partner verheiratet sind. Ansonsten können sie auf Antrag die Genehmigung zum Aufbau einer selbständigen Existenz erhalten, wenn für den Betrieb, den sie eröffnen wollen, ein wirtschaftliches Bedürfnis besteht.

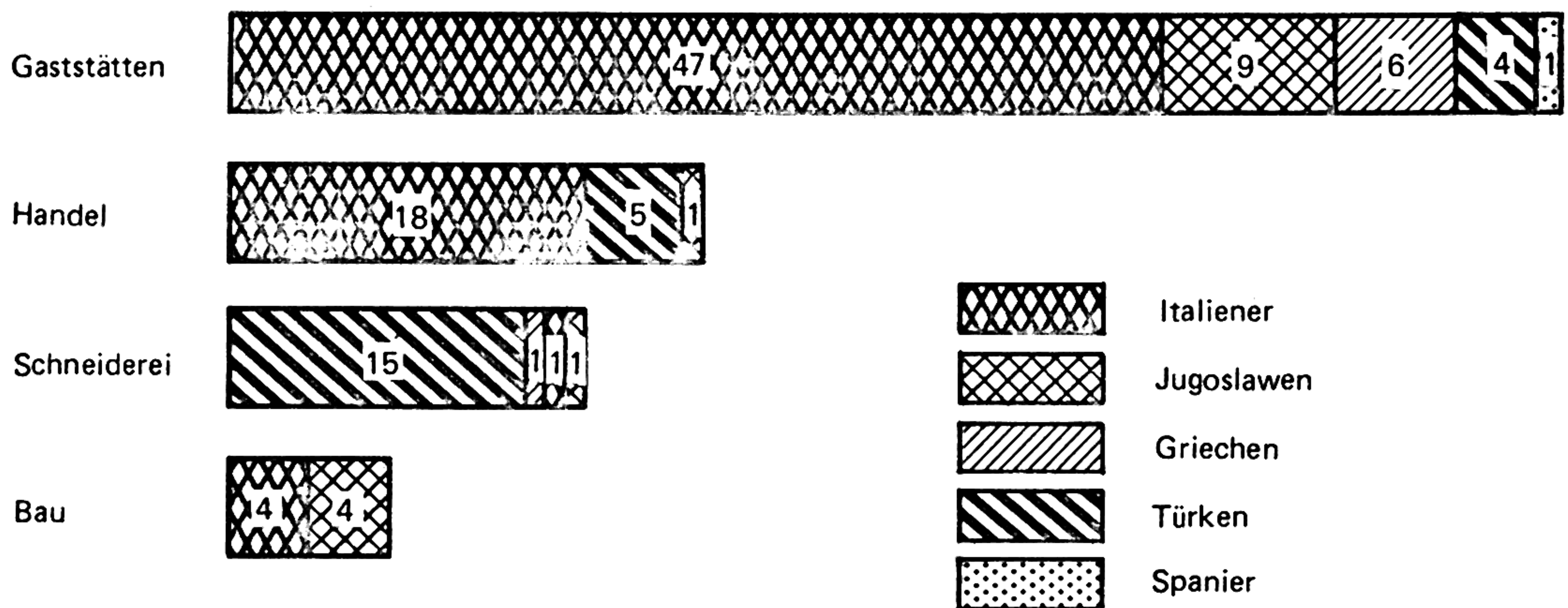
Meist handelt es sich bei den Betrieben von Ausländern um kleinbürgerliche Existenzen in einigen wenigen Dienstleistungsbranchen. In der Regel sind es Betriebe, für die nur relativ wenig Grundkapital und wenig fachliche Kenntnisse und Erfahrung erforderlich sind und die mit einem sicheren, wenn auch eng begrenzten Markt rechnen können. Es sind deshalb häufig gastronomische Betriebe mit ausländischen Spezialitäten, Änderungsschneidereien, Lebensmittelgeschäfte und ähnliches, die heute zum festen Erscheinungsbild jeder deutschen Großstadt gehören.

In Freiburg gibt es 67 gastronomische Betriebe: Gaststätten, Eisdielen, Kioske. Dies sind nahezu 50 % aller von Ausländern geführten Unternehmen. Außerdem gibt es u. a. noch 24 Handelsunternehmen (fast ausschließlich Lebensmittelgeschäfte), 18 Änderungsschneidereien (einschließlich eines Lederwarenherstellers und eines Kürschners), 8 Bauhandwerksbetriebe, 4 Reisebüros, 4 Kfz-Werkstätten, 3 Taxiunternehmen, 3 Reinigungsfirmen und einige sonstige Kleinbetriebe (siehe Grafik).



Dabei bildet jede Nationalitätengruppe ihre eigenen Schwerpunkte, hat quasi ihre eigene Spezialität. So ist z. B. der Handel und zum Teil auch das Gaststättengewerbe fest in der Hand der Italiener. Die Türken haben sich auf Änderungsschneidereien spezialisiert und Griechen sind, soweit sie selbständig sind, ebenfalls als Gastronomen tätig.

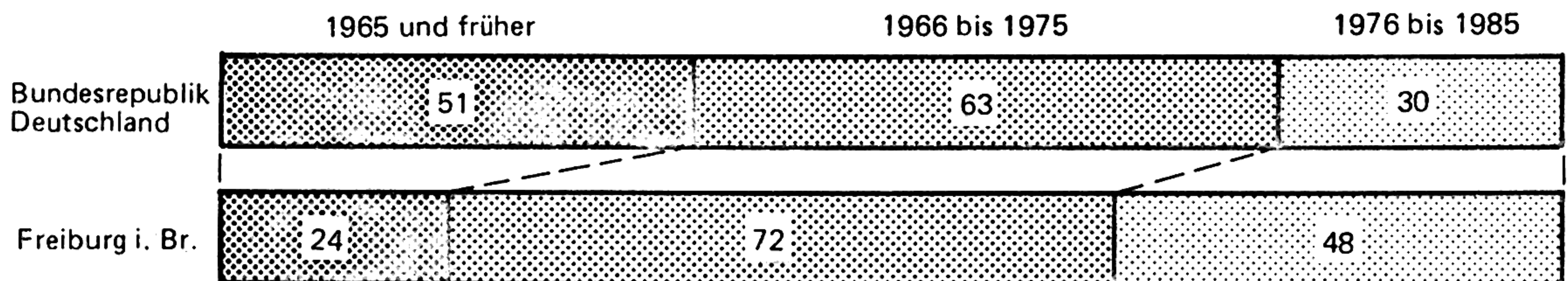
Die Nationalitätenstrukturen der selbständigen Ausländer in den vier größten von ihnen bevorzugten Branchen in Freiburg i. Br. (Stand: Juni 1986)



Wer sich in den von den Ausländern bevorzugten Branchen selbständig macht, braucht zwar nur beschränkt eine fachliche Vorbildung, muß aber einigermaßen Deutsch können und mit den Wünschen und Bedürfnissen der potentiellen deutschen Kunden und den behördlichen Auflagen und Usancen vertraut sein. Die meisten ausländischen Selbständigen in Freiburg sind daher auch schon lange in der Bundesrepublik und - wenn auch weniger lang - in Freiburg.

Über die Hälfte der ausländischen Gastwirte, Schneider etc. in Freiburg leben schon länger als 17 Jahre in der Bundesrepublik und länger als 14 Jahre in Freiburg. Es ist stark anzunehmen, daß die selbständigen Ausländer in Freiburg auf Umwegen in die Stadt gekommen sind, wohl nicht zuletzt deshalb, weil der Standort Freiburg gute Geschäfte verspricht. Dabei scheinen in den letzten Jahren besonders viele aus anderen Teilen der Bundesrepublik gekommen zu sein.

Zuzug der in Freiburg i. Br. lebenden selbständigen Ausländer in die Bundesrepublik Deutschland und nach Freiburg i. Br. in der Zeit von ...



Daß die wenigsten aus der Branche stammen, in der sie heute selbständig sind, läßt sich leicht aus den ehemaligen Berufen ersehen. Obwohl heute 67 Selbständige im weitesten Sinn als Gastronom tätig sind, gaben als ursprünglichen Beruf lediglich drei den Beruf des Gastwirts, drei den des Kochs und zehn den des Kellners an. Ähnlich verhält es sich bei den anderen Branchen. Man kann mit Fug und Recht behaupten, daß früher

- a) die wenigsten in den Berufen gearbeitet haben, in denen sie heute als Selbständige arbeiten, und daß somit auch
- b) die wenigsten den selbständigen Beruf, den sie heute ausüben, in Form einer Lehre oder einer vergleichbaren Ausbildung erlernt haben.

Fragt man zuletzt nach der Verteilung der Geschäfte im Stadtgebiet, so ist deutlich zu erkennen, daß es zwar eine gewisse Massierung in der Innenstadt gibt (knapp 30 % der Unternehmen befinden sich in den Bezirken Altstadt-Mitte und Altstadt-Ring), daß aber ansonsten die Geschäfte fast gleichmäßig über die Stadt verteilt sind.

Gesundheitszustand ausländischer Kinder und ihre medizinische Versorgung in der Universitätskinderklinik Freiburg

von E. Zimmermann

1. Kultureller Absolutismus

Es gehört schlechthin zu jeder Gesellschaft, daß ihre Mitglieder allem Fremden gegenüber mit mehr oder minder starken Vorbehalten begegnen. Wie stark diese jedoch zum Ausdruck kommen, ist abhängig von der speziellen Struktur der jeweiligen Gesellschaft. Je traditioneller und geschlossener sie ist, desto größer ist die Ablehnung des Fremden, weil die eigenen sozialen Ordnungskategorien, die eigenen Werte, Normen und Rollen als die schlechthin richtigen und besten aufgefaßt werden. Nur der intensive Kontakt mit Mitgliedern anderer Kulturen eröffnet die Möglichkeit, durch die Erfahrung mit anderen Ordnungsvorstellungen, die eigenen zu relativieren, sie als eine mögliche Form unter vielen anderen Formen menschlichen Handelns und Sichverhaltens zu akzeptieren.

Dementsprechend werden einzelne Fremde oder Kleingruppen aus kulturnahen Gesellschaften meist ganz ohne Widerstände angenommen und gleitend eingegliedert. Größere Anteile aus kulturfernen Gesellschaften dagegen provozieren häufig besondere Konkurrenzängste und daher erhebliche Widerstände gegen ihre konfliktfreie Eingliederung in die Residenzgesellschaft (vgl. Mühlmann, 1962:110; ders. 1964:61ff.).

2. Gastarbeiter - Mitbürger

So wurden die ersten in den frühen fünfziger Jahren angeworbenen südeuropäischen Arbeitskräfte nicht nur so problemlos aufgenommen und akkulturiert, weil sie beim Wiederaufbau der westdeutschen Industrie dringend gebraucht wurden, sondern weil sie in nur geringer Zahl kamen und Mitglieder jener Kulturen waren, zu denen traditionellerweise eine geistige und vor allem eine tiefe romantische Affinität existierte. Als dann jedoch im Laufe der Jahre immer mehr ausländische Arbeiter kamen, Familien nachgezogen sind oder hier gegründet wurden, die entsprechend größere Bedürfnisse hatten und diese auch zum Ausdruck brachten, vollzog sich ein stetig zunehmender Umschwung in den emotionalen und sozialen Beziehungen zu den ausländischen Einwohnern. Mit Abnahme der ökonomischen Möglichkeiten im allgemeinen und insbesondere der des Angebotes am Arbeitsmarkt wurden die einstmals als "unsere lieben Gastarbeiter" bezeichneten Arbeitsmigranten nun zu unliebsamen Konkurrenten. Und überall dort, wo sie durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an

der Gesamtbevölkerung oder gar durch Ghettobildung in den Industriestädten massiv in Erscheinung traten, konnte es zu latenter, ja selbst zu manifester Ausländerfeindlichkeit kommen (vgl. Baader, 1984:42ff.).

Allzuschnell wurde vergessen, daß sie nicht nur zu uns kamen, weil es in ihren Heimatländern an Arbeit mangelte, sondern vor allem, weil wir sie riefen. Und daß wir Arbeiter riefen und Menschen kamen - worauf uns Max Frisch schon vor fast zwanzig Jahren hinwies -, Menschen, nicht nur mit ökonomischen, sondern auch mit kulturellen und vor allem mit menschlichen Bedürfnissen, wurde nun als eine vermessene Anspruchshaltung empfunden.

Wesentlich konfliktfreier verlief die Akkulturation und Integration ausländischer Einwohner dagegen überall dort, wo ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung geringer war und wo die Aufnahmegesellschaft schon vorher Kontakt mit Ausländern hatte.

Als positives Beispiel in dieser Hinsicht kann Freiburg gelten. Mit weniger als 4 % ausländischen Einwohnern aus den klassischen Anwerbeländern Türkei, Italien, Jugoslawien, Griechenland, Spanien und Portugal gehört die Stadt Freiburg zum einen zu den Großstädten der Bundesrepublik mit dem geringsten Ausländeranteil. Zum anderen hatte sie traditionellerweise durch ihre geographische Lage und durch ihre alte Universität immer schon vielfältige Beziehungen zu Ausländern. Wo man schon vor der Einführung der modernen Kommunikations- und Verkehrsmittel intensive landsmannschaftliche Verbundenheit und Kontakte zum nahen Ausland pflegte und gewohnt war, zahlenmäßig starke Gruppen ausländischer Studenten aufzunehmen, da waren Vorbehalte gegenüber Fremden kaum vorhanden.

So waren es denn auch nicht allein die administrativen Institutionen, die in Freiburg eine ganze Reihe bedeutender Initiativen zur Unterstützung und zur soziokulturellen Integration der hier lebenden ausländischen Migrantenfamilien initiierten, sondern insbesondere auch Angehörige der Hochschulen und der Bürgerschaft.

Und so war es auch in diesem Sinne eher ein konsequenter als ein außerordentlicher Schritt, daß bereits vor vielen Jahren in der Universitätskinderklinik, als der ersten Klinik in der Bundesrepublik, die spezielle Einrichtung der sozial- und ethnomedizinischen Versorgung und psychosozialen Betreuung ausländischer Patienten Kinder geschaffen wurde.

Der Grund dafür war nicht etwa der allzuhäufig praktizierte fortschrittsgläubige Ansatz, alles medizinisch Machbare unbedingt auch zu machen, sondern die Forderung, das Nötige zu tun. Es zeigte sich nämlich anhand der vorliegenden empirischen Untersuchungen, daß der Gesundheitszustand der ausländischen Kinder allgemein schlechter ist als der deutscher Kinder vergleichbarer Sozialschicht. Aufgrund der kontinuierlich zunehmenden Zahl ambulant und stationär behandlungsbedürftiger Ausländerkinder in der Universitätskinderklinik mußte diese Problemlage auch für Freiburg und das nähere und weitere Einzugsgebiet der Kinderklinik angenommen werden.

Ziel dieser Einrichtung sollte die Durchführung einer ganzheitlichen somatischen, psychosomatischen und psychischen Versorgung sowie einer begleitenden psychosozialen Betreuung der kranken Ausländerkinder sein. Insofern eine stationäre Aufnahme der Kinder nötig ist, sollte sich die Betreuung auch auf ihre Eltern richten. Gleichzeitig sollte durch eine umfassende Prävention der hohen Erkrankungsrate ausländischer Kinder entgegengewirkt werden, wozu auch die entsprechenden Erkenntnisse aus den empirischen Untersuchungen herangezogen werden sollten.

3. Die Erkrankungen ausländischer Kinder

3.1 Die somatischen Krankheiten

Repräsentative, für die ganze Bundesrepublik geltende epidemiologische Untersuchungen über Krankheitshäufigkeit und Krankheitsverteilung bei ausländischen Kindern liegen bis heute noch nicht vor. Legt man jedoch die Regionaluntersuchungen der Kinderkliniken Hannover, Essen, Mönchengladbach, Düsseldorf und München zugrunde, so läßt sich folgern, daß die Morbiditätsrate ausländischer Kinder insgesamt höher ist und bei bestimmten Altersgruppen wohl doppelt so hoch wie bei deutschen Kindern. Ferner geht daraus hervor, daß Ausländerkinder häufiger stationär in den Kliniken aufgenommen werden, daß dabei türkische Kinder überwiegen und daß sie dort eine längere Verweildauer haben. Überrepräsentiert sind dabei ausländische Kinder bis drei Jahre und wiederum türkische Kinder insgesamt. Die Tatsache, daß gegenüber einer höheren Einweisequote jedoch eine wesentlich geringere Wiederaufnahmerate steht, läßt den Schluß zu, daß die Einweiseindikation bei Ausländerkindern sehr viel schneller gestellt wird und aufgrund der ärztlichen Unsicherheit aus den genannten Verständigungs- und Verstehensproblemen schon bei banaleren Krankheiten erfolgt. Häufig ist sie auch mitbedingt durch die oft sehr gravierende sozioökonomische Situation ausländischer Familien, wodurch eine entsprechende Pflege und Nachsorge zu Hause nicht gewährleistet ist (vgl. Collatz u.a., 1977:594ff.).

3.2 Die somatische Krankheitsverteilung

Wie die genannten Untersuchungen zeigen, haben sich die gesundheitspolitisch geäußerten Befürchtungen eines Seuchenrisikos durch eingeschleppte sogenannte "exotische Krankheiten" bisher in keiner Weise bestätigt. Vielmehr korreliert das bei ausländischen Kindern diagnostizierte Krankheitsspektrum weitgehend mit ihrer prekären Soziallage, in

der sie sich hier befinden. So werden allgemein am häufigsten die Infekte der oberen und unteren Luftwege diagnostiziert, von Entzündungen des Hals-, Nasen- und Rachenraumes, häufig verbunden mit eitrigen Mandelentzündungen, über obstruktive Bronchitiden und Lungenentzündungen bis hin zur Lungentuberkulose, die bei ausländischen Kindern dreimal häufiger ist als bei deutschen Kindern (vgl. Stickl u. Wohlgemuth, 1980:199f).

Häufig sind auch Infekte des Magen-Darmtraktes, meist verbunden mit schweren Durchfällen, sowie die der ableitenden Harnwege und auch die schweren Infektionskrankheiten, wobei die Hepatitis B überwiegt. Hochsignifikant ist bei Ausländerkindern auch die Unfallrate. Die Unfälle sind nicht nur häufiger, sondern meist auch schwerer als die der deutschen Kinder. Dabei handelt es sich vor allem um Verletzungen der Gliedmaßen wie Quetschungen oder Schnittverletzungen, dann um Verbrühungen und Verbrennungen sowie um Brüche jeden Schweregrades. In letzter Zeit müssen nun auch immer öfter Vergiftungen bei Ausländerkindern ärztlich behandelt werden. Während noch vor einigen Jahren nur die Vergiftungen aufgrund von Verwechslungen zweideutiger Etiketten auf Industrieprodukten, vor allem auf Spül- und Pflanzenschutzmitteln, im Vordergrund standen, haben nun die Arzneimittelvegiftungen stark zugenommen. Die Unfälle ausländischer Kinder sind demnach nicht so sehr, wie bei deutschen Kindern, auf den Straßenverkehr beschränkt, sondern erfolgen gleichermaßen auch im häuslichen Bereich (vgl. Angerpointner u. Hecker, 1978:1163ff.).

Betrachtet man nun die Krankheitsverteilung und die Unfälle bei ausländischen Kindern, so läßt sich unschwer eine Korrelation zu ihrer speziellen sozialen Lage aufzeigen. Neben den ungewohnten Umweltbedingungen, vor allem der klimatischen und ernährungstechnischen, sind es insbesondere die prekären Wohnsituationen, die in dieser Hinsicht einen nicht geringen pathogenen Einfluß haben.

Wenn man in Betracht zieht, daß ausländische Familien überwiegend nur die Wohnungen anmieten können, die von deutschen Mietern abgelehnt werden, meist - wie die offiziellen Statistiken zeigen - in sanierungsbedürftiger Altbausubstanz, oft dunkel, schlecht heizbar und feucht sowie selten ausgestattet mit den entsprechenden sanitären Einrichtungen, so ist es evident, daß dadurch in erheblichem Maße eine besondere Infektgefahr gegeben und eine adäquate Behandlung möglich ist. Wenn man weiterhin berücksichtigt, daß die Wohnungen unserer ausländischen Familien weitgehend überbelegt sind, so läßt sich daraus nicht nur die erhöhte gegenseitige Ansteckungsgefahr bei Infektionen erklären, sondern auch die überproportional hohe häusliche Unfallrate der Kinder, die sich durch die räumliche Beengtheit kaum vermeiden läßt. Dazu kommt, daß ausländische Kinder oft über viele Stunden des Tages wegen der Berufstätigkeit der Eltern nicht ausreichend beaufsichtigt werden.

3.3 Die psychischen Erkrankungen ausländischer Kinder

Auch in psychischer Hinsicht stellen Ausländerkinder eine spezielle Risikopopulation dar, wobei ihre Störungen und Erkrankungen mit der Dauer ihres Aufenthaltes zuzunehmen scheinen. Aufgrund der vorliegenden Untersuchungen nimmt man an, daß 10-15% aller Ausländerkinder psychisch krank sind (vgl. Viefhues, 1982:76). Betroffen sind alle Altersgruppen. Wie aus kinder- und jugendpsychiatrischer Sicht demonstriert werden konnte (Riedesser, 1982:133ff.), beginnen Krankheiten dieser Art bereits im Säuglings- und Kleinkindalter. Bedingt sind sie dadurch, daß Ausländerkinder in großer Zahl, wegen der Berufstätigkeit ihrer Eltern oder weil diese die vorgeschriebene Wohnfläche nicht nachweisen können, in die Heimatländer gebracht werden und dort bei Verwandten, Bekannten oder gar bei Fremden in Pflege gegeben werden. Oftmals müssen sie dann in ihren ersten Jahren mehrfach ihre "sozialen Eltern" und somit ihre Bezugspersonen wechseln und sind daher nicht in der Lage, das nötige Urvertrauen zu entwickeln, das zur Bildung einer stabilen Persönlichkeit unerlässlich ist. Werden sie dann wieder hierher zu ihren leiblichen Eltern geholt, so zeigen sie häufig schwere Bindungs-, Einfühlungs- und Steuerungsschwächen.

Die Kinder im Vorschul- und Schulalter sind hingegen nur allzuoft auf die neuen Rollen sprachlich und sozial nicht ausreichend vorbereitet und sind deshalb häufig überfordert.

Die daraus entstehenden Konflikte äußern sich vor allem in psychischen und psychosomatischen Störungen wie Konzentrationsschwächen, motorische Überregtheit und Umtrieblichkeit, Außenseiterverhalten, Leistungs- und Sprachverweigerung sowie in primärem und sekundärem Einnässen, in chronischen Verstopfungen und Einkoten.

Besonders betroffen sind die Ausländerkinder in der Pubertät. Die üblichen Schwierigkeiten der Identitätsfindung dieser Altersgruppen im Sozialisations- und Enkulturationsprozeß werden bei ausländischen Kindern noch zusätzlich verstärkt durch das "Doppelleben in zwei Kulturen", das sie führen müssen (vgl. Zweimüller u. Sator, 1980:180ff.). Die Entfremdung von der Heimatkultur und die meist nur partielle Übernahme der Residenzkultur bewirkt häufig eine "Identitätsdiffusion", ein Wandern zwischen zwei oft sehr gegensätzlichen Kulturen, ohne eine einheitliche Identität finden zu können (vgl. v. Klitzing, 1983:passim; Bayaz, 1980:45ff.). Die Konflikte, die aus dieser "Kulturgespaltenheit" resultieren, äußern sich dann hauptsächlich in zahlreichen affektiven Störungen wie Angst, Unsicherheit, übermäßige Sensibilität, gedrückte Stimmungslage, Konzentrationsstörungen und Kontaktschwierigkeiten (Röhrig u.a., 1975:1247ff.), aber auch in psychosomatischen Störungen wie Kopf- und Bauchschmerzen sowie in funktionellen Herzsensationen und selbst in psychogenen Ohnmachten und psychogenen Lähmungen (vgl. Lehmkuhl, 1983:78ff.; Riedesser, 1982:135ff.).

Ausgehend von der Annahme, daß 10-15 % der ausländischen Kinder an psychischen Krankheiten leiden - was bei derzeit fast 1,2 Millionen Ausländerkindern rund 120000-180000 psychisch Kranke bedeuten würde -, so kann man zeigen, daß in den dafür zur Verfügung stehenden psychotherapeutischen Einrichtungen Ausländerkinder weitgehend unterrepräsentiert sind (vgl. Steinhausen, 1982:32ff; Ehrhardt u. Schmidt, 1975:1251ff; Pfeiffer, 1983:passim). Die Gründe dafür liegen nicht so sehr darin, daß keine entsprechenden Einrichtungen existieren, sondern sie sind vielmehr darin zu suchen, daß Ausländerkinder wegen des angenommenen geringen Therapieerfolges sehr viel weniger an psychotherapeutische Institutionen überwiesen werden und daß die Mitarbeiter der bestehenden Institutionen meist weder die entsprechenden Fremdsprachen beherrschen noch die nötigen Kenntnisse des soziokulturellen Hintergrundes der Herkunftsgesellschaften der ausländischen Kinder besitzen.

Erschwerend tritt noch hinzu, daß ausländische Eltern allgemein keine traditionellen Erfahrungen mit psychischen Störungen im Kindesalter haben und diese daher, entsprechend ihrer gewohnten Erziehungsmuster, interpretieren. So werden üblicherweise kindliche Hemmungen als Gleichgültigkeit, Konzentrationsschwäche als Faulheit, Übererregtheit oder Umtriebigkeit als Ungezogenheit, Sprachverweigerung als Verstocktheit und Außenseiterverhalten als Unfolgsamkeit gewertet und dementsprechend bestraft.

Können ausländische Eltern die psychischen Störungen ihrer Kinder richtig einschätzen und sind sie gewillt, therapeutische Hilfe in Anspruch zu nehmen, so fällt es ihnen meist sehr schwer, die angesetzten Behandlungstermine wegen Berufstätigkeit einzuhalten - besonders wenn sie von auswärts kommen müssen - und brechen daher sehr oft die Therapie ab, wenn nicht bald eine sichtbare Besserung eintritt.

Ähnlich verhält es sich bei der Therapie der psychosomatischen Störungen. Auch hier kommt es nicht selten zu einem Behandlungsabbruch, weil die sehr hohen positiven Erwartungen von der deutschen Medizin in große Enttäuschung umschlagen, wenn keine schnellwirkende medikamentöse Behandlung durchgeführt werden kann.

Damit es zu keiner Zweiklassenmedizin kommt, ist es unbedingt notwendig, durch eine gezielte Aufklärung auch hier die spezielle Situation ausländischer Patienten zu verstehen und entsprechend darauf einzugehen. Nur so können Irrtümer, Mißverständnisse und Konflikte vermieden werden, die letztendlich immer zu Lasten der Patienten gehen.

4. Ausländerkinder in der Universitätskinderklinik Freiburg

Um die Voraussetzungen zu schaffen, daß jedem Patienten, insbesondere aber jenen, die unfähig sind, ihre Bedürfnisse und Leiden zu artiku-

lieren, die bestmögliche medizinische Versorgung zuteil wird, wurde die Modellinstitution der sozialmedizinischen Versorgung und psychosozialen Betreuung ausländischer Kinder an der Universitätskinderklinik gegründet.

Um dies zu erreichen, bedurfte es jedoch nicht nur des allgemeinen Konsens, sondern auch der Lösung der vielfältigen speziellen Probleme. Sie lagen vor allem in den erheblichen Sprachbarrieren. So sind die deutschen Sprachkenntnisse der Eltern oft nicht ausreichend, um dem Arzt die Krankheitssymptome ihrer Kinder zu erklären bzw. die komplizierten medizinischen Sachverhalte zu verstehen.

Deshalb ist bei etwa der Hälfte aller ausländischen Patienten eine Anamneseerhebung nicht oder nur sehr unzureichend möglich. Das bedeutet, daß sich dadurch die Diagnose oft verzögert und damit auch die Einleitung der entsprechenden Therapie. Ferner hat dies zur Folge, daß ausländische Kinder auch aufgrund dieser Schwierigkeiten von den niedergelassenen Kinderärzten häufiger in die Klinik eingewiesen werden und daß sie dort eine längere Verweildauer haben als deutsche Kinder.

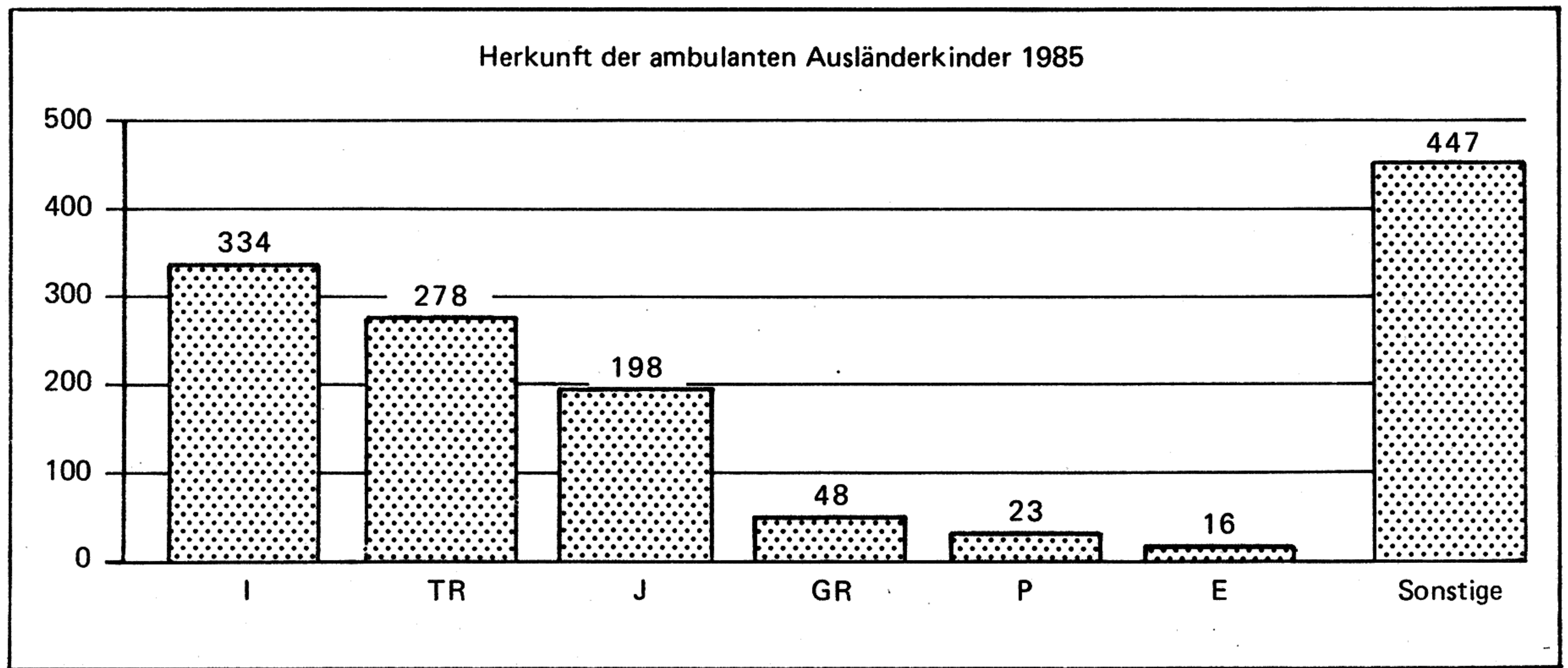
Außer den Sprachproblemen waren jedoch auch die mannigfaltigen Schwierigkeiten zu lösen, die sich aus den Unterschieden zwischen den medizinisch-wissenschaftlichen Konzepten der Ärzte und den laienmedizinischen Vorstellungen der Eltern ausländischer Patienten ergaben. Probleme bereiteten auch die verschiedenen Verhaltensweisen des Krankheitserlebens und des Krankheitsäußerns unserer ausländischen Patientenkinder. Bei einer seit Jahren kontinuierlich ansteigenden Behandlungsrate von derzeit über 2000 ambulanten und stationären Versorgungen ausländischer Kinder pro Jahr, konnten diese Probleme, im Sinne einer ganzheitlichen Versorgung und Betreuung, nur gelöst werden durch den Einsatz entsprechend ausgebildeter Mitarbeiter.

So hat Prof. Künzer, der Direktor der Universitätskinderklinik, bereits 1980 einen Medizinsoziologen mit dieser Aufgabe betreut, der durch seine langjährige wissenschaftliche Tätigkeit in den Herkunftsgesellschaften der ausländischen Patienten nicht nur die notwendigen Fremdsprachen und Dialekte beherrscht, sondern auch umfassende Kenntnisse der laienmedizinischen Systeme und des soziokulturellen Hintergrundes dieser Gesellschaften mitbringt. In der Folge kamen dann noch eine Familientherapeutin hinzu, die viele Jahre in den südeuropäischen Abwerbeländern in der Behindertenfrühförderung gearbeitet hatte, sowie eine türkische Ärztin und ein griechischer Arzt. Unterstützt wird dieses Team durch den Kinder- und Jugendpsychiater der Klinik, auf dessen Initiative hin diese Institution geschaffen wurde.

Als Beispiel für die klinische Arbeit mit ausländischen Kindern mag die ambulante und stationäre Versorgung im Jahre 1985 dienen.

4.1. Die ambulanten Behandlungen an der Universitätskinderklinik

Im Jahre 1985 wurden 1344 ausländische Kinder und Jugendliche ambulant behandelt. Sie kamen aus 45 verschiedenen Nationen. Bei insgesamt 16.275 ambulanten Behandlungen bedeutet dies einen Anteil von 8,3 %. Den höchsten Anteil stellten dabei die Kinder aus den 6 klassischen Gastarbeitergesellschaften mit 897 Behandlungen, während sich die restlichen 447 Behandlungen auf die anderen 39 Nationen verteilen.



Von den insgesamt 897 behandelten Gastarbeiterkinder entfielen auf die aus der Stadt Freiburg 384 oder 43 % der ambulanten Behandlungen. Bezogen auf die insgesamt 1.530 in Freiburg lebenden Gastarbeiterkinder unter 16 Jahren bedeuten die 384 ambulanten Behandlungen somit eine Behandlungsrate von 25,1 %, die, im Vergleich mit deutschen Kindern, außerordentlich hoch ist.

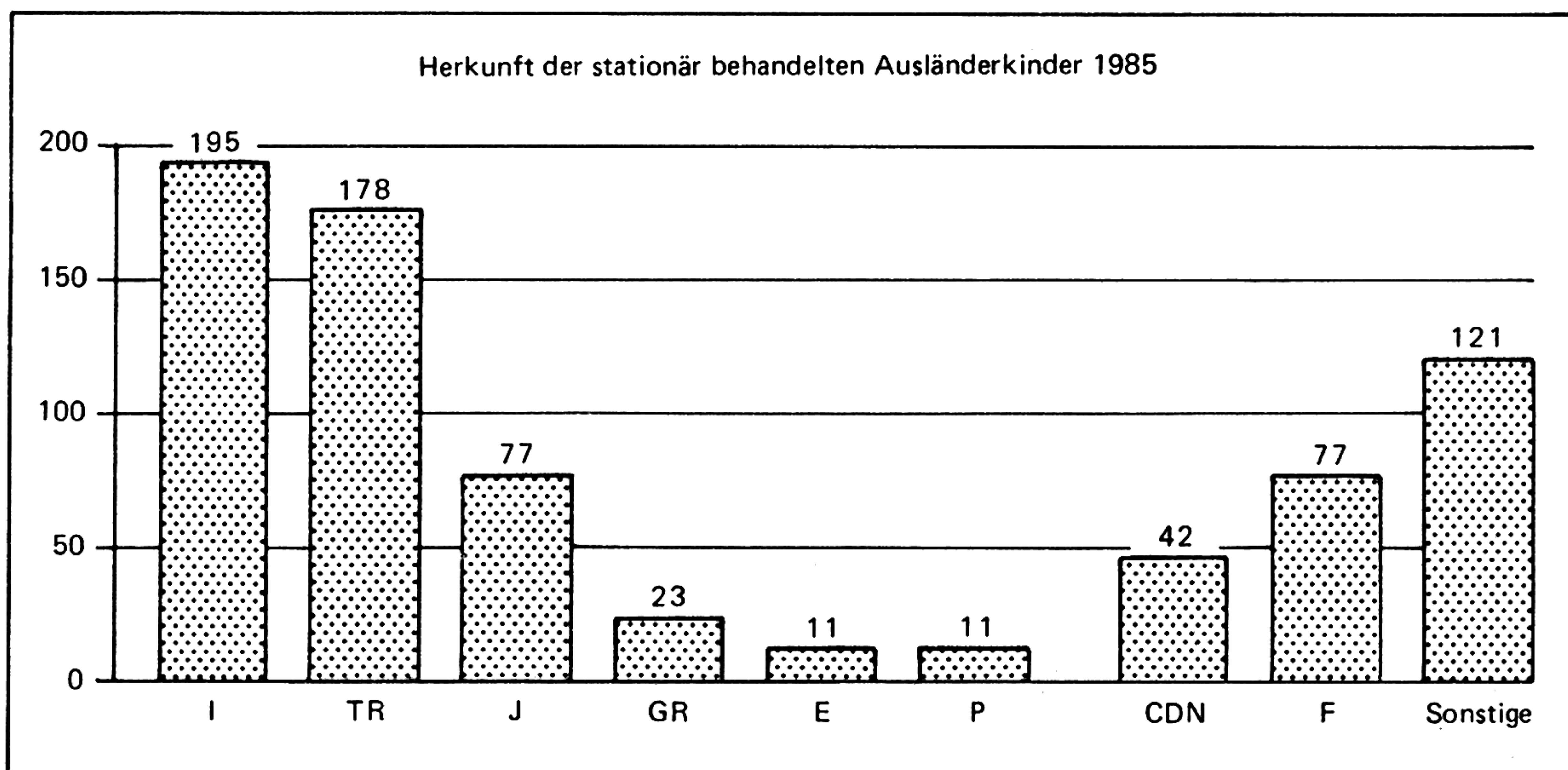
4.2 Die stationäre Behandlungen 1985

In diesem Zeitraum wurden 521 Ausländerkinder aus 44 verschiedenen Nationen behandelt. Das war zwar bisher die höchste Nationalitätenrate an der Universitätskinderklinik, bedeutet jedoch keine außergewöhnliche Häufung im Vergleich mit den Jahren zuvor. Insgesamt erfolgten bei diesen 521 Ausländerkindern 735 stationäre Aufnahmen, was gegenüber dem Vorjahr mit 431 Kindern und 507 stationären Aufnahmen einen Zuwachs von fast 45 % bedeutet.

4.2.1 Die nationale Herkunft der stationär behandelten Ausländerkinder

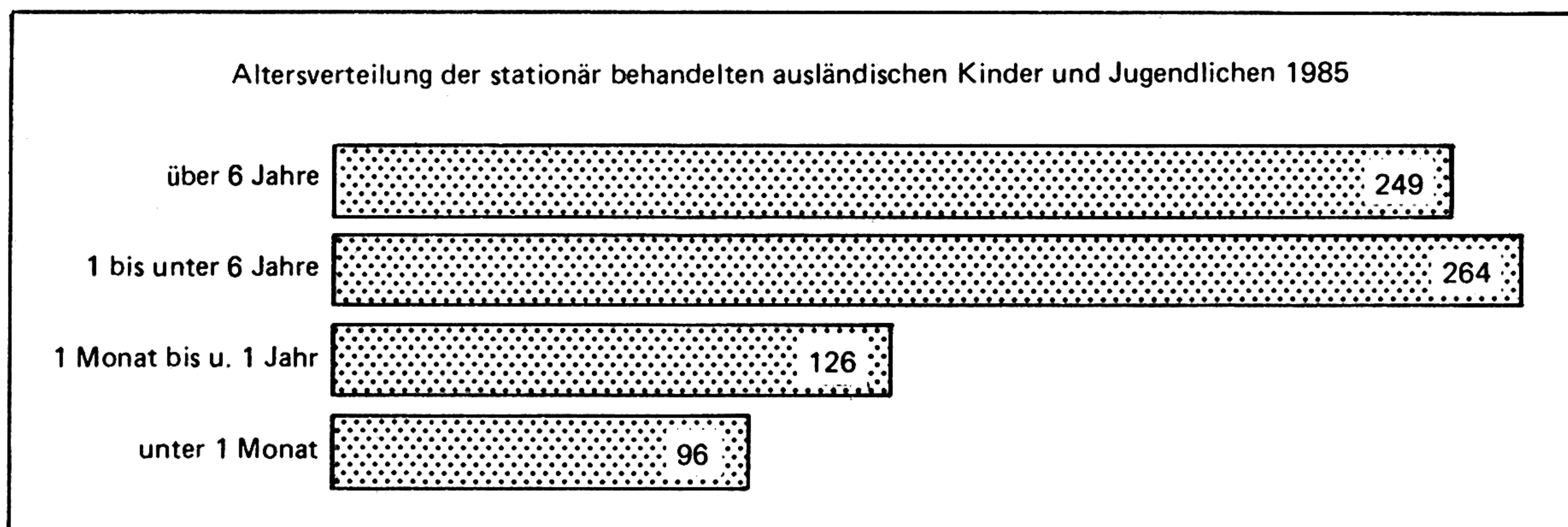
Von den 735 stationären Behandlungen erfolgten 495 oder 67,3 % bei Kindern aus den 6 klassischen Abgabegesellschaften.

Neben den Gastarbeiterkindern sind in der Freiburger Universitätskinderklinik noch die Gruppe der Kinder, deren Eltern Angehörige der französischen und kanadischen Natostreitkräfte sind, von besonderer Bedeutung.



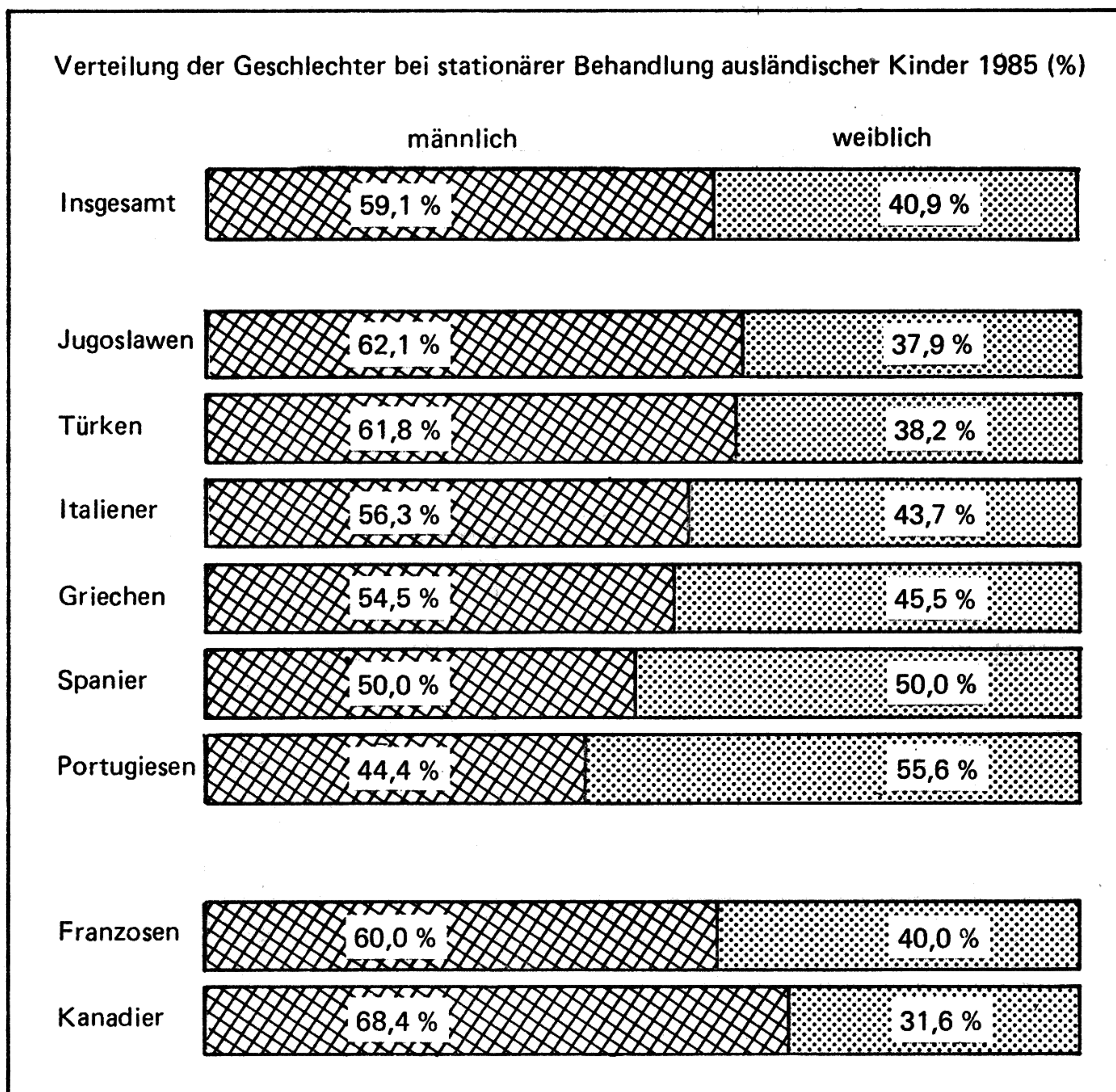
4.2.1.1. Die Altersverteilung

Am häufigsten wurden Kleinkinder stationär aufgenommen. Es folgten Schulkinder und Jugendliche, Säuglinge und Neugeborene. Letzere zeigten im Verhältnis zur Gesamtzahl der Neugeborenen eine überproportional hohe stationäre Behandlungsrate.



4.2.1.1.1. Die Geschlechterverteilung

Sie zeigt ein deutliches Überwiegen der männlichen Kinder (308 oder 59,1 %) gegenüber den weiblichen Kindern (213 oder 40,9 %) der insgesamt stationär behandelten Ausländerkinder. Innerhalb der einzelnen Nationen gibt es dabei signifikante Unterschiede im Verhältnis der stationär behandelten Jungen und Mädchen.



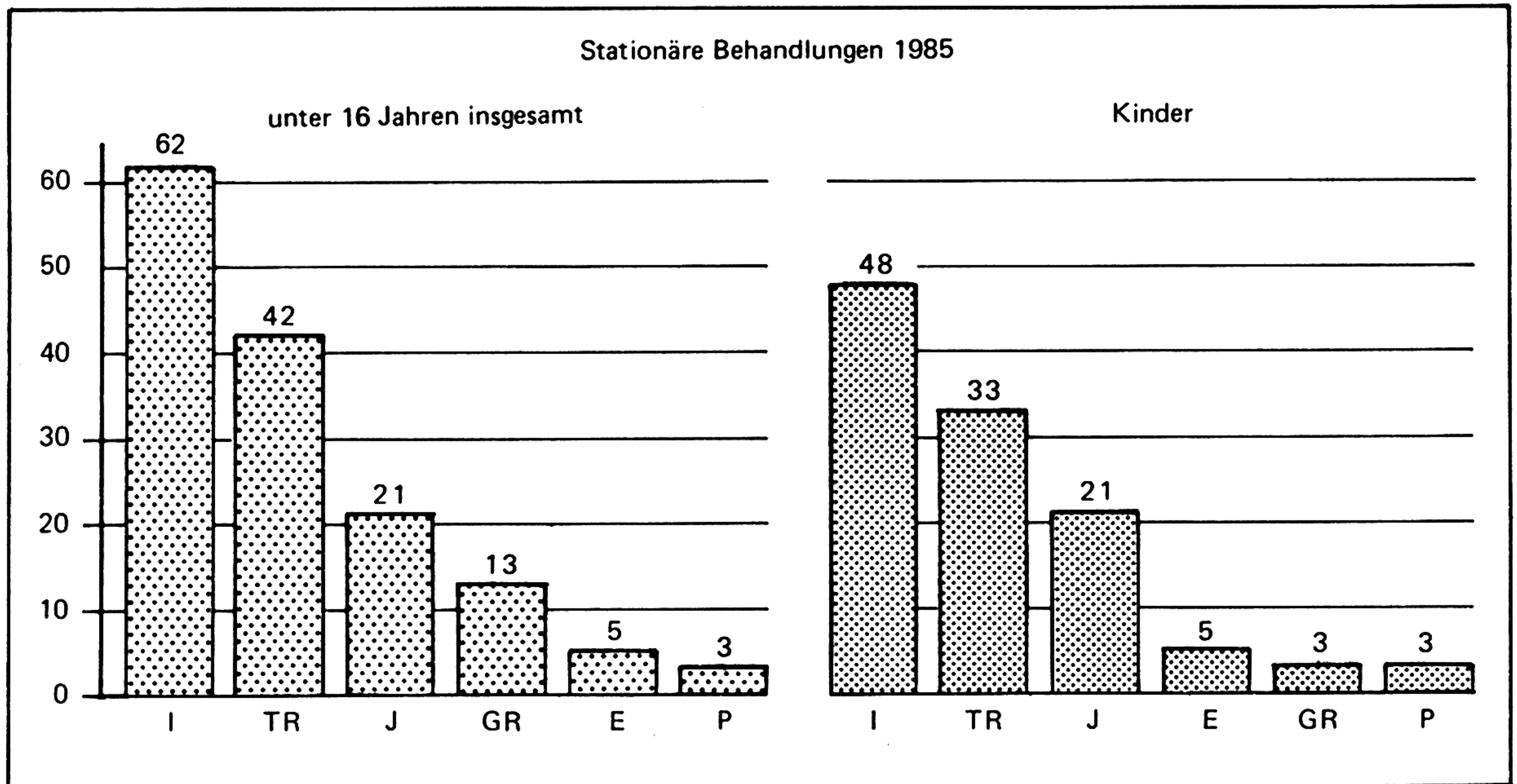
4.3. Wiederaufnahme der Gastarbeiterkinder

Wie die bisher vorliegende Literatur zeigt, werden Gastarbeiterkinder im Vergleich mit deutschen Kindern häufiger in Kliniken eingewiesen. Dem gegenüber steht jedoch allgemein keine höhere Wiederaufnahmerate. In der Universitätskinderklinik wurden 1985 315 Gastarbeiterkinder 495mal stationär aufgenommen, was einer durchschnittlichen stationären Behandlungsrate von 1,6 entspricht. Die häufigste Wiederaufnahme erfolgte bei griechischen Kindern mit einer Rate von 2,1, gefolgt von den italienischen mit 1,7, den türkischen mit 1,5, den jugoslawischen mit 1,3, den portugiesischen mit 1,2 und den spanischen mit 1,1.

4.4. Verteilung nach Wohnort

Die Aufschlüsselung nach dem Wohnort der stationär aufgenommenen Gastarbeiterkinder wurde vorgenommen nach Stadt Freiburg sowie den Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen und nach dem weiteren Einzugsgebiet der Kinderklinik (Sonstige). Danach kamen aus Freiburg Stadt 113, aus dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald 60, aus dem Landkreis Emmendingen 39 und aus dem weiteren Einzugsbereich 103 Kinder zur ein- oder mehrmaligen stationären Aufnahme.

Bei den 1530 in der Stadt Freiburg lebenden Gastarbeiterkinder unter 16 Jahren (Stand 31.12.1985) wurden 146 Behandlungen durchgeführt, das entspricht 9,5 %. Bezogen auf die einzelnen Nationen zeigen sich deutliche Unterschiede.



Verteilt nach Nationalitäten hatten die Griechen mit 13 stationären Versorgungen bei insgesamt 32 in Freiburg lebenden Kindern mit 40,6 % die höchste Aufnahmequote. Ihnen folgten die Türken mit 42 Aufnahmen bei 292 Kindern gleich 14,4 %, die Italiener mit 62 Aufnahmen bei 549 Kindern gleich 11,3 %, die Spanier mit 5 Aufnahmen bei 95 Kindern gleich 5,3 %, die Jugoslawen mit 21 Aufnahmen bei 478 Kindern gleich 4,4 % und die Portugiesen mit 3 Aufnahmen bei 84 Kindern gleich 3,6 %.

Da bei einzelnen Kindern Mehrfachbehandlungen durchgeführt wurden, verschiebt sich das Bild, wenn man den Anteil der stationär behandelten Kinder an der Gesamtzahl der hier lebenden Kinder der einzelnen Gastarbeiterpopulationen aufzeigt.

Von den 292 türkischen Kindern in Freiburg wurden 33 oder 11,3 % stationär behandelt, von den 32 griechischen 3 oder 9,3 % von den 549 italienischen 48 oder 8,7 %, von den 95 spanischen 5 oder 5,3 %, von den 478 jugoslawischen 21 oder 4,4 % und den 84 portugiesischen 3 oder 3,6 %.

4.5. Verweildauer

Die zeitliche Verteilung der 735 stationären Behandlungen zeigt ein deutliches Maximum zwischen 2 und 5 Tagen. 297 Aufnahmen oder 40,4 % erstrecken sich über diese Zeitspanne. Die Verweildauer nimmt dann vom 6. bis zum 14. Tag hin kontinuierlich ab, um zwischen dem 15. bis 20. Tag wieder anzusteigen.

Anschließend erfolgt dann ein stetiger Rückgang der Liegezeit, die ihr Minimum bei 60 Tagen erreicht.

4.6. Elternmitaufnahme

Seit 1979 wurde in der Freiburger Universitätsklinik die Müttermitaufnahme offiziell eingeführt. Schon die frühen, um die Jahrhundertwende publizierten Arbeiten von Finkelstein haben die großen Gefährdungen kranker Kinder aufgezeigt, die ohne eine verlässliche Bezugsperson stationär in den Kinderkliniken aufgenommen wurden (Finkelstein, 1896:126).

Der "unheilvolle Spitaleinfluß", wie Finkelstein das Phänomen der plötzlichen Verschlechterung des Gesundheitszustandes hospitalisierter Kinder nannte, ohne daß die bestehende Grunderkrankung dafür hätte eine Erklärung bieten können, wurde dann über Jahre hindurch von den bedeutendsten Kinderärzten diskutiert, bis schließlich von Pfaundler 1915 umfassend klären konnte, daß diese als "Hospitalismus" bezeichneten Gefahren für das Leben stationär aufgenommener Kinder weitgehend psychischer Natur sind (von Pfaundler, 1915:725).

Durch diese neuen Erkenntnisse konnten dann schließlich in der Folgezeit die Ursachen als Affektentzug, als Verlust der mütterlichen Zuwendung, verstanden werden (vgl. Spitz u. Wolf, 1946:213).

Um diese "maternale Deprivation", wie wir sie heute nennen, zu vermeiden, haben engagierte Kinderärzte - in der Bundesrepublik vor allem Gerd Biermann - schon in den fünfziger Jahren für die Mitaufnahme eines Elternteiles in die Klinik gekämpft.

Während in der Freiburger Univerisitätskinderklinik ab 1960 Mütter mit ihren schwerkranken Kindern vereinzelt mitaufgenommen wurden, hat sich die Müttermitaufnahme Ende der siebziger Jahre zur festen Institution entwickelt und sich bis heute zunehmend fortgesetzt. Im Jahre 1985 waren es bereits über 1000 Mütter oder Väter, die Tag und Nacht bei ihren kranken Kindern in der Klinik bleiben konnten.

Vor allem ausländische Mütter legen besonderen Wert darauf, mit ihren kranken Kindern aufgenommen zu werden. Während im Jahre 1984 von der Mitaufnahme 133 ausländische Väter oder Mütter Gebrauch machten, stieg die Zahl im Jahr 1985 bereits auf 203 an.

Da die meisten ausländischen Mütter zuhause noch weitere Kinder haben und fast ausschließlich für alle haushälterischen Angelegenheiten verantwortlich sind, geraten sie nicht selten in einen nicht geringen Konflikt zwischen ihren traditionellen Forderungen, ihr krankes Kind in der Klinik nicht alleine zu lassen und gleichzeitig ihren Pflichten zuhause nachzukommen. Während eine solche Situation in ihrer Heimatgesellschaft durch den solidarischen Beistand der Gruppe leicht zu meistern ist, wird sie hier in der sozial isolierten Lage, in der sich die Mehrzahl der ausländischen Familien befindet, häufig zum kaum zu bewältigenden Problem. Damit diese Schwierigkeiten überwunden werden können, steht der sozialmedizinische Dienst der Klinik den ausländischen Patientenkindern und deren Eltern jederzeit zur Verfügung.

4.7 Krankheitsverteilung und Krankheitshäufigkeit

In Übereinstimmung mit den bisher vorliegenden Untersuchungen über den Krankheitsstand bei Gastarbeiterkindern zeigt die Krankheitsverteilung der stationären Aufnahmen, daß auch an der Universitätskinderklinik Freiburg die sogenannten "exotischen Krankheiten" - von einem Thalassämiefall abgesehen - nicht diagnostiziert wurden.

Im Vordergrund standen, wie im Krankengut der anderen Kinderkliniken auch, die Infekte der oberen und unteren Luftwege sowie die des Magen-Darmtraktes, der ableitenden Harnwege und die generalisierten Infekte als auch die Infektionskrankheiten, bei denen die Hepatitisformen A und B überwogen. Von der Gesamtzahl der stationär aufgenommenen Kinder wurden allein wegen dieser Erkrankungen 18,2 % der griechischen, 29,3 % der jugoslawischen, 37,4 % der türkischen, 38 % der italienischen, 44 % der portugiesischen und sogar 50 % der spanischen Kinder behandelt.

Noch häufiger führten diese Krankheiten bei den Gastarbeiterkindern aus der Stadt Freiburg zu stationären Aufnahme. So mußten 28,6 % der jugoslawischen, 33,3 % der griechischen, 53 % der italienischen, 60 % der spanischen, 60,6 % der türkischen und sogar 100 % der portugiesischen Kinder, die stationär aufgenommen wurden, wegen diesen Krankheiten behandelt werden.

Im Unterschied jedoch zu der aus den anderen Kinderkliniken aufgezeigten Krankheitsverteilung ist die Zahl der wegen Unfällen aufgenommenen Gastarbeiterkinder sehr gering. Unfälle kamen zudem nur bei italienischen, türkischen und jugoslawischen Kindern vor. Von der Zahl der insgesamt behandelten Kinder wurden wegen Unfallverletzungen 3,7 % der italienischen, 3,5 % der türkischen und 1,7 % der jugoslawischen stationär aufgenommen und von den Kindern dieser Gastarbeiternationen aus der Stadt Freiburg waren es 0,9 %, 2,6 % und 4,7 %.

Die Unfälle fanden nur im häuslichen Bereich statt und wurden, neben zwei Fällen von stumpfen Schädel- bzw. Bauchtraumata, durch Verbrühungen verursacht.

Unterschiedlich war auch die hohe Zahl der Organanomalien, vor allem die Mißbildungen am Herzen und der zu- und ableitenden Blutgefäße, die außer bei den spanischen Kindern, bei den italienischen, türkischen und jugoslawischen bei über 10 %, bei den portugiesischen bei 20 % und bei den griechischen Kindern bei fast 37 % der stationär behandelten Fälle lagen.

Überproportional häufig im Vergleich mit anderen Kliniken kamen auch Kinder mit onkologischen Krankheiten und mit Leistenbrüchen zur Aufnahme.

Von besonderer Bedeutung war auch die signifikante Zunahme der stationär behandlungsbedürftigen psychosomatischen Erkrankungen, insbesondere bei türkischen und jugoslawischen Kindern, bei denen sie fast 8 % der Gesamtzahl der stationären Behandlungen ausmachten.

Nach der Häufigkeit der stationären Behandlungen folgten dann die Adaptationsstörungen bei Früh- und Neugeborenen mit einer Rate von 7 % bei italienischen und von rund 5 % bei jugoslawischen und türkischen Kindern, ferner die Anfallserkrankungen mit ähnlicher Häufigkeit bei den Kindern dieser drei Nationen.

Alle anderen stationär behandelten Erkrankungen zeigten keine signifikante Häufigkeit.

Hinsichtlich der Krankheitsverteilung und der Krankheitshäufigkeit der stationär behandelten Gastarbeiterkinder sind Unterschiede zwischen denen aus der Stadt Freiburg und denen aus dem genannten näheren und weiteren Einzugsgebiet nur bei den onkologischen und psychosomatischen Krankheiten festzustellen. Bei ersteren zeigt sich dabei ein Verhältnis von 2 zu 23 Fällen. Dies ist vor allem auf das große Einzugsgebiet der onkologischen Spezialstation an der Freiburger Kinderklinik zurückzuführen. Bei letzteren stehen 15 Fällen aus den Landkreisen und dem weiteren Einzugsgebiet nur 3 Fälle aus der Stadt Freiburg gegenüber.

Da die übrigen stationär behandelten Krankheiten keine signifikanten Unterschiede zwischen der Stadt Freiburg und den externen Einweisungsorten zeigen, ist davon auszugehen, daß die Krankheitsverteilung nicht aufgrund der speziellen Behandlungsmöglichkeiten einer Schwerpunktsklinik - wie sie die Freiburger Universitätskinderklinik darstellt - zustande kommt, sondern weitgehend das für diese Region typische Krankheitsspektrum bei Gastarbeiterkindern aufzeigt.

Obwohl die soziale und ökonomische Lage der ausländischen Arbeitsmigranten in Freiburg sicher besser ist als in den industriellen Ballungsräumen mit hoher Ausländerdichte, darf doch nicht übersehen werden, daß gerade auch hier wie in den anderen bisher untersuchten Regionen der größte Anteil der Gastarbeiterkinder wegen Infekten und Infektionskrankheiten stationär behandelt werden mußten.

Da aber gerade diese Erkrankungen der Kinder weitgehend korrelieren mit der im Vorhergehenden aufgezeigten prekären Situation, in der sich die ausländischen Familien befinden, sollten wir in unserem Bemühen nicht nachlassen, ihre Lebensbedingungen auch weiterhin zu verbessern, um im Sinne einer umfassenden Prävention die physische, psychische und soziale Gesundheit der hier bei uns lebenden Gastarbeiterkinder mehr als bisher zu schützen und zu fördern.

Daß wir unserem Ziel der ganzheitlichen medizinischen Versorgung und psychosozialen Betreuung ausländischer Patientenkinder in der Universitätskinderklinik Freiburg schon ein gutes Stück näher gekommen sind, ist nicht ausschließlich nur auf unsere Arbeit zurückzuführen.

Große Hilfe haben wir dabei auch von außen erfahren. So hat uns über Jahre hindurch das Dezernat für Sozial- und Gesundheitswesen der Stadt Freiburg - insbesondere das Sozial- und Jugendamt - großzügig unterstützt. Wertvolle Hilfe erhielten wir aber auch vom "Aktionskomitee Kind im Krankenhaus", vom italienischen Konsulat und vom italienischen christlichen Arbeiterverein ACLI und immer wieder auch vom Arbeitsamt Freiburg. All diesen Institutionen gilt unser aufrichtiger Dank.

Zitierte Literatur

- Angerpointner, Th. u. W. Hecker Kinder ausl. Arbeitnehmer aus kinderchirurgischer Sicht. In: der Kinderarzt 9(1978)1163-1340 (10)
- Baader, G. Türken, Juden, Polen. Probleme der Assimilation u. Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Aus: Kentenich, H.u.a. (Hrsg.) zwischen zwei Kulturen, 42-53, Berlin 1984.
- Bayaz, A. Ich bin weder Türke noch Deutscher. Ich habe keine Heimat. In: Psychologie heute 9(1981) 45-52
- Biermann, G. Mutter und Kind im Krankenhaus München 1978
- Collatz, J. u. a. Ausländ. Kinder im Krankenhaus. Epidem. Unters. in einem Kinderkrankenhaus. In: Mitschr. f. Kinderheilkunde 125(1977)594-596
- Ehrhardt, K.J. u. M.H. Schmidt Psychiatrische Erkrankungen bei Gastarbeiterkindern. Aus: Poustka, F. (Hrsg.) Therapien in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Reihe Kongr. Ber. 2(1975) 1251-1255, Wien 1975
- Finkelstein, H. Morbidität und Mortalität in Säuglingsspitalern. In: Ztschr. f. Hygiene und Infektionskrankheiten 28(1898) 125-153
- Klitzing, K.v. Risiken und Formen psychischer Störungen bei ausländischen Arbeiterkindern. Weinheim 1983
- Lehmkuhl, U. Psychogene Gangstörung und transkultureller Konflikt. In: Info,-Dienst z. Ausländerarbeit (ISS) 1(1983) 78-81
- Mühlmann, W.E. Homo Creator. Wiesbaden 1962
Mühlmann, W.E. Rassen, Ethnien, Kulturen. Neuwied 1964
- Pfaundler, M.v. Physiologie des Neugeborenen: Pflege und Ernährung. Aus: Döderlein, A. (Hrsg.) Handbuch der Geburtshilfe 1(1915) 725-731
- Pfeiffer, G. Die Inanspruchnahme ambulant psychotherapeutischer Institutionen durch Kinder ausl. Arbeitnehmer und deren Familien. Med.Diss. Freiburg i. Br. 1983
- Riedesser, P. Die psychische Gefährdung des Gastarbeiterkindes Aus: Caritas-Jahrbuch, 133-137, Freiburg 1982

- Röhrig, A. u. a. Psychische Störungen bei Ausländerkindern i. d. Bundesrepublik Deutschland Aus: Poustka, F. (Hrsg.) Therapien in der Kinder- und Jugend-Psychiatrie 1245-1250, Wien 1975
- Spitz, R.A. u. K. Wolf Anaclitic depression. In: Psychosomat. Stud. Child 2(1946) 313-342
- Steinhausen, H.-Ch. Psychische Störungen bei Gastarbeiterkindern im Rahmen einer Kinder- und Jugendpsychiatrischen Poliklinik. In: Ztschr. f. Kinder- und Jugend-psychiatrie 4(1982) 344-364
- Stickl, H, u. M. Wohlgemuth Infektionskrankheiten bei Kindern ausl. Arbeitnehmer. Aus: Hellbrügge, Th, (Hrsg.) Die Kinder ausl. Arbeitnehmer, 197-221, München 1980
- Viefhues, H. Gesundheit und medizinische Versorgung ausl. Arbeiterfamilien. Bochum 1982
- Zimmermann, E. Ausländische Kinder - Gesundheitlicher Zustand und Risiken In: Info.-Dienst zur Ausländerarbeit (ISS) 1(1983) 58-61
- Zimmermann, E. Gesundheitliche Situation u. Probleme der medizinischen Versorgung ausländischer Migrantenkinder. Aus: Gesundheit für alle Aufgabe für jeden. Bundesvereinigung für Ges. Erziehung, 211-217, Bonn 1983
- Zimmermann, E. Macht die Freude krank? Gesundheitsrisiken und medizinische Versorgungsprobleme ausländischer Kinder. Aus: Geiger, A. u. F. Hamburger (Hrsg.) Krankheit in der Fremde, 69-80, Berlin 1984
- Zimmermann, E. Sozialmedizinische Probleme der Versorgung ausländischer Patienten. Aus: Kentenich, H. u. a. (Hrsg.) Zwischen zwei Kulturen. Was macht Ausländer krank? 126-137, Berlin 1984.

Straffällige junge Ausländer in Freiburg i. Br.
- Zur Kriminalitätsbelastung (1981-1983) sowie Aspekte
sozialer Bedingungen -

von A. Oppermann

1. Die These von der höheren Kriminalitätsbelastung der jungen
Ausländer

Seit etwa zehn Jahren sind die in der Bundesrepublik lebenden jungen Ausländer zunehmend in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt.

Zunächst beschäftigten sich vor allem die Politiker mit dem kontinuierlichen Anwachsen der sog. "Zweiten Generation" - bedingt durch den Familiennachzug, aber auch durch die zunehmende Aufenthaltsdauer der in der Bundesrepublik lebenden Gastarbeiterfamilien. Als mit den zunehmenden sozialen Problemen einhergehend auch erste Anzeichen einer höheren Kriminalitätsbelastung der jungen Ausländergeneration in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, erlangten die Gastarbeiterkinder auch die Aufmerksamkeit der Wissenschaft.

Die polizeilichen Kriminalstatistiken waren alarmierend genug:

Sie weisen für das Bundesgebiet zwischen 1978 und 1982 eine etwa doppelt so hohe Delinquenzbelastung der jungen Ausländer aus (ohne Verstöße gegen E 47 AuslG) - verglichen mit jenen für die entsprechenden deutschen Altersgruppen: Dies gilt sowohl für die strafunmündigen Kinder (8-13 Jahre) und die Jugendlichen (14-17 Jahre) als auch für die Heranwachsenden (18-20 Jahre) und die Jungerwachsenen (21 bis 24 Jahre). Außerdem zeigte sich diese "Doppel"-Belastung nicht nur bei den männlichen jungen Ausländern, sondern auch bei den weiblichen Nichtdeutschen. (1) (2)

Eine Studie (3), die sich erstmalig in der Bundesrepublik differenziert mit der Analyse polizeilicher Kriminalstatistiken auseinandersetzte, fand 1978 Bestätigung für die prognostizierte "Zeitbombe": Danach zeigte sich je nach (in die Untersuchung einbezogener) Großstadt eine kriminelle Mehrbelastung der jungen hier lebenden Ausländer zwischen "32 % und 58 %" gegenüber der deutschen Vergleichsgruppe. (4)

Bei der polizeilichen Kriminalstatistik als Berechnungsgrundlage der Kriminalitätsbelastungsziffern¹⁾ (KBZ) muß jedoch berücksichtigt werden, daß darin **a l l e** Ausländer erfaßt sind, die als Tatverdächtige registriert sind, also auch Touristen, Durchreisende, Stationierungstreitkräfte und deren Angehörige, sowie Tatverdächtige, die illegal in die Bundesrepublik eingereist sind. Dagegen registriert die Bevölkerungsstatistik nur jene Ausländer, die sich **l e g a l** in der Bundesrepublik aufhalten, d. h., die an ihrem jeweiligen Wohnsitz als Einwohner gemeldet sind. Dieser Verzerrungsfaktor dürfte sich jedoch eher auf die erwachsene - und bedingt die heranwachsende - ausländische Bevölkerung belastend auswirken. Bei den ausländischen Kindern und Jugendlichen fällt dieser Umstand wohl kaum zu ihren Ungunsten ins Gewicht, denn nur für die jungen Familienangehörigen, die in der Bundesrepublik beim Einwohnermeldeamt registriert sind, wird Kindergeld gezahlt. Deshalb kann bei den letztgenannten ausländischen Altersgruppen davon ausgegangen werden, daß die Bevölkerungsdaten weitgehend realistisch sind.

Betrachtet man jedoch die Strafverfolgungsstatistik (darin sind alle abgeurteilten und verurteilten Personen mit den jeweiligen Straftaten erfaßt), zeigt sich, daß die Zahlen dieser "Verurteilten"-Statistik in aller Regel, und dies sowohl bei den Deutschen als auch bei den Ausländern, weit unter denen der polizeilichen Kriminalstatistik liegen. Diese Tatsache wird als Ergebnis eines "Ausfilterungsprozesses" gesehen (bedingt z. B. durch Mehrfachnennungen bei der polizeilichen Kriminalstatistik, Freisprüche usw.). (5)

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der "Belastungs"-Abstand zwischen jungen Deutschen und jungen Nichtdeutschen bei den Verurteilungsziffern (wesentlich) geringer ist als bei den Kriminalitätsbelastungsziffern nach der polizeilichen Kriminalstatistik. Dies deutet darauf hin, daß sich der Tatverdacht der Polizei im Gerichtsverfahren bei den Ausländern seltener beweisen läßt als bei den deutschen Angeklagten und kann damit "... entweder auf eine höhere Bereitschaft der Polizei hindeuten, Ausländer zu verdächtigen, oder auf größere Schwierigkeiten des Gerichts bei der Beweisführung im Verfahren gegen Ausländer bei gleichartigem Verdacht der Polizei". (6)

Hier wird bereits ein Problem der Kriminalitätsinterpretation deutlich: Da zur Beurteilung der Kriminalitätsentwicklung nicht die "Verurteilten"-(Strafverfolgungs-)Statistik, sondern in der Regel die polizeiliche Kriminalstatistik herangezogen wird, kann vermutet werden, daß sowohl die Jugendkriminalität allgemein als auch das Ausmaß der kriminellen Belastung der jungen Ausländer überschätzt wird.

1) Tatverdächtige pro 100.000 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Weitere Verzerrungsprobleme in diesem Zusammenhang sollen hier nur angedeutet werden:

D u n k e l f e l d p r o b l e m a t i k (Es ist unumstritten, daß gerade im Jugendlichenalter kriminelles Verhalten, und zwar überwiegend Bagatelldelinquenz, ein - in a l l e n Bevölkerungsschichten - weitverbreitetes Phänomen ist und daß das Dunkelfeld ein Mehrfaches der polizeilich bekannt gewordenen Jugenddelinquenz beträgt.) - Untersuchungen der Dunkelfeldforschung haben u. a. erwiesen, daß Jugendliche aus der Unterschicht sowie solche mit erheblichen Sozialisationsdefiziten eher auffallen bzw. angezeigt werden als Jugendliche aus der Oberschicht oder aus stabilen Familienverhältnissen.

Durch Untersuchungen wurde auch belegt, daß von Geschädigten und Zeugen gegenüber Ausländern z. T. eine weit höhere Anzeigebereitschaft besteht als gegenüber Deutschen.

Bei Kriminalisierungs- und Selektionsprozessen haben z. B. Vorurteile gegenüber einer bestimmten Bevölkerungsgruppe eine nicht unerhebliche Bedeutung. - Bei der polizeilichen Kriminalstatistik sollten weiterhin Höhe und Differenz der **a b s o l u t e n** Tatverdächtigenzahlen berücksichtigt werden, um Zuwachsraten sinnvoll zu interpretieren.

Ebenfalls ist hier (bei der PKS) das Problem der Mehrfachnennungen zu beachten (z. B. bei Verwirklichung mehrerer Straftatbestände durch **e i n e** Handlung).

Weiterhin sollte der "Schaden" bzw. die "Schadenshöhe" bei der Beurteilung der Eigentumsdelinquenz Berücksichtigung finden: Insbesondere bei der Straffälligkeit Minderjähriger zeigt sich, daß diese überwiegend durch Bagatelldelikte geprägt ist. - Und letztlich sollten auch die Interessen bei kriminalstatistischer Argumentation und ihrer politischen Verwertung hinterfragt werden.

2. Statistische Daten aus den Jahren 1981, 1982 und 1983 in Freiburg i. Br. bezüglich der Kriminalität junger Deutscher und junger Ausländer (aus Gastarbeiternationen) im Vergleich

Die Untersuchung stützte sich im wesentlichen auf Daten der Jugendgerichtshilfe Freiburg und erfaßt die 14- bis 20jährigen jungen Straftäter. Diese Daten enthalten nicht nur differenzierte Angaben zum Strafverfahren, sondern auch zahlreiche Merkmale bezüglich der persönlichen Lebenssituation und -entwicklung der jungen Straftäter. Das Datenmaterial aus den Jahren 1981, 1982 und 1983 wurde mit Hilfe der EDV ausgewertet und analysiert.

Bei den folgenden absoluten Fallzahlen (als Ausgangsbasis der durchgeführten Analyse ist zu beachten, daß diese nicht gleichbedeutend mit der jeweiligen Anzahl der Straftäter - also personenbezogen - sind, sondern die Anzahl der Verfahren in den einzelnen Jahren wiedergeben.

Im Jahr 1981 betrug die Anzahl von Verfahren nach den JGH-Erfassungsbögen insgesamt 1128.

Hiervon entfielen 969 Verfahren auf junge Deutsche (Freiburger), 88 Verfahren auf junge Ausländer aus den sogenannten Gastarbeiternationen¹⁾ und die restlichen 71 Verfahren auf Ausländer anderer Nationalitäten.

Im Jahr 1982 betrug die Anzahl der Verfahren insgesamt 1405.

Hiervon entfielen 1264 Verfahren auf Deutsche, 93 Verfahren auf Ausländer aus Gastarbeiternationen und 48 Verfahren auf Ausländer anderer Nationalitäten.

Die Fallzahlen für das Jahr 1983 betrugen insgesamt 1700.

Davon waren gegen Deutsche 1509, gegen Ausländer aus Gastarbeiternationen 101 und gegen Ausländer anderer Nationalitäten 90 Verfahren anhängig.

Zur Ermittlung der absoluten Kriminalitätsbelastung wurden die Bevölkerungsdaten²⁾ der jeweiligen Alters- und Nationalitätengruppen herangezogen, wobei diese auf je 1000 Einwohner der entsprechenden Bevölkerungsgruppen berechnet wurde.

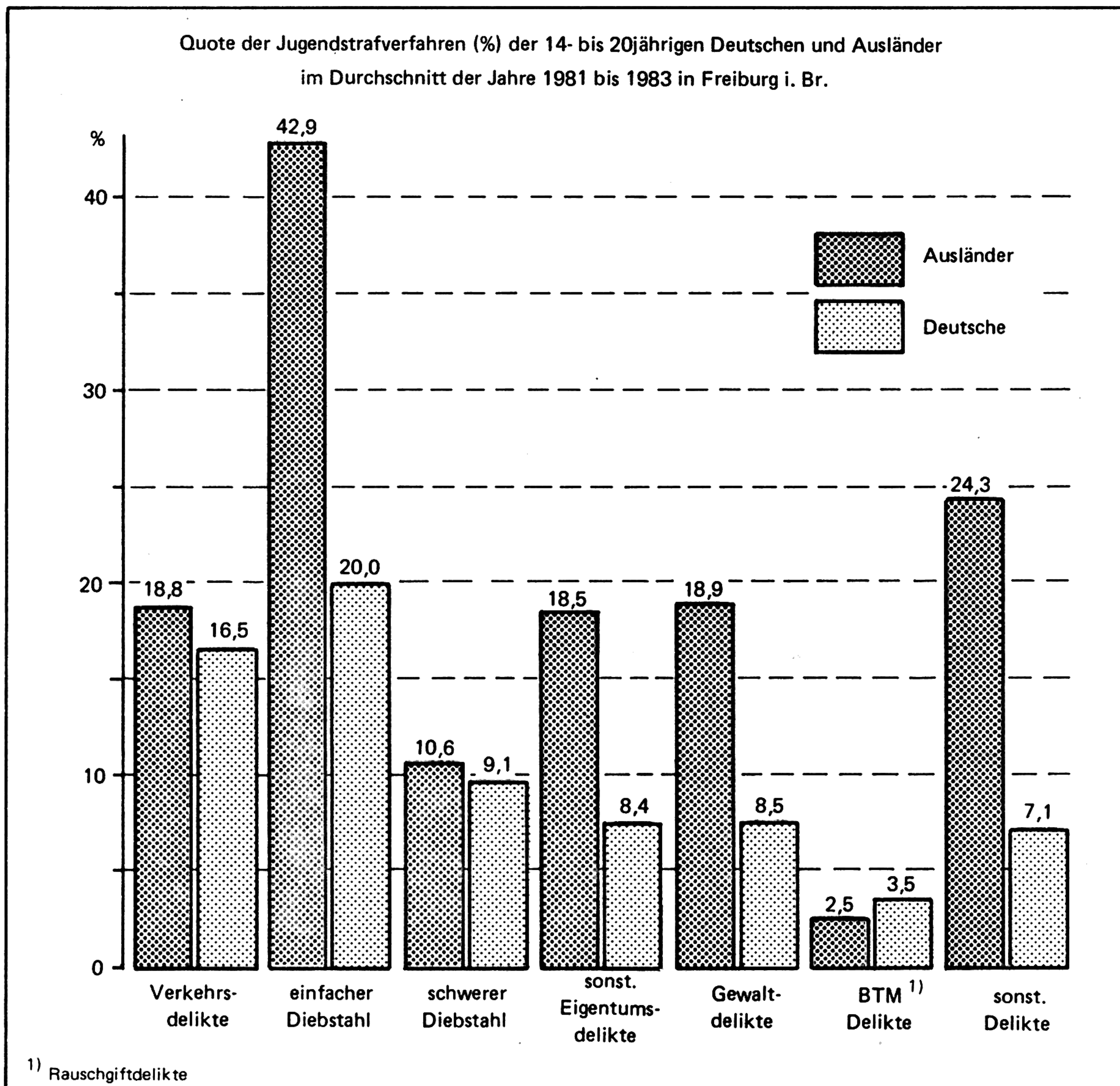
Die "Verurteilten"-Ziffern betragen bei den 14- bis 20jährigen Deutschen im Durchschnitt (aus den Jahren 1981-1983) einschließlich der Straßenverkehrsdelikte 73,4 und bei den 14- bis 20jährigen Ausländern aller Nationalitäten durchschnittlich 137,8. Diese extrem hoch erscheinende Kriminalitätsbelastung, sowohl der jungen Freiburger als auch der jungen Ausländer in Freiburg, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß diese "Verurteilten"-Ziffern gleichbedeutend mit Jugendstrafverfahren sind; d. h., daß diese auch einen erheblichen Anteil von Verfahrenseinstellungen beinhalten. Immerhin wurden im Durchschnitt (der Jahre 1981-1983) etwa 44 % aller Verfahren eingestellt (vor allem nach den EE 45, 47 JGG und EE 153, 154 StPO). Weitere 2,2 % wurden mit einem Freispruch abgeschlossen. Da die Einbeziehung der Verfahrenseinstellungen beide Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betrifft, kann danach einschränkend geschlossen werden, daß die jungen Ausländer in Freiburg erheblich stärker kriminell belastet sind als ihre deutschen Altersgenossen.

¹⁾Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und Türkei.

²⁾Quelle: Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg (Hrsg): Wohnbevölkerung am 1.1.1981/Mai 1981, Wohnbevölkerung am 1.1.1982/Mai 1982 und Wohnbevölkerung am 1.1.1983/Juli 1983.

3. Vergleich spezieller Deliktgruppen

Bei der Analyse einzelner Straftatengruppen zeigt sich, daß die Kriminalitätsbelastung der jungen Ausländer im Durchschnitt (der Jahre 1981-1983), insbesondere bei folgenden Deliktgruppen, im Vergleich zu den jungen Deutschen stark überhöht ist.



Sie beträgt bei den "Gewalt"-Delikten (wobei diese Gruppe allerdings nicht nur Gewalt gegen Personen, sondern auch Gewaltanwendung gegenüber Sachen umfaßt) durchschnittlich 18,9 (KBZ); bei den "einfachen" Diebstahlsdelikten (insbesondere Kaufhausdiebstähle) 42,9 (KBZ); bei den "sonstigen Eigentumsdelikten" (insbesondere Betrugs- und "Urkunds"-Delikte, Hehlerei und "Leistungserschleichung") 18,5 (KBZ) und bei den "sonstigen Delikten" (Auffanggruppe für strafrechtlich relevante Handlungen, die von den Hauptdeliktskategorien nicht erfaßt werden) 24,3 (KBZ); während die Kriminalitätsbelastungsziffern in entsprechender Reihenfolge 8,5; 20,0; 8,4 und 7,1 bei den Deutschen lauten.

Bei den "Straßenverkehrsdelikten" sind beide Bevölkerungsgruppen im Durchschnitt ähnlich belastet:

Ausländer:	18,8	(KBZ)
Deutsche:	16,5	(KBZ)

Auch beim "Diebstahl unter erschwerenden Umständen" (insbesondere Einbruchdiebstahl, der - beträchtliche - Anteil von Fahrrad- und Kraftrad- diebstählen sowie der Diebstahl von und aus Kraftfahrzeugen) zeigen die Ausländer gegenüber den Deutschen nur eine leichte Überhöhung:

Ausländer:	10,6	(KBZ) (im Durchschnitt)
Deutsche:	9,1	(KBZ) (im Durchschnitt)

Lediglich in der Kategorie "Verstöße gegen das BtmG" sind die Ausländer im Durchschnitt (KBZ: 2,5) geringer belastet als die Deutschen (KBZ: 3,5).

Die niedrigste Belastung zeigen beide Bevölkerungsgruppen bei den "Delikten gegen die sexuelle Selbstbestimmung"; angesichts der geringen absoluten Zahlen von Strafverfahren erscheint hier eine Berechnung der Kriminalitätsbelastungsziffern verfehlt.

Bezüglich eines Vergleichs der Kriminalitätsstruktur (d. h. die entsprechenden deliktspezifischen Anteile an der jeweiligen Gesamtkriminalität der beiden Bevölkerungsgruppen) bestätigen sich die o. g. Werte nur teilweise. (Hierbei wurde allerdings eine Auswertung im Hinblick auf die eigentliche Untersuchungsgruppe, nämlich die Ausländer aus Gastarbeiternationen, vorgenommen.)

Bei den "Gewaltdelikten" (incl. Sachbeschädigung etc.) zeigten sich die (männlichen) Ausländer anteilmäßig im Durchschnitt tatsächlich höher belastet als die deutschen Vergleichsgruppen, während beim "Diebstahl unter erschwerenden Umständen" eindeutig die Deutschen überrepräsentiert waren. Beim "einfachen Diebstahl" erwiesen sich "Deutsche" und "Ausländer aus Gastarbeiternationen" - beiderlei Geschlechts - im Durchschnitt ähnlich stark belastet.

4. Die geschlechtsspezifische Kriminalitätsbelastung¹⁾ (in Freiburg) im Vergleich Deutsche und Ausländer aus den "Gastarbeiternationen"

Der Anteil an Ausländerinnen (an allen Verfahren gegen Ausländer) ist in keinem Jahr höher als der Anteil der weiblichen Deutschen an allen Verfahren gegen Deutsche, meist liegt er sogar (leicht) unter dem der weiblichen Deutschen.

Bei beiden weiblichen Bevölkerungsgruppen beträgt der jeweilige Anteil an den gesamten Verfahren im Durchschnitt (bezogen auf die drei Jahrgänge) weniger als ein Fünftel; d. h., sowohl die männlichen Ausländer als auch die männlichen Deutschen "verursachen" durchschnittlich jeweils über 80 % aller Verfahren.

Hinsichtlich des jeweiligen Anteils der Verfahren gegen Ausländer in bezug auf ihre deutschen "Geschlechtsgenossen" zeigte sich:

Die Ausländerinnen waren durchschnittlich mit 6,2 % an allen Verfahren gegen weibliche Straftäter beteiligt. Der Anteil der männlichen Ausländer an allen Verfahren gegen männliche Straftäter betrug im Durchschnitt 7,3 %.

5. Vergleich der "Intensivtäterschaft" bei den Deutschen und den Ausländern aus Gastarbeiternationen (überprüft am Kriterium: Anzahl der jugendgerichtlich verhandelten Delikte)

Hier zeigte sich in den Durchschnittswerten (der Jahre 1981, 1982 und 1983), daß sowohl die weiblichen ausländischen Jugendlichen und Heranwachsenden als auch die beiden männlichen ausländischen Altersgruppen im Vergleich zu den jeweiligen deutschen Untersuchungspopulationen erheblich häufiger mit nur einer Straftat belastet sind.

Dieses Ergebnis findet auch dahingehend Bestätigung, daß bei den Deutschen häufiger als bei den Ausländern mehr als drei Delikte (also tatmehrheitlich verübte Straftaten bzw. Serienstraftaten) gleichzeitig verhandelt wurden.

Die Intensivtäterschaft wurde außerdem anhand der "Vorstrafenbelastung" überprüft; d. h., es wurde eine vergleichende Kontrolle der (jeweiligen) Existenz bzw. Nichtexistenz einer früheren jugendgerichtlichen Verhandlung durchgeführt.

Der Mittelwert (aus den Jahren 1981, 1982 und 1983) ergibt für die aus den Gastarbeiternationen stammende Population insgesamt, daß diese in

geringerem Maße als die Deutschen "rückfällig" geworden sind. Die straffällig gewordenen Ausländer sind im Durchschnitt zu 90,5 % ohne "Vorstrafenbelastung" und entsprechend zu 9,5 % mit "Vorstrafen" (d. h. früheren jugendgerichtlichen Verhandlungen) belastet, gegenüber den Deutschen mit 87,9 % ohne bzw. zu 12,1 % mit Vorstrafen.

Im Ergebnis zeigt sich also, daß die ausländische Untersuchungsgruppe in ihrer "Kriminalitätsintensität" sowohl nach dem Merkmal "Anzahl der verhandelten Delikte" als auch im Hinblick auf ihre "Vorstrafen" seltener "intensiv-kriminell" belastet ist als die deutsche Vergleichspopulation.

Dieser Befund läßt verschiedene Deutungsmöglichkeiten zu:

Zunächst ist er ein Indiz für die Fragwürdigkeit von polizeilichen Kriminalstatistiken (als Maßstab der tatsäc h l i c h e n Kriminalitätsbelastung): Aus der durchschnittlichen Deliktsbelastung pro Person (insbesondere bei den "Serienstraftaten") ist unschwer erkennbar, daß die Tatverdächtigenziffern überhöht sind in bezug auf die tatsächliche Kriminalitätsbelastung.

Das Phänomen der höheren "Intensivbelastung" der jungen Freiburger hinsichtlich des Kriteriums "Anzahl der jugendgerichtlich verhandelten Delikte" (auch "Serienstraftaten") deutet darauf hin, daß diese sich (im Vergleich zu den jungen Ausländern) den instanziellen Kontrollorganen "geschickter" entziehen können (d. h. nicht so schnell "erwischt" werden). Möglicherweise kann die "Unterrepräsentation" der jungen Ausländer bei den "Intensivtäterschaften" auch dahingehend gedeutet werden, daß diese aufmerksamer überwacht werden bzw. ihnen gegenüber die formellen und informellen "Aufklärungsaktivitäten" intensiver betrieben werden.

In diesem Zusammenhang dürften insbesondere die aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen (wie Ausweisung und Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis - vgl. das "Ausländergesetz") - bzw. die Angst davor - von erheblicher Bedeutung für die geringere "Intensivbelastung" der jungen Ausländer sein.

Eine Überprüfung dieser ausländerrechtlichen Maßnahmen anhand der Statistik der "Ausländerbehörde Freiburg" (1981-1983) zeigte jedoch, daß gegenüber den straffällig gewordenen jungen Ausländern aus Gastarbeiternationen diese Form von Doppelbestrafung (Ausweisung) sehr zurückhaltend angewandt wurde/wird.

6. Jugendrichterliche Sanktionspraxis im Vergleich zwischen den jungen deutschen und den aus den Anwerbeländern stammenden Straftätern

Gemeinsamkeiten zwischen den deutschen und ausländischen Populationen (jeweils beide Altersgruppen beiderlei Geschlechts) zeigen sich vor allem hinsichtlich der Anordnung von gemeinnützigen Arbeitsleistungen (= "Arbeitsweisung") im Durchschnitt:

Deutsche: 28,1 % Ausländer: 26,3 %

und hinsichtlich der Verhängung von Jugendstrafe (mit und ohne Bewährung):

Deutsche: 9,6 % Ausländer: 10,4 %

Uneinheitlich ist das Bild bei den übrigen gerichtlichen Maßnahmen, wobei hinsichtlich der Zahlung eines Geldbetrages an eine gemeinnützige Einrichtung (= "Geldbuße")

Deutsche: 23,4 % Ausländer: 18,9 %

einerseits die Deutschen sowie bei der Anordnung/Verhängung von Jugendarrest

Deutsche: 10,4 % Ausländer: 16,3 %

andererseits die Ausländer etwas "überrepräsentiert" erscheinen.

Diese Befunde von richterlicher Sanktions-"Verteilung" decken sich zwar im wesentlichen mit denen von Albrecht/Pfeiffer (8), können jedoch angesichts der geringen absoluten Freiburger Zahlen (bei den Ausländern) nur sehr vorbehaltlich gedeutet werden.

7. Probleme des statistischen Vergleichs der Bevölkerungsgruppen "Deutsche" und "Ausländer aus den Anwerbestaaten" im Hinblick auf die Schichtzugehörigkeit

Neben den schon vorgenannten statistischen Problemen (z. B. Unterschiede bei der Erfassung der Ausländer nach der Bevölkerungsstatistik einerseits und der PKS andererseits; sowie weiterhin die Zugrundelegung der PKS - statt der Strafverfolgungsstatistik - zur Berechnung der offiziellen Kriminalitätsbelastungsziffern) wirkt sich ein weiteres Kriterium zu Ungunsten der Nichtdeutschen aus: Die Unterschiede der sozialen Lage werden nicht einbezogen.

In Anbetracht der sozialstrukturellen Lebensbedingungen der aus den Anwerbeländern stammenden, hier lebenden jungen Ausländern zeigt sich, daß diese im Vergleich zu ihren deutschen Altersgenossen einer Reihe von benachteiligenden, zusätzlich belastenden Faktoren ausgesetzt sind.

Die familiäre Situation ist häufig gekennzeichnet durch eine Sprach- und Kulturproblematik:

Während die Kinder "doppelseitig halbsprachig" aufwachsen oder sich auch fast ausschließlich in der deutschen Sprache verständigen - teilweise ihre Muttersprache auch kaum beherrschen -, haben ihre Eltern zumeist geringere Deutschkenntnisse, fühlen sich ihrer Heimatsprache aber oft auch innerlich wesentlich mehr verbunden. So sind rein sprachliche innerfamiliäre Verständigungsprobleme keine Seltenheit.

Diese (mehr "technische") Kommunikationsproblematik ist nicht selten begleitet von tiefergehenden, "inneren" Verständigungsschwierigkeiten zwischen Eltern und Kindern:

Während die Eltern ihrem heimatlichen Kulturkreis mit seinen Werten, Normen und (religiösen) Traditionen oft eng verbunden bleiben, orientieren sich - vor allem die hier geborenen und aufgewachsenen - Kinder viel intensiver an der deutschen Kultur, ihren Inhalten, Regeln und Strukturen.

Daß mit diesen innerfamiliären Widersprüchen und Entfremdungen auch Auseinandersetzungen einhergehen, liegt auf der Hand - ebenso aber auch innerpsychische Konflikte, nationale bzw. kulturelle Identitätsprobleme für diese ausländischen Kinder und Jugendlichen selbst.

Die persönliche Verunsicherung wird oft durch "äußerliche" Faktoren verstärkt; z. B. Unsicherheiten bezüglich des Aufenthaltsstatus. - Selbst wenn die hier geborenen bzw. aufgewachsenen Ausländerkinder (zumindest die aus den EG-Ländern) einen in rechtlicher Hinsicht relativ gefestigten Status haben, bleibt für sie dennoch oft die Frage offen bzw. über lange Jahre unentschieden, ob die Familie bzw. sie selbst wieder ins Heimatland übersiedeln oder nicht. Diese Unklarheit erschwert die Herausbildung langfristiger Perspektiven, Lebensplanung und -gestaltung sowie eine auch innerliche Integration in der Bundesrepublik.

In diesem Zusammenhang sind auch Fragen bezüglich der Vollständigkeit bzw. Unvollständigkeit der Familien (z. B. Trennung der einzelnen Familienmitglieder und damit verbundene Entfremdung) von Bedeutung.

Die ökonomische Lebenssituation ist häufig durch eine auf Sparen ausgerichtete Lebenshaltung gekennzeichnet, durch schlechte oder mangelnde Wohnraumversorgung in Ghettos oder sozial randständigen Wohngebieten.

Die Position der Väter ist meist mit einem relativen Statusverlust verbunden; zwar ist das Einkommen im Vergleich zum Heimatland (wesentlich) höher, doch müssen sie nicht nur einen Wechsel von der Mittelschicht (im Heimatland) zur Unterschicht (in der Bundesrepublik) hinnehmen, sondern darüber hinaus auch oft eine objektive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen (weniger qualifiziert, anstrengender und/oder diskriminierender).

Die - im Heimatland meist unübliche - Berufstätigkeit der Ehefrauen führt bei den ausländischen Männern bzw. Vätern nicht selten zu einem (subjektiv erlebten) Autoritätsverlust.

Auf diese Statusschwächung sowie die kulturellen Spannungen reagieren sie dann möglicherweise den Kindern gegenüber in einem recht streng und autoritär praktizierten Erziehungsstil einerseits, mit hohen Erwartungen in bezug auf deren Lebens- und Berufsperspektiven andererseits.

Dies kann vor allem bei den männlichen jugendlichen Ausländern dazu führen, daß diese sich in relativ jungem Alter vom Elternhaus lösen, ihren Lebensmittelpunkt in öffentliche Kommunikationstreffpunkte bzw. in sie gefährdende Cliques verlegen.

Nach diesen, durch zahlreiche Untersuchungen belegten Befunden war zu vermuten, daß die in Freiburg lebenden jungen Straftäter aus den Anwerbestaaten gegenüber den jungen Freiburger Straftätern im Hinblick auf ihre jeweiligen sozialstrukturellen Lebensbedingungen ebenfalls benachteiligt waren bzw. sind.

Deshalb wurden bei den jungen Straftätern in Freiburg folgende Merkmale überprüft:

1. Schichtzugehörigkeit (Berufsgruppe bzw. Tätigkeit des Vaters)
2. Schulbildung und
3. Ausbildungs- bzw. Berufssituation des jungen Straftäters zur Zeit der Tat.

Die Schichtzugehörigkeit der jungen Freiburger und der jungen in Freiburg lebenden Ausländer aus den Gastarbeiternationen wurde am Kriterium "Berufsgruppenzugehörigkeit des Vaters" untersucht.

Im Durchschnitt (der Jahre 1981-1983) gehörten die Väter der straffälligen jungen Freiburger zu 12,0 % den gehobenen Berufsgruppen, zu 46,9 % den mittleren Berufsgruppen und zu 41,1 % den unteren Berufsgruppen an.

Bei den straffälligen jungen Ausländern aus Gastarbeiternationen lauten diese Zahlen in entsprechender Reihenfolge: 5,9 %; 26,0 % und 68,1 %.

Dieser Befund bestätigt die Ergebnisse anderer Untersuchungen: Die jungen Ausländer aus den "Gastarbeiternationen" gehören in weit stärkerem Maß als die deutsche Vergleichspopulation der Unterschicht an.

In diesem Zusammenhang soll auch auf eine Untersuchung aus dem Jahr 1981 (9) hingewiesen werden, bei der erstmalig in der Bundesrepublik - auch von ihrer sozialen Lage her - vergleichbare Bevölkerungsgruppen im Hinblick auf ihre Kriminalitätsbelastung untersucht wurden.

Danach zeigte sich, daß der relative Anteil an Verurteilten bei den (in der Bundesrepublik lebenden) jungen Ausländern 8,7 % betrug, während er bei der deutschen Kontrollgruppe (Unterschichtsangehörige) einen Anteil von 31,1 % (bezogen auf die jeweilige Bevölkerungsgröße) erreichte. (10)

Das Merkmal "Schulbildung" (noch bzw. zuletzt besuchter Schultyp) wurde als Kriterium für Chance bzw. Chancen- und Perspektivlosigkeit im Hinblick auf Berufswahl und -ausübung sowie die damit verbundene gesellschaftliche Anerkennung untersucht und bewertet.

Aus den Durchschnittswerten (der Jahre 1981-1983) ergibt sich, daß die straffälligen jungen Freiburger zu 14,1 % die Sonderschule besuchen bzw. besucht haben, zu 60,6 % die Hauptschule, zu 14,3 % die Real- oder Fachschule und zu 11,0 % das Gymnasium bzw. die Fachoberschule - während die Durchschnittswerte bei den jungen straffälligen Ausländern aus den Gastarbeiternationen in entsprechender Reihenfolge 11,8 %; 76,3 %; 4,6 % und 7,3 % lauten.

Hier fällt insbesondere auf, daß die jungen Angehörigen der Anwerbestaaten erheblich seltener in den weiterführenden Schultypen vertreten sind als die jungen Deutschen (Freiburger).

Damit bestätigt sich die (auf andere Untersuchungsergebnisse gestützte) Annahme, daß die jungen Ausländer geringere Zugangschancen zu (qualifizierteren) beruflichen Tätigkeiten haben als die jungen Freiburger.

Um diese Vermutung zu überprüfen, wurde die Ausbildungs- bzw. Berufssituation der jungen Freiburger und Ausländer der Gastarbeiternationen zur Tatzeit untersucht. Damit kann zugleich ein Einblick in die jeweilige aktuelle berufliche (und Lebens-)Situation gewonnen werden.

Im Rahmen dieser kurzgefaßten Analyse können die einzelnen Befunde nicht detailliert dargestellt werden: Es werden deshalb nur die Durchschnittswerte (aus den Jahren 1981-1983) der vier am stärksten vertretenen Kategorien angegeben.

Von den straffälligen jungen Freiburgern (Jugendliche und Heranwachsende zusammen) befanden sich 9,6 % im Berufsvorbereitungsjahr bzw. in berufsvorbereitenden Maßnahmen. 47,3 % standen in einem Anlern- oder Lehrverhältnis. 7,5 % waren im Job tätig und 25,7 % waren arbeitslos.

Die restlichen 9,9 % verteilen sich auf die Kategorien "im erlernten Beruf tätig", "im anderen Beruf tätig", Wehrpflichtige bzw. Zivildienstleistende und Studenten.

Von den straffälligen jungen Ausländern aus den Gastarbeiternationen befanden sich durchschnittlich 16,7 % im Berufsvorbereitungsjahr bzw. in berufsvorbereitenden Maßnahmen. 23,5 % standen in einem Anlern- oder Lehrverhältnis. 14,1 % waren im Job tätig und 34,3 % waren arbeitslos. Die restlichen 11,4 % verteilen sich auf die übrigen Kategorien (außer Wehrpflichtige und Zivildienstleistende).

Hier fallen zwei Werte besonders auf, und zwar der doppelt so hohe Anteil der jungen Freiburger, die sich in einem Anlern- oder Lehrverhältnis befinden, im Vergleich zu den jungen Ausländern sowie der erheblich höhere Anteil an Arbeitslosen unter den jungen Ausländern. Darüber hinaus ist die recht hohe Anzahl ausländischer Jugendlicher im Berufsvorbereitungsjahr bzw. in berufsvorbereitenden Maßnahmen zu berücksichtigen, die die Arbeitslosigkeit bestenfalls um ein Jahr hinauschieben und deshalb - zumindest teilweise - zum Bereich der "versteckten" Arbeitslosigkeit gerechnet werden dürften.¹⁾

8. Kriminalitätstheorien und Erklärungsansätze zur Kriminalität der jungen Ausländer

Aus den zahlreichen Kriminalitätserklärungsmodellen sollen hier nur einige relevant erscheinende Aspekte aufgegriffen werden.

Angesichts der sozialen Mängellage der hier lebenden (jungen) Ausländer erscheint insbesondere die "Anomietheorie" von Merton (11) aussagefähig bzw. schlüssig:

Ansatzpunkt ist hierbei die Unterscheidung zwischen "kultureller" und "gesellschaftlicher" Struktur, während erstere die kulturell definierten Ziele, Absichten, Motivationen und die legitimen Mittel zur Erreichung dieser Ziele beinhaltet, umfaßt letztere die reale Chancenstruktur, z. B. die jeweilige schichtbedingte Verwirklichungschance. Je nach gesellschaftlicher Schicht ist die Diskrepanz zwischen kulturellen Normen und Zielen einerseits und den sozialstrukturierten Zugangschancen zu legitimen Mitteln andererseits unterschiedlich hoch. In unseren "west-

¹⁾Vgl. auch den in der Literatur diskutierten Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität.

lichen" (Industrie-)Gesellschaften gelten materielle Werte (Wohlstand, Statusgüter) als erstrebenswertes "kulturell definiertes" Ziel - eben als Erfolgskriterium.

Insbesondere in den USA läßt die Ideologie der Chancengleichheit ("Vom Tellerwäscher zum Millionär") Reichtum als kulturell definiertes Ziel für alle Gesellschaftsmitglieder prinzipiell als erreichbar erscheinen.

Die tatsächliche Sozialstruktur beschränkt oder verschließt jedoch den Zugang zu den legitimen Mitteln zur Erreichung dieser Ziele für die unterprivilegierten Schichten, da ihnen Erwerb von Reichtum durch Erbschaft, eigene Leistung, Sparen etc. de facto unmöglich ist.

Aus diesem anomischen Zustand der Gesellschaft resultiert ein Spannungszustand; dieser Druck (zu starkes Auseinanderklaffen von Zielen und Mitteln) kann sich derart auswirken, daß der sozial Benachteiligte darauf mit abweichenden (z. B. kriminellen) Verhalten reagiert.

Diese Theorie vermag sowohl die Eigentumskriminalität der jungen Ausländer - einerseits als "Beschaffungskriminalität", andererseits als (kompensatorische) "Ersatzbefriedigung" für sonst fehlende Anerkennung und Bedürfnisbefriedigung - als auch die "Gewaltkriminalität" (als Spannungsabfuhr und reaktives Verhalten auf Diskriminierungen) erklären.

In Anbetracht der zahlreichen sozialen Defizite der hier lebenden (jungen) Ausländer muß man sich nach dieser Theorie allerdings fragen, warum (nur) so wenig Ausländer kriminell werden, d. h., welche "Konfliktbewältigungsstrategien" die nicht auffälligen Ausländer anwenden.

Erschwerend im Hinblick auf eine Integration wirkt sich der sog. "Kulturkonflikt" aus. Die Grundannahme dieses Konzeptes von Sellin (12) ist, daß jedes Mitglied einer Kultur ganz bestimmte Regeln, Ziele und Verhaltensweisen verinnerlicht (hat) und dabei eine "kulturspezifische Grundpersönlichkeit" entwickelt. Wandert dieser Mensch in ein anderes kulturelles System ein, entsteht aufgrund des "Auseinanderklaffens" bzw. der Widersprüche dieser Normensysteme ein Konflikt, der den Druck im Hinblick auf abweichendes Verhalten verstärkt. - Als zusätzliche Belastung der ausländischen Minderheit wirkt sich häufig noch die Ablehnung und Fremdenangst seitens der Wirtsgesellschaft aus, die den Außenseiterstatus der Ausländer verfestigt.

Der letztgenannte Gesichtspunkt spielt eine bedeutende Rolle für die Vertreter¹⁾ des "Etikettierungsansatzes" (labeling approach):
Danach schaffen gesellschaftliche Gruppen abweichendes Verhalten erst

1) Z. B. Tannenbaum, Becker, Lemert, Erikson, Kitsuse und F. Sack

dadurch, indem sie Regeln aufstellen, deren Verletzung abweichendes Verhalten festlegt, und wenden diese Regeln auf bestimmte Menschen an, die sie dann zu Außenseitern "abstempeln". Die Wahrscheinlichkeit, daß die hier lebenden Ausländer (als Minderheitenangehörige und Unterschichtsangehörige) stärker der öffentlichen Kontrolle unterliegen und abweichendes Verhalten "zugeschrieben" bekommen, ist nach den Kriterien dieses Erklärungsansatzes besonders groß.

Unter Berücksichtigung der sozialen Lage der hier lebenden jungen Ausländer (aus den Gastarbeiternationen) und den ermittelten Befunden zur Kriminalitätsbelastung kann m. E. zusammenfassend festgestellt werden, daß das Phänomen "Kriminalität junger Ausländer" zumindest in Freiburg keine wirkliche "Bedrohung" ist - wie es so oft (in den Medien) in der Bundesrepublik als "sozialer Sprengstoff" und "Zeitbombe" charakterisiert wird.

L i t e r a t u r n a c h w e i s e

- (1) G. Kaiser: "Jugendkriminalität. Rechtsbrüche, Rechtsbrecher und Opfersituationen im Jugendalter"; Weinheim und Basel, 1982.
A. Chaidou: "Junge Ausländer aus Gastarbeiterfamilien in der BRD"; Frankfurt/Bern/New York, 1984.
- (2) Bundeskriminalamt (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik 1982. Wiesbaden 1983.
Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Strafverfolgung 1983. Wiesbaden 1984.
Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Reihe 2: Ausländer 1982, Wiesbaden 1983.
- (3) P.-A. Albrecht/Ch. Pfeiffer: "Die Kriminalisierung junger Ausländer"; München 1979.
- (4) H. Schüler-Springorum: "Ausländerkriminalität"; in: "Neue Zeitschrift für Strafrecht", Heft 12, Dezember 1983.
- (5) P.-A. Albrecht/S. Lamnek: "Jugendkriminalität im Zerrbild der Statistik"; München, 1979.
- (6) J.-J. Savelsberg: "Ausländische Jugendliche"; München 1982 - und mit weiteren Nachweisen.
- (7) Ch. Pfeiffer "Kriminalprävention im Jugendgerichtsverfahren"; Köln, Berlin, Bonn, München; 1983 - mit weiteren Nachweisen.

- (8) P.-A. Albrecht/Ch. Pfeiffer; a.a.o.
- (9) G. Staudt u.a.: "Kriminelles und konformes Verhalten der Gastarbeiternachkommen"; Universität des Saarlandes 1983; vgl. auch J. Mansel: "Gefahr oder Bedrohung?" in: "Kriminologisches Journal"; München 1985.
- (10) Vgl. J. Mansel; a.a.o.
- (11) R. K. Merton: "Anomie, Anomia and Social Interaction; Contexts of Deviant Behaviour", in Clinard, M.B., (Hrsg.), 1964; ders. "Sozialstruktur und Anomie", in: Sach/König (Hrsg.); 1968 und ders. in: "Sozialwissenschaftliche Kriminalitätstheorien"; /Hrsg.) J. Kerscher; 1977
- (12) T. Sellin: "Culture Conflict and Crime - A Report of the Subcommittee on Delinquency - Bulletin 41, New York 1938

Vorliegender Aufsatz ist eine Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse der im Januar 1986 erstellten Diplomarbeit an der "Evangelischen Fachhochschule für Sozialwesen" in Freiburg zum Thema:

"Kriminalität junger Ausländer - Selektion oder soziale Mängellage? - Eine Untersuchung unter Berücksichtigung von Jugendkriminalitätsdaten der Stadt Freiburg -"

Die Arbeit (mit weiteren Befunden und zahlreichen Literaturhinweisen) kann bei der "Evangelischen Fachhochschule für Sozialwesen", Bugginger Str. 38, 7800 Freiburg oder beim "Max-Planck-Institut für Internationales Strafrecht" (Herrn Dr. H.-J. Albrecht), Günterstalstraße 73, 7800 Freiburg, eingesehen werden.

Ein Brückenschlag - Kulturelle Aktivitäten ausländischer Freiburger

von C. Kurras-Wasmuth

Sie können es selber am eindringlichsten sagen:

INTEGRATION

Würdest du mir
deine Augen geben
würde ich trotzdem
anders sehen
Würdest du mir
deinen Mund geben
würde ich trotzdem
anders sprechen
Würdest du mir
dein Herz geben
würde ich trotzdem
anders fühlen
Würdest du mir alles
das verbieten
deine Sprache und Gedanken
und Gefühle aufzwingen
das ist Züchtigung
Würdest du mich
so wie ich bin
als Mensch betrachten
als Ebenbürtiger behandeln
dann würden wir
keine INTEGRATION brauchen

von Franco Messina¹⁾

Diejenigen, um die es in dieser Broschüre geht, leben bereits seit Mitte der 50iger Jahre in diesem Land. Sie sind als ARBEITSKRÄFTE gekommen, gerufen worden, und noch heute tun wir uns recht schwer, in ihnen mehr zu sehen: gleichberechtigte Mitbürger, Freunde, Träger von Kultur und Traditionen, die unser Leben bereichern können.

¹⁾ Dieses Gedicht des seit 1968 in Deutschland lebenden Sizilianers Franco Messina wurde entnommen dem JAHRBUCH 1984 des Polynationalen Literatur- und Kunstvereins e.V. mit dem Titel: "Der Tanz der Fremden", zu beziehen bei PoLiKunst, Radaustr. 19E 8900 Augsburg.

Ihre FREMDHEIT, ihr ANDERSSEIN, wird weniger als Chance begriffen, mit ihnen in einen fruchtbaren kulturellen Dialog eintreten zu können, sondern noch viel zu stark als eine BEDROHUNG oder INTEGRATIONSUNFÄHIGKEIT erlebt.

Auch dazu jemand, der aus persönlicher Betroffenheit heraus seine Vorstellungen von einem fruchtbaren Dialog zwischen verschiedenen Kulturen formuliert: Yüksel Pazarkaya, ein in Deutschland lebender türkischer Schriftsteller:

"Überhaupt gewahren wir in den Tiefen unter der aktuellen Kruste eine kettenartige, organische Entwicklung der Kulturen des Morgen- und Abendlandes. Es hat sich denn auch im Abendland inzwischen herumgesprochen, daß das neuere Abendland seit der Renaissance aus dem Morgenland entstanden ist, auf welches es heute aus Systemverblendung von oben herabschauen will.

Bekennen wir Migranten aus der Türkei uns zum Morgenland, so bekennen wir uns daher mit all seinen Konsequenzen gleichsam zum Abendland. Vor allem aber wollen wir uns nicht allein zur neuen Synthese aus der neuerlichen Begegnung des anatolischen Schmelztiegels der Völker und Kulturen mit dem heutigen Mitteleuropa bekennen, sondern auch bewußt und selbstbewußt an dieser Synthese weben. Darin sehen wir nicht zuletzt einen Ausweg auch für das heutige, entfremdete Mitteleuropa. Niemandem kann etwas am Untergang dieses Mitteleuropas liegen, am wenigsten uns, die wir aus Anatolien kamen mit unseren Familien, mit unseren ethischen, moralischen und kulturellen Werten, mit unseren menschlichen und zwischenmenschlichen Werten, um hier mit den Mitteleuropäern zusammenzuleben. ... Wir wissen, dieses Mitteleuropa kann uns aus seiner Geschichte, aber auch aus seiner Gegenwart vieles bieten, vor allem reiche Erfahrungen. Wir können aber dem Mitteleuropa auch einiges bieten, wenn man uns nicht verdorren, verkümmern läßt, sondern wir auf fruchtbaren Boden fallen." ¹⁾

Als eine Reaktion auf das Leben in einem fremden Land, auf den Verlust vertrauter heimatlicher Lebensformen und Kultur haben sich überall in der BRD ausländische Vereine (vorwiegend nationalitätenspezifisch) gegründet. In ihnen haben sich Ausländerinnen und Ausländer selber organisiert, mit den unterschiedlichsten Zielsetzungen und den unterschiedlichsten Aktivitäten. Allen ist etwas gemeinsam: der Kontakt, die Begegnung mit Landsleuten (vor allem in der Muttersprache) und das Bedürfnis, die eigenen Kultur auch hier lebendig zu erhalten, aber auch der Austausch über Probleme, die gegenseitige Hilfe und der Wunsch, sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen einzusetzen.

Es ist ein "Näher-Zusammenrücken" in der Fremde, das nicht selten verstärkt wird durch spürbare Distanzen oder Zurückweisungen von deutscher (unserer!) Seite.

¹⁾ Y. PAZARKAYA "Vom Kulturschock zur Kultursynthese"
in : Zuhause in der Fremde (Hrs. Christian Schaffernicht)
Verlag Atelier im Bauernhaus 1981 S. 100.

Auch in Freiburg haben die verschiedenen nationalen Gruppen eigene Vereine gegründet. Sie werden im Anhang mit Namen, Zielsetzungen, Aktivitäten vorgestellt.

Daneben existieren verschiedenen Gruppe (manchmal auch lose verbunden mit Vereinen), deren Aktivitäten sich speziell im kulturellen Bereich ansiedeln, vor allem im Bereich der Musik und des Tanzes. Diesen gilt im folgenden unsere Aufmerksamkeit.

Auch bei ihnen gibt es die Gemeinsamkeit des Kontaktes, der Geselligkeit. Lieder, Musik und Tanz erfüllen nicht allein den Zweck der Erhaltung eines Stückes "Heimat hier", sondern auch den der Weitergabe solcher Traditionen an die hier aufgewachsenen (oder geborenen) Kinder, denn in vielen Familien sind die Fragen des Hierbleiben(-Können) oder Zurückgehen(-Müssen) nicht geklärt. Mit den Liedern, der Musik und dem Tanz soll auch ein Stück Kontakt zu Deutschen hergestellt werden: sie können "vorgezeigt" werden und sind ein Mittel miteinander ins Gespräch zu kommen.

Im folgenden sollen diese Gruppen selber zu Wort kommen, ihre Aktivitäten vorgestellt - und damit auch gewürdigt - werden.

Zur Auswahl sei einiges angemerkt: Es wurde eine Beschränkung auf die in Freiburg ansässigen Gruppen vorgenommen, da es in dieser Broschüre ja um AUSLÄNDER IN FREIBURG geht.

Ferner wurden nur die Gruppen berücksichtigt, die keine PROFIS sind, d.h. deren Mitglieder dort neben ihrer beruflichen Tätigkeit in ihrer Freizeit engagiert sind und ihre Aktivitäten nicht aus kommerziellen Gründen betreiben.

Alle Gruppen wurden von mir in der Zeit von Februar bis April 1986 persönlich besucht. Zum einen, weil ein zugeschickter standardisierter Fragebogen kaum zu ausführlichem Erzählen verlockt und letztendlich die Antworten aller Befragten recht ähnlich werden (was den Leser eher langweilen dürfte, statt neugierig zu machen). Zum anderen wollte ich auch keine "Daten" in Erfahrung bringen, sondern sehr persönliche Eindrücke aus den Gruppen mitnehmen und sie in dieser Broschüre vorstellen. Meine Fragen an alle Gruppen waren natürlich gleich:

Seit wann besteht sie? Wieviele Mitglieder hat sie? Wie alt sind sie und aus welchen Berufen kommen sie? Wie und warum hat sich die Gruppe gegründet? Welche Ziele verfolgt sie mit ihren Aktivitäten? Wo sind sie bisher aufgetreten? Wie ist die Resonanz bei Landsleuten und bei Deutschen? Wie finanziert sie sich? Was ist an Wünschen vorhanden?

Die Antworten auf meine Fragen habe ich mitgeschrieben, einen großen Teil jedoch während des Gesprächs auf Tonband aufgenommen.

Ich habe mich gefreut, daß alle mir so bereitwillig Auskunft gegeben haben (... und mir manchmal noch so viel mehr erzählt haben, daß es den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde...).

Einige Gemeinsamkeiten möchte ich den Einzelvorstellungen zusammenfassend voransetzen:

Alle Gruppen finanzieren sich selber und haben ihre Instrumente, Kostüme, Requisiten selber angeschafft, was zum Teil sehr teuer und meist nur in den jeweiligen Ländern zu beschaffen ist. Die Honorare, die manche für ihre Auftritte erhalten, werden dann dazu verwendet. Einige Gruppen gönnen sich davon einen gemeinsamen Ausflug (zu dem natürlich die ganze Familie mitgenommen wird!).

Werden alle Gruppen zusammengenommen, so sind der überwiegende Teil ihrer Mitglieder (rund 80 %) Arbeiterinnen und Arbeiter aus verschiedenen Betrieben Freiburgs (u.a. Textil- und Chemiearbeiter, Bauarbeiter, Küchen- und Stationshilfen), der restliche Teil sind Angestellte, Schüler, nur einige Studenten (griechische Musikgruppe).

Auch die Wünsche ähneln sich: daß die Gruppe zusammenbleiben möge, weiterhin Erfolg zu haben und - vor allem - bekannter zu werden. Letzteres wendet sich besonders an deutsche Gruppen, Vereine, Institutionen.

Ich hoffe, daß die Vorstellung der Gruppen in dieser Broschüre dazu etwas beiträgt, denn diese sollte nicht allein informativ sein, sondern auch zur Kontaktaufnahme animieren.

Einladungen zu Vereins- und Stadtteilstellen, zu kulturellen Veranstaltungen und was es da noch ähnliches gibt - darüber freuen sich alle Gruppen!

Aus diesem Grund sind stets die Kontaktpersonen angegeben.

AUS PORTUGAL

PEROLAS DE PORTUGAL

"Perlen von Portugal", die portugiesische Folkloregruppe Freiburg

Meine Fragen beantwortet José Calheiros, der die Gruppe leitet.

"Die Gruppe besteht seit ca. 10 Jahren. Einige Mitglieder sind schon so lange dabei, andere neu dazugekommen, vor allem Jugendliche. Insgesamt sind es rund 30 Mitglieder, davon ungefähr die Hälfte Tänzer/Tänzerinnen, die andere Hälfte macht die Musik (Akkordeon, Gitarren, Schlagzeug, Triangel, eine Vorsängerin, Frauenchor, ein Puppenspieler). Die Altersspanne liegt zwischen 13 und 40 Jahren."

Warum hat sich die Gruppe gegründet?

"Es fehlte etwas von der Volksmusik aus Portugal hier in Freiburg. Die Gruppe kam mit ihren Tänzen und Trachten gut an, vor allem bei den Deutschen, und so wurde weitergemacht. Das ist auch ein Ziel, daß Portugiesen mehr in Kontakt treten mit Deutschen. Viele Deutsche fahren nach Portugal in Urlaub und haben zu uns gesagt: 'Ihr seid so viele Portugiesen hier, warum macht ihr nicht was in Freiburg?'"

Die Portugiesen veranstalten jedes Jahr zwei Feste: das Frühlingsfest wird von der Folkloregruppe veranstaltet und ein Fest im Dezember vom Deutsch-Portugiesischen Verein. Gezeigt werden vor allem festliche Tänze aus Nordportugal, der Provinz Minho. Die Freiburger Portugiesen kommen fast ausschließlich aus dem Norden des Landes. Es sind Tänze zur Weinernte, Maisernte, Erntedank. Außerdem gibt es verschiedene Heiligenfeste für die Schutzpatrone der Dörfer, da wird immer getanzt."

Wie ist die Resonanz?

"Portugiesen hören alle sehr gerne Musik, tanzen gerne. Es erinnert sie an die Heimat, wenn wir singen und tanzen. Den Deutschen gefällt es sehr gut, es gab Feste, da waren mehr Deutsche als Portugiesen da. Es ist auch so, daß viele Portugiesen mit Deutschen zusammenarbeiten und durch diesen Kontakt kommen sie mit zu unseren Festen. So ungefähr 80 %, die zu uns kommen, suchen persönlichen Kontakt oder waren in Portugal im Urlaub, der Rest kommt wegen gutem Essen und gutem Wein. Es gibt hier auch viele Deutsche, die portugiesisch sprechen, die kommen, um diese Kenntnisse nicht zu verlieren. Auftritte hatte die Gruppe schon viele, bei Kulturfesten in Freiburg und Umgebung, auf Einladung deutscher Vereine. Beim portugiesischen Volksmusikfestival in Singen erhielt sie sogar den dritten Platz."

Gibt es da noch Wünsche?

"Das sich noch mehr Deutsche für uns interessieren. Nicht vom Tourismus her, sondern sie sollen merken, daß sie von uns gern gesehen werden. Wir Portugiesen sind ein fröhliches Volk und von der Geschichte her sind wir in der ganzen Welt gewesen. Da liegt es uns vielleicht im Blut, gerne Kontakte zu haben und sie zu vertiefen ..."

KONTAKT: José Calheiros, Talstr. 19, Tel.: 70 08 46

STOP MUSICA

die portugiesische Musikgruppe Freiburg

Maria Rosa Almeda erzählt: "Unsere Gruppe besteht seit zwei Jahren und hat vier Musiker. Drei Männer sind an den Instrumenten, mein Mann singt außerdem und ich bin die Sängerin der Gruppe. Wir spielen portugiesische Tanz- und Unterhaltungsmusik, also Musik zum Tanzen. Keine Volksmusik. Gespielt wird auf der Orgel, der Sologitarre und am Schlagzeug."

Warum habt ihr die Gruppe gegründet?

"Musik war schon immer das Hobby meines Mannes. In Portugal hat er schon gespielt und es war ein alter Traum von ihm, hier in Freiburg eine Gruppe zu gründen. Das haben wir dann gemacht. Zwei der portugiesischen Mitglieder leben in Frankreich."

Die Gruppe finanziert sich selber und ist bisher bei vielen portugiesischen Veranstaltungen aufgetreten. Rosa Maria äußert deshalb auch als Wunsch: "Wir würden gern bekannter werden und vor allem von deutschen Gruppen und Vereinen eingeladen werden."

Kontakt: Maria Rosa und Antonio Almeda
Hauptstr. 26
7805 Bötzingen
Tel.: 07663/4651

GRUPO CHORAL DE FREIBURG

Portugiesischer Chor Freiburg

Die Gruppe besteht seit 1983 und in ihr singen 25 Frauen, Männer und Jugendliche.

"Lieder aus der Heimat singen heißt für uns, die eigene Kultur lebendig zu erhalten, ein 'Stück Portugal hier'. Da fast alle der in Freiburg lebenden Portugiesen aus Nordportugal kommen, stammen auch die Volkslieder, die der Chor singt, aus diesem Teil des Landes, nur einige sind aus dem Alentejo."

Die Gruppe übt regelmäßig im Zentrum des Deutsch-Portugiesischen Vereins, in der Tullastr. 50. Bisläng sind sie bei portugiesischen Festen aufgetreten.

"Das unsere Lieder andere erfreuen und wir noch bekannter werden", wünscht sich meine Gesprächspartnerin Fatima Freitas.

KONTAKT: Manuel Costa Dias Engesser Str. 4 Tel.: 50 93 55

AUS SPANIEN

VOCES DES ESPANA

"Stimmen aus Spanien", der spanische Chor Freiburg

Das Gespräch führe ich mit Herrn Cencillo, Leiter des Chores und gleichzeitig Sozialbetreuer für die in Freiburg und Umgebung lebenden Spanier.

Der Chor hat rund 30 Mitglieder (22 Frauen, 8 Männer, davon sind 3 Deutsche) und besteht seit April 1983. Das jüngste Mitglied ist 14, das älteste 60 Jahre alt. Die Gründung erfolgte auf Initiative seines Leiters: "Eine persönliche Einladung zu den ersten Proben, es gefiel allen sehr gut und so wurde weitergemacht."

Im Repertoire der Gruppe stehen Volkslieder der spanischen Regionen, Estremadura, Kastilien, Aragon, Vizcaya, Galizien, sowie eine spanische Messe.

Warum gründet sich in Freiburg ein spanischer Chor?

Die Erwachsenen, die zum größten Teil schon sehr lange hier leben, haben Sehnsucht nach Kultur und Traditionen ihres Herkunftslandes. Die Lieder gehören dazu, sie lassen hier ein Stück Spanien entstehen. Und die Jugendlichen, die hier aufgewachsen sind, können darüber Kontakt zu den Traditionen Spaniens herstellen ... Das ist aber nicht der einzige Grund: Das Zusammensein bedeutet auch sozialen Kontakt und Geselligkeit untereinander."

Die Gruppe trifft sich zum Proben jeden Samstag in Räumen des Caritas. Auftritte hatte sie vor allem bei spanischen Festen und auf Einladung anderer Gruppen und Vereine, auch außerhalb Freiburgs. Zwei Feste jährlich veranstaltet der Chor selber.

Der Erfolg bei Spaniern ist natürlich groß, auch bei Deutschen, obwohl diese mit den Liedern nicht so viel verbinden können.

Für die Zukunft ist geplant, auch Instrumente einzusetzen und zur Musik auch regionale Tänze zu zeigen. Außerdem spielt die Gruppe noch vier spanische Volkstheaterstücke.

KONTAKT: Jesus Cencillo
c/o Caritasverband Freiburg Stadt e. V.
Herrenstr. 6 Tel.: 36036

ANGELITA Y SUS MUCHACHAS

"Angelita und ihre Mädchen" eine spanische Tanzgruppe

Angelita kommt aus Sevilla/Andalusien, einer Gegend, die oft auch als "Wiege des Flamenco" bezeichnet wird. Sie hat dort, bevor sie 1964 als Arbeiterin nach Deutschland kam, eine Flamenco-Schule besucht.

"Hier habe ich zu Faschnachtsfesten das Kostüm angezogen und einfach zu tanzen angefangen. Das kam gut an, und ich bin zusammen mit zwei Gitarristen abends in Lokalen und bei Veranstaltungen aufgetreten. Dadurch wurde ich bekannt und das ist bis heute geblieben."

Als besonderen Erfolg wertet sie das Interesse spanischer Familien, die an sie herantraten und baten, ihre Kenntnisse an ihre Töchter weiterzugeben. So entstand vor ca. 3 Jahren die Tanzgruppe mit sieben Mädchen im Alter von 8 bis 18 Jahren. Sie üben gemeinsam jeden Sonntag im Casa Espanola. Getanzt werden Rumbas, Pasodobles, Sevillanas in farbenprächtigen Kleidern. Bisher sind sie bei spanischen Festen, Internationalen Festen in Freiburg und Umgebung aufgetreten.

KONTAKT: Angelita Adam Tel.: 40 29 43 (auch für Einzelauftritte)

AUS DER TÜRKEI

TURK-HOG

die Folkloregruppe aus der Türkei

Meine Fragen beantworteten mir Hülya, Ali und Cumhur. Die Gruppe besteht seit vier Jahren und hat 13 Mitglieder, sieben Frauen (davon sind zwei Deutsche) und sechs Männer zwischen 20 und 30 Jahren.

Wie kam es zur Gruppengründung und was habt ihr für Ziele?

"Deutsche haben uns angesprochen: 'Hier leben viele Türken, aber man sieht nicht viel von ihnen.' Und wir haben gedacht, wir sollten uns kulturell vorstellen, eben weil wir keine kulturelle Arbeit gesehen haben. ... Darin sehen wir auch einen Beitrag, Ausländerfeindlichkeit zu verhindern. Wenn wir mit Deutschen zusammenkommen und uns ihnen zeigen, wie wir wirklich sind, nicht wie sie von uns denken, vom Hören und Sagen ... Wir möchten ihnen unsere Kultur, unsere Sitten zeigen, mit ihnen darüber sprechen."

Was bedeutet das Tanzen, die Gruppe für euch?

"Es ist viel Kontakt und Freundschaft untereinander, wir machen viel auch außerhalb der Gruppe. Wir finden es auch gut, daß zwei Deutsche mitmachen, sich für unsere Tänze interessieren und sie lernen wollen.

Für mich als Mädchen war die Gruppe ein Ort, wo ich hingehen durfte, von den Eltern anerkannt, sonst war mein Vater sehr streng ... In der Türkei wird sehr gern und viel getanzt. Wir haben die Tänze aber erst hier von anderen gelernt. Es sind vor allem Tänze aus Nordostanatolien (Kars) und der Südosttürkei (Antep, Bitlis, Elazis)."

Wie ist die Resonanz bei Deutschen und bei Türken?

"Bei Deutschen sehr gut, es gab immer Kontakte hinterher und wir konnten zusammensitzen und uns vorstellen ... Manche wundern sich, daß wir ganz anders sind, als sie dachten. Zum Beispiel, daß auch Frauen mittanzen. Von den Türken hier gab es am Anfang nicht so viel Unterstützung, langsam wird das aber besser, weil uns jetzt mehr kennen, das braucht Zeit ... Wir glauben, daß sie sich freuen, wenn wir tanzen und auch stolz sind, daß wir hier etwas von unserer Heimat zeigen."

Wünsche?

"Viele Einladungen zu erhalten, das würde uns freuen. Wir sind bisher bei Kulturfesten, deutsch-ausländischen Freundschaftsfesten, auf Einladung von Vereinen und dem DGB in Freiburg und Umgebung aufgetreten, also überall da, wo es um Kontakt und Freundschaft zwischen Ausländern und Deutschen geht. Solche Aktivitäten unterstützen wir gern."

Die Gruppe trifft sich wöchentlich zur Probe in der Faulerstr. 8 (Ausländerzentrum).

KONTAKT: Kamil Karhanli
c/o Ausländerinitiative, Lorettost. 42 Tel.: 40 55 55

GURUP TURABILER

die Musikgruppe "ERDE"

Yalcin erzählt mir über die Gruppe:

"Als Gruppe gibt es uns seit vier Jahren. Eigentlich bilden wir zu zweit die Gruppe, Aydın und ich. In letzter Zeit spielt öfter ein Freund auf der Kongotrommel mit, Claude, ein Deutsch-Perser. Wir spielen auf der Saz (sie ist das bekannteste türkische Musikinstrument, wird auch 'türkische Laute' genannt und hat drei Stahlsaiten), Darbuka (auch Dümbelek genannt, eine Handtrommel), am Schlagzeug und, wie gesagt, auch auf der Kongotrommel. Aydın und ich singen abwechselnd."

Yalcin ist Schüler am Technischen Gymnasium, Aydın macht eine Lehre als Kfz-Mechaniker, beide sind 20 Jahre alt.

Wie ist eure Gruppe entstanden?

"Ich bin seit sechs Jahren hier und habe hier angefangen, Saz zu spielen. In der Türkei spielen viele dieses Instrument sehr gut, so daß ich mich dort nicht so getraut habe. Aydın und ich haben uns in der Folkloregruppe kennengelernt, da tanzen wir mit. In den Tanzpausen haben wir dann zusammen musiziert. Das machte uns Spaß, wir haben dann festgestellt, daß wir gemeinsam viele türkische Volksmusikstücke kennen. Musik ist in der Türkei sehr wichtig und wenn wir das hier spielen, ist es ein Stück von unserer Kultur. ... Das sollten auch die Deutschen mitkriegen, obwohl wir nur in türkischer Sprache singen, aber viele Texte sind auch nur ganz schwer zu übersetzen."

Welche Art von Musik spielt ihr und wo seit ihr bisher aufgetreten?

"Wir spielen türkische Volksmusik und Arabesken, das ist eine Mischung aus Volksmusik und Kunstmusik, die eigentlich arabischen Ursprungs ist. Außerdem natürlich türkische Tanzmusik und dann noch politische Lieder. Die spiele ich besonder gern. Es sind Lieder von heutigen in der Türkei lebenden Volksdichtern. Man nennt sie Asik. Sie vertonen ihre Texte selber und begleiten sich auf der Saz. Das sind Lieder über Alltagsprobleme, satirische Lieder, die in der ganzen Türkei bekannt sind und gern gehört werden, vor allem auf den Dörfern ... Wir haben bisher auf internationalen Kulturfesten, auf türkischen Verlobungen und Hochzeiten gespielt."

Sie haben Erfolg bei ihren Landsleuten und bei Deutschen.

"Wir freuen uns aber, wenn wir noch mehr Einladungen bekommen."

KONTAKT:

Adin Demirhan
Ferrandstr. 1
7800 Freiburg i. Br.
Tel.: 28 86 97

ORKESTRA AYSELIM

Orchester "Meine Aysel" (sinngemäß)
die Musikgruppe aus dem Jugendtreff für Ausländer der Arbeiterwohlfahrt (JUFA)

Ich lasse mir von Sedat, Erdogan und Erçan etwas über die Gruppe erzählen.

"Unsere Gruppe gibt es jetzt seit mehr als 2 1/2 Jahren. Musik ist unser Hobby. Wir haben alle schon früh Musik gespielt und es macht uns großen Spaß. Hier im Jugendtreff haben wir zusammen mit anderen ein

3/4 Jahr einen Saz-Kurs besucht, um dieses Instrument gut spielen zu lernen. Damit wir und die türkische Musik bekannter werden, haben wir dann unsere Gruppe gegründet."

Die Musikgruppe besteht aus vier Mitgliedern im Alter zwischen 18 und 20 Jahren. Sie spielen an der Saz, Darbuka und Elektroorgel, manchmal wird ein Tambourin eingesetzt, ein Mitglied der Gruppe singt.

"Wir spielen moderne türkische Volksmusik und Arabesken, das ist eine mehr kunstvollere Musikform als die Volksmusik mit, Einsatz von mehr Instrumenten. Und natürlich türkische Tanzmusik. Wir hoffen, daß unsere Musik allen gefällt, nicht nur Türken. Bisher ist sie gut angekommen, die modernere Musik natürlich vor allem bei jungen Leuten, ... den älteren Türken gefällt die Volksmusik meistens besser."

Das Musikspielen ist für alle ein wichtiger Teil ihrer Freizeitgestaltung, sie ziehen es dem "in-die-Disco-gehen" vor. Geübt wird zwei- bis dreimal wöchentlich abends im JUFA.

Aufgetreten sind sie bisher bei türkischen Hochzeiten, Internationalen Festen, türkischen Abenden.

Wünsche?

"Superstar zu werden" ... und sie meinen damit eine gute und bekannte Gruppe zu werden, viele Einladungen zu erhalten.

KONTAKT:

Sedat Dirim
Einsiedelstr. 1
7833 Endingen
Tel.: 07642/3270
oder über Nusa Sullivan JUFA Tel.: 40 63 40

AUS JUGOSLAWIEN

MLADOST

heißt auf deutsch "Jugend", die Folkloregruppe des Jugoslawischen Vereins Freiburg

Für einen Teil meiner Fragen steht mir Herr Tustić zur Verfügung, der gemeinsam mit Frau Jelakovic die Folkloregruppe leitet. Die Gruppe MLADOST besteht seit mehr als vier Jahren, hat 25 Mitglieder (15 weibliche, 10 männliche), die - mit Ausnahme von zwei jungen Frauen - alle unter 18 Jahren sind und noch zur Schule/Berufsschule gehen.

Sie tanzt Folklore aus allen Republiken Jugoslawiens. Dafür probt sie wöchentlich, manchmal auch noch zusätzlich, für Tanzveranstaltungen im Jugoslawischen Club. Im Club hat die Gruppe feste Räumlichkeiten, ansonsten finanziert sie sich selber. Das ist nicht einfach, weil Kostüme und Requisiten aus Jugoslawien mitgebracht werden müssen und dementsprechend teuer sind.

Aufgetreten sind sie bisher bei Kulturfesten des Jugoslawischen Vereins, der Arbeiterwohlfahrt, auf Einladung der Stadt und anderer Vereine. Vor allem zu jugoslawischen Vereinen in anderen Städten bestehen gute Kontakte.

Tanja 16 Jahre und Kristina 17 Jahre beantworten mir die anderen Fragen.

Wie hat sich die Gruppe gegründet?

"Wir wollten, daß die jugoslawischen Jugendlichen mehr Freizeit miteinander verbringen, und mein Vater hatte mit anderen die Idee, eine Folkloregruppe zu gründen. Wer Lust hatte, kam zum ersten Treffen, und sie sind geblieben. So entstand unsere Gruppe. ... Wir gründeten diese Gruppe, damit wir unserer Heimat näher sind."

Ihr seid beide hier geboren. Was bedeuten diese Tänze für euch?

"Wenn wir in Jugoslawien Ferien machen, spüren wir, daß Volkstänze, die nahezu jeder dort beherrscht, ein wichtiger Teil der jugoslawischen Kultur ist. Wir fühlen uns dann dieser Nation zugehörig."

Und die Resonanz bei Jugoslawen und Deutschen?

"Bei den Jugoslawen herrscht totale Begeisterung, wenn wir Musik machen und mit Trachten auftreten, fühlen sie sich wie in unserer Heimat.

Selbst junge Deutsche fanden es toll; einige von ihnen versuchten mitzutanzten, blieben aber schließlich weg, weil wir wahrscheinlich zu oft geprobt haben oder vielfach waren auch die Trachten ein Problem."

Wünsche?

"Viele Einladungen, daß alle zusammenbleiben und auch neue Mitglieder dazukommen."

KONTAKT: Tomo Tustić Laubenweg 7 Tel.: 491941
 Nada Jelakovic Greiffeneggring 1 Tel.: 35 620

AUS GRIECHENLAND

GRIECHISCHE MUSIKGRUPPE FREIBURG

Vier Studenten aus Griechenland bilden diese Musikgruppe, die seit rund 3 1/2 Jahren besteht.

Dimitris sagt zur Gruppe: "Die Freude am Musikspielen hat die vier Musiker zusammengebracht und eine feste Gruppe entstehen lassen. Die griechische Gemeinde (ein Verein, in dem sich die hier lebenden Griechen zusammengeschlossen haben) hat diese Gründung sehr unterstützt, vor allem, weil sie die verschiedenen Aktivitäten des Vereins bereichert. Bouzouki, Gitarre, Baß und eine kleine Bouzouki sind die Instrumente, auf denen traditionelle Volksmusik bekannter Komponisten gespielt wird. Die Gruppe hat bislang auf allen griechischen Festen und bei internationalen Kulturfesten aufgespielt, außerdem tritt sie in griechischen Lokalen Freiburgs und Umgebung auf. Die Resonanz auf die Musik ist - vor allem unter den Landsleuten - sehr gut."

KONTAKT:

Angelos Bournas
Habsburgerstr. 10
7800 Freiburg i. Br.

Vom "Koordinierungsausschuß ausländische Arbeitnehmer"
zum Arbeitskreis "Ausländerarbeit in Freiburg i. Br."

- Ein ermutigender, kritischer Rückblick -

von Hans Peter Mehl und Sabine Mayer

1. Die Problemstellung

Vor drei Jahrzehnten begann die Bundesrepublik Deutschland durch "Anwerbekommissionen für ausländische Arbeitnehmer" den immer stärker spürbaren Arbeitskräftemangel in unserem Land zu beheben. Seit Beginn des Anwerbestopps von 1973 wurden die Kommissionsbüros bis 1975 wieder abgebaut. Derzeit besteht nur noch das Büro in Italien.

Niemand unter uns hat vor über 25 Jahren auch nur annähernd die Entwicklung und Folgen der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer voraussehen können, aber man stritt sich eher - vielfach mehr intellektuell-theoretisch - über die politische Zielperspektive:

Migration (begrenzter Arbeitsaufenthalt im Gastland und Rückkehr in die Heimat) o d e r Immigration (auf Dauer angelegte Einwanderung) o d e r Integration (soziale-kulturelle Eingliederung im Gastland bei jederzeitigen Rückkehr in die Heimat) o d e r Assimilation (Einschmelzung des Ausländers als einseitige Anpassung an die westdeutsche Gesellschaft im Sinne einer Unterwerfung unter die soziale Kontrolle der Mehrheit bei Aufgabe der eigenen Identität als Minderheit) o d e r Rotation (kurzfristiger, ständiger Austausch der ausländischen Arbeitnehmer zur Verhinderung tieferer gesellschaftlicher Bindungen) o d e r schließlich Koexistenz (gleichwertige, wenn auch nicht gleichartige Partnerschaft von "Gast" und "Gastgeber")

Unabhängig von allen theoretischen Erwägungen, welchen Aufenthaltsstatus die Arbeitsimmigranten haben sollen, bleibt die Tatsache, daß die Zahl der Ausländer bei uns ständig anstieg und auch deren Probleme und Nöte. Hinzu kam, daß sich zugleich mit der anhaltenden wirtschaftlichen Rezession und Arbeitslosigkeit die Konflikt- und Spannungsbereiche beträchtlich erhöht haben.

Heute ist daher mit Recht zu fragen, ob die ursprünglich nur am Arbeitsmarkt orientierte Politik, die aber zugleich zu unkalkulierten, vielfältigen familiären, sozialen und kulturellen Verflechtungen geführt hat, gelungen oder gescheitert ist. Oder stehen wir - so fragt der Präsident des Diakonischen Werkes, Theodor Schober - vor einer da und dort sich verfestigenden "Apartheid" mitten unter uns? Steht nicht der soziale Friede auf dem Spiel, wenn die These vertreten wird, die "Neue Armut" sei bedauerliche Sache der Deutschen, des Ausländers Nöte und Ängste könne man sich angesichts der Massenarbeitslosigkeit doch leicht entledigen?

Solcher Entsolidarisierung unseres Gemeinwesens muß heute u n d mußte schon vor Jahren - gerade auch in Freiburg - entgegengewirkt werden.

2. Der "Koordinierungsausschuß ausländische Arbeitnehmer in Freiburg i. Br." 1971

In der frühen Erkenntnis all dieser verwirrenden Zielrichtungen und erster drohender Problemlagen wurde 1971 der "Koordinierungsausschuß ausländische Arbeitnehmer" behördenübergreifend in der Stadt Freiburg i. Br. begründet, in dem die verschiedensten Institutionen der Stadt zusammenarbeiteten.¹⁾

Fünfzehn Monate nach Gründung dieses Koordinierungsausschusses, der in vier Bereichen mit entsprechenden Arbeitskreisen mehrere Beratungen durchführte, sprachen alle Teilnehmer folgende Empfehlungen aus:

2.1 Bereich "Wohnen"

Die bisherige Praxis, wonach bei der Vergabe von Altbauwohnungen der Stadt und der Siedlungsgesellschaft Freiburg i. Br. GmbH ausländische Arbeitnehmer angemessen berücksichtigt worden sind, soll fortgeführt werden; dasselbe hat für die Vergabe von Neubauwohnungen zu gelten. Ferner will die Verwaltung im Zusammenwirken mit den ausländischen Vertretungen und der Wirtschaft den Bau von Wohnungen für ausländische Arbeitnehmer erreichen.

2.2 Bereich "Schule, Kultur, Sport, Erwachsenenbildung"

- a) Die vom Kultusministerium Baden-Württemberg erwogene Umwandlung der bestehenden nationalen schulischen Vorbereitungsklassen in internationale wird insoweit nicht gut geheißen, als von der Umwandlung klassenstärkemäßig ausgelastete Vorbereitungsklassen betroffen werden. Die Schulverwaltung soll sich entsprechend einschalten.

¹⁾ Teilnehmer waren Stadträte, Städtische Ämter, Dezernenten, Arbeitsamt, Staatl. Gesundheitsamt, Staatl. Schulamt Freiburg-Stadt, Gewerbeaufsichtsamt, Akademisches Ausländeramt, Italienisches Vizekonsulat, Jugoslawisches Konsulat, Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer, Deutscher Gewerkschaftsbund, Evang. Kirchengemeinde Freiburg, Kath. Gesamtkirchengemeinde Freiburg, Evang. Studentengemeinde Freiburg, Kath. Hochschulgemeinde Freiburg, Kreisverband der Europa-Union, sechs örtliche Wohlfahrtsverbände mit jeweiligen ausländischen Sozialbetreuern, Arbeitsgemeinschaft Freiburger Bürger- und Lokalvereine, Volkshochschule, Stadtjugendring, Jugendbildungswerk.

- b) Den etwa 100 Schülern der schulischen Vorbereitungsklassen sollen durch die Stadt Freiburg die Fahrtkosten analog den landesrechtlichen Schülerbeförderungskosten-Richtlinien ganz oder teilweise erstattet werden, soweit diese Kosten nach den Richtlinien nicht durch das Land Baden-Württemberg zu tragen sind.
- c) Die Meldebehörde soll dem Staatlichen Schulamt Freiburg-Stadt jeden Zuzug ausländischer schulpflichtiger Kinder zwecks Erfassung für den Schulbesuch mitteilen.

Auf das Inkrafttreten des E 8 Abs. 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, wonach auch nicht heimatlosen Ausländern Ausbildungsförderung zu gewähren ist, soll hingewirkt werden.

- e) Das Sportamt wird gebeten, sich der Frage der Schaffung von Umkleideräumen auf dem sogenannten Ausländer-Sportplatz im Gewann Zähringer-Neumatten (Eichelbuckstraße) anzunehmen.

2.3 Bereich "Jugend, Familie, Begegnung"

- a) Das Europäische Fürsorgeabkommen vom 11. Dezember 1953 (BGBl II, S. 563), wonach Leistungen der Sozialhilfe den Staatsangehörigen der Signatarstaaten in gleicher Weise und unter gleichen Bedingungen wie den deutschen Staatsangehörigen zu gewähren sind, soll auch auf die in Freiburg wohnenden ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien angewandt werden, deren Heimatstaaten bisher dem Europäischen Fürsorgeabkommen nicht beigetreten sind (z. B. Jugoslawien, Spanien, Türkei, Portugal). Mit Rücksicht auf das zum Teil sehr unterschiedliche Fürsorgerecht der einzelnen Vertragsstaaten hat die Bundesrepublik den Vorbehalt gemacht, daß die Bundesregierung keine Verpflichtung übernimmt, die im Bundessozialhilfegesetz vom 30. Juni 1961 vorgesehene

Hilfe zum Aufbau und zur Sicherung der Existenzgrundlage,
Ausbildungshilfe und
Gefährdetenhilfe

an Staatsangehörige der übrigen Vertragsstaaten in gleicher Weise und unter den gleichen Bedingungen wie den deutschen Staatsangehörigen zuzuwenden, ohne jedoch auszuschließen, daß auch diese Hilfen in geeigneten Fällen gewährt werden. Das bedeutet, daß die vorstehenden Hilfen als sogenannte Kannleistungen den Angehörigen der Signatarstaaten gewährt werden können. Unbeschadet dieses Vorbehalts sollen jedoch nach Ansicht des Koordinierungsausschusses alle in Freiburg wohnenden ausländischen Arbeitnehmer und deren Familien die im Bundessozialhilfegesetz vorgesehenen erweiterten Existenzhilfen (Hilfe zum Aufbau und zur Sicherung der Existenzgrundlage, Ausbildungshilfe und Gefährdetenhilfe) in gleicher Weise und unter gleichen Bedingungen wie deutsche Freiburger Mitbürger erhalten können.

- b) Die in Freiburg wohnenden ausländischen Arbeitnehmer sollen unter den gleichen Voraussetzungen wie deutsche Freiburger Mitbürger Hilfen im Rahmen der kommunalen Familienförderung erhalten, und zwar
- Hilfen anlässlich eines Wohnungswechsels,
 - Freikarten zum Besuch städtischer Freibäder,
 - Freikarten zum Besuch städtischer Volksbäder,
 - Gewährung von Zuschüssen zu den Kosten der Müttererholung,
 - Gewährung von Zuschüssen zur Familienferienerholung,
 - Gewährung von Gutscheinen zum Kauf von Schüler-Fahrtausweisen der Verkehrsbetriebe,
 - Hilfen zum Bau von Familienheimen.
- c) Das Angebot aller Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe in sämtlichen Lebensbereichen, vom Säugling bis zum Heranwachsenden, an die ausländischen Kinder und Jugendlichen soll in gezielter Weise unterbreitet und gegebenenfalls mit Hilfe eines geeigneten Informationsratgebers (insbesondere bezüglich der Aufnahme von ausländischen Kindern in die deutschen Kindergärten und Kindertagesheime) bekanntgegeben werden.
- d) Die Ausländerzentren, ferner die Entwicklung von Kontakten über die örtlichen Bildungsträger, Pfarrgemeinden und Lokalvereine sowie der Ausbau gezielter Beratungshilfen sind zu unterstützen und zu fördern.
- e) Von der Bezirksärztekammer Südbaden sind Ärzte mit Fremdsprachenkenntnissen benennen zu lassen, um verstärkt einen Patientendienst für ausländische Arbeitnehmer zu entwickeln.
- f) Zur Erleichterung im Umgang mit Behörden und sonstigen Rechtsträgern soll für ausländische Arbeitnehmer ein mehrsprachiger Informationsratgeber von der Stadt Freiburg herausgegeben werden, wobei eine Kostenbeteiligung der Arbeitsverwaltung anzustreben ist.

2.4 Bereich "Arbeit, Beruf"

- a) Die Arbeitsverwaltung soll den ausländischen Arbeitnehmern weitestgehend behilflich sein, die bestehenden Förderungsmöglichkeiten nach dem Arbeitsförderungsgesetz, insbesondere für Fortbildung, Umschulung, Kommunikationseinrichtungen und Sprachkurse auszuschöpfen. Durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit soll die Bevölkerung auf schwierige menschliche, berufliche und sozial Lage der ausländischen Arbeitnehmer beeinflussend hinweisen. Hierbei soll die Stadtverwaltung mitwirken.

- b) Das gesetzgeberische Vorhaben, in Baden-Württemberg in Betrieben ab 20 Arbeitnehmern jährlich ärztliche Untersuchungen der ausländischen Arbeitnehmer durchzuführen, ist in geeigneter Weise zu unterstützen.

3. Der Arbeitskreis "Ausländerarbeit in Freiburg i. Br." 1981

Nach mehrjähriger - gemeinsamer wie getrennter - Beratungstätigkeit im Koordinierungsausschuß, die zu verschiedenen nachhaltigen öffentlichen Stellungnahmen und praktischen Maßnahmen im Ausländerbereich geführt hatte, drängte sich - nicht zuletzt durch die vorbildliche Aktivität der örtlichen Wohlfahrtsverbände und der 1976 ins Leben gerufenen "Ausländerinitiative Freiburg i. Br. e. V." - die Notwendigkeit auf, den Arbeitskreis für den Bereich "Jugend, Familie, Begegnung" umzubilden und gewissermaßen zu verselbständigen. Zunächst nahm sich die "Vereinigung Freiburger Sozialarbeit e. V." - der Zusammenschluß aller Mitgliedsverbände der freien Wohlfahrtspflege in Freiburg einschließlich Freiburger Studentenwerk und Stadt Freiburg - der Federführung an. Sie entwickelte regen Informationsaustausch, Anregungen an Behörden, Schulen, freie Sozial- und Jugendhilfeträger sowie Vorschläge an Gewerkschaften wie Arbeitgebergruppen. Stets waren die ausländischen Sozialbetreuer in den jeweiligen Wohlfahrtsverbänden in die Beratungen miteinbezogen.

Diese Gruppierung behandelte im einzelnen folgendes:

- gegenseitiger Erfahrungstausch über die Ausländerarbeit in Freiburg,
- Erörterung der Situation ausländischer Jugendlicher und Erwachsener in den Bereichen der Berufsfindung, der Ausbildung, des Arbeitsmarktes, in Fragen der Arbeitserlaubnis und der Ausländergesetzgebung,
- Möglichkeiten zur Schaffung von Lehrstellen für ausländische Jugendliche in Freiburger Lehrbetrieben,
- Bestandaufnahme aller in der Ausländerarbeit tätigen Institutionen,
- Bildung von Fachgruppen für die Bereiche
 - o Freizeit
 - o Schule und Beruf
 - o Wohnung
 - o Beratung.

Angeschlossen haben sich Berichte aus den einzelnen Arbeitsgruppen, die hinsichtlich der künftigen Schwerpunkte für die Ausländerarbeit in Freiburg ausgewertet wurden.

Anfang des Jahres 1982 ergriff das Sozialdezernat des Bürgermeisteramtes die Initiative, die bisherige Beratungstätigkeit auf breitere Ebene zu stellen, ohne die Behandlung spezieller Ausländerprobleme in der "Vereinigung Freiburger Sozialarbeit e. V." zu berühren, und begründete unter Hinzuziehung der "Ausländerinitiative Freiburg e. V." einen neuen Arbeitskreis "Ausländerarbeit in Freiburg i. Br."¹⁾

Die Leitung und Gesprächsführung übernahm von diesem Zeitpunkt an Bürgermeister Kiefer.

Mit der neuen Zusammensetzung des Arbeitskreises wird das Ziel verfolgt, übergreifende Themen zu erörtern und diese, soweit es notwendig erscheint, zu künftigen Leitlinien für die Ausländerarbeit in Freiburg auszuarbeiten.

Zunächst wurden alle Beteiligten mit einer ausführlichen statistischen Auswertung über die ausländische Bevölkerung in Freiburg bekannt gemacht. Demnach lebten anfang 1982 unter insgesamt etwas mehr als 12.000 Ausländern lediglich 6.750 ausländische Arbeitnehmer im eigentlichen Sinne (= 3,7 % der Gesamtbevölkerung) in Freiburg i. Br. Hierbei hatten - so bis heute - die Wohnquartiere Brühl-Industriegebiet, Stühlinger-Beurbarung, Mooswald-Ost und Haslach-Gartenstadt die höchsten Anteile.

Der Arbeitskreis widmete sich seither folgenden Themenbereichen:

3.1 Problemerkreis Kleinkinder

Das Angebot an Kindergartenplätzen für ausländische Kinder wurde in Freiburg für gut befunden. Es bestehe kein besonderer Nachholbedarf, wenn auch vielfach fachliche Neuorientierung stattfinden müßte, um individuell wie in der Gruppe den ausländischen Kindern - zuweilen aus fünf verschiedenen Herkunftsländer - gerecht zu werden und deren Eltern mit in die Gesamtverantwortung einzubeziehen.

1)

Dieser Arbeitskreis setzte sich aus Bürgermeisteramt/Sozialdezernat, Sozial- und Jugendamt, Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Amt für öffentliche Ordnung, Wohlfahrtsverbänden mit jeweiligen ausländischen Sozialbetreuern, "Vereinigung Freiburger Sozialarbeit e.V.", Vertretern der Ausländerorganisationen zusammen.

3.2 Problemkreis Schulkinder

a) Schulaufgabenhilfe

Eine Sonderförderung von Schularbeitskreisen wurde als nicht erforderlich angesehen, da für ausländische Schulkinder ein ausreichendes und qualifiziertes Angebot vorhanden sei, das aber weiterer gezielter Förderung bedürfe.

b) Schulische Situation

Die ausländischen Kinder - so wurde kritisch festgestellt - seien an den deutschen Schulen stark benachteiligt. Das Land Baden-Württemberg habe die mißliche Lage erkannt und Empfehlungen gegeben, wie diesem Problem begegnet werden könne. Die "Vereinigung Freiburger Sozialarbeit e. V." wandte sich daraufhin im Namen des Arbeitskreises an das Staatliche Oberschulamt, um entsprechende Konsequenzen zu ergreifen, was dann auch geschah.

In einer der darauf folgenden Sitzungen wurden ausländische Lehrkräfte und ein Vertreter der Schulbehörde zum Gespräch gebeten. Die Gesprächsteilnehmer kamen zum Ergebnis, daß die Kontakte mit den ausländischen Betreuungslehrern zu intensivieren sind.

3.3 Problemkreis Schulentlassene Jugendliche

a) Freizeitmöglichkeiten

Es wurde beobachtet, daß Angebote der offenen Jugendarbeit überwiegend von schon "integrierten" Jugendlichen wahrgenommen wurden. Für ausländische Jugendliche, die Integrationsschwierigkeiten hätten oder erst kurz in Deutschland seien, sollte ein länderspezifisches Angebot, wie etwa vom Landesjugendamt Baden vorgeschlagen, das auch für deutsche Jugendliche interessant sei und sie von vornherein miteinschlösse, in Freiburg i. Br. umgesetzt werden.

Die "Arbeitsgemeinschaft Freiburger Bürger- und Lokalvereine" sowie alle Jugendbegegnungsstätten in der Stadt Freiburg i. Br. wurden schriftlich gebeten, ausländische Jugendliche stärker in ihre Arbeit miteinzubeziehen.

b) Berufsförderung und Berufsausbildung von arbeitslosen jugendlichen Ausländern

Festgestellt wurde, daß Jugendliche, die erst mit etwa 16 Jahren aus dem Heimatland nach Deutschland einreisten, aufgrund fehlender Berufs- und Sprachkenntnisse besondere Probleme hätten, einen Arbeitsplatz zu finden. Ein weiterer Grund für die Arbeits- und Berufsfindungsschwierigkeiten seien auch mangelnde Informationen über das Ausbildungssystem. Um hier Verbesserungen zu erzielen, sollten die ausländischen Sozialbetreuer besonders aktiv werden, vorausgesetzt, daß sie selbst umfassend unterrichtet sind.

3.4 Arbeitssituation und Arbeitslosigkeit

Es zeigte sich, daß besonders die türkischen Arbeitnehmer unter erschwerten Arbeitsbedingungen zu leiden hätten. Im Gegensatz zu anderen Städten stellten die Türken in Freiburg jedoch nur einen geringen Anteil dar, so daß die Probleme nur vereinzelt auftreten und daher auch besser bewältigt werden können.

Die ausländischen Sozialbetreuer wurden gebeten, auf arbeitslos gewordenen ausländische Arbeitnehmer verständnisvoll einzuwirken. Dabei dürften sie davon ausgehen, daß die restriktiven ausländerrechtlichen Maßnahmen bei Arbeitslosen kaum für "alteingesessene" ausländische Arbeitnehmer zu befürchten seien.

3.5 Wohnraumsituation

Übereinstimmend wurde festgestellt, daß ausländische Arbeitnehmer fast ausschließlich an Billigwohnungen, etwa aus dem Altbaubestand der Siedlungsgesellschaft, interessiert seien. Die in Frage kommenden Wohnungen seien für die Großfamilien jedoch häufig zu klein.

Der baden-württembergische Wohnraumerlaß vom 15.12.1981, der mindestens 12 qm Wohnraum pro Person vorsieht, wurde bislang vom Amt für Wohnungswesen großzügig angewandt. Nur bei Anträgen auf eine unbefristete Arbeitserlaubnis oder Familiennachzug würde eine genaue Prüfung vorgenommen.

3.6 Probleme der medizinischen Versorgung und pflegerische Betreuung sowie die gesundheitlichen Risiken der ausländischen Patienten, insbesondere der Kinder und Jugendlichen

Zu diesem Thema referierte der Sachverständige Dr. Zimmermann, Medizinsoziologe und Ethnologe an der Universitätskinderklinik Freiburg.

Es wurde betont, daß eine humane - nicht apparaturhafte - Art der ärztlichen Hilfe gegenüber ausländischen Kindern und Erwachsenen anzustreben sei. Vor allem wurde zum Ausdruck gebracht, daß im Vordergrund nicht die medizinische Versorgung des Menschen stehen sollte, sondern daß der Patient als Mensch in seiner ethnischen, sozialen Eigenart zählen müsse. Im Bereich der Möglichkeiten wurden diesbezügliche Hilfeansätze in Freiburg i. Br. zusehends ausgebaut.

3.7 Aktuelle Probleme des Ausländerrechts

Die Freiburger Ausländerbehörde machte darauf aufmerksam, daß die restriktiven Gesetzesänderungen von Bund und Ländern der letzten Jahre mehr auf die Probleme in den westdeutschen Ballungszentren abgestimmt seien. Freiburg i. Br. habe einen geringen Ausländeranteil und könne daher nicht als repräsentativ angesehen werden, daher erfolgten bislang auch keine harten Entscheidungen.

Als besonders wichtig wurde hervorgehoben, daß die Ausländer laufend über ihre tatsächlichen Rechte aufgeklärt werden. Durch entsprechende Informationen könnten Ängste teilweise abgebaut und Gerüchte aufgeklärt werden.

3.8 Probleme des Ehescheidungsrechts bei ausländischen Arbeitnehmerfamilien

Dr. Wallmayer, Vorsitzender Richter am Oberlandgericht Freiburg i. Br., ging als Experte insbesondere auf folgende Themenkreise ein, die im Scheidungsfall und der Sorgerechtsentscheidung maßgebend sind:

- Anwendung und Bedeutung des internationalen Privatrechts,
- Anwendung der Abkommen, die zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft geschlossen wurden,

- Anerkennung deutscher Scheidungsurteile im Ausland,
- Sorgerechtsregelung minderjähriger Kinder.

Die verschiedenen Rechtsaspekte, die aufgerissen wurden, erwiesen sich als besondere Hilfe für die Beratungspraxis der ausländischen Betreuer und der Sozialdienste der Wohlfahrtsverbände und des städtischen Sozial- und Jugendamtes.

3.9 Ausländervertretung in Freiburg i. Br.

Der Arbeitskreis wurde über die in Freiburg geplante Ausländervertretung (Ausländerbeirat) informiert. Den ausländischen Mitbürgern solle durch diese Institution die Möglichkeit gegeben werden, bei ausländerbezogenen Entscheidungen der Stadtverwaltung und des Gemeinderates mitzuwirken.

3.10 Information über die Arbeit der "Ausländerinitiative Freiburg i. Br."

Die "Ausländerinitiative" wurde 1976 von Dozenten, Studenten und wissenschaftlichen Mitgliedern eines Forschungsprojektes der Pädagogischen Hochschule gegründet. Aufgabe des Projektes war es zunächst, die Integrationsmöglichkeiten der Kinder ausländischer Arbeitnehmer im Freizeitbereich durch Hausaufgabenbetreuung, Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangebote zu verbessern. Mit zunehmender Erfahrung erweiterte sich die Arbeitskonzeption. Die neue Akzentsetzung des Vereins liegt in der sozialkulturellen Arbeit (Treffpunkt "Südwind").

3.11 Rentenprobleme ausländischer Arbeitnehmer

Rechtsanwalt Stiegler, Freiburg i. Br., besonderer Kenner des internationalen Rentenrechts, setzte bei seinem Referat folgende Schwerpunkte:

- Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit den verschiedenen Ländern der Europäischen Gemeinschaft,
- Versicherungspflicht ausländischer Arbeitnehmer,
- privilegierte Ausländer, die aus den Staaten der Europäischen Gemeinschaft kommen,
- Abkommen mit Staaten, die nicht der Europäischen Gemeinschaft angehören,

- Leistungen aus der Rentenversicherung (Berechnungsgrundlagen, Berücksichtigung ausländischer Versicherungszeiten, Zurechnungszeiten),
- spezielle Probleme bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit im Ausland.

Die zahlreichen Probleme bei der Realisierung der Renten ausländischer Arbeitnehmer zeigten, wie wichtig es sei, daß sich Anwälte auf diesen Rechtsbereich spezialisieren. Oftmals ist die Durchsetzung komplizierten Versicherungsverläufe nur durch die Mithilfe eines Experten befriedigend zu lösen.

3.12 Umgang mit verhaltensgestörten Kindern aus Mischfamilien und ausländischen Familien

Diplompsychologe Jaede von der "Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche" des städtischen Sozial- und Jugendamtes und sein italienischer Honorarkollege, Diplompsychologe Ortera, gaben einen Einblick in die Arbeit mit ausländischen Kindern und Familien.

Die Erziehungsberater gingen auf folgende Fragestellungen ein:

- Beratungs- und Therapiebedarf bei ausländischen Kindern und Familien im Verhältnis zu herkömmlichen Beratungs- und Therapieangeboten,
- kulturelle Hintergründe italienischer Familien und kooperative Beratungs- und Therapieansätze.

Durch die Referate wurde deutlich, welche bedeutende Rolle der kulturellen Herkunft zuzumessen ist. Die auftretenden Verhaltensstörungen sind vielfach das Ergebnis eines individuellen Entwicklungsprozesses im Rahmen eines ganz bestimmten kulturellen Normen- und Wertesystems. Dies hat für die ausländischen Kinder und Familien, die bei uns leben, erhebliche Konsequenzen, die nicht problemlos bewältigt werden können.

3.13 Themendiskussion im Rahmen des Besuchs von Frau Staatsminister a.D. Liselotte Funcke

Ende April 1985 besuchte Frau Staatsminister a.D. Liselotte Funcke, Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, die Stadt Freiburg und war mehrstündige Gesprächspartnerin im Arbeitskreis "Ausländerarbeit in Freiburg".

Außer einigen grundsätzlichen kritischen Ausführungen zur gegenwärtigen Ausländerpolitik von Bund und Ländern, in deren Kontext sie das Anwachsen neuer ausländerfeindlichen Erscheinungen festzustellen glaubte, widmete sich Frau Funcke besonders folgenden Themenkreisen:

- Ausländervertretung in den Kommunen auf Fachausschubebene,
- kommunales Wahlrecht für langfristig in der Bundesrepublik lebende Ausländer,
- unzureichende gesetzliche Regelungen und Unklarheiten im Ermessensbereich beim Verwaltungshandeln der Ausländerbehörden,
- geringe Verständigung der Länder untereinander bzgl. der (Rechts-) Praxis zum Familiennachzug,
- unseriöse Rückkehrhilfenpraktiken von Industrie- und Gewerbefirmen (mangelnde Vorbereitung, Zahlung der Rückkehrhilfe in jeweiliger Landeswährung, Druck auf Rückkehrwilligkeit u.a.m.),
- Aufnahme- und Testprobleme bei ausländischen Kindern im Sonderschulbereich (Anteil in Baden-Württemberg doppelt so hoch als im Bundesdurchschnitt!),
- keine Annäherung der Ausländergesetzgebung auf europäischer Ebene.

4. Ausblick

Im neuen "Fachlexikon der sozialen Arbeit" ist in kritischer Betrachtungsweise festgehalten:

"Ausländerpolitik orientierte sich anfangs primär an der starken Nachfrage nach ausländischen Arbeitnehmern. Wirtschaftlicher Abschwung in Verbindung mit steigender Arbeitslosigkeit, verstärkter Nachzug von Familienangehörigen bereits hier lebender Ausländer und deren wachsender Wunsch zum langfristigen Verbleib in der Bundesrepublik haben einen Wandel zur restriktiven Ausländerpolitik bewirkt. Vor allem durch die Verhängung des Anwerbestopps, aber auch durch den mittelfristigen Ausschluß bestimmter Ausländergruppen (nachgereiste Ehegatten und Jugendliche) vom Arbeitsmarkt soll der veränderten Arbeitsmarktlage Rechnung getragen werden.

Die Tatsache, daß die Bundesrepublik - entgegen der ursprünglichen Absicht einer bedarfsorientierten, nur vorübergehenden Beschäftigung von Ausländern - mittlerweile faktisch zum Einwanderungsland geworden ist, wird in naher Zukunft zu einer grundsätzlichen Änderung der Ausländerpolitik in Richtung einer partiellen Einbürgerungsmöglichkeit führen."

Diese Einsicht wird auch die Ausländerpolitik in Freiburg leiten. Aus ihr folgt, daß die Bemühungen, dem Ausländer zu helfen, sich hier er-

folgreich einzuleben und sich wohlfühlen, fortgesetzt bzw. noch verstärkt werden müssen. Diese Aufgabe fällt nun in erster Linie dem Ausländerbeirat zu, der am 12. Oktober 1986 gewählt wurde und der die bisherige Arbeit des Arbeitskreises "Ausländerbeirat in Freiburg" fortsetzen wird.

Sprachförderung ausländischer Kinder in Freiburger Kindergärten

von M. Liebsch

1. Die Einstellung der ausländischen Eltern zum deutschen Kindergarten

Bis vor kurzem war den meisten ausländischen Eltern der Kindergarten als feste Einrichtung im Erziehungssystem ihres Heimatlandes nicht geläufig. Der Kindergarten hat dort meistens noch eine sehr kurze Geschichte.

Es hat daher einige Jahre gedauert, bis ausländische Eltern durch Aufklärung, Beratung und Mundpropaganda akzeptierten, daß ihre Kinder hier in der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf ihre spätere Schulbildung einen Kindergarten besuchen sollten.

Neben der Tatsache, daß die Kinder im Kindergarten meist zum ersten Mal unmittelbar mit Normen und Werten des Gastlandes konfrontiert werden, lernen sie hier vor allem die deutsche Sprache, da in den ausländischen Familien meist in der Muttersprache oder in fehlerhaftem Deutsch kommuniziert wird. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist Grundbedingung für die erfolgreiche Teilnahme am Unterricht in den hiesigen Schulen.

Auch andere Gründe wie etwa die Berufstätigkeit beider Eltern, die Entlastung der meist kinderreichen Familie oder die Möglichkeit, außerhalb der eigenen Wohnung zu spielen und Kontakte zu Gleichaltrigen - vor allem zu deutschen Kindern - zu knüpfen, sind für die ausländischen Eltern bei der Entscheidung, ihr Kind in einem Kindergarten anzumelden, maßgeblich.

In Gesprächen mit den Landsleuten oder durch Anfrage in Beratungsstellen erfahren sie von entsprechenden Einrichtungen in ihrer Umgebung. Beim ersten Kontakt zur Einrichtung werden die Eltern oftmals von einem Familienmitglied, das die deutsche Sprache beherrscht, oder einem Sozialarbeiter begleitet.

Obleich einerseits der Kindergarten in seiner erzieherischen und lernpsychologischen Funktion bezüglich des deutschen Spracherwerbs von den ausländischen Familien anerkannt ist und als echte Entlastung geschätzt wird, so besteht andererseits verschiedentlich Skepsis bezüglich der Inhalte und Ziele, die im Kindergarten vermittelt und erreicht werden sollen.

Der fortwährende Hinweis, der Kindergarten sei eine unerläßliche Vorbereitung auf die Schule, läßt bei ausländischen Eltern erwarten, daß mindestens ihre Fünfjährigen "echt" auf die Schule eingestimmt

werden, d. h. schon etwas Schreiben, Lesen und Rechnen lernen. Die Form des spielerischen Lernens ist ihnen zumeist fremd, weil sie dies aus ihrer eigenen Erziehung nicht kennen.

In den meisten südeuropäischen und orientalischen Ländern herrscht noch eine eher patriarchalische Erziehung vor. Danach gilt der Vater als das Familienoberhaupt und als derjenige, der nach außen wirkt, die Mutter als diejenige, die im Haus bestimmt und die Erziehungsaufgaben übernimmt. Von daher erwarten nicht wenige ausländische Eltern vom Erzieher im Kindergarten, daß er in gleicher Weise seine Autorität gegenüber den Kindern einsetzt. Insbesondere meinen sie, durch partnerschaftliches Erziehen würde jegliche Autorität, auch ihre eigene, verlorengehen.

Während in der Bundesrepublik die geschlechtsrollenspezifische Erziehung im Kindergarten jedenfalls noch kein dominantes Thema ist, erwarten ausländische Eltern hier schon eine unterschiedliche Erziehung von Jungen und Mädchen. Entsprechend ihrer im Heimatland geltenden Werte und Normen praktizieren sie ihre traditionelle Erziehung zu Hause. Mädchen sollen brav und fleißig sein und recht früh in häusliche Fähigkeiten eingeübt werden; Jungen sollen stark sein, sich durchsetzen können und keine Tätigkeiten ausüben, die den Frauen vorbehalten sind.

Der Wunsch, die im Heimatland geprägten Erziehungsideale in die Erziehung ihrer Kinder einfließen zu lassen, ist verständlich und - vor allem im Hinblick auf eine Rückkehr ins Heimatland - zu akzeptieren. Graduelle Unterschiede der Intensität dieses Wunsches ergeben sich, je nach Nationalität, nach Dauer des Aufenthalts in der Bundesrepublik, nach Alter der Eltern. Es würde zu weit führen, diese differenzierten Erziehungsvorstellungen im einzelnen aufzuführen. Die gegebene Information ist ausreichend, um zu erkennen, daß die unterschiedlichen Vorstellungen über Erziehungsziele und -inhalt Ursache für Konflikte zwischen Eltern und Erziehern und zwischen dem Kind und seiner Umwelt sind oder sein können. Genügt ein klärendes Gespräch mit der Erzieherin nicht oder ist das Problem komplexer, können ausländische Eltern bei all jenen Stellen Rat und Unterstützung finden, die sich u. a. mit den Schwierigkeiten gleichaltriger deutscher Kinder befassen (Adressen: siehe Anhang).

Um den spezifischen Problemen der ausländischen Familien gerechter zu werden, beschäftigen manche Träger Fachkräfte, die selbst Ausländer sind, etwa aus einem ehemaligen Anwerbeland kommen oder die zumindest eine der Sprachen aus den Herkunftsländern sprechen. Damit wird die Hemmschwelle, eine solche Beratungsstelle aufzusuchen, herabgesetzt.

2. Sprachförderung für ausländische Kinder in Freiburger Kindergärten

Unter den Beratungsstellen sind zwei insofern hervorzuheben, da sie im Kindergarten selbst tätig werden:

- a) Die Beratungsstelle für Sprachbehinderte (siehe Anhang) bietet, neben einer Fachberatung in der Beratungsstelle, Sprachtherapie in den Kindergärten an. Dieses Angebot richtet sich selbstverständlich an alle Besucher des Kindergartens, ist aber für die ausländischen Kinder, die oft aufgrund ihrer Zweisprachigkeit Sprachauffälligkeiten zeigen, besonders wichtig. Disgrammatismus oder Lautdifferenzierungsschwächen werden durch konsequentes Training abgebaut.
- b) Die Sozialpädagogische Beratungsstelle für ausländische Kinder, Jugendliche und Eltern des Caritasverbandes Freiburg-Stadt e. V. berät ausländische Familien, vornehmlich Italiener, bei Erziehungsproblemen und Schulschwierigkeiten, bietet Informations- und Freizeitveranstaltungen für diesen Personenkreis an und führt Hausaufgabenhilfegruppen in verschiedenen Freiburger Stadtteilen durch.

Das Angebot im Kindergarten bezieht sich auf die Sprachförderung für ausländische Kinder.

1983 entschieden sich die Mitarbeiterinnen der Sozialpädagogischen Beratungsstelle, gezielt Sprachförderung für ausländische Kinder in den Kindergärten Freiburgs anzubieten. Die positive Resonanz, welche die Sprachförderung in anderen Städten erfuhr, und der Wunsch, präventiv zu helfen, bestärkte sie in ihrem Vorhaben.

Die tägliche Arbeit in der Beratungsstelle zeigte, daß viele ausländische Kinder aufgrund ihrer eingeschränkten Sprachkompetenz den Anforderungen in der Grundschule nicht gerecht werden können. Um dies zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, wie der Spracherwerb vor Schuleintritt ausgesehen hat. In den meisten ausländischen Familien wird die Muttersprache gesprochen, sei es, weil die Eltern oft die deutsche Sprache nicht in vergleichbarem Maße beherrschen, sei es, weil die Eltern den Wunsch haben, daß ihre Kinder die Muttersprache nicht verlernen. Somit kommen ausländische Kinder oftmals erst bei Eintritt in den Kindergarten mit der deutschen Sprache in Berührung.

Im Kindergarten lernen die ausländischen Kinder über das Medium Spiel sehr schnell, sich auch sprachlich zurecht zu finden. Dennoch bleibt ihre Fähigkeit, Situationen sprachlich zu bewältigen, eingeschränkt, da sie die im Kindergarten erworbenen Fähigkeiten nicht im familiären Rahmen erproben und festigen können.

Viele Eltern wissen, daß ihre Kinder die deutsche Sprache gut beherrschen müssen, um die Schule erfolgreich zu absolvieren. Sie meinen es besonders gut, wenn sie versuchen, mit ihren Kindern Deutsch zu sprechen, obwohl sie es selbst nie richtig gelernt haben. Diese Kinder lernen weder die Muttersprache, deren Beherrschung für den Erwerb der deutschen Sprache eine wichtige Rolle spielt, noch die deutsche Sprache.

Kinder mit diesen sprachlichen Voraussetzungen nehmen an der Sprachförderung teil. Die beiden dargestellten Spracherwerbsproblematiken sind idealtypisch zu verstehen; die spezifische Ausprägung und vor allem die sich daraus ergebenden sozialen Folgen sind bei jedem Kind unterschiedlich.

Die Autorin und ihre Kollegin führen zur Zeit Sprachförderung in fünf Kindergärten Freiburgs mit hohem Ausländerkinderanteil durch. Neben der entsprechenden Qualifikation (Sozialpädagogin und Erzieherin) ist es für die Arbeit sehr förderlich, daß sie das Leben in einer fremden Kultur an sich selbst erfahren konnten. Auf jeden Fall erforderlich sind Grundkenntnisse über die Sprachentwicklung eines Kindes, über Ursachen und Folgen von Sprachstörungen.

Die Sprachförderung findet einmal wöchentlich parallel zum Vormittagsprogramm des Kindergartens statt. Je nach Vorhaben und Erfordernissen wird mit einem einzelnen Kind oder einer Kleingruppe von Kindern in einem von dem Gruppenraum getrennten Zimmer gearbeitet. Zu Beginn der Maßnahme arbeitet man häufig in kleinen Gruppen, da die Kinder noch ängstlich sind. Das Angebot orientiert sich bezüglich Materialauswahl und Dauer an den Fähigkeiten, Schwierigkeiten und Bedürfnissen des Kindes.

Wichtig ist auch der spielerische Charakter des Angebots; Drill oder Zwang ist zu vermeiden. Das Kind muß sich angenommen fühlen und aus diesem Gefühl heraus gerne kommen. Zudem genießt es die ungeteilte Aufmerksamkeit eines Erwachsenen.

Übrigens möchten nicht selten auch deutsche Kinder an der Sprachförderung teilnehmen. Die Kinder erleben, wie ihre ausländischen Spielkameraden sich auf die Sprachförderung freuen, und werden neugierig. Wenn es möglich ist, versuchen wir auch die deutschen Kinder miteinzubeziehen (jedes Kind darf seinen Freund mitbringen).

Meist hatten die verantwortlichen Erzieher den Kindern und Eltern unser Angebot als Hilfestellung für solche Kinder vorgestellt, die noch nicht so gut deutsch können, es aber lernen wollen, um besser miteinander spielen zu können ("X kann sagen, was er will, anstatt einem Kind das Spielzeug aus der Hand zu reißen.").

Da die Sprachförderung als Maßnahme noch nicht lange durchgeführt wird, gibt es noch keine umfassende Konzeption und kaum Materialempfehlungen. Wir überlegen uns, welches die wichtigsten Bereiche

sind, die das Kind sprachlich bewältigen muß (Kindergarten, Familie, Spiel, Einkauf usw.) Wir versuchen, diese Bereiche in Teilbereiche zu gliedern und für jeden Bereich Material zusammenzustellen. Als Material kommen einzelne Arbeitsblätter aus gängigen Vorschulmappen in Frage, sodann vor allem solche Spiele, die zum Sprechen auffordern und schließlich Bilderbücher. Auch durch gemeinsames Basteln oder Malen kann ein Thema besprochen werden. Die Phantasie des Durchführenden ist gefragt.

Was die Dauer der Maßnahme anbelangt, rechnet man durchschnittlich mit 20 - 30 Minuten pro Kind. Der Ablauf dieser Zeitspanne sieht folgendermaßen aus: Man beginnt mit der Begrüßung des Kindes, darauf folgt die Besprechung von aktuellen Ereignissen (Fest im Kindergarten, Ausflug, Muttertag u.ä.). Dann wird mit den vorbereiteten Materialien gearbeitet. Zum Abschluß darf sich das Kind etwas wünschen. Meistens malt es ein Bild oder möchte ein ihm schon bekanntes Spiel spielen. Dieser Ablauf ist lediglich als Grundstruktur gedacht, auch als Hilfe für die Kinder, die sich daran orientieren können.

Geübt wird, auch wenn es durch den spielerischen Charakter nicht sofort erkennbar wird, die Anwendung korrekter Satzstrukturen, deutliches Sprechen und ein differenzierterer Ausdruck.

Damit ist die Frage nach den Zielen dieses Angebots angeschnitten. Insgesamt gesehen wird eine größere Sprachkompetenz des Kindes angestrebt, d. h., die sprachliche Bewältigung verschiedenster Lebenssituationen mit den sprachlich adäquaten Leistungen und damit auch eine größere soziale Kompetenz. Erzieherinnen berichten davon, daß ausländische Kinder oft Verhaltensauffälligkeiten (insbesondere Aggressivität) zeigen. Dieses kann neben der Konfrontation mit unterschiedlichen Normen und Werten auf die eingeschränkte Sprachkompetenz zurückzuführen sein (und damit sei nur eine Störung genannt, die durch die eingeschränkte Kommunikation verursacht wird).

Mit Recht wird sich ein Außenstehender fragen, ob dieses hohe Ziel "Erweiterung der Sprachkompetenz" durch ein einmal in der Woche stattfindendes Angebot erreichbar ist. Es ist unbestritten, daß der zeitliche Aufwand erheblich vergrößert werden könnte und müßte, wozu die Autorin und ihre Kollegin nicht in der Lage sind. Einen wichtigen Schritt zur Erreichung dieses Zieles stellt die Sprachförderung in jedem Fall dar. In einer Atmosphäre, in der das Kind sich angenommen fühlt, lernt es, mit der Sprache umzugehen (zunächst auch unabhängig von einem korrekten Sprachgebrauch) und gewinnt dadurch an Selbstsicherheit, die ihm in anderen Situationen helfen kann.

Um Erfolg zu haben, muß der Erzieher im Kindergarten Partner sein. Das Programm wird besprochen und Informationen über das Kind werden ausgetauscht, um die Sprachförderung möglichst individuell ausrichten zu können. Es kann nicht darum gehen, dem im Kindergarten tätigen Personal die Fähigkeit abzusprechen, mit ausländischen Kindern sprachspezifisch zu arbeiten, vielmehr soll das von außen kommende

Angebot der Sprachförderung als Unterstützung der Angebote im Kindergarten dienen. Daß Sprachförderung zum Kindergartenprogramm gehört und daß diese für alle Kinder im tagtäglichen Umgang miteinander stattfindet, ist unbestritten. Die Erzieher werden alle Kinder bezüglich ihrer Sprachentwicklung beobachten. Da die Kindergärten aber personell kaum in der Lage sind, einzelne Kinder, die große Defizite haben, wie es bei ausländischen Kindern im sprachlichen Bereich oft der Fall ist, zu fördern, ist die Sprachförderung für sie ein willkommenes Angebot.

Es ist uns ein dringendes Anliegen, die Eltern bei der Sprachförderung miteinzubeziehen. Die Arbeit des Kindergartens und der Sprachförderung ist umso eher erfolgreich, je mehr sie von den Eltern mitgetragen wird. Wir beraten und informieren die Eltern bezüglich der institutionellen und familiären Förderungsmöglichkeiten ihrer Kinder und bezüglich der zukünftigen Einschulung.

Durch sachliche Informationen und durch eine längerfristige Begleitung wird versucht, das bei ausländischen Eltern oft vorhandene Mißtrauen gegenüber deutschen Institutionen abzubauen. Ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen und Toleranz ist nötig, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Begleitung beinhaltet auch, daß wir zunächst mit den Eltern die entsprechende Institution aufsuchen und mit dem Verantwortlichen sprechen, bis jene sich sicher genug fühlen, das Geforderte alleine zu tun.

Hier wird deutlich, daß der Sprachförderung auch eine Reihe weitgehender sozialer Fördermaßnahmen (Beratung, Information, Betreuung) zuzuordnen sind, damit die Maßnahme für das Kind erfolgreich durchgeführt werden kann.

3. Zahlen über Ausländerkinder in Freiburger Kindergärten (1986)

Anzahl d. Kinder im Kindergarten (mit Ganztageseinrichtungen)	Anzahl der ausl. Kinder	Griech.	Ital.	Jugosl.	Span.	Türk.	Port.	Sonst. (1)
4267	381	7	95	92	13	47	23	104

Vergleichszahlen: Anzahl deutscher Kinder in Freiburg von 3 - 6 Jahren: 5.195

(Stand 01.01.86) Anzahl ausländischer Kinder in Freiburg von 3 - 6 Jahren: 583
 Ausländeranteil: 10,1 %

Von 76 Kindergärten in Freiburg gab es im Jahre 1986 21 Einrichtungen mit 10 % und mehr Ausländerkindern.

11 Einrichtungen werden von 10 (absolut) und mehr Ausländerkindern besucht. In absoluten Zahlen und in Prozent ausgedrückt hat der Kindergarten "Unserer lieben Frau" in der Wallstraße mit Abstand den höchsten Anteil an Ausländerkindern: 41 ausländische Kinder = 41 %

Die meisten Ausländerkinder sind in folgenden Wohnvierteln zu finden:

1. Innenstadt
2. Haslach-Weingarten (4 Einrichtungen mit hohem Ausländeranteil)
3. Haslach-Gartenstadt
4. Stühlinger-Beurbarung (2 Einrichtungen)
5. Zähringen
6. Alt-Stühlinger
7. Landwasser

Wie aus der Statistik zu ersehen ist, gibt es in Freiburg 21 Kindergärten mit 10 % und mehr Ausländerkindern; würden alle diese Kindergärten ihr Interesse anmelden, wären wir personell nicht in der Lage, den Bedarf abzudecken. Es liegt uns aber viel daran, durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit auf die Wichtigkeit einer intensiven sprachlichen Förderung der ausländischen Kinder hinzuweisen, über Literatur, Material und die Möglichkeit, Zuschüsse dafür zu erhalten, zu informieren. Möglicherweise finden Erzieher individuelle Lösungen für die sprachliche Förderung der ausländischen Kinder. Wünschenswert wäre natürlich, daß jene Kindergärten mit hohem Ausländeranteil eine zusätzliche Fachkraft bekommen, die selbst Ausländerin ist oder mit entsprechenden Erfahrungen die ausländischen Kinder mehrmals in der Woche fördern kann, sie aber auch im Kindergartenalltag mit den übrigen Kindern erlebt. Neben der Sprachförderung wären durch diese Konstellation auch Ansätze für eine interkulturelle Erziehung möglich, von der auch deutsche Kinder profitieren würden.

4. Wichtige Kontaktadressen

1. Caritasverband Freiburg-Stadt e. V.
Soz.-päd. Beratungsstelle
für ausl. Kinder, Jugendliche und Eltern
Herrenstr. 6 - Tel.: 0761/31915-53
7800 Freiburg
2. Beratungsstelle für Sprachbehinderte
Lortzingstr. 1
7800 Freiburg

- | | |
|---|----------|
| 3. Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche | |
| Rempartstr. 4 | 216-4316 |
| Krozingerstr. 19b | 216-4333 |
| 4. Universitäts-Kinderklinik | |
| Mathildenstr. 1 | |
| 5. Caritasverband Freiburg-Stadt e.V. | |
| "Eltern und Kind" | 33202 |
| Frühförderstelle | |
| Kaiser-Joseph-Str. 179 | |
| 6. Kath. Beratungsstelle | 24749 |
| Ehe und Familie | |
| Jakob-Burckhardt-Str. 13 | |

- (1) Zahlenmaterial von:
- Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg
 - Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg (Stand 15.11.1985) Abt. Kleinkindpädagogik (Kath. Einrichtungen) (Stand 15.11.1985)
 - Diakonisches Werk Freiburg (Ev. Einrichtungen) (Stand September / Oktober 85)
 - Sozial- und Jugendamt der Stadt Freiburg (städtische Einrichtungen und Einrichtungen sonstiger Träger) (Stand 15.11.85)

von K. Beck

1. Wie Kinder ihre alte und neue Heimat sehen und erleben

"Sport und Mathematik mögen wir am liebsten. In diesen Fächern haben wir auch immer ganz gute Noten, während Deutsch und Sachkunde blöde sind." Dies sind Äußerungen von 15 Ausländerkindern, die nach ihrer Einstellung zur Schule, dem Leben in Deutschland und zu ihrer Beziehung zum Heimatland befragt wurden. Die Befragten - sieben Türken, fünf Italiener, zwei Spanier und ein Jugoslawe - besuchen Freiburger Grund- und Hauptschulen. Sie leben schon alle seit längerer Zeit in Freiburg.

In allen Klassen, die die befragten Kinder besuchen, gibt es mehrere ausländische Kinder; mitunter machen sie ein Viertel bis ein Drittel der Klasse aus.

Daß die Fächer Deutsch und Sachkunde den Kindern große Schwierigkeiten bereiten, liegt an den sprachlichen Defiziten. Insgesamt beklagen sich die Kinder über zu viele Hausaufgaben und darüber, daß die Lehrer zu streng sind.

Nur ein Kind glaubt, vom Lehrer schlecht behandelt zu werden, weil es Ausländer ist; drei Kinder behaupten dies vom Rektor und vier Kinder von ihren deutschen Klassenkameraden. Alle Kindern haben neben ausländischen Freunden auch deutsche Freunde in der Klasse und im Stadtteil, in dem sie wohnen. Sie alle besuchen die Schularbeitskreise, die sie sehr schätzen, weil sie dort wertvolle Unterstützung für die Schule erhalten.

Zwölf Kinder sagen, daß es ihnen in Deutschland gefällt; gleichzeitig möchten aber auch elf Kinder in ihr Heimatland zurück. Dies zeigt, wie sehr die Kinder hin- und hergerissen sind zwischen Deutschland, wo sie aufgewachsen sind, und dem Heimatland ihrer Familie, das sie oft nur vom Urlaub her kennen. Auf die Frage, was ihnen in Deutschland gefällt, antworten die Kinder, daß sie sich in Freiburg wohlfühlen, daß es ihnen in der Schule gefällt, daß es in Deutschland große

1) Die Verfasserin dankt allen Mitarbeitern in den Schularbeitskreisen der Ausländerinitiative Freiburg e.V. (Patrizia Benz, Yvonne Haser, Gabriele Kuolt, Thomas Stäuble, Ulrike Schaumann, Brigitte Schorpp, Bernd Überall). Sie haben ihre Konzeption zur Verfügung gestellt und die Befragung der 15 ausländischen Kinder und Jugendlichen durchgeführt. Ohne ihre Mithilfe wäre dieser Beitrag nicht zustande gekommen.

Häuser, viele Straßen und schöne Parks gibt. Gar nicht gefällt den meisten Kindern das Wetter in Deutschland und die Art, wie mit Ausländern umgegangen wird. Als Gründe für ihren Rückkehrwunsch ins Heimatland geben sie an, daß dort ihre Heimat, ihr Zuhause ist, daß dort ihre Familie, die Großeltern und andere Verwandte, sind und daß auch das Wetter schöner sei. Ein Kind sagt auch: "Dort bin ich kein Ausländer mehr." Fast alle Kinder berichten, daß auch ihre Eltern ins Heimatland zurück wollen, weil dort die Familie, die Verwandten und viele Freunde sind, weil dort die Heimat ist und manche Eltern ein Haus dort haben.

Was kann man aus diesen Äußerungen folgern:

1. Die Kinder haben Mühe mit der Schule, vor allem in den sprachabhängigen Fächern. Sie müssen besonders viel lernen, um die Defizite auszugleichen. Daß sie dazu bereit sind, zeigt sich daran, daß sie alle schon längere Zeit in Schularbeitskreisen mitarbeiten.
2. Die Kinder fühlen sich in der Bundesrepublik zwar wohl, die überwiegende Mehrheit jedoch möchte aber trotzdem in die Heimat zurück. Sie sind hin- und hergerissen, es fehlt die klare Verankerung, die innere Stabilität und die notwendige Anerkennung. Irgendwie fühlen sie sich doch als Außenseiter. Diese Einschätzung verweist auf den besonderen Status der Kinder. Trotz individueller Differenzen, die auf Unterschieden der Nationalität, der regionalen und sozialen Herkunft, der Religion, dem Zuzugsalter, der Aufenthaltsdauer, dem Lebensalter, dem Geschlecht etc. beruhen, verbindet sie das gemeinsame Schicksal als Ausländer, die besonderen Bedingungen, unter denen sie den Alltag erleben und bewältigen müssen.

2. Zur Situation von Kindern ausländischer Arbeitnehmer allgemein

Die Situation der Kinder ist gekennzeichnet durch das Aufwachsen zwischen zwei Kulturen (Bikulturalität). Die Ausbildung einer kulturellen Identität ist in den meisten Fällen nicht mehr möglich. Viele Kinder sind in der Bundesrepublik geboren und kennen ihr Heimatland nur von Besuchs- und Urlaubsreisen. Spätestens mit dem Schulbesuch werden die Kinder mit deutschen Wertvorstellungen konfrontiert, während die Eltern sich bemühen auch die kulturellen, religiösen und politischen

Werte und Traditionen des jeweiligen Herkunftslandes zu vermitteln. So stehen die Kinder in ständigem Konflikt, die Erwartungen und Normen der Bundesrepublik und die des Heimatlandes voneinander abzugrenzen. Je angepaßter sich das Kind auf die eine oder andere Seite schlägt, um so mehr vergrößert sich die Kluft zwischen dem Elternhaus und den sozialen Kontakten zu Deutschen in der Schule und Freizeit.

Die politischen Voraussetzungen (z. B. politische Rechte auf kommunaler Ebene, Ausländergesetz) für einen Daueraufenthalt in der Bundesrepublik sind für die Familien, vor allem bei Nicht-EG-Angehörigen, nicht gegeben. Es existiert vielmehr eine unentschlossene Haltung zwischen Bleiben und Zurückkehren. Durch die aktuelle Ausländerpolitik wird die Rückkehrorientierung weiter verstärkt. Die Bereitschaft ausländischer Familien, sich mit der deutschen Gesellschaft auseinanderzusetzen, sinkt zusätzlich (verständlicherweise) mit wachsender Ausländerfeindlichkeit.

Bei den Kindern vergrößert sich die Angst oder die Hoffnung, bei Mißerfolgen in der Schule ins Heimatland zurückgeschickt zu werden. Oft werden auch mögliche Zukunftsperspektiven der Kinder gar nicht in Angriff genommen im Hinblick auf eine baldige Rückkehr. Die andere Tendenz hingegen, das Hierbleibenwollen, hat zur Folge, daß sich der Leistungs- und Anpassungsdruck für die Kinder vergrößert, und daß an sie von seiten der Eltern oft überhöhte Berufserwartungen gestellt werden.

Da sich zum Teil die Arbeitsbedingungen der Eltern in den letzten Jahren erheblich verschlechtert haben, müssen häufig beide Elternteile arbeiten. Dadurch sind die Kinder gezwungen, früh Verantwortung zu übernehmen (z. B. Hausarbeit, Geschwisterbetreuung). Die, auch traditionell bedingte, stärkere Anbindung der Kinder an die Erwachsenenwelt fordert ein hohes Maß an Belastungsfähigkeit. Dazu müssen die Kinder noch den Leistungserwartungen der Schule gerecht werden (einschließlich des muttersprachlichen Unterrichts sowie, bei muslimischen Kindern, des Koranunterrichts). Hinzu kommen noch die sprachlichen Probleme. Dies alles zu bewältigen, ist in den meisten Fällen nur mit äußerster Anstrengung möglich. Obwohl die Situation von vielen ausländischen Familien denen deutscher Arbeiterfamilien ähnelt (z. B. geringes Bildungsniveau, häufig Berufstätigkeit beider Eltern, unbefriedigende Arbeitsbedingungen, enge Wohnverhältnisse), wird den ausländischen Kindern innerhalb der Familie durch die traditionellen Familienstrukturen jedoch ein hohes Maß an Geborgenheit geboten.

Die Bikulturalität, die unsichere rechtliche und politische Situation, die soziale Schichtzugehörigkeit hier in der Bundesrepublik schränkt oft eine erfolgreiche Schullaufbahn sowie die Entwicklung beruflicher und sozialer Perspektiven der Kinder erheblich ein. Gerade im Bereich der Schule wird die Problematik des ausländischen

Kindes am deutlichsten sichtbar. Diese ist nicht nur sprachlicher Art. Da in ausländischen Familien mehr die Entwicklung emotionaler und sozialer Fähigkeiten vermittelt werden, ergeben sich in der Schule daraus zwangsläufig Probleme, da sich dort die Leistungserwartungen in erster Linie auf kognitive Fähigkeiten beschränken. Die ausländischen Kinder müssen sich zudem im Vergleich zu ihrer Erziehung im Elternhaus mit den unterschiedlichen Normen der deutschen Gesellschaft und den unterschiedlichen Erziehungsstilen in deutschen Schulen auseinandersetzen. Soziale Verunsicherung und ständige Konfrontation mit Unverständnis und Vorurteilen wirken zusätzlich belastend. Auch den Anforderungen der Eltern bezüglich der Muttersprache und den religiösen Bräuchen müssen die Kinder, wie schon erwähnt, gerecht werden.

Unabhängig von den Erwartungen der Eltern und der Schule brauchen ausländische Kinder auch einen Freiraum für die Entwicklung eigener Vorstellungen. Deshalb sollte eine praktische Arbeit mit ausländischen Kindern nicht nur auf die schulischen Bedürfnisse eingehen und einen Ausgleich von Leistungsdefiziten anstreben, sondern auch soweit wie möglich die individuellen Voraussetzungen und Bedürfnisse eines Kindes berücksichtigen und damit Raum geben für die Entwicklung persönlicher Fähigkeiten.

3. Zur Bildungssituation von ausländischen Kindern und Jugendlichen in Freiburg

In Freiburg lebten nach Angaben der Stadt 1986 ca. 2 700 Kinder und Jugendliche aus Familien ausländischer Arbeitnehmer. Im folgenden wird ein kurzer Überblick über Freiburger Bildungseinrichtungen in bezug auf ausländische Kinder und Jugendliche gegeben.

In vielen ausländischen Familien wollen und müssen beide Eltern arbeiten; das Angebot an Ganztageseinrichtungen für Kinder ist in Freiburg jedoch gering. Nach Angaben des Jugendamtes besuchten 1982 zwar fast alle der rund 400 Kinder ausländischer Familien zwischen 3 und 6 Jahren einen Kindergarten; aber Ganztagsplätze sind rar. Auch eine gezielte Sprachförderung gibt es zur Zeit nur in fünf Kindergärten. Dies ist sehr bedauerlich, da der Nutzen der Sprachförderung in diesem Lebensabschnitt außer Frage steht. "Insgesamt wäre es wünschenswert, wenn die Fördermaßnahmen, vor allem im Kindergartenbereich, erweitert und in der Schule gezielt weitergeführt werden könnten, so daß eine gewisse Kontinuität der Förderung vorhanden wäre." ²⁾

²⁾Aus: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i. Br., Allgemeinbildende Schulen, Juni 1984, Stand: 5.10.1983, S. 21.

Die zahlenmäßige Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher an allgemeinbildenden Schulen stellt die folgende Tabelle dar:³⁾

	1983/84		
	Schüler insg.	ausländische Kinder	
		absolut	Anteil %
Grund- und Hauptschulen	6783	996	14,6
Realschulen	3137	73 (141)	2,3 (4,5)
Gymnasien	7410	189 (429)	2,6 (5,8)
integr. Gesamtschule	1623	68 (108)	4,2 (6,7)
Sonderschulen	790	122	15,5

"Der Zuwachs an Ausländerkindern in Realschulen und Gymnasien ist insofern unecht, als - wie die Zahlen außerhalb der Klammern angeben - nur die Hälfte in der Realschule und noch nicht einmal die Hälfte im Gymnasium Kinder ausländischer Arbeitnehmer aus Anwerbeländern sind."⁴⁾ Wie schon erwähnt, haben ausländische Kinder häufig Schwierigkeiten in der deutschen Schule. Überproportional viele Ausländerkinder besuchen die Sonderschule, und viele verlassen die Hauptschule ohne Abschluß. Angesichts der überaus harten Konkurrenz um die knappen Lehrstellen besteht für die meisten keine Chance, jemals einen qualifizierten Beruf zu erlernen.

Nur ein Drittel von 7,1 % der berufsschulpflichtigen Schüler in Freiburg gehen auf die Berufsschule; davon haben 90 % der deutschen Schüler, aber nur 74,5 % der ausländischen Schüler einen Ausbildungsvertrag. Unklar ist sowohl der Verbleib der restlichen zwei Drittel der berufsschulpflichtigen Schüler und Schülerinnen als auch, was mit den Schülern und Schülerinnen ohne Ausbildungsvertrag geschieht.

Neben dem deutschsprachigen Regelunterricht werden die ausländischen Schulkinder auch in ihrer jeweiligen Muttersprache unterrichtet, also in italienisch, jugoslawisch, türkisch, spanisch, portugiesisch und griechisch. Da der muttersprachliche Unterricht jedoch nicht Pflicht ist, nehmen in Freiburg nur etwa 60 % der ausländischen Kinder daran teil.⁵⁾ Für den muttersprachlichen Unterricht sind die Generalkonsulate bzw. Konsulate zuständig; die Lehrer werden vom Entsendeland zugeteilt und bezahlt.

Um ausländischen Kindern und Jugendlichen in ihrer schwierigen Situation zu helfen, gibt es in Freiburg mehrere außerschulische Einrichtungen, auf die im folgenden Kapitel eingegangen wird.

³⁾Aus: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i. Br., Allgemeinbildende Schulen, Juni 1984, Stand: 5.10.1983, S. 25. ⁴⁾Aus: ebd., S. 25. ⁵⁾Vgl. Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i. Br., Allgemeinbildende Schulen, Juni 1984, Stand: 5.10.1983, S. 18.

4. Außerschulische Hilfen für ausländische Kinder und Jugendliche in Freiburg

In Freiburg gibt es mehrere Schularbeitskreise und Schülerhorte, in denen insgesamt 780 Kinder, davon 322 Ausländerkinder, betreut werden.⁶⁾ Die Kinder werden bei den Hausaufgaben unterstützt und es wird versucht, Defizite in der Sprache und im Wissensstand zu beheben. Außerdem sollen die Kinder im Spiel und in der Freizeitgestaltung den benötigten individuellen Freiraum erhalten; dabei werden ihnen auch Integrations- und Orientierungshilfen für die deutsche Gesellschaft angeboten. Träger der Schularbeitskreise und Schülerhorte sind die Vereinigung Freiburger Sozialarbeit, das Deutsche Rote Kreuz, die Arbeiterwohlfahrt, der Caritasverband und die Ausländerinitiative Freiburg e. V. Die Finanzierung läuft über die Stadt Freiburg und ein Sonderprogramm des Landes Baden-Württemberg.

Für ausländische Jugendliche, die den Hauptschulabschluß nicht geschafft haben, gibt es in Freiburg die Möglichkeit, sich in der Werk- und Sprachschule des Caritasverbandes nachträglich innerhalb eines Jahres auf den Abschluß vorzubereiten; diesen erreichen dann ca. 90 %.⁷⁾ Eine weitere Möglichkeit ist, ebenfalls in der Werk- und Sprachschule an einer Maßnahme zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung (MBSE) teilzunehmen. Die Jugendlichen haben innerhalb dieser Maßnahme Unterricht in den Berufsfeldern Holz, Metall, Textil und Hauswirtschaft sowie in den Fächern Deutsch, Mathematik, Sozialkunde und Sport; außerdem erhalten sie eine sozialpädagogische Betreuung. Fast alle Jugendlichen fanden bisher nach Abschluß der Maßnahme eine Arbeit, allerdings nur ca. 15-20 % davon eine Lehrstelle.⁸⁾

5. Zur Situation von ausländischen Kindern und Jugendlichen in Freiburg aus der Sicht von Hausaufgaben- und Freizeitbetreuern

Im folgenden wird versucht, am Beispiel der Ausländerinitiative Freiburg e. V. die Konzeption einer Gruppe von Freiburger Hausaufgaben- und Freizeitbetreuern vorzustellen. Als allgemeine Ziele ihrer Arbeit sieht diese Gruppe:

- die Erteilung von Hilfen zur Bewältigung der Hausaufgaben, ebenso Sprach- und Wissensdefizite auszugleichen, um somit eine positive Schullaufbahn zu fördern,
- die Bereitstellung von sozial-integrativen Maßnahmen zur Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit des ausländischen Kindes.

⁶⁾Vgl. Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i. Br., Allgemeinbildende Schulen, Juni 1984, Stand: 5.10.1983, S. 21f. ⁷⁾Vgl. ebd., S. 23. ⁸⁾Vgl. ebd., S. 23.

5.1 Zur Arbeit mit den Kindern

Gesamtgesellschaftlich und für das einzelne Kind nimmt die Schule eine wichtige Funktion ein, deshalb ist ein wichtiges und formales Ziel der Schularbeitskreise, dem ausländischen Kind Unterstützung zur Erreichung eines Schulabschlusses und somit auch die Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung zu gewähren. Unterstützung heißt nicht Erzwingen von Höchstleistungen oder individueller Nachhilfeunterricht, sondern heißt, Defizite, insbesondere auf sprachlichem Niveau, aufzuarbeiten. Um schulischen Leistungsanforderungen entsprechen zu können, ist die Stabilität der Persönlichkeit des Kindes Voraussetzung. So ist es Ziel der Gruppen, sich nicht nur auf den schulischen Bereich zu konzentrieren, sondern vor allem im Freizeitbereich auch auf die Schaffung eines möglichst vielfältigen Raumes zum Experimentieren und Erfahrungen sammeln hinzuwirken. Dies soll der Stärkung des Selbstwertgefühls des einzelnen Kindes dienen und das Erleben von Erfolgen ermöglichen. Schule bedeutet für das ausländische Kind oft eine lange Zeit des Versagens; und so ist es nicht nur das Ziel, Leistungsdefizite auszugleichen, sondern dem ausländischen Kind seine Situation transparent zu machen und es zur Wahrnehmung einer selbstbewußten und aktiven Schülerrolle zu befähigen.

Die Schularbeitskreise versuchen, neben der schulischen auch die sozialkulturelle Situation des ausländischen Kindes zu berücksichtigen und damit dem Ziel zu entsprechen, dem Kind einen stabilen Rahmen zu sichern, so daß es sich nicht wie häufig im Klassenverband in eine Außenseiterposition gedrängt sieht. Dies geschieht dadurch, daß

- die Teilnahme von Geschwisterkindern und Kindern gleicher Nationalität in den Schularbeitskreisen dem ausländischen Kind kommunikative Sicherheit gibt,
- Leistungsunterschiede in den Schularbeitskreisen weniger zum Tragen kommen als im Klassenverband; das Kind kann sich gegenüber den anderen oftmals als "Wissender" und "Helfer" erfahren,
- das ausländische Kind im sozialen, musischen und manuellen Bereich zum Teil über vielfältigere und mehr Kenntnisse verfügt als das deutsche Kind; diese kommen in den Schularbeitskreisen wesentlich mehr zur Geltung als in der Schule,
- ein Eingehen auf das einzelne Kind in Kleingruppen bei der Bewältigung der Hausaufgaben möglich ist; dabei wird oftmals verstanden, was in der Schule noch unverständlich war, und so kann eine Erfolgserfahrung gemacht werden.

5.1.1 Zur Hausaufgabenhilfe

Die Hausaufgabenhilfe soll dazu beitragen, den Kindern und Jugendlichen einen Schulabschluß zu ermöglichen. Die Arbeit daran beginnt bereits in der ersten Klasse. Für ausländische Kinder bedeutet die deutsche Schule, sich zurechtzufinden in einer sozialen Umgebung, die ihnen nicht vertraut ist, und Lernen in einer Sprache, die nicht ihre Muttersprache ist. Die Sprache ist aber in der Schule von grundsätzlicher Bedeutung; sie ist ein zentrales Medium des Unterrichts und wird differenziert gebraucht. Wenn es darum geht, einen Aufsatz zu schreiben, grammatikalisch richtige Sätze zu bilden, ein Diktat zu bestehen oder den Sinn einer Textaufgabe zu erfassen, dann haben viele ausländische Kinder große Schwierigkeiten. Es fehlte und fehlt den meisten Kindern die Chance, die deutsche Sprache richtig zu lernen. Die Verständnisschwierigkeiten und die daraus resultierenden Leistungsschwierigkeiten beziehen sich auf fast alle Schulfächer. Die Schule ist hier trotz etlicher Bemühungen zumeist überfordert. Im Klassenverband kann nicht in genügender Weise auf einzelne ausländische Kinder eingegangen werden. Auch die ausländischen Eltern können ihre Kinder meist nicht unterstützen.

Hier setzen die Schularbeitskreise an. In Gruppen von drei bis fünf Kindern besteht die Möglichkeit verstärkter Aufmerksamkeit dem einzelnen gegenüber; viele Dinge können geklärt werden. Es entsteht ein umfassender Eindruck über den Leistungsstand und besondere Schwächen der Kinder; diese können gezielt angegangen werden. In Einzelfällen werden Absprachen mit den Lehrern getroffen, um anstelle von Hausaufgaben bestimmte Förderprogramme mit den Kindern durchzuarbeiten. Es wird versucht, mit möglichst vielen Kindern nach den Hausaufgaben verschiedenste Sprachübungen zu machen, sei es durch Kreuzworträtsel, sei es lesen üben, vorlesen, Sprachpuzzle, Diktat üben oder einfach erzählen. Auch rechnerische Aufgaben werden spielerisch geübt. Eigene Erfolge durch das Üben sowie die eventuelle Hilfestellung bei den Hausaufgaben anderer Kinder stärken wesentlich das Selbstbewußtsein und die Leistungsmotivation und führen damit zu einer aktiven und positiven Schülerrolle.

Das "Mehr-Arbeiten-Müssen" als ihre deutschen Mitschüler wird von den ausländischen Kindern oft als Schwäche oder persönliches Versagen empfunden bzw. von anderen an sie vermittelt. Es ist eine wichtige Aufgabe der Betreuer, den Kindern deutlich zu machen, daß sie in einer besonderen Situation sind, die nicht ihr eigenes Verschulden ist, um sie persönlich zu stärken.

5.1.2 Zur Freizeitarbeit

Mißerfolge und Nicht-Können sind tägliche Erfahrungen der Kinder. Dies wirkt sich schnell demotivierend auf das gesamte Verhalten aus und schwächt das Selbstwertgefühl. Der Freizeitbereich innerhalb der Schularbeitskreise soll deshalb einen Freiraum darstellen, in dem das Kind experimentieren kann, Unterstützung und Erfolge erleben kann. Soziales Lernen, Spaß am Spiel, Phantasie und Eigeninitiative sind Inhalte und Ziele der Freizeitarbeit. Selbstbestimmung wird gefordert und gefördert; gleichzeitig werden Werte wie Toleranz und Rücksichtnahme vermittelt.

Die Bikulturalität ausländischer Kinder ist auch im Freizeitbereich Ursache vieler Konflikte, die sich mit zunehmendem Alter verstärken. Im Freizeitbereich ist allerdings Zeit, Beziehungen zwischen Kindern untereinander sowie zwischen Betreuern und Kindern zu schaffen und Vertrauensebenen zu verstärken, die viele Konfliktebenen austragen helfen. Auch Vorurteile und eine zunehmende Ausländerfeindlichkeit bestimmen das Wohlbefinden der Kinder in den jeweiligen Gruppen und Stadtteilen. Durch aktive Freizeitgestaltung mit anderen Gruppen und innerhalb der verschiedenen Stadtteile sowie in städtischen Einrichtungen wird die Handlungskompetenz der Kinder gefördert und gestärkt. Die Gruppe selbst wirkt in ihrer Heterogenität ausgleichend, indem sie emotionale Unterstützung gewährt, das einzelne Kind sich in ihr behaupten muß, aber auch kooperieren lernt. Das heißt also: die Umweltorientierung wird gefördert, wodurch dem ausländischen Kind Hilfen zur Selbsthilfe gegeben werden.

Die Kinder wirken in allen Gruppen aktiv an der Planung und Gestaltung des Freizeitbereichs mit. Der Ablauf der Woche wird zu einem großen Teil von den Kindern selbst bestimmt und richtet sich zum einen nach den spontanen Bedürfnissen der Kinder. Vorhandene Fertigkeiten werden weitergeführt (z. B. Werken, Nähen, Sticken, Stricken, Kochen, traditionelle Tänze), neue Ansätze und Ideen der Kinder bedürfnisgerecht umgesetzt. Ein wichtiges Ziel ist es, die kulturellen Eigenarten im Freizeitbereich zu unterstützen, seien es Koch- und Tanzkünste oder Erzählungen und Dias aus den Heimatländern oder der Besuch nationaler Feste mit den Kindern.

5.2 Zur Lehrer- und Elternarbeit

Lehrer- und Elternarbeit ist unumgänglich für die Arbeit mit ausländischen Kindern; Ziele dabei sind

bezüglich der Lehrer:

- den Lehrern die verschiedenen soziokulturellen Bedingungen und die daraus resultierende Problematik für ausländische Kinder und deren Familien näherzubringen,

- Problembewußtsein und Verständnis für die Schwierigkeiten zu vermitteln,
- einen Austausch über schulischen Erfolg und Mißerfolg zu erreichen, um zielgerichtete Hilfe zu gewähren und das häufige Mißtrauen der Lehrer gegenüber den Betreuern abzubauen;

bezüglich der Eltern:

- die Interessen der Kinder gegenüber den oft überhöhten Leistungsansprüchen der Eltern zu vertreten,
- Verständnis für eine längerfristige Betreuung der Kinder zu wecken,
- der Entfremdung der Generationen entgegenzuwirken,
- andere kulturelle Lebenshaltungen kennenzulernen,
- allgemeine Hilfen und Unterstützung im Alltag zu geben.

Zu den Aufgaben der Mitarbeiter der Schularbeitskreise gehört auch, zwischen diesen beiden Instanzen, Elternhaus und Schule, die oft diskrepant zueinander stehen, zu vermitteln, die Förderung und Erhaltung unterschiedlicher Kulturen zu unterstützen sowie hiesige Wertmaßstäbe deutlich und transparent zu machen. Dadurch soll dem einzelnen Kind die Möglichkeit gegeben werden, aus beiden Welten Identifikationsobjekte zu wählen, die es nicht zum "Pendler" machen, sondern die es eine eigenen Identität finden lassen, in persönlichkeitsstärkender Weise.

Erste Wahl der ausländischen Mitglieder des Ausländerbeirates der
Stadt Freiburg i. Br. am 12. Oktober 1986

von H. Kappus

1. Allgemeines

Am 21. Januar 1986 hat der Gemeinderat beschlossen, die ausländischen Einwohner Freiburgs mehr als bisher am kommunalen Geschehen zu beteiligen und eine Mitsprache der ausländischen Einwohner zu erreichen.

Zu diesem Zweck wird ein Ausländerbeirat gebildet werden. Er setzt sich zusammen aus 14 Freiburger Einwohnern aus Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und der Türkei sowie aus 13 Mitglieder des Gemeinderates. Die 14 ausländischen Mitglieder werden vom Gemeinderat aufgrund einer Wahl widerruflich bestellt.

Der Beirat soll insbesondere die Belange der in ihm repräsentierten ausländischen Einwohner Freiburgs vertreten und den Gemeinderat und die Verwaltung der Stadt Freiburg in grundsätzlichen Fragen, die die Ausländer in Freiburg betreffen und zum eigenen Wirkungskreis der Stadt gehören, durch Anregungen, Anfragen, Empfehlungen und Stellungnahmen beraten.

Rechtsgrundlage hierfür sind die vom Gemeinderat beschlossene "Satzung der Stadt Freiburg im Breisgau über die Beteiligung ausländischer Einwohner am kommunalen Geschehen" (Ausländerbeiratssatzung) sowie die "Ordnung zur Wahl der ausländischen Mitglieder des Ausländerbeirates der Stadt Freiburg i. Br." (Ausländerwahlordnung), beide vom 21. Januar 1986.

Am 1. Januar 1986 waren in Freiburg i. Br. gemeldet:

- 258 Griechen
 - 2 445 Italiener
 - 1 914 Jugoslawen
 - 309 Portugiesen
 - 560 Spanier
 - 1 008 Türken
- 6 494 insgesamt = 3,7 % der Gesamtbevölkerung.

Insgesamt wohnten am 1. Januar 1986 in Freiburg i. Br. 13 408 Ausländer, dies entspricht einem Anteil von 7,6 % an der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich mit einigen anderen Städten in Baden-Württemberg zeigt sich, daß der Ausländeranteil in Freiburg deutlich geringer ist. In Stuttgart beträgt der Anteil 17,4 %, in Mannheim 14,5 %, in Heidelberg 9,3 % und in Karlsruhe 9,4 %.

2. Wahlsystem/Sitzverteilung

Die Verteilung der 14 Sitze der Ausländer auf die sechs Nationalitäten erfolgt nach den in der Ausländerbeiratssatzung fixierten Regeln. Danach gilt folgendes:

- a) Jede der sechs Nationalitäten erhält ohne Rücksicht auf die Anzahl ihrer Angehörigen zunächst einen Sitz.
- b) Die weiteren acht Sitze werden auf die verschiedenen Nationalitäten entsprechend der Anzahl ihrer in Freiburg i. Br. wohnenden Angehörigen nach dem d'Hondt'schen Verfahren verteilt; Stichtag ist der 30. Juni des Vorjahres; eine Nationalität kann jedoch höchstens zwei zusätzliche Sitze erhalten.

Danach erhalten

- Griechenland	1 Sitz
- Italien	3 Sitze
- Jugoslawien	3 Sitze
- Portugal	2 Sitze
- Spanien	2 Sitze
- Türkei	3 Sitze

Da die Sitzverteilung schon vor der Wahl festliegt, bedarf es dann nur noch der Wahl der einzelnen Mitglieder. Die Wahlberechtigten jeder Nation wählen ihre jeweiligen Vertreter, so daß es sich praktisch um sechs verschiedene Wahlen handelt. Dementsprechend ist von jeder Nationalität ein eigener Stimmzettel zu benutzen.

Gewählt wird aufgrund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl. Jeder Wähler hat so viele Stimmen, wie Vertreter für seine Nationalität zu wählen sind. Jedem Bewerber darf nur eine Stimme gegeben werden. Gewählt sind je Nation die Bewerber, die die meisten Stimmen erhalten haben. Die anderen Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer erreichten Stimmen Ersatzleute.

3. Bewerber

Mit einer Bekanntmachung in deutsch und den sechs Landessprachen wurde zur Abgabe von Wahlvorschlägen aufgefordert. Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist am 14. Mai 1986 wurden von den türkischen Wahlberechtigten drei, von den jugoslawischen zwei Wahlvorschläge und von den Angehörigen der übrigen Staaten jeweils ein Wahlvorschlag eingereicht.

Insgesamt stellten sich 52 Kandidaten zur Wahl, und zwar für

- Griechenland	2, davon männlich	1
- Italien	10, davon männlich	8
- Jugoslawien	14, davon männlich	11
- Portugal	4, davon männlich	2
- Spanien	4, davon männlich	3
- Türkei	18, davon männlich	13

Alle Bewerber hatten entsprechend den Regelungen der Ausländerwahlordnung eine schriftliche Erklärung abzugeben, in der sie unter anderem bestätigten, daß sie deutsch sprechen und verstehen, keiner verbotenen Organisation angehören oder eine solche unterstützen und daß sie bereit sind, im Falle ihrer Wahl die Grundwerte und Verfassungsprinzipien der Bundesrepublik zu beachten.

4. Wahlberechtigte

Am 12. Oktober 1986 waren wahlberechtigt:

- 188 Griechen,	davon männlich	104
- 1 688 Italiener,	davon männlich	1 033
- 1 334 Jugoslawen,	davon männlich	687
- 210 Portugiesen,	davon männlich	110
- 418 Spanier,	davon männlich	219
- 635 Türken,	davon männlich	388

Insgesamt waren 4 473 Personen (davon männlich 2 541 = 56,8 %) wahlberechtigt.

Gemäß den Vorschriften der Ausländerbeiratssatzung sind wahlberechtigt alle Angehörigen der vorstehend genannten Länder, die am Tage der Wahl

- das 18. Lebensjahr vollendet haben,
- seit mindestens 12 Monaten in Freiburg i. Br. mit Hauptwohnung gemeldet sind und deren Aufenthalt nicht nur geduldet oder gestattet ist,
- nicht entmündigt sind oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft stehen.

5. Information der Wahlberechtigten

Von Anfang an war klar, daß das Informationsbedürfnis der Wahlberechtigten nicht allein mit einer Wahlbenachrichtigung und den von deutschen Wahlen her bekannten üblichen Bekanntmachungen abzudecken war. Es war

fraglos erforderlich, jeden einzelnen Wahlberechtigten über Sinn und Zweck dieser Wahl sowie über die Einzelheiten der Stimmabgabe zu informieren. Dies geschah durch ein Informationsschreiben in der jeweiligen Landessprache, das jeder Wahlberechtigte mit seiner Wahlbenachrichtigung (in deutsch und den sechs Landessprachen) erhielt. Daneben wurden natürlich die üblichen Bekanntmachungen veröffentlicht, die zusätzlich bei den ausländischen Vereinen, in den Betreuungsstellen der Sozialverbände, in den Konsulaten usw. angeschlagen wurden.

6. Durchführung der Wahl

Angesichts der relativ kleinen Zahl an Wahlberechtigten je Nationalität wurde für jede Nationalität ein Wahlbezirk gebildet, der das gesamte Stadtgebiet umfaßte. Dementsprechend war für jede Nationalität ein Wahlraum einzurichten. Sämtliche Wahlräume waren in der Lessingschule untergebracht.

Wie bei deutschen Wahlen wurde für jeden Wahlraum ein Wahlvorstand gebildet, der für den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl sorgte und das Wahlergebnis im Wahlraum ermittelte. In den Wahlvorstand sollten neben vier städtischen Bediensteten auch vier ausländische Beisitzer der jeweiligen Nationalität berufen werden. In der Praxis war es jedoch mangels geeigneter Vorschläge nicht immer möglich, die Funktion der Beisitzer mit ausländischen Wahlberechtigten zu besetzen. Bei zwei Nationalitäten war es letztlich so, daß jeweils nur ein einziger ausländischer Beisitzer tätig war.

Die Wahlräume waren - entsprechend den bei deutschen Wahlen üblichen Zeiten - von 8.00 bis 18.00 Uhr geöffnet. Um allen Wahlberechtigten die Möglichkeit zur Stimmabgabe zu ermöglichen, muß jedoch bei der nächsten Wahl über eine Ausweitung dieser Öffnungszeiten nachgedacht werden. Dies deshalb, weil Briefwahl nicht zugelassen wurde, es aber doch nicht selten vorkommt, daß jemand wegen längeren sonntäglichen Schichtarbeitszeiten nicht zur Stimmabgabe in den Wahlraum kommen kann.

Die Wahl und die Stimmenauszählung in den Wahlräumen lief ohne irgendwelche besonderen Schwierigkeiten ab. In allen sechs Wahlräumen waren zahlreiche Wähler bei der Ergebnisermittlung anwesend und beobachteten die Auszählarbeiten. Um 19.30 Uhr hatte der letzte Wahlvorstand sein Wahlergebnis ermittelt.

7. Wahlergebnis

Die endgültigen Wahlergebnisse wurden am Dienstag nach der Wahl vom Wahlausschuß festgestellt und sind nachstehend aufgeführt. Bemerkenswert ist dabei die recht unterschiedliche Wahlbeteiligung je Nationalität, sie reicht von 54,2 % bei den Türken bis zu nur 23,7 % bei den Jugoslawen (insgesamt 31,1 %). Erfreulich ist die geringe Zahl ungültiger Stimmzettel. Die Vermutung, daß hierbei das bewußt einfache und klar gestaltete Wahlsystem eine wesentliche Rolle spielte, ist sicherlich nicht falsch.

Griechische Nationalität

Wahlberechtigte	188
Wähler	50 (26,5 %)
Gültige Stimmzettel	48
Ungültige Stimmzettel	2
Gültige Stimmen	48

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

- Charalambidis, Dimitrios	26
- Michopoulos-Stoumpos, Athina	22

Gewählt ist Charalambidis, Dimitrios.

Der andere Bewerber ist Ersatz.

Italienische Nationalität

Wahlberechtigte	1688
Wähler	457 (27,1 %)
Gültige Stimmzettel	452
Ungültige Stimmzettel	5
Gültige Stimmen	1237

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

- Baronchelli, Teresa	343
- Alborino, Roberto	167
- Attardi, Vincenzo	145
- Caserta, Salvatore	143
- Rizzuti, Gianfranco	111
- Necchini, Giacomo	67
- Gallina, Carmelo	60
- Frisch, Luciana	54
- Scinardo, Andrea	25
- Gargiulo, Pasquale	22

Gewählt sind folgende Bewerber

- Baronchelli, Teresa
- Alborino, Roberto
- Attardi, Vincenzo

Die übrigen Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer Stimmen Ersatzleute.

Jugoslawische Nationalität

Wahlberechtigte	1334
Wähler	316 (23,7 %)
Gültige Stimmzettel	315
Ungültige Stimmzettel	1
Gültige Stimmen	871

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

- Mandić, Branko	145
- Vuković, Stjepan	136
- Marić, Jozo	124
- Pandzic, Zvonko	103
- Tuškan, Slavica	63
- Tustić, Tomo	56
- Miler, Branko	43
- Veljaća, Mate	41
- Loncarevic, Marta	40
- Perković, Mandalena	38
- Kiš, Stevo	27
- Jelakovic, Stefan	23
- Brebrić, Josip	17
- Boroš, Djuro	15

Gewählt sind folgende Bewerber

- Mandić, Branko
- Vuković, Stjepan
- Marić, Jozo

Die übrigen Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer Stimmen Ersatzleute.

Portugiesische Nationalität

Wahlberechtigte	210
Wähler	81 (38,6 %)
Gültige Stimmzettel	81
Ungültige Stimmzettel	-
Gültige Stimmen	159

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

- Goncalves Calheiros, Jose Augusto	52
- Da Silva Mansilhas, Aurelio	47
- Da Silva Lopes Calheiros, Maria-Deolinda	31
- Förg, Cidália	29

Gewählt sind folgende Bewerber

- Goncalves Calheiros, Jose Augusto
- Da Silva Mansilhas, Aurelio

Die übrigen Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer Stimmen Ersatzleute.

Spanische Nationalität

Wahlberechtigte	418
Wähler	145 (34,7 %)
Gültige Stimmzettel	145
Ungültige Stimmzettel	-
Gültige Stimmen	278

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

- Cencillo, Jesus	119
- Garcia-Garcia, Maria del Carmen	65
- Padiãl, Miguel	51
- Veiga, Benito	43

Gewählt sind folgende Bewerber

- Cencillo, Jesus
- Garcia-Garcia, Maria del Carmen

Die übrigen Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer Stimmen Ersatzleute.

Türkische Nationalität

Wahlberechtigte	635
Wähler	344 (54,2 %)
Gültige Stimmzettel	344
Ungültige Stimmzettel	-
Gültige Stimmen	921

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

- Yildirim, Ahmet	193
- Satici, Mahmut	138
- Özbalikci, Celâl	95
- Yapar, Bedri	93
- Senođlu, Muzaffer	79

- Yeyin, Kiraz	57
- İşler, Hülya	48
- Dr. Cagirici, Mahmut	45
- İşler, Cumhuriyet Tokay	37
- Mollaoğlu, Mustafa	29
- Baylan, Hülya	27
- Akşak, Ahmet	24
- Karademirci, İlhan	23
- Bulundir, Mehmet-Emin	18
- Taşci, Asuman	7
- Eker-Lühder, Remzi	3
- Özmen, Bircan	3
- Özmen, Ramazan	2

Gewählt sind folgende Bewerber

- Yıldırım, Ahmet
- Satici, Mahmut
- Özbekci, Celâl

Die übrigen Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer Stimmen Ersatzleute.

8. Kosten

Die Kosten für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl belaufen sich auf rund 20 000,-- DM, wobei die Kosten für die Übersetzungen in die jeweiligen Landessprache schon etwa die Hälfte dieses Beitrages ausmachen.

Ausländerbeirat der Stadt Freiburg i. Br.

von R. Alborino

1. Entstehung und Bedeutung des Ausländerbeirats

Der Ausländerbeirat hat eine fünfjährige Vorgeschichte. Die im Herbst 1982 gegründete Arbeitsgruppe "Kommunale Ausländervertretung" trat im Frühjahr 1984 mit einem Satzungsentwurf für den Ausländerbeirat an die Stadt heran. Die Verwaltung legte als Gegenvorschlag einen Entwurf für einen gemeinderätlichen Ausländerausschuß vor. Der Gemeinderat entschied sich jedoch im Frühjahr 1985 für die Form des Beirats. Im Oktober 1986 fanden die Wahlen für die ausländischen Beiratsmitglieder statt. Der Ausländerbeirat konstituierte sich im März 1987. Der Ausländerbeirat verfügt nicht über materielle Mitbestimmungsrechte in kommunalen Fragen, sondern hat beratende Funktion:..."Er hat vor allem die Aufgabe, den Gemeinderat und die Verwaltung ... in grundsätzlichen Fragen, die die Ausländer ... betreffen und die zum eigenen Wirkungskreis der Stadt gehören, durch Anregungen, Anfragen, Empfehlungen und Stellungnahmen zu beraten. Anregungen, Anfragen, Empfehlungen und Stellungnahmen des Beirats sind in angemessener Frist von den zuständigen Stellen zu bearbeiten. .. Die gemeinderätlichen Ausschüsse können ausländische Vertreter des Beirats zu ihren Beratungen hinzuziehen, sofern über grundsätzliche Fragen und Belange der ausländischen Bevölkerung beraten wird". (Ausländerbeiratssatzung)

Es wird öfter die Frage gestellt, insbesondere vom ausländischen Mitbürger, ob ein Beirat, der nur beratende Funktion hat, überhaupt einen Sinn hat und nicht nur Alibifunktion bezüglich der politischen Partizipation übernimmt. Der Ausländerbeirat kann sicher nicht mehr leisten als andere beratende Gremien auch - seine Beschlüsse haben zwar keine rechtsverbindliche Wirkung gegenüber Gemeinderat oder Verwaltung, sie gehen jedoch ein in die Meinungs- und Willensbildung des Gemeinderats, seiner beschließenden Ausschüsse oder der Verwaltung, wenn diese Maßnahmen in eigener Zuständigkeit treffen kann. Wirkung und Einfluß des Ausländerbeirats hängen aber auch vom politischen Stellenwert ab, die der kommunalen Ausländer- und Integrationspolitik in Freiburg beigemessen wird.

2. Ziele des Ausländerbeirats

- Eines der wichtigsten Ziele ist die Aufklärungs- und Informationsarbeit;
- er vertritt die besonderen Belange der ausländischen Einwohner in der Öffentlichkeit;

- er fördert die sozialen und kulturellen Anliegen der ausländischen Mitbürger;
- es werden Hilfen zur aktiven Beteiligung von Ausländern am gesamten Zusammenleben in der Stadt angeboten;
- Gesamtziel ist ein Zusammenwirken von deutschen und ausländischen Mitbürgern im kommunalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich, bei welchem die Ausländer ihre Identität bewahren können und die jeweilige Mentalität mit den von ihrer Herkunft geprägten Denk- und Verhaltensweise akzeptiert wird.

3. Die Arbeitsstruktur des Ausländerbeirats

Der Gesamtbeirat tagt in der Regel viermal im Jahr in öffentlicher Sitzung. Der Ausländerbeirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter, die zusammen den Vorstand bilden. Der Vorstand berät den Vorsitzenden des Ausländerbeirates. Der Vorsitzende vertritt den Ausländerbeirat gegenüber dem Gemeinderat und gegenüber der Öffentlichkeit. Dem Vorsitzenden obliegt die laufende Geschäftsführung. Er hat Anregungen, Anfragen, Empfehlungen und Stellungnahmen des Ausländerbeirats an die zuständigen Stellen weiterzuleiten, und die Beschlüsse des Ausländerbeirats durchzuführen und zu beachten. Der Ausländerbeirat hat folgende Kommissionen gebildet, die mit Mitgliedern des Ausländerbeirats und sachkundigen Personen besetzt sind:

- Kindergarten und Schule
- Jugend und Beruf
- Soziales, Familie, Wohnen und Ausländerrecht
- Kultur, Freizeit und Sport
- Öffentlichkeitsarbeit

Die Kommissionen sammeln Informationen und bereiten durch Initiativen und Entwürfe die Stellungnahmen und Beschlüsse des Ausländerbeirats vor. Die Themen der Kommissionen entsprechen den Schwerpunkten, die sich der Ausländerbeirat gesetzt hat.

4. Kurzbericht über die Aktivitäten des Ausländerbeirats

Die Tätigkeiten des Ausländerbeirats in seinem ersten Arbeitsjahr waren sehr vielfältig. Zum einen geht es um Fragen, die Landes- und Bundeskompetenzen betreffen, zum anderen um Fragen, die im Kompetenzbereich der Stadtverwaltung liegen. Im Falle der Landes- und Bundesebene geht es um das Abfassen von Erklärungen, die eher deklaratorische Bedeutung haben.

Es wurden beispielsweise Resolutionen zur Familienzusammenführung, zum Kommunalwahlrecht und zur Verpflegung ausländischer Flüchtlinge verfaßt. Bei der Frage der Familienzusammenführung sollen Einschränkungen im Familiennachzug für Jugendliche und Ehegatten aufgehoben werden. Ausländischen Flüchtlingen sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, selbständig ihre Lebensmittel einzukaufen und sich selbst zu verpflegen. Die Einrichtung des Ausländerbeirates ist ein erster Schritt zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer, wie es in einigen EG-Ländern bereits praktiziert wird. Die Resolution zum Kommunalwahlrecht ist hier im Wortlaut wiedergegeben.

RESOLUTION

Der Ausländerbeirat der Stadt Freiburg i. Br. hat am 29. Januar 1988 folgende Resolution beschlossen:

Der Ausländerbeirat der Stadt Freiburg i. Br. stellt fest:

In Freiburg leben zur Zeit ca. 7.000 ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Ein großer Teil von ihnen lebt schon länger als zehn Jahre in dieser Stadt. Sie wurden seinerzeit in ihren Heimatländern angeworben, als die deutsche Wirtschaft zu Zeiten ihrer stärksten Prosperität im besonderen Maße auf Arbeitskräfte angewiesen war und heute noch immer ist.

Ausländische Staatsangehörige leben in Freiburg als Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer und als Selbständige. Sie zahlen Steuern und andere Abgaben, Beiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Sie sind Sparer, sie sind Mieter und Konsumenten. Sie sind Mitglieder in Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, Parteien und Kirchengemeinden. Die Vielfalt ihrer Kulturen hat das kulturelle Leben in unserer Stadt bereichert. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zum Wohle dieser Gesellschaft.

Ihre Kinder sind hier geboren. Die deutsche Kultur und die deutsche Sprache sind ihnen häufig vertrauter als die ihrer Eltern und ihres Herkunftslandes.

Lebensbedingungen von Ausländern werden durch politische Entscheidungen bestimmt, auf die sie selbst kaum Einfluß nehmen können.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach Artikel 20, Abs. 1 des Grundgesetzes ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Eine Demokratie beruht auf der Rechtsgleichheit aller Bürger. Das heißt doch:

Allen Menschen, die in diesem Land leben, müssen die gleichen Rechte zugestanden werden.

In Artikel 3. Abs. 1 und 3 des Grundgesetzes ist festgelegt:

"Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."

Der Gemeinderat der Stadt Freiburg i. Br. hat zwar durch die Satzung der Stadt Freiburg i. Br. über die Beteiligung ausländischer Einwohner am kommunalen Geschehen (Ausländerbeiratssatzung vom 21. Januar 1986) ein wichtiges Gremium für die Mitwirkung ausländischer Mitbürger und Mitbürgerinnen geschaffen; dies kann jedoch nicht als Ersatz für das kommunale passive und aktive Wahlrecht verstanden werden. Der Ausländerbeirat ist daher der Auffassung, daß mit den Grundwerten einer demokratischen Gesellschaft die Mitbestimmung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer Gesellschaft verwirklicht werden muß. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger haben das Recht auf ein mündiges, gleichberechtigtes, demokratisches und politisches Leben als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Gerade in der Kommunalgemeinde, dem Lebensraum und Lebensbereich vor Ort, können ausländische Bürger ohne Kommunalwahlrecht Planungen, Entwicklungen, Prozesse und Entscheidungen, wie z. B. in den Bereichen Kindergarten, Bildung und Freizeit, Wohnen, Leben und Arbeit, Wirtschaft und Verkehr, Sport, Kultur und Soziales, nicht mitbeeinflussen, mitbestimmen und mitverantworten.

- Der Ausländerbeirat der Stadt Freiburg i. Br. fordert daher die Einführung des aktiven und passiven Kommunalwahlrechts für alle ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland nach 5jährigem rechtmäßigem Aufenthalt.
- Der Ausländerbeirat der Stadt Freiburg i. Br. wird in allen Gremien, in denen er vertreten ist, alle Initiativen ergreifen, damit das Kommunalwahlrecht für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger eingeführt wird.
- Der Ausländerbeirat der Stadt Freiburg i. Br. fordert alle politisch Verantwortlichen und alle Bürger der Stadt Freiburg i. Br. auf, sich dafür einzusetzen, daß die Einführung des Kommunalwahlrechts für ausländische Mitbürger realisiert werden kann.

Der Ausländerbeirat wird diese Resolution an den Gemeinderat der Stadt Freiburg i. Br. weiterleiten und ihn auffordern zu beschließen. Darüber hinaus wird der Gemeinderat der Stadt Freiburg i. Br. aufgefordert, die Landesregierung von Baden-Württemberg zu ersuchen, alle politischen und gesetzgeberischen Mittel zu ergreifen, damit diese Forderung umgesetzt werden kann.

Bezogen auf Freiburg war eine Aufgabenstellung die Initiative zur Durchführung einer Veranstaltungswoche "Ausländer in Freiburg", die im September 1988 unter der Schirmherrschaft von Herrn Oberbürgermeister Dr. Böhme stattfinden soll. Es wurden alle Ausländergruppen zur Mitwirkung eingeladen. Des weiteren unterstützt und befürwortet der Ausländerbeirat die Einrichtung eines islamischen Zentrums in Freiburg für Mitbürger der muslimischen Glaubensrichtung. Im Bereich Sport ging es insbesondere um die Nutzung von Fußballplätzen durch ausländische Mannschaften. Zur Information der ausländischen Mitbürger hat der Ausländerbeirat beschlossen, in regelmäßigen Abständen ein Informationsblatt in verschiedenen Landessprachen herauszubringen.

Asylbewerber in Freiburg i. Br.

von S. Leder

Die Bundesrepublik Deutschland hat aufgrund ihrer bitteren Erfahrungen während des dritten Reiches das Recht auf Asyl gesetzlich verankert.

Hunderttausende von Deutschen waren zum damaligen Zeitpunkt gezwungen, im Ausland um politisches Asyl zu bitten. Die Väter des Grundgesetzes nahmen absichtlich keinerlei Einschränkungen vor, Artikel 16 (2) des Grundgesetzes lautet: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht."

Während der Debatten um das Grundgesetz sagte 1948 in diesem Zusammenhang der Sozialdemokrat Carlo Schmitt: "Die Asylrechtsgewährung ist immer eine Frage der Generosität. Und wenn man generös sein will, muß man riskieren, sich gegebenenfalls in der Person geirrt zu haben."

Die Schlagwörter von der "Asylbewerberschwemme" oder der "Springflut" relativieren sich, wenn man die offiziellen Zahlen betrachtet: Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nimmt sich die Zahl der Flüchtlinge eher gering aus. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums leben gegenwärtig etwa 600 000 Flüchtlinge in unserem Land, also weniger als 1 % der Gesamtbevölkerung. In dieser Angabe sind allerdings rund 200 000 Flüchtlinge enthalten, die aus dem Ostblock stammen und nicht abgeschoben werden konnten, bzw. heimatlose Ausländer, die nach den Ereignissen des zweiten Weltkrieges in die Bundesrepublik kamen. Weiterhin fallen ungefähr 100 000 Asylbewerber unter diese Zahl, deren Anerkennungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, und etwa 60 000 Menschen, deren Asylbegehren abgelehnt wurde, die aber, meist aus humanitären Gründen, in der Bundesrepublik zunächst geduldet werden. Nur 63 000 Flüchtlinge sind tatsächlich als Asylberechtigte anerkannt. Kann diese, vergleichsweise doch recht geringe Zahl bei einer Bevölkerung von 60 Millionen Deutschen wirklich nicht verkraftet werden? (Zahlenangaben aus: "Die Zeit" Nr. 31, 25.07.1986)

Als verfolgt im Sinne des Grundgesetzes gilt, wer aufgrund seiner Rasse, Religion, Nationalität, aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung an Leib und Leben gefährdet wird oder dessen persönliche Freiheit eingeschränkt wird. Auch begründete Furcht vor Verfolgung stellt einen Asylgrund dar.

Wie ein Asylantrag gestellt wird, wie er geprüft und entschieden wird, welche Einschränkungen ein Asylbewerber bis zur Beendigung des

Verfahrens hinnehmen muß und vieles mehr regelt das Asylverfahrensgesetz. Jeder Ausländer ab 16 Jahren kann selbst einen Asylantrag stellen, entweder bei der Ausländerbehörde, in deren Bezirk er sich aufhält, oder direkt an der Grenze. Die Ausländerbehörden prüfen, ob ein Antrag "beachtlich" ist. Als unbeachtlich gilt ein Asylantrag dann, wenn ein Flüchtling bereits in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gefunden hat oder im Besitz eines Internationalen Reiseausweises nach der Genfer Flüchtlingskonvention ist. Ein unbeachtlicher Antrag liegt auch dann vor, wenn frühere Anträge unanfechtbar abgewiesen bzw. zurückgenommen worden sind. Ausnahmen werden nur gemacht, wenn der Asylbewerber neue Beweise der Verfolgung vorlegen oder glaubhaft machen kann; wenn sich der Sachverhalt also geändert hat.

Ist ein Asylantrag als beachtlich eingestuft, wird er vom zuständigen Ausländeramt unverzüglich dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf zugeleitet. Die Mitarbeiter des Bundesamtes klären den Sachverhalt, sie prüfen den Asylantrag und vergleichen ihn mit bereits vorliegenden Informationen über das Herkunftsland des Flüchtlings. Meist werden Informationen des Auswärtigen Amtes hinzugezogen, auch Materialien des Hohen Flüchtlingskommissars, von Amnesty International oder anderen Organisationen finden Eingang in die Prüfung.

Der Asylbewerber selbst wird dann zur ausführlichen persönlichen Anhörung vor das Bundesamt geladen: Biographische Daten und Informationen zum Fluchtweg werden erhoben, außerdem wird der Antragsteller zu sämtlichen Umständen und Hintergründen befragt, die zu seiner Verfolgung führten bzw. diese befürchten ließen. Erfahrungsgemäß vergeht derzeit von der Stellung des Asylantrags bis zur Anhörung vor dem Bundesamt etwa ein Jahr. Die Entscheidung über die Anerkennung des Antrags wird von einem einzelnen Beamten gefällt, den Bescheid erhält der Asylsuchende schriftlich zugestellt.

Falls der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten, der ein Klage-recht gegen die Entscheidungen des Bundesamtes besitzt, keinen Einspruch erhebt, wird die Anerkennung innerhalb von vier Wochen rechtskräftig. Bei Ablehnung des Antrags leitet die zuständige Ausländerbehörde "aufenthaltsbeendende Maßnahmen" ein, gegen die allerdings eine Klage beim Verwaltungsgericht möglich ist. In bestimmten Fällen, wenn beispielsweise die Rückkehr in ein Land mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen (wie dem Libanon) nicht zumutbar ist, kann die Abschiebung ausgesetzt werden. Der Flüchtling erhält dann eine Duldung und kann eine gewisse Zeit in der Bundesrepublik verbleiben.

Solange das Asylverfahren anhängig ist, unterliegen Asylbewerber in Baden-Württemberg einer Reihe von Einschränkungen. Der nationale Paß etwa muß bei der zuständigen Ausländerbehörde hinterlegt werden, als Identitätsnachweis erhält der Flüchtling eine Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung, die ihm ein vorläufiges Bleiberecht einräumt. Die Aufenthaltsgestattung wird auf den Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde beschränkt. Das Ausländeramt kann die Erlaubnis, den Bereich der Aufenthaltsgestattung vorübergehend zu verlassen, nur dann erteilen, wenn "zwingende Gründe" es erfordern. "Zwingende Gründe" sind allerdings Ermessenssache und häufig ist es ganz aus-

sichtslos für einen Flüchtling, für einen Besuch von Freunden oder Verwandten in einer anderen Stadt eine Erlaubnis zu erhalten, es sei denn, schwere Krankheitsfälle o.ä. liegen vor.

Weiterhin sind Asylsuchende in Baden-Württemberg verpflichtet, in einer staatlichen Sammelunterkunft zu leben. Ausnahmen hierzu sind lediglich möglich bei Pflgebedürftigkeit, Schwangerschaft usw. Die Enge und Vielzahl der Menschen verschiedenster Herkunft und kultureller Prägung stellen besondere Probleme einer Sammelunterkunft dar.

In den Gemeinschaftsunterkünften besteht Gemeinschaftsverpflegung, die Asylsuchenden haben keine Möglichkeit, ihr Essen selbst einzukaufen. Viele Schwierigkeiten knüpfen sich an diese Verköstigung: keine Gemeinschaftsküche kann sich an den Wünschen aller Flüchtlinge orientieren, und oft widerspricht die Kost wichtigen kulturellen Gepflogenheiten.

In Gemeinschaftsunterkünften erhalten erwachsene Asylbewerber monatlich lediglich 70,-- Bargeld. Dieser Betrag muß auch für den Kauf hygienischer Artikel wie Seife, Shampoo und Zahnpasta verwendet werden. Trotzdem fließt häufig ein Teil des Geldes in den Kauf von speziellen Lebensmitteln, um zumindest ab und zu heimische Gerichte bereiten zu können. Andere Sozialleistungen werden nur in Form von Gutscheinen gewährt, Bargeld für den Kauf von Kleidung z. B. erhalten Flüchtlinge nicht. Es besteht auch kein Anspruch auf Kindergeld. Erwachsene Asylbewerber haben kein Anrecht auf Bildung. Sie haben kein Recht auf Deutschkurse oder Studium und sind auf Deutschunterricht im Rahmen der Sozialbetreuung der Sammelunterkunft angewiesen bzw. auf den guten Willen und die dehnbare Finanzdecke von Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

Die Kinder von Asylsuchenden unterliegen nicht der Schulpflicht. Auch hier erklären sich glücklicherweise immer wieder Schulen bereit, die Kinder aufzunehmen und ihnen die ersten Deutschkenntnisse zu vermitteln.

Weiterhin ist in Baden-Württemberg für die Dauer des gesamten Asylverfahrens die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit untersagt. Junge alleinstehende Männer und Familienväter leiden besonder unter dieser erzwungenen Untätigkeit, für Väter bedeutet sie oft die Gefährdung ihrer Rolle als Ernährer und Versorger der Familie. Die einzige Möglichkeit zur Betätigung besteht im Ableisten gemeinnütziger Arbeit, vor allem in der Sammelunterkunft selbst bzw. bei gemeinnützigen Einrichtungen. Obwohl diese Tätigkeiten nur mit 1-2 DM pro Stunde entlohnt werden, sind solche Jobs sehr begehrt und die Nachfrage ist meist weit größer als das Angebot.

Nach dieser Schilderung der rechtlichen Situation der Asylbewerber nun einige Fakten zu der speziellen Situation in Baden-Württemberg und auch in Freiburg:

1982 trafen die Bundesländer eine Vereinbarung über die Verteilung der Asylbewerber in der Bundesrepublik. Danach nimmt Baden-Württemberg 15,2 % aller Asylbewerber in Deutschland auf und steht damit

an dritter Stelle hinter Nordrhein-Westfalen (28 %) und Bayern (17,4 %).

Die große Zahl der Flüchtlinge und die begrenzte Zahl der Plätze in den Sammelunterkünften führte dann in Baden-Württemberg zu Überlegungen, Asylbewerber bei Bedarf auch in Privatunterkünften in den Gemeinden unterzubringen. In diesem Zusammenhang wurde im April 1979 das Gesetz über die Zuweisung von Asylbewerbern in die Gemeinden (AsylZG) verabschiedet. Danach sind Gemeinden über 10 000 Einwohner verpflichtet, Asylbewerber aufzunehmen und unterzubringen, und zwar nach einem bestimmten Zuweisungsschlüssel. Das Land erstattet den Gemeinden und den Trägern der Sozialhilfe die Kosten für die Aufnahme, Unterbringung und den Lebensunterhalt der Flüchtlinge.

Seit Herbst 1985 ist das Zuweisungsgesetz nunmehr in Kraft getreten. Alle Gemeinden in Baden-Württemberg mit mehr als 10 000 Einwohnern nehmen nach einem bestimmten Zuweisungsschlüssel, Asylbewerber auf. Asylsuchende, die bereits in einer Privatwohnung wohnen, werden auf die Quote angerechnet, ebenso Asylsuchende, die in der Sammelunterkunft einer Gemeinde leben.

In den beiden Sammelunterkünften Kapplerstraße und Idingerstraße hat das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Freiburg, die Sozialbetreuung der Asylbewerber übernommen. In der Idingerstraße sind drei, in der Kapplerstraße zwei Sozialbetreuerinnen ganz- bzw. halbtags beschäftigt, dazu mehrere nebenamtliche Kräfte und Praktikanten.

Im Übergangwohnheim Idingerstraße sind neben Asylbewerbern auch Spätaussiedler in benachbarten Gebäuden untergebracht, eine nicht ganz glückliche Lösung, die aber bisher nicht zu nennenswerten Spannungen geführt hat.

Die Hauptflüchtlingsgruppen stellen derzeit Menschen aus dem Iran und Polen, außerdem aus Afghanistan und der Türkei.

Viele Asylbewerber sind Alleinstehende, vor allem Männer. Je zehn Flüchtlinge leben in einer Dreizimmerwohnung mit gemeinsamer Küche und Bad. Soweit möglich, wird darauf geachtet, daß nur Flüchtlinge einer Nationalität gemeinsam untergebracht werden, aus Platzgründen ist dies allerdings nicht immer möglich. Mischbelegungen können, neben der Enge, zu zusätzlichen Konflikten führen.

Im Wohnheim in der Kapplerstraße bewohnen vier bis sechs Personen je ein Zimmer, Küchen und Toiletten befinden sich auf den Stockwerken.

Die DRK-Sozialbetreuer in den Übergangwohnheimen werden mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert: Vor allem die Unterbringung in den Sammelunterkünften, die Enge und die erzwungene Untätigkeit und häufig auch die ungewohnte Gemeinschaftsverpflegung führen zu Problemen. Viele Flüchtlinge leiden unter der Ghettoisierung, sie haben kaum Kontakte zu Deutschen und bekommen die Vorurteile mancher Mitbürger zu spüren. Doppelt problematisch wird ihre Situation dann, wenn traumatische Fluchterlebnisse nachwirken: erlittene Folter, Angst vor Verhaftung, Verfolgung und Tod.

Nichtstun und Langeweile führen häufig zu psychosomatischen Beschwerden oder zu Depressionen. Zwar arbeiten Asylbewerber in wenigen Fällen auch illegal, meist werden sie aber von skrupellosen Arbeitgebern ausgenutzt und erhalten einen völlig unangemessenen Lohn. Angst vor Entdeckung und drohende Bußgeldverfahren tun ein übriges, Asylbewerber von unerlaubter Arbeit abzuhalten. Im Heim wird versucht, Flüchtlinge durch gemeinnützige Arbeit zu beschäftigen, leider sind häufig nicht genug Arbeitsmöglichkeiten für alle Arbeitswilligen vorhanden. Viele Initiativen gibt es auch im Bereich der Freizeitgestaltung, bei Spiel und Sport.

Weiterhin führen Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes Sprachkurse in den Wohnheimen durch, damit die Flüchtlinge zumindest Grundkenntnisse der deutschen Sprache erwerben und sich z. B. auf Ämtern wenigstens verständlich machen können. Solche Kurse sind sehr beliebt und werden gut besucht. Die Beratung der Flüchtlinge in allen Fragen des Asylverfahrens nimmt, neben der Rück- und Weiterwanderungsberatung, ebenfalls einen relativ großen Raum ein.

Konfliktsituationen, bei denen die Asylsuchenden Hilfe brauchen, entstehen durch administrative Überlastung: Oft werden Freunde, Geschwister oder Verlobte bei der Antragstellung in Berlin getrennt und in verschiedene Bundesländer zugewiesen, Familienzusammenführungen gestalten sich dann oft schwierig.

Zum Abschluß noch einige grundsätzliche Gedanken dazu, wie das Los der Flüchtlinge erleichtert werden kann: Zunächst sollten Asylbewerber möglichst frühzeitig zu ihrem Asylbegehren gehört werden, Wartezeiten von über einem Jahr von der Stellung des Asylantrags bis zur Anhörung vor dem Bundesamt sind unzumutbar. Auch die Konzeption der Sammelunterkünfte mit Gemeinschaftsverpflegung sollte überdacht werden, zumal nur Baden-Württemberg und Bayern der Ansicht sind, ohne diesen Zwang nicht auskommen zu können, die Regelung in den anderen Bundesländern ist liberaler.

Während der Zeit des Asylverfahrens, solange über den Antrag noch nicht entschieden ist, sollte es selbstverständlich sein, die Flüchtlinge in menschenwürdigen Unterkünften aufzunehmen.

Wie bereits erwähnt, fühlen sich die Flüchtlinge in der Bundesrepublik häufig isoliert, viele wünschen sich mehr Kontakt zur Bevölkerung. Vielleicht kann dieser Artikel ein Anstoß dazu sein, Flüchtlingen offener gegenüber zu treten, sie kennen zu lernen und dadurch Vorurteile abzubauen.

Verzeichnis der Autorinnen und der Autoren:

Roberto Alborino, Sozialpädagoge, Nationalreferent für italienische Arbeitnehmer und ihre Familien beim Deutschen Caritasverband in Freiburg und Vorsitzender des Ausländerbeirats der Stadt Freiburg i. Br.

Dr. Kornelia Beck, Mitarbeiterin der Ausländerinitiative Freiburg e. V.; zuständig für Kultur- und Erwachsenenarbeit.

Horst Kappus, Stadtoberamtsrat, Verwaltungsleiter im Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg i. Br.

Carola Kurras-Wasmuth, Dipl. Pädagogin, Geschäftsführerin der Ausländerinitiative Freiburg e. V.

Sigrid Leder, Dipl. Pädagogin, Leiterin des staatlichen Übergangswohnheims in Freiburg.

Martina Liebsch, Dipl. Sozialpädagogin, Leiterin der Sozialpädagogischen Beratungsstelle für ausländische Kinder, Jugendliche und Eltern beim Caritasverband Freiburg-Stadt.

Sabine Mayer, Oberinspektorin, Generelle Sachbearbeiterin in der Hauptabteilung Sozialhilfe im Sozial- und Jugendamt der Stadt Freiburg i. Br.

Prof. Dr. Hans Peter Mehl, Ltd. Stadtdirektor, Leiter des Sozial- und Jugendamtes der Stadt Freiburg i. Br.

Antje Oppermann, Dipl. Sozialpädagogin.

Rainer Tressel, Dipl. Soziologe, Leiter der Abteilung Stadtforschung im Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg.

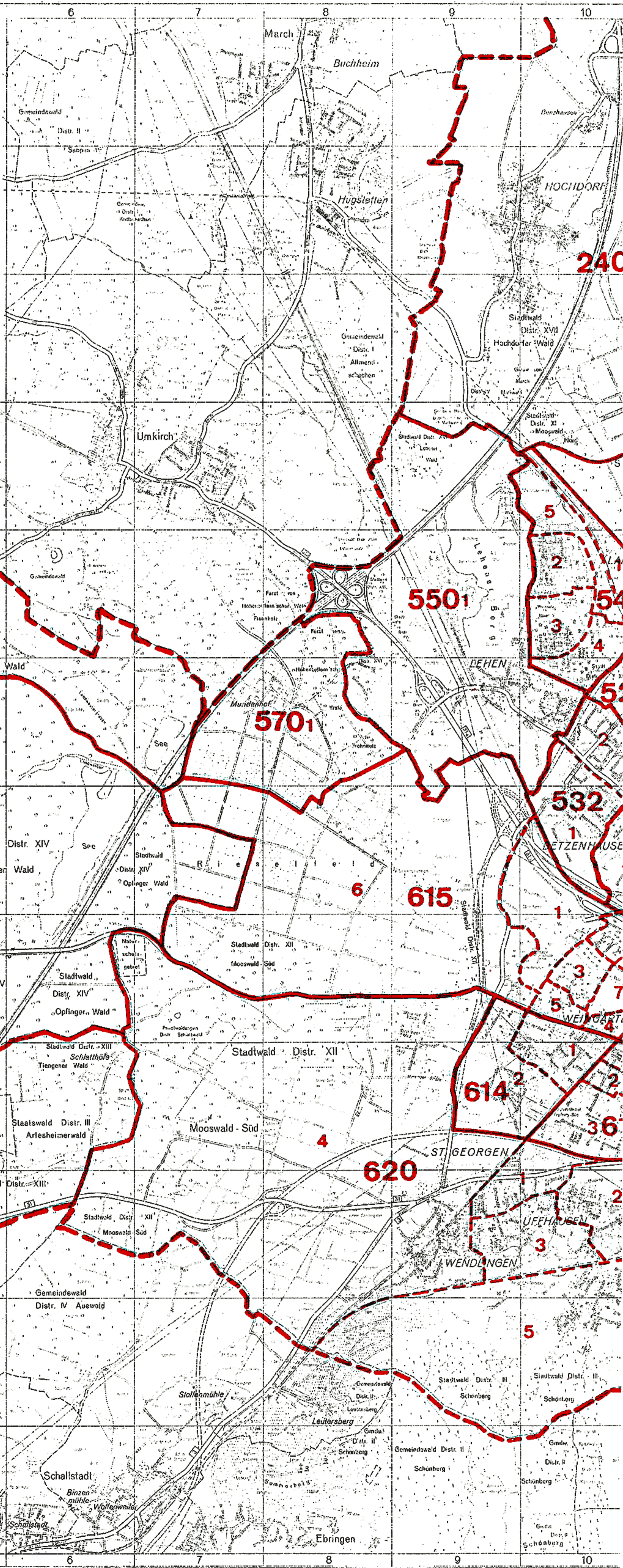
Dr. Emil Zimmermann, Medizinsoziologe am Klinikum der Universität Freiburg; Arbeitsbereich: Versorgung und Betreuung ausländischer Patienten.

Ein junger Türke, der nicht genannt werden möchte.

ANHANG

Gliederung des Stadtgebiets							
Stadt-bereich	Stadtteil	Stadtbezirk	Stadt-bereich	Stadtteil	Stadtbezirk		
1 Mitte	11 Altstadt	111 Altstadt-Mitte	5 West	61 Stühlinger	511 Stühlinger-Beurbarung		
		112 Altstadt-Ring			512 Stühlinger-Eschholz		
	12 Neuburg	120 Neuburg			513 Alt-Stühlinger		
2 Nord	21 Herdern	211 Herdern-Süd			52 Mooswald	521 Mooswald-West	
		212 Herdern-Nord				522 Mooswald-Ost	
	22 Zähringen	220 Zähringen			53 Betzenhausen	531 Betzenh.-Bischofslinde	
		220 Zähringen				532 Alt-Betzenhausen	
	23 Brühl	231 Brühl-Güterbahnhof			54 Landwasser	540 Landwasser	
	232 Brühl-Industriegebiet			55 Lehen	550 Lehen		
	24 Hochdorf	240 Hochdorf			56 Waltershofen	560 Waltershofen	
3 Ost	31 Waldsee	310 Waldsee	6 Süd-west	57 Mundenhof	570 Mundenhof		
	32 Littenweiler	320 Littenweiler			61 Haslach	611 Haslach-Egerten	
	33 Ebnet	330 Ebnet				612 Haslach-Gartenstadt	
34 Kappel	340 Kappel				613 Haslach-Schildacker		
4 Süd	41 Oberau	410 Oberau				614 Haslach-Haid	
		421 Oberwiehre				615 Haslach-Weingarten	
	42 Wiehre	422 Mittelwiehre			62 St. Georgen	620 St. Georgen	
		423 Unterwiehre-Nord			63 Opfingen	630 Opfingen	
		424 Unterwiehre-Süd			64 Tiengen	640 Tiengen	
	43 Günterstal	430 Günterstal			65 Munzingen	650 Munzingen	

Gliederung nach dem Stand vom 1. Januar 1984



FREIBURG

IM BREISGAU



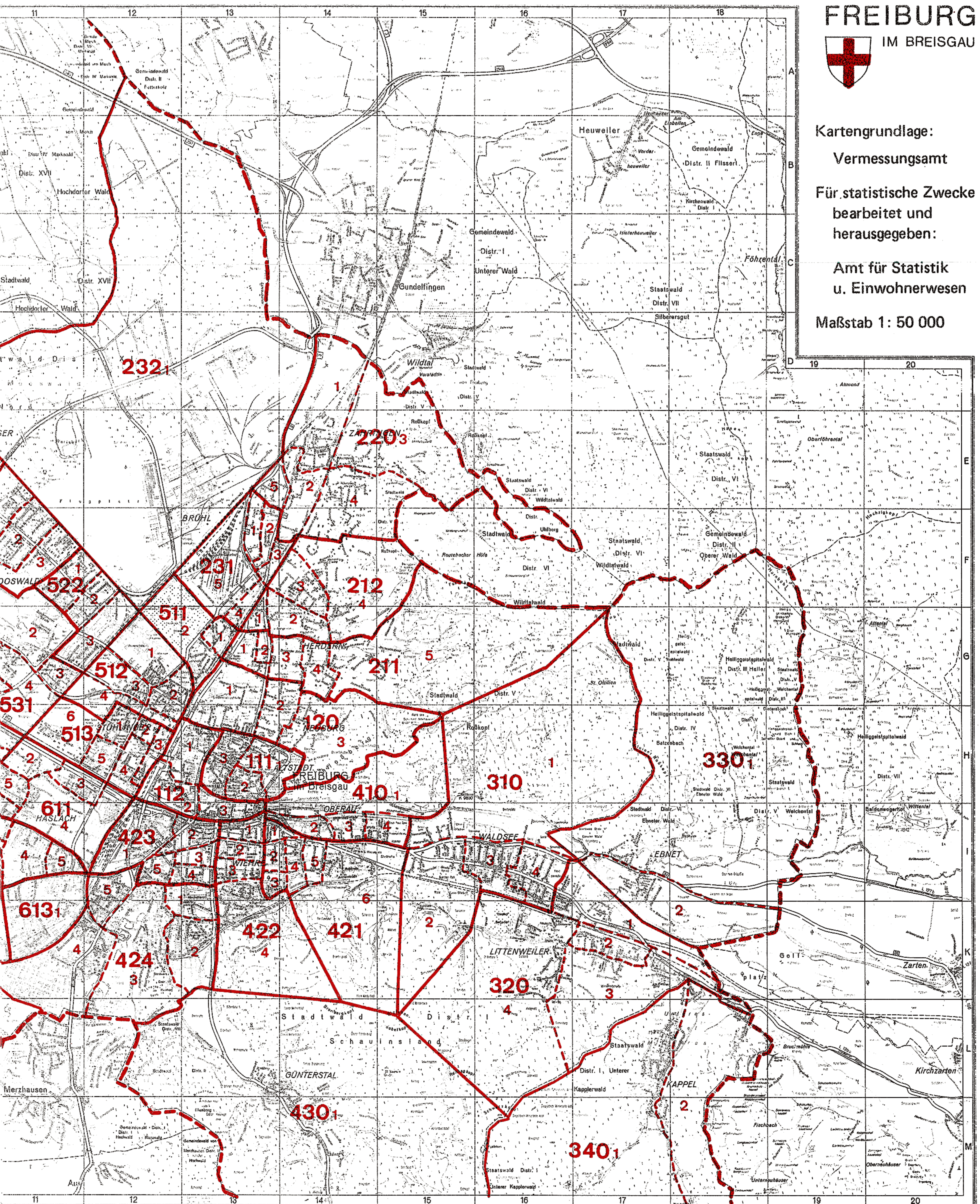
Kartengrundlage:

Vermessungsamt

Für statistische Zwecke
bearbeitet und
herausgegeben:

Amt für Statistik
u. Einwohnerwesen

Maßstab 1 : 50 000



Grenzen der Stadtbezirke = 
Statist. Bezirke = 